REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 465 · 20.9.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Schurken gegen Schurken
2. Tod nach Brechmitteleinsatz. Die Staatsanwaltschaft stellt "Vorermittlungen" ein - DSe
3. Von Vietnam bis Genua - was bleibt vom Internationalismus?
4. HipHop zwischen Deutschrap und migrantischem Widerstand. Interview mit Hannes Loh (Ex-Anarchist Academy)
5. Die Achse der Verdächtigen. Der 11. September 2001 und die Tücken der "kritischen Konspirologie" - Js.
6. Worte und Taten. Gewährt Bundesregierung USA militärische Unterstützungsleistungen für Irak-Krieg? - Tobias Pflüger
7. Schnee von gestern. Positionen und Empfehlungen zur Bundestagswahl - mb., Berlin
8. Wer PDS wählt, wählt Schröder - Knut Mellenthin
9. Die Unkooperativen. Links von attac ist Peoples' Global Action - Peter Nowak
10. Differenziert und zerrissen. Jungle-World-Kongress zum Jahrestag des 11. September - Bernhard Schmid
11. Berlusconismus und Mussolinismus - Jens Renner
12. "Niemand weiß, wie der Hase läuft." Interview mit einem Vertreter von Batasuna zum Verbot seiner Partei
13. Marineblau in den sozialen Krieg. Die neue französische Regierung setzt auf Repression - Bernhard Schmid
14. Nach fünf Jahren ist die Luft raus. Grenzcamp in Jena offenbart Grenzen des Konzepts - Fitz Burschel, Camp-Hausmeister
15. Ferienkommunismus mit Dixi-Klo. Mit dem Hamburger Land-in-Sicht-Camp fand das antirassistische Campen 2002 sein Ende - Elke Sommer-Seitenschlaeger
16. Welcome to Woomera/Australia. Video dokumentiert Massenausbruch von Flüchtlingen - Nicole Vrenegor
17. Narrenfreiheit ohne Grenzen. Strasbourger Noborder-Camp: kommunikationsunfähig nach allen Seiten - Susanne Lang/Florian Schneider
18. Netzwerke statt Gettos. Von den Erfahrungen in Strasbourg lernen - el desaparecido
19. War das etwa Haschisch? Die dänische Linke bereitet sich auf den EU-Gipfel in Kopenhagen vor - K. Blomqvist
20. Erleichterung in Brüssel. Das Ende der österreichischen Rechtsregierung und die Erweiterung der EU - Hannes Hofbauer
21. Massaker in Masar. Dokumentarfilmer Jamie Doran warnt vor Vertuschung - Interview: Harald Neuber
22. "Ausgeräuchert". Kriegsgefangene in Afghanistan getötet. Was wusste die US-Regierung? - Boris Kanzleiter
23. "UN = Milosevic". Albanische Nationalisten und Vereinte Nationen im Zwist - Boris Kanzleiter
24. Kolumbien: Laboratorium des Neoliberalismus. Internationales Forum 10. und 11. Oktober 2002
25. Eine Million Spitzel. Neue Rechtsregierung in Kolumbien verschärft Konflikt - Raul Zelik
26. Land, Lohn und ländliche Entwicklung. Landkonflikte und Kaffeekrise in Guatemala - Stefanie Kron
27. In den Südphilippinen kidnappt die Abu Sayyaf weiter - Rainer Werning
28. Philippinen/USA: Arbeitsteilige "Aufstandsbekämpfung". "Kommunistische Terroristen" im Fadenkreuz der Militärstrategen - Rainer Werning
29. Hitlers Volk von Denunzianten. Robert Gellatelys Studie "Hingeschaut und weggesehen" - Alexander Neumann
30. Naher Osten - Ferner Westen. Der Israel/Palästina-Konflikt und die Linke in der BRD
31. Geschichten vom Trüffelschwein. Bundesrepublik: Droht ein neuer Faschismus? - Michael Steffen
32. Aggressive Vehemenz. Zum Antisemitismusstreit in der SoZ - Js.
33. Erziehung im Käfig. Hamburg führt Freiheitsentzug für Minderjährige als pädagogische Maßnahme ein - dk
34. "Innovation" ohne Rücksicht auf die Betroffenen. Sozialhilfe-Initiativen zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission - Frank Jäger
35. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
36. Trotz Kritik: Riester setzt Hartz-Vorschläge in die Tat um - dk

37. Nach peinlich kommt gruselig - dk
38. Süchtig nach Arbeit. Arbeitssucht und Arbeitsgesellschaft - zwei Seiten einer Medaille - dk
39. Arbeitsämter betreiben Lohndumping. Eine Recherche des Frankfurter Arbeitslosenzentrums beim Arbeitsamt - Harald Rein, FALZ
40. Sittenwidrige Vermittlungspraxis. Pressemitteilung der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt
41. Zwischen Hippie und Pipi. Die Entstehung der Festivalkultur in Deutschland - DJ Tommy
42. Good Morning Aztlán. Los Lobos und Peter Gabriel legen neue Alben vor - DSe
43. Das Pussy Imperium schlägt zurück. Die Fiesen Diven setzen auf Frontfrauen, Glamour und Glitzer - DSe
44. AUFGEBLÄTTERT
45. KALENDER
46. AUTORINNENBRIEF
47. EDITORIAL
48. Quelldatei blick465.htm
49. Ausgecamp(f)t?

1. Schurken gegen Schurken

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/titel465.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:titel465

Schlimmer kann es kaum noch kommen - dachten wir vor einem Jahr, als die US-Regierung und ihre "Koalition gegen den Terror" sich anschickten, mit einem militärischen "Kreuzzug", (George W. Bush) auf die Anschläge des 11. September zu reagieren. Wie so oft wurden wir eines Schlechteren belehrt.

Nach einem Jahr Krieg lässt sich eine Zwischenbilanz ziehen: In Afghanistan starben 3.000 ZivilistInnen im Bombenhagel der Antiterroristen - Bin Laden und die Al Quaida operieren weiter. In Israel-Palästina eskaliert der Krieg - eine Lösung scheint weiter entfernt denn je. In allen westlichen Staaten verschärfen die Regierungen die Sicherheitsgesetze in einer Weise, die selbst konservativen, aber bürgerlich-demokratisch gesinnten Menschen die Schweißperlen auf die Stirn treiben - das Gefühl der Unsicherheit grassiert trotzdem. Der Krieg soll für mehr Stabilität sorgen - aber das Völkerrecht und multilaterale Institutionen als Garanten einer gewissen Berechenbarkeit der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg waren noch nie so machtlos wie heute.

Ist die Bilanz auch verheerend, so heißt das nicht, dass sie nicht noch schlechter werden könnte. Der mit Hochdruck vorbereitete Krieg der USA gegen den Irak könnte aus Lokalkonflikten endgültig einen Flächenbrand machen. Mit aller Macht versucht die Bush-Administration, den UN-Sicherheitsrat zur Zustimmung einer Militäroperation gegen das Saddam-Hussein-Regime zu zwingen, um wenigsten ein bisschen Legitimität für den weltweit gefürchteten Militärschlag zu erhalten. Wenn er dann erfolgt, und daran scheint kein Zweifel mehr zu bestehen, wird auch dies die Eskalation kaum aufhalten. Ein irakischer Angriff auf Israel und ein entsprechender Gegenschlag sind dann genauso möglich wie die Destabilisierung wichtiger Länder wie Ägypten oder Saudi-Arabien. In jedem Fall werden im Irak Tausende sterben.

Natürlich geht es den USA bei ihrem Feldzug nicht um Menschenrechte oder Waffenkontrollen. Washington betreibt imperialistische Großmachtpolitik zur Ausweitung von Einflusssphären und zur Rohstoffkontrolle. Um es mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Ludwig Stiegler zu sagen: Die USA verhalten sich wie "das neue Rom", und Bush scheint sich als "Princeps Caesar Augustus" zu fühlen.

Doch bei der notwendigen Opposition gegen die Kriegspolitik Washingtons ist äußerste Vorsicht geboten. Schröders "deutscher Weg" bedeutet alles andere als eine Antikriegsposition. Die neue selbstbewusste "Provincia Germania" - um im Bild zu bleiben - probt den Aufstand, weil sie eigene Interessen im Mittleren Osten verfolgt. Was für die USA "Schurkenstaaten" sind - Irak und Iran - sind für Deutschland Handelspartner, welche die Aussicht auf einen eigenständigen deutschen Griff nach dem Öl eröffnen, das doch die USA so gerne kontrollieren. Und auch wenn die in Washington verbreiteten Märchen über eine angebliche akute Bedrohung des Weltfriedens durch den ausgebluteten, verarmten Irak als solche zu entlarven sind, bleibt dennoch festzuhalten, dass das Regime Saddam Husseins eine Diktatur darstellt, unter der die irakische Bevölkerung zu leiden hat. Das Schlimme ist: In der mit dem ersten Irak-Krieg 1991 angebrochenen Ära der postkommunistischen Kriege des 21. Jahrhunderts gibt es kaum mehr Ansatzpunkte für emanzipative Kräfte. Sie müssen im Widerstand gegen die Kriegstreiber aller Orten erst wieder hergestellt werden. Und dabei gilt leider nicht, dass, wenn die Nacht am tiefsten, der Tag am nächsten ist.

Wie auch immer die nächste Bundesregierung aussehen wird - "Friedenspolitik" ist von ihr nicht zu erwarten. Wie Deutschland trotz der offiziellen Ablehnung der US-Militärschläge an der Kriegsvorbereitung beteiligt ist, verrät unser Autor Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung. Seite 5

2. Tod nach Brechmitteleinsatz. Die Staatsanwaltschaft stellt "Vorermittlungen" ein

Autor: DSe · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:32

Am 9. Dezember letzten Jahres kam der 19-jährige Nigerianer Achidi John nach einem gewaltsam durchgeführten Brechmitteleinsatz in Hamburg zu Tode. Zuvor hatten fünf Polizisten den gefesselten, Todesangst erleidenden Mann gemeinsam zu Boden gezwungen und sich auf ihn gesetzt. In dieser Situation versuchte die Ärztin Dr. Ute Lockemann, eine Sonde durch die Nase einzuführen. Noch während dieses "medizinischen Eingriffs" erlitt Achidi John einen massiven Muskelkrampf. Trotzdem wurde die menschenverachtende Prozedur weiter geführt, das Brechmittel und fast ein Liter Wasser in den schon reglosen Körper gepumpt. Im Beisein der Ärztin erlitt Achidi den Herzstillstand. Erst Minuten später wurde dies bemerkt. Die Reanimationsversuche blieben erfolglos. Achidi John starb am 12. Dezember 2001.

Nachdem bereits im Dezember AnästhesistInnen und andere Mitglieder des medizinischen Personals des UKE gegen ihre Dienstverpflichtung zur Bereitschaft bei Brechmitteleinsätzen protestiert hatten, schloss sich im Mai 2002 die Betriebsgruppe ver.di am UKE dem Beschluss der Ärztekammer Hamburg vom 22. April an und forderte vom Hamburger Senat (CDU/FDP/Schill) den grundsätzlichen Verzicht auf den gewaltsamen Einsatz von Brechmitteln.

Auch der Deutsche Ärztetag fand eine klare Position. In dem Beschluss vom Mai heißt es: "Die Vergabe von Brechmitteln an verdächtigte Drogendealer zum Zwecke der Beweismittelsicherung ist ohne Zustimmung des Betroffenen ärztlich nicht zu vertreten." Für die Mehrheit der in Rostock versammelten ÄrztInnen ist klar: "Nicht erst der Tod des 19-jährigen Afrikaners bei einer gewaltsamen ärztlichen Brechmittelgabe (in Hamburg) macht deutlich, dass diese Maßnahme der Beweismittelsicherung mit unserem ärztlichen Berufsethos nicht zu vereinbaren ist."

Die Hamburger Staatsanwaltschaft beeindruckt all dies nicht. Ende Juni stellte sie die sogenannten Vorermittlungen ein. Eine Schuld der beteiligten Ärztin oder Polizisten kann sie nicht feststellen. Der Tod von Achidi John sei wegen einer bestehenden Herzerkrankung schicksalhaft gewesen, er hätte bei jedem anderen aufregenden Ereignis sterben können.

Die in Nigeria lebenden Eltern von Achidi John haben die Rechtsanwältin Gabriele Heinecke beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Umstände des gewaltsamen Todes weiter untersucht werden. Nachdem Heinecke endlich Akteneinsicht erhalten hat, sollen nun die vorhandenen Gutachten von unabhängigen Fachleuten bewertet werden. Ziel ist es, die Staatsanwaltschaft zu zwingen, ein reguläres Ermittlungsverfahren durchzuführen. Um die Anwältin finanziell zu unterstützen, wird am 26. Oktober in der Roten Flora in Hamburg ein Benefizkonzert unter dem Titel Dead by Law stattfinden. Auftreten werden dort Fink, Bernadette Hengst (vgl. ak 464), die Ska-Punkband Rantanplan und die Kölner HipHoper Microphone Mafia. Einlass ist ab 20.30 Uhr, der Eintritt beträgt 5 Euro plus Spende.

DSe

Mehr Infos zu Dead by Law, Benefiz gegen Brechmitteleinsätze gibt es unter: www.rock-links.de/benefiz

3. Von Vietnam bis Genua - was bleibt vom Internationalismus?

Veranstalterin: ak - analyse & kritik und Redaktion Fantômas Referent: Josef (Moe) Hierlmeier

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:45

Veranstalterin: ak - analyse & kritik und Redaktion Fantômas

Referent: Josef (Moe) Hierlmeier

Die Zeichen verdichten sich. Eine neue internationale Bewegung ist im Entstehen und gewinnt an Bedeutung. "Seattle" und "Genua" sind Kristallisationspunkte dieser Bewegung, die den Neoliberalismus unter Druck setzt. Die gesellschaftliche Marginalisierung emanzipatorischer Politik scheint aufgebrochen zu sein. Herrschaftskritische Positionen gewinnen an Boden. Da die neue Bewegung im Kontext der alten steht, wird viel davon abhängen, Erfahrungen internationalistischer Bewegungen kritisch zu beleuchten und produktiv zu wenden: den proletarischen Internationalismus der alten Arbeiterbewegung, den Internationalismus der APO, die Machtvergessenheit der NGOs.

Der Referent Moe Hierlmeier, Aktivist des Lateinamerikakomitee Nürnberg und Mitarbeiter des Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO (Bundeskoordination Internationalismus), hat soeben im Schmetterling-Verlag ein Buch veröffentlicht, das sich mit der Ideengeschichte des Internationalismus und mit der Entwicklung und den Irrtümern der Linken in Deutschland beschäftigt.

28.10. Berlin, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Mitveranstalter Buchladen Schwarze Risse, Beginn 19:30

29.10. Hamburg, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Beginn 19:30

30.10. Münster, Institut für Theologie und Politik (ITP), Graelstr. 9, Mitveranstalter ITP, Beginn 19:30

31.10. Frankfurt/Main, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Beginn 19:30, Mitveranstalter Club Voltaire

01.11. Hannover, Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4, Beginn 19:30, Mitveranstalterin Anti-Expo-AG

4. HipHop zwischen Deutschrap und migrantischem Widerstand. Interview mit Hannes Loh (Ex-Anarchist Academy)

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:15

Wie funktioniert Pop im Kapitalismus? fragen sich Marvin Chlada, Gerd Dembowski und Deniz Ünlü in ihrem Buch "Alles Pop? Kapitalismus und Subervision", das im Herbst im Alibri-Verlag erscheinen wird. Die zentrale These der Herausgeber ist, dass Pop ähnlich funktioniert wie der kapitalistische Markt: Subversion wird integriert und Widerstandpotenzial verschwindet innerhalb des Massenkonsums. Das folgende Interview mit dem Ex-Sänger der Polit-Band Anarchist Academy ist eine gekürzte Fassung aus dem Buch. In verschiedenen Artikeln und Büchern hat sich Hannes Loh kritisch mit der HipHop-Szene in Deutschland auseinander gesetzt. Vor zwei Jahren veröffentlichte er zusammen mit Sascha Verlan das Buch "20 Jahre HipHop in Deutschland", im September kommt "Fear of a Kanak Planet" (beide Hannibal-Verlag) heraus.

Marvin Chlada: Wenn Du von "bedenklichen Tendenzen" in Sachen HipHop sprichst, was fällt Dir da als erstes ein?

Hannes Loh: In dem Moment, da man Musik (oder ganz allgemein Kultur) nicht nur als Freizeitvergnügen begreift, sondern darin auch eine Spiegelung der Gesellschaft sieht, in der man lebt, stellt sich die Frage in Bezug auf die vermittelten Bilder, Metaphern, Inhalte und ästhetischen Kategorien mit einer anderen Brisanz. Ich habe HipHop als eine Erzählung erlebt, die mit einem emanzipatorischen Anspruch auf Menschen gewirkt und Menschen zueinander gebracht hat, die sich unter "normalen" Umständen nie kennen gelernt hätten. (...)

Die Geschichte des afroamerikanischen Widerstandes habe ich fast ausschließlich über Rap-Texte kennen gelernt und das hat mir in meiner Überzeugung, sich mit den herrschenden Verhältnissen nicht abzufinden, oft geholfen. Natürlich muss man an dieser Stelle auch vorsichtig sein. Wir wissen, dass ein Teil der "schwarzen" Widerstandsgeschichte auch antisemitisch besetzt ist und wir wissen auch, dass sich die Nation Of Islam schon mit führenden amerikanischen Neonazis getroffen hat, da sich beide Seiten für die Notwendigkeit von "Rassentrennung" einsetzen.

Deshalb ist es wichtig, jene Erzählungen zu unterstützen, die eine Alternative dazu bieten, die zum selbstständigen Denken motivieren und eine Vision in sich tragen, die über die bestehenden Verhältnisse hinaus reicht. Es hat diese Elemente schon immer im HipHop gegeben. Angefangen bei Grandmaster Flash & The Furios Five, über KRS ONE, Public Enemy, Paris, Disposable Heros bis hin zu Dead Prez. Und in Deutschland stehen dafür Gruppen wie Advanced Chemistry, Fresh Familee oder - um ein paar aktuelle Beispiele zu nennen - Curse, Bektas, Afrob, Azad oder Microphone Mafia.

Bedenklich wird das Ganze aus meiner Perspektive dann, wenn sich reaktionäre, chauvinistische und rassistische Tendenzen häufen und viele positive Werte, für die HipHop mal stand, drohen verloren zu gehen. In Deutschland ist, wie in vielleicht keinem anderen Land, die Entwicklung der HipHop-Szene mit dem nationalen Diskurs verknüpft. Dass es mittlerweile verschiedene Rapper gibt, die in ihren Battle-Lyrics auf rassistische Stereotype zurückgreifen und sich ganz offen reaktionär geben, hat weder etwas mit Tabubruch zu tun noch handelt es sich um durchgeknallte Einzelfälle. Schon zu Beginn der Neunziger gab es Versuche, aus HipHop in Deutschland "deutschen" HipHop zu machen. Damals waren die Erfolge bescheiden, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass die Szene zu jenem Zeitpunkt (im Gegensatz zu heute) multikulturell geprägt war und sich einer pan-europäischen Bewegung verpflichtet fühlte.

Diese Erzählung ist weitgehend verloren gegangen. Wer heute eins der großen HipHop-Festivals besucht (Flash, Splash, HipHop-Open) wird eine bemerkenswerte Entdeckung machen: Während das Line Up zum größten Teil multikulturellen Charakter trägt, besteht das Publikum nahezu ausschließlich aus deutschen Mittelstandskids. Warum ist das so und wo sind die jüngeren Brüder und Schwestern derer, die in den Achtziger- und frühen Neunzigerjahren die HipHop-Kultur in Deutschland aufgebaut haben? Die hocken in den ärmeren Vororten der Städte, in den Jugendzentren und Teestuben dieses Landes. Für die ist Deutschrap kein Thema, weil sie sich von den Repräsentanten dieser Deutschrap-Szene nicht vertreten fühlen. Ihre Geschichte kommt in den Lyrics der Deutschrapper nicht vor.

Erst seit Afrob, Azad und Brothers Keepers lässt sich ein Interesse feststellen. Das ist die eine erfreuliche Seite. Die andere Seite ist, dass inzwischen Neonazis auf ihren Homepages über eine "Unterwanderung der deutschen HipHop-Szene" diskutieren, weil sie von dem neuen Battle-Sprech gewisser Rapper Wind bekommen haben und sich darüber freuen, dass es in Deutschland rassistische und Auschwitz verharmlosende HipHop-Lyrics gibt.

Wie steht es um die Frauen in der Szene? Wird das "Macho-Ding", dass viele Rapper durchgezogen haben heute noch akzeptiert bzw. als Bestandteil des "Styles" abgetan?

HipHop ist sexistisch. Nicht weniger und nicht mehr als viele andere Jugendkulturen. Der Sexismus im HipHop ist allerdings weniger geschult an feministischer Kritik. An einigen Stellen wird dieses Thema inzwischen offener diskutiert, was aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass HipHop eine ausgesprochene Jungskultur ist. Vor allem im Battlerap leben pubertierende Jungmänner ihre Alphamännchen-Fantasien aus. Zu Stande kommen dabei Bilder und Wünsche, die sich mit denen der Väter am Stammtisch decken. D.h. ein typischer sexistischer Battlerap, wie man ihn aller Orte zu hören bekommt, ist nichts anderes als eine Transferierung von Wichskabinenvideos in Reime. Es bleibt jedem selbst überlassen sich die Frage zu beantworten, ob es sich um einen Fortschritt handelt, wenn patriarchale Fantasien nicht mehr heimlich, still und leise ausgelebt werden, sondern unverblümt und laut durch die Boxen dröhnen.

Mit Anarchist Academy bist Du 1993 in der Hamburger Markthalle zusammen mit But Alive, den Emils und Slime auf der Bühne gestanden, was unter den Punks für reichlich Verwirrung sorgte: Anarchist Acadamy wurde von einigen der Anwesenden sogar mit Flaschen beworfen. Wie erklärst Du Dir diese anfänglichen Schwierigkeiten in der Annäherung zweier Szenen, die sich inhaltlich doch sehr nahe standen (und immer noch stehen)?

Ich finde es viel interessanter zu fragen, warum diese beiden Szenen, die so extrem unterschiedlich sind, zu Beginn der Neunzigerjahre so schnell und so eng zusammen gefunden haben. Das hatte einerseits zu tun mit einem grundsätzlichen Wandel der Hardcore- und Punkästhetik, die durch Gruppen wie Rage Against The Mashine sowohl auf einer musikalischen als auch auf einer Style-Ebene mit typischen HipHop-Elementen in Berührung kam. Zum anderen kam die spezifische Situation in Deutschland hinzu. Leute wie Ale von Buback oder Moses vom Zap haben sehr schnell das Potenzial der jungen HipHop-Szene erkannt und gezielt gefördert. Und das funktionierte gut, weil die Hardcore/Punk-Szene über etablierte Fanzine-, Club- und Labelstrukturen verfügte. So manch frustrierter Hardcore-Fan sah in HipHop auch das "neue Ding".

Hier fangen allerdings auch schon die Missverständnisse an. Denn die beiden Szenen hatten, gerade inhaltlich, kaum etwas miteinander gemein. Die Hardcore/Punk-Szene, die eng mit den autonomen Strukturen des Landes verknüpft war, führte seit Jahren Diskurse über Sexismus, Rassismus, Homophobie, Vegetarismus, Kapitalismus und Krieg, Ausbeutungsstrukturen etc. Es gab also eine Metaebene, auf der Texte, Aussagen und ästhetische Zitate diskutiert wurden. So etwas fehlte in der jungen HipHop-Szene völlig. Es gab überhaupt kein politisches Verständnis und wenn, dann war es den Beteiligten nicht bewusst. Insofern fanden einige Hardcore-Aktivisten hier ein neues Betätigungsfeld, denn es bot sich ihnen die Aufgabe einer weit reichenden Mission.

Zum Teil hat das geklappt, zum größeren Teil führte es zu bescheuerten Missverständnissen. In Frankfurt z.B. wollte man den türkischen Namen eines DJs nicht mit aufs Plakat nehmen, da die autonomen Veranstalter fürchteten, dass dann zu viele Ausländer kämen, die Stress machen.

Auch hier ein grundsätzlicher Unterschied: Die Hardcore/Punk-Szene setzte sich hauptsächlich aus Aktivisten zusammen, die aus bürgerlichen Verhältnissen kamen und sich über Musik bewusst gegen die Mehrheitsgesellschaft stellten. Die HipHop-Szene war bis Mitte der Neunzigerjahre in erster Linie migrantisch-proletarisch geprägt. Für die meisten Rapper, Breaker oder Writer war HipHop eine Art kultureller Rettung, da in Deutschland für sie kein Platz vorgesehen war.

Wie Du selbst betonst, standen Anarchist Academy seit ihrer Gründung 1992 innerhalb der HipHop-Szene jenseits von "Old" und "New School". Keine andere Band hat sich dermaßen bewusst in eine linke Tradition gestellt, deren Bezüge von Brecht und Che bis zu den Ton, Steine, Scherben reichen: "Knallharter Gegenpart, radikal wie Degenhart - nicht Worte zu abstrakt abgefuckt auf den Takt", heißt es beispielsweise in Die 5. Terroristengeneration. Wurde Eure eindeutige politische Haltung innerhalb der Szene nicht als "ideologisch"

gebrandmarkt? Galten die von Euch konkret benannten Ziele, zum Beispiel das Eintreten für die Räterepublik, nicht als "uncool" in einer Zeit, da vom "Ende der Utopien" und ähnliches, gerade auch in der jungen Generation, die Rede war?

Innerhalb der HipHop-Szene hatte AA immer eine merkwürdige Stellung. Einerseits haben wir sicher viel zu einer Politisierung beigetragen und bestimmte Debatten losgetreten. Andererseits war das politische Bewusstsein der meisten führenden Aktivisten dermaßen naiv und minimal, dass sie die Bedeutung und Tragweite eines Songs wie "Alle Macht den Räten" überhaupt nicht ermessen konnten. Diese Leute hatten niemals eine Utopie, weshalb sie auch nicht bemerkten, dass sie in einer Zeit lebten, in der vom "Ende der Utopien" die Rede ist. Aber wir haben von vielen anderen positives Feedback bekommen. Es gab zu Beginn der Neunzigerjahre eine enorme Bereitschaft, sich antifaschistisch zu positionieren und auch zu organisieren. Das wurde kaputt gemacht, als die Medien mit den Fantastischen Vier "Deutschrap" entdeckten. Die Entpolitisierung, die dann vorangetrieben wurde, verdrängte bis Brothers Keepers alle eindeutigen antirassistischen und kritischen Töne aus "deutschem" Rap. In den Begriffen Deutschrap einerseits und Oriental HipHop andererseits wurde die Spaltung der Szene greifbar. Viele Migrantenkids waren von dieser Entwicklung enttäuscht. In den Texten der "Neuen Deutschen Reimkultur" kam ihr Lebensalltag nicht mehr vor. (...)

Erst innerhalb des letzten Jahres scheinen sich die Fronten etwas zu verschieben. In den Veröffentlichungen von Feridun Zaimoglu (Kanak Sprak 1995, Abschaum 1996, Koppstoff 1998) kündigte sich an, dass die zweite und dritte Migrantengeneration keine Lust mehr hat, tatenlos im Schatten der deutschen Gesellschaft zu verharren. Jenseits der zugeschriebenen Rollen vom multikulturellen Exoten oder braven ausländischen Mitbürger äußert sich diese Generation zunehmend selbstbewusst und angriffslustig. (...)

Es zeigt sich, dass die Inhalte heute nicht von denen gebracht werden, die sich in den letzten Jahren ihre Pfründe im "Deutschrap"-Markt sichern konnten. "Jetzt mach ich business, sag die Wahrheit, also wird's politisch ..." rappt Meli von Skills en Masse und bringt die Sache auf den Punkt. Es wird politisch, wenn Menschen zum Microfon greifen, denen dieses Land die Staatsbürgerschaft verweigert und die auf Grund ihrer Herkunft oder Hautfarbe mit rassistischer Gewalt rechnen müssen. Es wird politisch, wenn Rapper wie D-Flame, Samy Deleuxe, Afrob, Ono, Torch, Da Germ oder Ebony Prince über ihre Alltagserfahrungen in einem Land sprechen, in dem der Begriff "National befreite Zone" zum Unwort des Jahres 2000 gewählt wurde. (...)

Der unerwartete Erfolg von Brothers Keepers zeigte auch, dass viele Jugendliche auf solche Statements gewartet hatten. Plötzlich läuft deutschsprachiger Rap auch wieder in den Jugendhäusern. Hatten Hamburg und Stuttgart die HipHop-Szene in Deutschland über lange Zeit dominiert, so meldeten sich jetzt auch andere Städte zu Wort. Vor allem aus Berlin, Frankfurt und Köln bekommt man neue, rauhe, teilweise skandalöse Töne zu hören. Rapper wie Efe und Careem, Mr. L, Da Force, Microphone Mafia, Bektas oder Curse kommen vom übertriebenen Battle-Style ab und erzählten wieder Geschichten aus dem Alltag. Hier sehe ich eine große Chance, dass Rap in Deutschland sich wieder zu einem gesellschaftlich wichtigen und progressiven Element entwickelt.

Marvin Chlada, Gerd Dembrowski, Deniz Ünlü (Hrsg.): Alles Pop? Kapitalismus und Subversion. Alibri-Verlag, ISBN 3-932710-48-7, ca. 200 Seiten, ca. 14 Euro

5. Die Achse der Verdächtigen. Der 11. September 2001 und die Tücken der "kritischen Konspirologie"

Autor: Js. · Rubrik: US-Imperialismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:36

Ein Jahr nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 ist die Beweislage, was die Hintermänner dieser Anschläge angeht, unverändert dürftig. Nachdem alle Welt, die verschiedensten Geheimdienste eingeschlossen, vom Terror angeblich völlig überrascht wurden, stand die offizielle Version Stunden später fest: Bin Laden war's, und sein weltumspannendes Terrornetzwerk Al Quaida ist jederzeit in der Lage, erneut zuzuschlagen. Diese und viele andere Ungereimtheiten, Widersprüche und offene Fragen veranlassten den ehemaligen taz-Kulturredakteur Mathias Bröckers, ein bereits begonnenes Buch über Verschwörungen und Verschwörungstheorien thematisch auszuweiten. Seit ein paar Wochen liegt bei Zweitausendeins das Ergebnis seiner Untersuchungen vor; der Verlag kommt nach eigener Aussage "mit dem Drucken nicht nach".

Um es gleich vorweg zu sagen: Die auf 350 Seiten versammelten haarsträubenden Fehler, falschen Einschätzungen und Unterstellungen bieten reichlich Material für einen Totalverriss. Da wird der deutsche Außenminister Fischer als "Vasall von Onkel Sam" (Seite 122) bezeichnet, zum x-ten Mal die Geschichte von der angeblich den Umsturz planenden Geheimloge P2, mit "Duce Berlusconi" an der Spitze, aufgetischt (110ff.); US-Präsident George W. Bush wird zum "eigentlichen Wiedergänger Hitlers" - auf seine "Machterschleichung" folgte der "WTC-Reichstagsbrand" (180), wurde das Weiße Haus zum "Führerbunker" (227), stürmen die USA "mit patriotischem Schritt auf ein Viertes Reich" zu. (297) Bröckers belässt es nicht bei diesen indiskutablen Analogien zum Nationalsozialismus, er macht auch noch die USA, namentlich die Bush-Familie, die mit den Nazis profitable Geschäftsbeziehungen pflegte, zum Mitverursacher des deutschen Vernichtungskrieges: "Ohne ihr vorheriges Großinvestment in den Faschismus wäre die Befreiung vermutlich gar nicht nötig geworden. Das ‚Volk ohne Raum` hätte nämlich mangels Mobilität zu Hause bleiben müssen." (86)

Um die israelische Politik gegenüber den PalästinenserInnen zu erklären, bemüht Bröckers eine gleichfalls indiskutable Vulgär-Psychologie: "Menschen, die in ihrer Kindheit Gewalt erfahren, werden selbst gewalttätig; Völker und Staaten offenbar auch. Insofern wäre der Staat Israel, geboren aus der Not vor dem gewalttätigen ‚Übervater` Hitler, psychohistorisch jetzt zu so etwas wie einem gewalttätigen Hooligan herangewachsen, der einfach nicht anders kann." (242) Deshalb, meint Bröckers "können wir Scharon unterstellen, dass seine Konsequenzen aus Auschwitz darin bestehen, Hitlers rassistischen Verfolgungswahn ‚mehr oder weniger ` unbewusst zu kopieren." (239) Wer das Buch spätestens an dieser Stelle angewidert in die Ecke wirft, folgt zweifellos einem natürlichen Impuls. Der ak-Rezensent hat trotzdem weitergelesen - und das mit Gewinn. Denn das Buch bietet - neben teils abstrusen, teils amüsanten Gedanken über Verschwörungen und Verschwörungstheorien - etliches, was für eine Einschätzung des 11. September 2001 und seiner Folgen relevant, wenn nicht unentbehrlich ist. Das gilt auf jeden Fall für die von Bröckers gestellten Fragen - die 100 am häufigsten gestellten finden sich noch einmal im Anhang (siehe Kasten) - weniger für seine Antworten und Spekulationen. Dass diese auf offen zugänglichen, vor allem im Internet verbreiteten Informationen beruhen, hebt der Autor mehrfach hervor.

Bröckers behauptet zwar nicht, dass die Anschläge des 11.9. von der CIA oder dem FBI inszeniert worden wären. Als "kritischem Konspirologen" gehe es ihm vielmehr darum, die von Bush verbreitete Theorie einer "al-quaidisch-ladinistischen Weltverschwörung", für die es bis heute keinen Beweis gibt, in Frage zu stellen. Deshalb sei das von ihm entwickelte Szenario eine "Anti-Verschwörungsthese". Das ist letztlich ein Streit um Worte. Nach Bröckers` (Anti-)Verschwörungsthese, die er im Interview mit dem Neuen Deutschland (6.9.2002) zusammenfasst, war bzw. ist Al Quaida von der CIA "genauso unterwandert wie die NPD vom Verfassungsschutz".

CIA und FBI waren also nicht auf die russischen, französischen, deutschen oder israelischen Geheimdienste angewiesen, die beizeiten vor massiven Anschlägen in den USA gewarnt hatten. Wenn die US-Dienste sich über diese Warnungen hinwegsetzten, dann könne es dafür nur zwei Gründe geben, meint Bröckers: Entweder glaubten sie, durch ihre eigenen Under-Cover-Agenten "alles im Griff" zu haben. Oder sie nahmen den Tod Tausender Menschen billigend in Kauf, um einen Vorwand für den Krieg gegen Afghanistan zu haben. Dieser

Krieg, behauptet Bröckers, sei seit Juli 2001 beschlossene Sache gewesen. Damals hatte man mit der Taliban-Regierung über eine Öl-Pipeline quer durch Afghanistan verhandelt. Das Geschäft, bei dem der von Vizepräsident Dick Cheney dirigierte Halliburton-Konzern federführend sein sollte, kam nicht zu Stande, weil die Taliban nach Ansicht ihrer US-Partner überzogene Geldforderungen stellten. So habe man sich dafür entschied en, Afghanistan statt mit einem "Teppich aus Gold" mit einem "Teppich aus Bomben" zu überziehen - eine Alternative, die den Taliban angeblich ganz offen unterbreitet worden sein soll. Im Mai 2002 meldete BBC, dass das im Juli 2001 zunächst aufgegebene Pipeline-Projekt, die mit 2 Mrd. Dollar "größte ausländische Investition in Afghanistan", nunmehr unter Dach und Fach sei.

Nicht zu leugnen ist, dass die Anschläge des 11. September und der umgehend ausgerufene "Krieg gegen den Terror" für die US-Wirtschaft, für die Regierung und für die Bush-Familie positive "Nebenwirkungen" hatte: "Ein Börsencrash wurde durch die massiven Regierungsausgaben für Rüstungsprogramme, durch öffentliche Hilfen für die Luftfahrtindustrie und geplante Steuersenkungen für Unternehmen zunächst einmal abgewendet." (330) Auch die Pleite des Energieriesen Enron, des größten Finanziers von Bushs Wahlkampagne, wurde angesichts der Weltlage vergleichsweise gelassen zur Kenntnis genommen: Die Nation stand Schulter an Schulter im Abwehrkampf gegen einen zum Äußersten entschlossenen Feind. Auch der Bush-Clan profitierte von der Terror-Hysterie: Im Rahmen der umgehend beschlossenen Gesetzesverschärfungen wurde auch die Geheimhaltung von Akten aus der Zeit verfügt, da Bush Senior Vizepräsident unter Reagan und George W. Gouverneur in Texas war - eine Periode, in der die Bush-Family dubiose Geschäfte mit dem Bin-Laden-Clan machte.

Auf solche zumindest fragwürdigen Kontakte hinzuweisen, galt nach dem 11.9. fast als Hochverrat. Auch die Zusammenarbeit von CIA und Bin Laden, der im US-Auftrag jahrelang Kämpfer für den Heiligen Krieg gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan rekrutiert hatte, war in den Mainstream-Medien kein Thema. Bushs Machtwort "Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen", seine Warnung vor "frevelhaften Verschwörungstheorien" wurde in den Redaktionen zum ungeschriebenen Gesetz. Dabei gab es diverse Spuren, denen im Sinne eines "investigativen Journalismus" hätte nachgegangen werden müssen: Warum wurden auf Bushs Anweisung im Januar 2001 die Ermittlungen gegen Bin Laden eingestellt? Wie kam es, dass der oberste Ermittler gegen Osama Bin Laden, John O'Neill, daraufhin seinen Job beim FBI hinschmiss und Sicherheitschef im WTC wurde (wo er am 11.9. starb)? Wusste die CIA davon, dass der mutmaßliche Anführer der Terrorkommandos, Mohammed Atta, vom pakistanischen Geheimdienst ISI im Juli 2001 100.000 Dollar erhalten hat? Wieso wurde nach dem 11.9. die heißeste Spur nicht weiter verfolgt, die zu den Profiteuren eines Insiderhandels mit den Aktien der betroffenen Fluggesellschaften hätten führen können? Woher hatten sie ihr Insiderwissen?

Dass Bröckers' Anklage gegen eine "Achse der Verdächtigen" auf Indizien und Spekulationen über deren Motive beruht, versteht sich von selbst: "Mit den USA als Supervisor, Saudi-Arabien als Finanzier und Unterstützer und Pakistans Geheimdienst ISI als lokalem Organisator hätten wir die wichtigsten ‚Häfen des Terrors` beisammen, denen die Katastrophe des 11.9. entsprang." (291) Hinzu komme Israel, dessen Geheimdienst Mossad die Hintergründe des 11.9. kenne und mit diesem Wissen "über ein ideales Druckmittel verfügt, die Solidarität der USA für Israels neuen Besetzungsfeldzug zu erzwingen." (290f.) Dass Bröckers nicht nur an dieser Stelle spekuliert, wenn nicht fantasiert, ist offensichtlich. Als mildernden Umstand kann man zum einen das von Bush verhängte und von den Mainstream-Medien ergeben befolgte Denk- und Recherchierverbot. Dagegen aufzubegehren sollte schon die Selbstachtung gebieten.

Zum anderen relativieren sich die wilden Spekulationen eines journalistischen Einzelkämpfers durch die Tatsache, dass die über gigantische Apparate verfügende Gegenseite nicht nur bewusst auf Beweise für ihre Verschwörungsthesen verzichtet, sondern diese auch noch zur Grundlage für militärische Abenteuer nimmt. Wie sagte der prominente britische Rechtsanwalt Anthony Scrivener zum Beginn des Afghanistan-Krieges: "Es ist ein ernüchternder Gedanke, dass man zur Strafverfolgung eines Ladendiebs bessere Beweise braucht als dazu, einen Weltkrieg anzufangen." (98)

Js.

Mathias Bröckers: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9., Frankfurt am Main (Zweitausendeins) 2002, 361 Seiten,

12,75 EUR

Hundert offene Fragen

Im Anhang seines Buches listet Mathias Bröckers "100 Frequently Asked Questions" auf - 100 immer wieder gestellte Fragen, unterteilt in drei Abschnitte: Vorgeschichte, Tag der Anschläge, Nachgeschichte. Einige davon, die den Tag der Anschläge und die Nachgeschichte betreffen, sollen hier wiedergegeben werden.

55. Warum war bei den vier Flugzeugen kein einziger "unschuldiger" Moslem an Bord?

56. Warum blieb Mohammed Attas Tasche am Flughafen stehen und wurde nicht an Bord genommen?

57. Wer fand diese Tasche? Wie wurde sichergestellt, dass es sich um seine Tasche handelt?

58. Warum packte Atta ein Video über das Führen von Flugzeugen, eine Uniform und ein Testament in eine Tasche, wo er doch wusste, dass er auf einer Selbstmordmission war?

59. Warum ließ Atta seinen Führerschein im Mietwagen liegen?

74. Wie konnten die Hauptverdächtigen in nur zwei Tagen "ermittelt" werden?

75. Wie wurden ihre Autos so schnell entdeckt?

76. Woher kamen die Fotos der 19 Hijacker?

77. Was ist mit den mindestens fünf angeblichen Hijackern, die noch leben?

78. Wo sind die Flugrecorder?

79. Warum wurden die meisten Flugschreiber nicht gefunden?

80. Warum wurden die Daten der gefundenen Flugschreiber nicht veröffentlicht?

81. Warum veröffentlichte das FBI die Protokolle des Funkverkehrs nicht?

82. Warum gibt es keine Fotos oder Videos von der Absturzstelle im Pentagon, auf dem Wrackteile des Flugzeugs zu sehen wären?

aus: Mathias Bröckers, Verschwörungstheorien, S. 318ff.

6. Worte und Taten. Gewährt Bundesregierung USA militärische Unterstützungsleistungen für Irak-Krieg?

Autor: Tobias Pflüger · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:43

In der Analyse "Wir glauben euch noch nicht" (1) vom 7. August 2002 hat die Informationsstelle Militarisierung (IMI) darauf hingewiesen, dass den Worten der rot-grünen Bundesregierung, sie lehne den Krieg gegen den Irak ab, Taten folgen müssten. Wir haben darin fünf Punkte aufgeführt, die erfüllt werden müssten, damit eine im Wahlkampf formulierte deutsche "Antikriegsposition" glaubwürdig sei. Diese fünf Punkte lauten: Erstens keine finanzielle Unterstützung, zweitens kein Zurverfügungstellen von Bundeswehr-Truppen, drittens keine Truppenunterstützung, viertens keine Zurverfügungstellung der militärischen Infrastruktur in Deutschland. Und fünftens die Einlegung eines Vetos innerhalb der NATO gegen die Unterstützung eines Irak-Kriegs.

Diese Punkte sind in der Schlussphase des Wahlkampfes erfreulich stark aufgegriffen worden. Bundeskanzler Gerhard Schröder und in seinem Gefolge andere SPD-Politiker sprachen sich klar gegen eine finanzielle Unterstützung des Irak-Kriegs aus. Verteidigungsminister Peter Struck stellte sogar den Abzug der Panzer in Kuwait bei Kriegsbeginn in Aussicht.

Doch gegen den Krieg reden und etwas real gegen eine Kriegsteilnahme zu tun, sind offensichtlich zwei paar Schuhe. Ein zentraler Punkt in unserem Papier war: "Keine Zurverfügungstellung der militärischen Infrastruktur in Deutschland (das schließt nicht nur die deutschen, sondern auch die US-amerikanischen Basen wie Spangdahlem, Ramstein, Frankfurt Airport u.a. mit ein)." Auch dieser Punkt wurde in der veröffentlichten Debatte aufgegriffen, beispielweise in der Bundespressekonferenz vom 4. September 2002. Die dortige Auseinandersetzung zeigt, wie relevant der Punkt ist.

In der Bundespressekonferenz wurde sehr vorsichtig die folgende Frage gestellt: "Herr Bundeskanzler, es beginnt eine kleine Diskussion darüber, ob Deutschland auch Konsequenzen ziehen müsste, weil es ja Überflugrechte und Nutzungsrechte amerikanischer Flughäfen usw. gibt, die in einem solchen Fall auch sicherlich genutzt werden würden. Könnten Sie dazu etwas sagen?" Gerhard Schröder antwortet gereizt: "Ich bin nicht bereit, hier zu jeder kleinen Diskussion, die von wem auch immer begonnen wird, Erklärungen abzugeben. Ich glaube, dass die Grundsatzposition Deutschlands ganz klar ist, und dabei soll es bleiben."

Kann USA deutschen Luftraum nutzen?

Daraufhin hakte ein etwas mutigerer Journalist nochmal nach und wollte wissen, ob denn nun der deutsche Luftraum und die Basen, die die Amerikaner in Deutschland unterhalten, für einen Angriff auf den Irak zur Verfügung stünden. Der Frager wurde dafür scharf abgekanzelt: "Ich hatte auf die Frage Ihres Kollegen schon gesagt: Lassen Sie uns Fragen diskutieren, wenn sie anstehen; denn ich denke nicht daran, über jedes Stöckchen - auch nicht über Ihres - zu springen." Jetzt fasste der Journalist allen Mut zusammen und legt nochmal nach: "Verzeihung, Herr Bundeskanzler, aber das ist kein Stöckchen, sondern alle Militärexperten sind sich einig, dass die militärisch maßgebliche Frage für die Amerikaner die ist, ob der deutsche Luftraum genutzt werden kann." Darauf Gerhard Schröder abschließend: "Nehmen Sie meine Antwort so, wie ich sie Ihnen gegeben habe. Die gilt." Schröder hat keine Antwort gegeben und die gilt.

Um zu beurteilen, welche Handlungsspielräume eine deutsche Regierung hätte, lohnt sich ein Blick in das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der internationalen Juristenvereinigung IALANA, die sich für ein weltweites Verbot von Atomwaffen einsetzt, beschreibt in der Frankfurter Rundschau vom 11. September 2002 die völkerrechtliche Situation einer Nutzung (US-amerikanischer) militärischer Infrastruktur in Deutschland in Bezug auf den angekündigten Irak-Krieg. (2) Deiseroth zählt vier Möglichkeiten des Rückgriffs der USA auf militärische Infrastruktur in Deutschland auf:

- Die deutsche Regierung könnte um Überflugrechte im deutschen Luftraum ersucht werden.

- US-Militärflugzeuge könnten auf US-Militärflughäfen in Deutschland (z.B. US-Air-Base Rhein-Main) zwischenlanden und von hier aus in ihre Einsatzgebiete weiterfliegen.

- Die US-Regierung könnte versuchen, US-Kriegsmaterial, das in in Deutschland befindlichen US-Stützpunkten eingelagert ist, sowie hier stationierte Truppen auf dem Luft- oder Seeweg in das Kriegsgebiet zu verbringen.

- In Deutschland gelegene US-Kommandoeinrichtungen (z.B. US-EUCOM in Stuttgart-Vaihingen) sowie Kommunikations- und Infrastruktursysteme könnten in die Planung und Durchführung militärischer Operationen gegen Irak einbezogen werden.

Deiseroth macht deutlich, "für Militärschläge gegen Irak mit dem Ziel, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen und Irak zum amerikanischen Einflussgebiet zu machen, kann sich die US-Regierung (...) nicht auf Artikel 51 der UN-Charta berufen". Darüber hinaus würde "ein Nato-Staat, der eine Aggression plant und ausführt, (...) nicht nur gegen die UN-Charta, sondern zugleich auch gegen Art. 1 NATO-Vertrag (verstoßen)". Spannend wird es für die Bundesregierung, wenn Deiseroth sagt: "Völkerrechtswidrig handelt freilich nicht nur der Aggressor, sondern auch derjenige Staat, der einem Aggressor hilft, etwa indem er auf seinem Hoheitsgebiet dessen kriegsrelevante Aktionen duldet oder gar unterstützt."

Als Aggressionshandlung und damit als Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot ist unter anderem die "Handlung eines Staates (zu qualifizieren), die in seiner Duldung besteht, dass sein Hoheitsgebiet, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat dazu benutzt wird, eine Angriffshandlung gegen einen dritten Staat zu begehen". Dies wird in Art. 3 f der von der UN-Generalversammlung am 14. Dezember 1973 beschlossenen Resolution ausdrücklich festgelegt.

Deiseroth berichtet weiter, dass schon früher bundesdeutsche Regierungen in die Situation geraten sind, völkerrechtswidrige Kriegsunterstützung untersagen zu müssen: "Erstmals im Zusammenhang mit dem israelischen Yom-Kippur-Krieg im Jahre 1973 wurde die Einbeziehung des deutschen Hoheitsgebietes in militärische Konflikte außerhalb des ‚Nato-Gebietes` zu einem brisanten Thema: Drei israelische Frachter hatten sich auf Veranlassung der amerikanischen Regierung im Oktober 1973 an der Reede von Bremerhaven eingefunden, um Kriegsmaterial der in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte an Bord zu nehmen; der damalige Bundeskanzler Willy Brandt entschied zusammen mit seinem Vizekanzler und Außenminister Walter Scheel, die Verladungen sollten ohne Verzug eingestellt werden und die israelischen Schiffe die deutschen Hoheitsgewässer sofort verlassen. Ein weiteres Mal stellte sich die angesprochene Problematik, als der damalige US-Oberbefehlshaber in Europa, General Rogers, öffentlich erklärte, die am 14./15. April 1986 von der US-Luftwaffe durchgeführten Bombenangriffe auf Libyen seien von seinem Hauptquartier in Stuttgart-Vaihingen aus ‚vorbereitet` und ‚gesteuert` worden."

Angriffskrieg ist grundgesetzwidrig

Und jetzt kommt das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut ins Spiel: "Nach allgemeinem Völkerrecht, das auch in internationalen Übereinkommen seinen Niederschlag gefunden hat (vgl. u.a. Art.1 des Chicago-Abkommens von 1944), besitzt jeder Staat im Luftraum über seinem Hoheitsgebiet ‚volle und ausschließliche Lufthoheit`. Sind allerdings - wie in Deutschland - ausländische Truppen stationiert, so werden Umfang und Grenzen der Bewegungsfreiheit dieser Stationierungsstreitkräfte regelmäßig in speziellen völkerrechtlichen Abkommen geregelt. Nach der Aufhebung des Besatzungsregimes erfolgte dies in Deutschland in Gestalt des so genannten Zusatzabkommens zum Nato-Truppenstatut. In der bis 1994 geltenden Fassung dieses Zusatzabkommens (ZA-NTS 1959), das in diesem Bereich die Regelungen aus der Besatzungszeit als Vertragsrecht weitgehend fortführte, war den in Deutschland im Rahmen der Nato stationierten US-Truppen eine sehr weitgehende Bewegungsfreiheit im deutschen Luftraum eingeräumt: Eine ‚Truppe` war berechtigt, mit Luftfahrzeugen ‚die Grenzen der Bundesrepublik zu überqueren sowie sich in und über dem Bundesgebiet zu bewegen` (Art. 57 Abs. 1 ZA-NTS 1959)", erklärt Deiseroth.

Er führt weiter aus: "Würde es dagegen die deutsche Regierung im Falle eines US-Krieges gegen Irak widerspruchslos dulden, dass die US-Militärbasen in Deutschland sowie der deutsche Luftraum von US-Militärflugzeugen und ihrem Personal im Rahmen offenkundig völkerrechtswidriger Militäreinsätze genutzt würden, so wären die Folgen sicher: Zum einen würde eine deutsche Regierung mit der bewussten Duldung der Einbeziehung des deutschen Luftraums und deutschen Hoheitsgebietes in die Führung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges einen fatalen ‚Präzedensfall` für die Zukunft schaffen; denn eine sich herausbildende oder gar sich verfestigende Staatspraxis trägt zur authentischen Auslegung und

Implementierung völkerrechtlicher Regelungen entscheidend bei. Zum anderen stünde jede deutsche Regierung vor dem Abgrund des Verfassungsbruchs. Wenn sie bewusst das deutsche Hoheitsgebiet in die Führung eines völkerrechtswidrigen Krieges verwickeln und einbeziehen (lässt), kommt es zum Konflikt mit Art. 26 GG und Art. 2 des Zwei-Plus-Vier-Vertrages. Beide Normen verbieten ausdrücklich, die Führung eines Angriffskrieges ‚vorzubereiten`. Dieses Verbot des Angriffskrieges umfasst nach seinem Wortlaut zwar nur dessen ‚Vorbereitung`. Wenn ein Angriffskrieg jedoch von Verfassungs wegen bereits nicht ‚vorbereitet` werden darf, so darf nach dem Sinn und Zweck der Vorschrift ein solcher erst recht nicht geführt oder gefördert werden, in welcher Form auch immer. Das grundgesetzliche Verbot des Angriffskrieges, das zudem strafrechtlich bewehrt ist, ist dabei umstands- und bedingungslos normiert: Die Vorbereitung, Führung und Unterstützung eines Angriffskrieges ist in jeder Hinsicht ‚verfassungswidrig` und ‚unter Strafe zu stellen`. Darin unterscheidet es sich von der in Art. 26 GG enthaltenen anderen Verbotsalternative, die ‚Handlungen` erfasst, ‚die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören`." So weit Deiseroth. Die Bundesregierung muss auf diese völkerrechtliche Analyse reagieren, will sie glaubwürdig bleiben.

Transporte laufen schon

Unabhängig von der völkerrechtlichen Bewertung ist die Frage politisch relevant. Die Transporte über Deutschland laufen wohl schon. Aus Spangdahlem, Ramstein und Frankfurt Airport werden verstärkte Luftbewegungen gemeldet. Langsam wird klar, warum Gerhard Schröder gereizt auf Nachfragen zur militärischen Infrastruktur reagiert: Alles sieht danach aus, dass SPD und Grüne nun - im Gegensatz zum NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien und dem noch laufenden Afghanistankrieg - gegen den Krieg reden, aber - und das ist der zentrale Punkt - nichts gegen den Krieg tun.

Tobias Pflüger, 13. September 2002

Anmerkungen:

1) Pflüger, Tobias: Wir glauben euch noch nicht: www.imi-online.de/2002.php3?id=159, www.imi-online.de/download/Irak-deutsch.pdf

2) Frankfurter Rundschau 11.09.2002, www.fr-aktuell.de/fr/160/t160001.htm, www.imi-online.de/2002.php3?id=202

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., IMI, Hechingerstrasse 203, 72072 Tübingen, Telefon: 07071-49154, Fax -49159, e-mail: IMI@imi-online.de, Internet: http://www.imi-online.de

7. Schnee von gestern. Positionen und Empfehlungen zur Bundestagswahl

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:38

Wenige Tage vor der Bundestagswahl hat es der Medienprofi aus Hannover also doch noch geschafft. Auf den letzten Metern holte er den blassen Ede aus München ein, der monatelang uneinholbar schien. Ein Wahlgang spannend wie nur selten zuvor - so jedenfalls die bürgerlichen Medien. Merklich leidenschaftsloser sieht das die Linke.

Auf die Frage, wie mensch es dieses Mal bei der Bundestagswahl halten soll, antwortete ein ak-Redakteur: "Genossinnen und Genossen, an die Frage taktisch, nicht inhaltlich herangehen." Eine Umfrage in der Redaktion ergab dann, dass dort mit (fast schon erschreckender) Mehrheit der PDS die Stimme gegeben wird, also mit anderen Worten: Die ausgegebene Losung wurde verstanden.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1998 war in dieser Zeitung zu lesen: "Auf drei zentralen Politikfeldern wollen SPD und Grüne Profil gewinnen: Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, Ausstieg aus der Atomenergie und Einführung einer Ökosteuer. Die Grünen gehen sogar damit hausieren, man solle an diesen Punkten ein rot-grünes Bündnis in Bonn messen." (ak 417) Zwar kann in diesen Punkten die Schröder/Fischer-Regierung Vollzug melden. In der konkreten Ausgestaltung sind diese drei "Reformprojekte" jedoch - positiv formuliert - halbherzig. Vier Jahre Rot-Grün haben gezeigt, dass auf parlamentarischer Ebene weder ein Reformprojekt verfolgt wird, noch dass es dafür im Parlament (momentan noch mit Ausnahme der PDS in einigen Fragen) derzeit einen Adressaten gibt. Dieser Umstand verweist auf das grundlegende Dilemma der parlamentarischen "Linken": Ohne gesellschaftlichen, ohne außerparlamentarischen Druck können die Spielregeln nicht durchbrochen werden, bleibt sie verfangen in den herrschenden Machtmechanismen.

"Dabei ist klar, dass Rot-Grün Modernisierungspolitik betreiben wird. Insofern werden, wenn überhaupt, nur in nebenrangigen Teilfragen positive Veränderungen zu erwarten sein", hieß es erwartungsvoll vor vier Jahren in ak, auch wenn gleich einschränkend hinzugefügt wurde: "Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die Dynamik beim Umbau der Gesellschaft zunimmt." Dass Rot-Grün Deutschland in den ersten Krieg nach 1945 führen würde, war damit noch nicht einmal gemeint, zielte diese Aussage doch vielmehr auf einen neuen Vorstoß zum neoliberalen Umbau der BRD-Gesellschaft. Steuerreform und Riesterrente, die Pläne der Hartz-Kommission und Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik zeigen, wie Rot-Grün die marktliberale Ideologie auf diesen Feldern umsetzt. Der 11. September hat diesen Umbau des Sozialstaats bei gleichzeitigem Ausbau von Repression und Überwachung nur beschleunigt.

In der letzten ak war angesichts dieser Bilanz geraten worden, dieses Mal Stoiber zu wählen, um weiteren Schaden von der Linken zu nehmen. Nur durch die Abwahl von Rot-Grün und das Ausscheiden dessen Führungspersonals könne es zu einer Erneuerung linker Politik kommen: "Ohne dass Rot-Grün und die PDS die Prozente links ... verlieren, die sie rechts dazugewinnen, wird sich der Marsch in die Mitte weiter fortsetzen und verschärfen." (ak 464) Weil es keine "linke Alternative im Parteienspektrum" mehr gibt, soll mensch also Stoiber wählen, in der Hoffnung, dass - über Bande gespielt - sich SPD, Grüne und PDS wieder nach links bewegen?

Das klingt ein wenig nach Verelendungstheorie: Sind die Bedingung nur schlecht genug, wird das automatisch zu einem Aufschwung der Linken führen. Zudem bleibt offen, warum und wodurch sich die drei genannten Parteien (wieder) zur linken Alternative im Parteienwettbewerb entwickeln sollten. Auch die Hoffnungen in die PDS dürften enttäuscht werden (vgl. nebenstehenden Artikel).

Dennoch gibt es Gründe, die für eine Wahl der PDS sprechen: 1. Nur wenn die ehemalige Gysi-Truppe in den Bundestag einzieht, kann eine Situation entstehen, in der keiner der beiden Blöcke Rot-Grün oder Schwarz-Gelb eine Mehrheit hat. Eine Ampelkoalition ebenso wie eine auf die Stimmen der PDS angewiesene rot-grüne Bundesregierung und selbst eine Große Koalition wären wohl weniger stabil und somit - zumindest theoretisch - anfälliger für Druck von außen. 2. Die PDS ist immer noch in Teilfragen Ansprechpartnerin für die außerparlamentarische Linke und stellt Strukturen und Ressourcen zur Verfügung. Angesichts der eigenen Schwäche sollte man diese Möglichkeiten nicht leichtfertig verspielen, sondern sie sich solange zu Nutzen machen wie möglich. Vielleicht inhaltlich nicht so richtig überzeugend, aber ist halt Taktik.

mb., Berlin

Wahlaufruf: Was erwarten wir von der PDS?

Die Regierung Schröder/Fischer hat diejenigen enttäuscht, die sich etwas von ihr versprochen haben. Sie hat diejenigen bestätigt, die ihr von Anfang an nicht über den Weg getraut haben.

Schröder hat sein Wahlversprechen, er werde Kohls Rentenkürzungen revidieren, gebrochen. Schlimmer noch: Die sog. Riester-Rente privatisiert einen Teil der gesetzlichen Altersversorgung.

Eichels Steuerreform hat den Spielraum der öffentlichen Hand für eine sinnvolle Sozial- und Infrastrukturpolitik weiter eingeschränkt.

Es war die Regierung Schröder/Fischer, die es zu verantworten hat, dass sich Deutschland erstmals seit 1945 direkt an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligte.

Wahlversprechen von Rot-Grün für 2002-2006, die Arbeitslosigkeit radikal zu senken und die Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak zu verweigern, verdienen kein Vertrauen. Mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission sollen nicht die Ursachen der Arbeitslosigkeit bekämpft werden, sondern die Arbeitslosen.

Dass mit Schwarz-Gelb alles noch schlimmer würde, wissen wir.

Wahlenthaltung wäre eine zusätzliche Unterstützung für Stoiber und Westerwelle.

Deshalb ist eine Stimmabgabe für die PDS zu prüfen. Diese war 1998-2002 die einzige linke Opposition im Bundestag.

Wir waren vom Auftreten der PDS als Fraktion und Partei nicht überzeugt. Eine Oppositionspolitik stellen wir uns in wesentlichen Punkten anders vor: eindeutiger in der Kritik am kapitalistischen Profitsystem, konsequenter hinsichtlich des Widerstands gegen die Politik der Demontage von sozialen Leistungen und Bürgerrechten und vor allem der Aufgabe verpflichtet, mittels ihrer parlamentarischen Positionen den Widerstand gegen diese neoliberale Politik zu mobilisieren. Als Koalitionspartei in Mecklenburg-Vorpommern hat die PDS zugelassen, dass dieses Land Eichels Steuerreform im Bundesrat durchgewinkt hat. Mit der Tolerierung in Sachsen-Anhalt und der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wurde die jeweilige Landesregierung nicht besser, aber die PDS in jedem Fall schlechter, bis hin zu der Praxis von maßgeblichen PDS-Politikern, das Vokabular der Kalten Krieger und der Schönredner des Kapitalismus nachzubuchstabieren.

Aber die PDS war die einzige Partei, die geschlossen gegen den Krieg der Bundeswehr gegen Jugoslawien 1999 und in Afghanistan gestimmt hat. Bei allen entsprechenden Abstimmungen - insgesamt 17-mal - hat sie den Einsatz deutscher Truppen abgelehnt.

Wir haben uns gefreut, als die PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und Winfried Wolf bei Bushs Rede im Bundestag ein Transparent gezeigt haben: "Mr. Bush + Mr. Schröder - Stop Your Wars". Und wir haben uns kräftig geärgert, als ihr Fraktionsvorsitzender sich dafür beim Präsidenten der USA entschuldigte.

Die Vorstellungen der PDS zur Reform der sozialen Sicherungssysteme - Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, Einbeziehung von Selbstständigen und Beamten - finden wir plausibel. Unverkennbar hat sich in dieser Partei auf diesem Gebiet fundierte Sachkompetenz angesammelt. Aber angesichts der "Ohnmacht der nur parlamentarischen Opposition" (Rosa Luxemburg) haben die von ihr vorgeschlagenen Reformprojekte nur dann eine Realisierungschance, wenn die Betroffenen selber kämpfen.

Wir erwarten von der PDS, dass sie im neuen Bundestag ihre Aufgabe als Opposition viel selbstbewusster im Interesse der abhängig Arbeitenden und der Arbeitslosen wahrnimmt als bisher und zu einem wichtigen Grundsatz ihres Parteiprogramms zurückfindet: Für eine wirkliche politische Wende ist der außerparlamentarische Kampf entscheidend.

Unter dieser Voraussetzung geben wir ihr am 22. September unsere Stimme. Käme die PDS nicht mehr in den Bundestag, würde nichts in der BRD besser, auch nicht die PDS.

Aber wir werden ihr danach von Anfang an genau auf die Finger sehen. Eine weitere Anpassungspartei im Bundestag brauchen wir nicht.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Friedrich-Martin Balzer (Marburg), Judith Braband (Berlin), Johannes M. Becker (Marburg), Kurt Bunke (Köln), Gudrun Eussner (Perpignan), Georg Fülberth (Marburg), Reinhard Helmers (Lund), Angela Klein (Köln), Marianne Kolter (Berlin), Thomas Kuczynski (Berlin), Ekkehard Lieberam (Leipzig), Michael Mäde (Bad Karlshafen), Arnold Schölzel (Berlin), Richard Sorg (Hamburg), Urte Sperling (Marburg), u.a.m.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP):

Was die Bundestagswahlen konkret angeht, empfehlen wir:

- Keine Stimme für Politiker und Parteien, die den Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Ausland zugestimmt haben!

- Keine Stimme für Parteien und Kandidaten, die für Kriegseinsätze, aber gegen staatliche Beschäftigungsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen, für Sozialabbau und Privatisierung der Sozialversicherungssysteme sind!

- Keine Stimme für Parteien und Kandidaten, die Sparprogramme im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturbereich zu "Sachzwängen" erklären, Lohnverzicht und weitere Einschnitte in das "soziale Netz" befürworten, aber die Riesengewinne der Rüstungsindustrie, der Banken und Versicherungen, der Pharma-, Elektronik-, Öl- und Autokonzerne nicht zur Finanzierung von neuen Arbeitsplätzen und für die Verbesserung sozialer Leistungen heranziehen wollen!

- Geben Sie in den Wahlkreisen, in denen die DKP auf dem Wahlzettel steht, Ihre Erststimme den Kandidatinnen und Kandidaten der DKP!

aus: Forderungen der DKP zu den Bundestagswahlen 2002

(9. PV-Tagung, 16./17.02.2002)

Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands (MLPD): Die kämpferische Opposition stärken

Bei diesen Bundestagswahlen tritt keine wählbare Alternative an. Keine der kandidierenden Parteien ist eine Alternative für die Massen oder kann kritisch unterstützt werden. Die Berliner Regierung betreibt eine volksfeindliche Politik, die sie nur als sozial, demokratisch, ökologisch usw. zu verbrämen versucht. Ob mit Kriegseinsätzen der Bundeswehr in aller Welt, mit Vertuschungsaktionen bei Umweltskandalen wie dem jüngsten Hormonskandal, ob mit dem weiteren Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten wie dem Asylrecht oder mit Steuergeschenken für Großkonzerne bei gleichzeitigen Angriffen auf Arbeitende und Arbeitslose wie zuletzt mit dem Hartz-Konzept - sie erweist sich als willfährige Geschäftsführerin der Monopole. Auch wenn Stoiber aus Wahlkampfzwecken Kreide gefressen hat - er und seine CDU/CSU vertreten eine ultrareaktionäre Variante der gleichen Monopolpolitik. Die FDP hat ihr Programm gleich offen bei den Monopolverbänden abgeschrieben und steht bereit als Mehrheitsbeschaffer für eine Koalition mit der CDU oder auch in einer "Ampelkoalition" mit SPD und Grünen. Wer sich von einer Regierungsbeteiligung der linksreformistischen PDS eine weniger volksfeindliche Politik versprach, der sieht sich besonders in Berlin bitter enttäuscht. (...)

Die MLPD ruft bei den Bundestagswahlen zum aktiven Wahlboykott auf. Das bedeutet, den gesamten Wahlzettel bewusst ungültig zu machen. Das ist mehr, als der Wahl passiv fernzubleiben: Der Protest wird einheitlicher und sichtbar auf den Punkt gebracht. Die MLPD behält es sich dabei vor, einzelne Direktkandidaten kritisch zu unterstützen.

Mit dem aktiven Wahlboykott wird auch der breit inszenierte Wahlbetrug abgelehnt. Es ist eine Lüge, dass die Massen mit dem Stimmzettel Einfluss darauf hätten, welche Politik gemacht wird. Mit solchen kleinbürgerlich-parlamentarischen Illusionen soll das erwachende Klassenbewusstsein zersetzt werden. Aber: Wenn etwas die Welt verändern kann, dann nicht Wahlen, sondern nur der Kampf der Arbeiter und Volksmassen.

aus: Rote Fahne, Leitartikel 26.7.2002

8. Wer PDS wählt, wählt Schröder

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:16

"Ist der grüne Weg für die PDS vermeidbar?" lautete im März das Thema einer jener oberflächlichen und unernsten, da niemals zu einem praktischen Ende geführten, sondern nur kurz "angedachten" Pseudo-Debatten, die die PDS gelegentlich für die linke Öffentlichkeit zum Besten gibt. Zu lesen waren total kryptische Auskünfte, wie etwa vom Bundestagsabgeordneten Carsten Hübner: "Gefragt ist eine Linke, die sich auf ihrer Suche nach politischem Neuland bewusst auf Abwege begibt und dabei weder Stock noch Stein scheut." (Neues Deutschland/ND, 1.3.2002) Dieser Schlusssatz eines auch sonst ganz nebulösen Diskussionsbeitrags kann es an Präzision ohne weiteres mit Stoibers Slogan "Der Weg ist klar - aufwärts" aufnehmen.

Mehr anzufangen war da schon mit der Positionierung von Harald Werner, Mitglied des Parteivorstands und gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS: "Nötig ist eine Doppelstrategie ... Die PDS wird sich also darauf einstellen müssen, zwei unterschiedlichen, manchmal gegensätzlichen Handlungsanforderungen gerecht zu werden, ohne ihre Legitimation als gesellschaftsverändernde Kraft zu verlieren. Gefragt ist eine Doppelstrategie, in der unterschiedliche Teile der Partei unterschiedliche Wege gehen und dabei gleichzeitig lernen, neue Gemeinsamkeiten zwischen außerparlamentarischen Aktionen und Regierungshandeln zu finden." (ND, 1.3.2002)

"Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenn auch die Herren Verfasser ...", möchte ich da mit Heinrich Heine sagen. Nämlich die Jusos, die ehemals rot lackierte Jugendorganisation der SPD. Allerdings kam man dort auf diese Idee bereits vor ungefähr 30 Jahren. Mittlerweile kann sie im Westen Deutschlands als historisch erledigt gelten. Aber das heißt ja bekanntlich nicht, dass man nicht doch noch versuchen kann, den Ladenhüter als ganz neue Idee im Osten loszuwerden.

Links blinken, rechts steuern

"Doppelstrategie" bedeutet, dass man der Basis erlaubt, links zu blinken (und kräftig auf die Hupe zu drücken), während die Parteispitze nach rechts steuert. Gregor Gysi hat, als er noch Senator war, das gleiche Spiel unter der Bezeichnung "Arbeitsteilung" schmackhaft machen wollen. Bestenfalls handelt es sich dabei um einen Irrtum. Arbeitsteilung kann es beispielsweise in einer Fußballmannschaft geben. Aber nicht zwischen den Spielern zweier gegnerischer Mannschaften. Regierung und Opposition spielen nun mal gegeneinander. Wenn beispielsweise ein PDS-Wirtschaftssenator oder eine PDS-Sozialsenatorin unsoziale "Sparmaßnahmen" vollstrecken, von denen sie behaupten, sie seien auf Grund der Finanzlage und sonstiger Sachzwänge alternativlos, dann kann die Parteibasis natürlich trotzdem gegen diese Maßnahmen protestieren und demonstrieren. Nur ist das keine sinnvolle Arbeitsteilung, sondern ein auf Dauer nicht auszuhaltendes Gegeneinander, das noch jeder linken Partei, die dies versuchte, enorme Glaubwürdigkeitsprobleme beschert hat. Alle linken Parteien, die unter solchen Prämissen mitregieren wollten, haben ihr Experiment mit erheblichen Stimmverlusten bei der nächsten Wahl und einige sogar mit dem dauerhaften Niedergang bezahlt.

Aber anscheinend ist für einen Teil der PDS-Elite das Mitregieren so unwiderstehlich attraktiv geworden, dass negative Auswirkungen für die Partei insgesamt in Kauf genommen werden. In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind einige PDS-Spitzenfunktionäre auf den Geschmack von etwas gekommen, das sie für "Macht" halten. Jetzt peilen sie Regierungsbeteiligung nicht nur in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen an (Parteichefin Gabriele Zimmer am 11.3.2002 in der Berliner Zeitung - Sachsen-Anhalt hat sich inzwischen auf Grund des katastrophalen Wahlergebnisses der SPD erledigt), sondern auch auf Bundesebene.

Wahrscheinlich nicht schon im Jahre 2002, lautet der noch vorherrschende Vorbehalt, aber 2006 sei ein durchaus realistischer Zeitpunkt für eine "rot-rote" Bundesregierung. Weil sich bis dahin "die internationalen Bedingungen verändern können", glaubt Gregor Gysi (Handelsblatt, 18.2.2002). Offenbar meint er eine Veränderung zum Positiven, aber woher er angesichts der realen Entwicklungen diesen Optimismus bezieht, bleibt unklar. Zu Recht fragt Sahra Wagenknecht: "Worauf stützt sich die Annahme, dass die SPD-Politik 2006 weniger unsozial im Inneren und weniger kriegsfreudig nach Außen sein könnte?" (ND, 1.3.2002)

Ohne für die Annahme einer politischen Wende der SPD irgendwelche Anhaltspunkte bieten zu können, bereiten Teile der PDS-Elite ihre Partei schon seit Februar-März dieses Jahres auf eine Mitwirkung an der

Regierungsbildung durch die Stimmabgabe für Kanzler Schröder vor. "Das ist wahrscheinlich", zitierte Die Welt am 30. April PDS-Vordenker Lothar Bisky. Auch Gregor Gysi sei "dem Vernehmen nach dafür", wusste die Zeitung, und war damit wahrscheinlich besser informiert als die meisten Mitglieder von Gysis Partei. Mecklenburg-Vorpommerns PDS-Arbeitsminister Helmut Holter wollte gar eine Regierungsbeteiligung im Bund nach dem 22. September herbeireden, stand damit allerdings zunächst allein auf weiter Flur. (ND, 26.3.2002)

Am eindeutigsten für die Tolerierung einer Schröder-Regierung nach dem 22. September sprach sich der Berliner PDS-Chef Stefan Liebich aus: "Eingedenk der Wechselstimmung in Deutschland und des Wiedererstarkens der Rechten in fast ganz Deutschland muss uns unbedingt an einer Fortsetzung der rot-grünen Koalition gelegen sein." Die PDS solle "Schröder unterstützen und eine Minderheitsregierung tolerieren". (PDS-News im Internet, 8.7.2002) Die SPD biete dafür mit ihrer Ablehnung eines Irak-Feldzugs und den Vorschlägen der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes diskussionswürdige Ansätze. (Berliner Morgenpost und AP, 13.8.2002)

Nur eine einzige Gegenstimme

Klar gegen solche Vorschläge äußerte sich aus den Reihen der PDS-Elite einzig und allein nur Parteivize Dieter Dehm: "Unser PDS-Parteitag hat uns alle klugerweise auf Opposition im Bund festgelegt. Da dürfen einzelne Genossen in Landesregierungen nicht länger die eigenen Wähler verunsichern. Schröder wird in keiner Konstellation antreten, die Stimmen der PDS braucht. Er würde das nicht aushalten. Wir auch nicht." (ND-Interview, 15.8.2002)

Dieter Dehm hat zwar die Tatsachen und die Logik auf seiner Seite, mehr aber auch nicht. Zu wenig, um den fast zwangsläufigen Gang der Dinge aufzuhalten: Am 18. August wurde mit einem offiziellen Wahlaufruf das Angebot der PDS zur Unterstützung Schröders fixiert. Unterschrieben ist das Dokument von Parteichefin Gabi Zimmer, der Vizevorsitzenden Petra Pau, dem Fraktionschef im Bundestag Roland Claus, und von Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch. Dort heißt es nun: "Wenn es im Bundestag tatsächlich zur Entscheidung zwischen Schröder oder Stoiber käme - also zur Entscheidung darüber, ob Stoibers rückwärts gewandtes Gesellschafts- und Frauenbild eine Chance bekommen soll -, und wenn eine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg gestoppt werden könnte, dann wären wir auch bereit, Schröder zum Kanzler zu wählen." (ND, 19.8.2002)

Diese Festlegung bleibt weit hinter allen vorangegangen vollmundigen Andeutungen der PDS-Spitze zurück, die angeblich eine umfassend veränderte Politik der SPD, beispielsweise auch in den Bereichen Arbeitsmarkt und Soziales, zur Voraussetzung der Schröder-Wahl machen wollten. Der Wahlaufruf formuliert nur noch eine einzige Bedingung, die der SPD keinerlei "Bewegung" mehr abverlangt, sondern lediglich voraussetzt, dass die Bundesregierung wenigstens bis zur Wahl ihre Ablehnung eines Irak-Krieges beibehält. Die Chancen dafür stehen ziemlich gut. Insofern ist dies, auch wenn die PDS-Spitze das natürlich bestreitet, wirklich ein Unterstützungsangebot an Schröder "zum Nulltarif".

Seit Veröffentlichung des Wahlaufrufs hat die PDS-Bundestagsfraktion eine Reihe von weitergehenden militärpolitischen Forderungen an die Bundesregierung gerichtet. Diese beinhalten den Abzug der Bundeswehreinheiten aus Kuwait und Ostafrika sowie einen deutschen Antrag an den NATO-Rat zur Aufhebung des nach dem 11. September 2001 beschlossenen Bündnisfalls. Außerdem soll die Regierung im Fall eines Angriff auf den Irak den USA die Nutzung ihrer Stützpunkte in Deutschland sowie des deutschen Luftraums verweigern - was sicher keine derzeit vorstellbare Bundesregierung tun würde.

Interessant ist, dass die PDS-Spitze keine dieser Forderungen zur Bedingung ihres sicher gründlich überlegten, sorgfältig formulierten Unterstützungsangebots an Schröder gemacht hat. Nicht weniger interessant ist, dass die PDS von Schröder bisher nicht die Abberufung der deutschen Einheiten aus Afghanistan fordert, obwohl das Risiko, in unüberschaubare kriegerische Verwicklungen hineingezogen zu werden, dort aktuell am größten ist.

Wer A sagt, wird auch C sagen

Aller Voraussicht nach wird sich zum Zeitpunkt der Kanzlerwahl die Frage einer deutschen Beteiligung am Krieg gegen den Irak noch gar nicht stellen, denn die bekannt gewordenen Zeitpläne für diesen Krieg deuten als frühesten Termin auf den November, wahrscheinlicher sogar erst auf das kommende Frühjahr. Was würde

passieren, wenn die PDS nach dem 22. September Schröder zu einer zweiten Regierungszeit verhilft und dieser ein paar Monate später doch irgendeinem deutschen Kriegsbeitrag zustimmt? Würde die PDS ihn dann zu stürzen versuchen, was nur gemeinsam mit der CDU/CSU (und FDP) ginge? Oder würde sie ihm bei nächstbester Gelegenheit im Bundestag ein Bein stellen, beispielsweise durch Ablehnung des Haushalts, was gleichfalls das Ende einer Schröder-Minderheitsregierung und vielleicht eine Große Koalition oder Neuwahlen mit ungewissem Ausgang bedeuten würde?

Oder würde die PDS sich dann zu der durchaus logischen Schlussfolgerung entschließen, dass es in der zugespitzten internationalen Situation, die mit dem Angriff auf den Irak und seinen weit reichenden Folgen für die Region vermutlich einhergehen würde, erst recht nötig ist, eine Regierung Stoiber zu verhindern? Alles spricht dafür, dass sie genau dies tun würde. Schröder nur zum Kanzler zu wählen macht nämlich überhaupt keinen Sinn ohne die Bereitschaft, seine Regierung, wann immer erforderlich, auch künftig zu stützen, ohne dafür einen "politischen Preis" erwarten zu dürfen. Die meisten Spitzen-Funktionäre der PDS, die jetzt scheinheilig mit der Kanzlerwahl Schröders als einmaligem Ereignis jonglieren, wissen ganz genau, dass auf A auch B und C folgen muss, und sie sind anscheinend wild entschlossen, diesen Weg zu gehen. Nur lässt sich das der Parteibasis heute noch nicht im Stück, mit allen praktischen Konsequenzen verkaufen. Man muss die Partei Schritt für Schritt an die harte Realität heranführen. Und kann darauf vertrauen, dass angesichts der drohenden Frage "Wollt ihr ausgerechnet jetzt etwa verantworten, dass Stoiber Kanzler wird?" die Basis auch künftig stillhalten wird.

Kennzeichnend für den Politikstil der PDS-Elite ist, dass sie die praktischen Konsequenzen, die sich aus der Wahl Schröders ergeben würden, und die damit unvermeidlich einhergehenden Fragen nicht offen benennt und diskutiert. Das lässt vermuten, dass es auch mit der Behauptung, auf die PDS sei außenpolitisch Verlass, Militäreinsätzen werde sie nicht zustimmen usw., im Ernstfall nicht weit her wäre.

Gregor Gysi wurde im Wahlkampf mit einem sehr interessanten Satz zur Unterstützung Schröders zitiert: "Aber da darf man vorher nicht drüber reden, das muss man hinterher machen." (dpa, 1.9.2002) Er hat dies meines Wissens nicht dementiert, und der Satz gibt jedenfalls exakt die Taktik der Parteispitze gegenüber der Basis wieder.

Noch steht Schröders Wort, dass er keine Regierung führen werde, die von den Stimmen der PDS abhängt. Das ist sozusagen der Deich, der vorläufig die Fluten des Opportunismus und der politischen Selbstaufgabe der PDS-Elite noch aufhält. Sollte er brechen, wäre wahrscheinlich die Katastrophe da.

Knut Mellenthin

9. Die Unkooperativen. Links von attac ist Peoples' Global Action

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:37

Die globalisierungskritische Organisation Attac ist weithin bekannt und hat hierzulande UnterstützerInnen von Lafontaine bis zur Tageszeitung junge Welt. Doch wer kennt PGA? Die Abkürzung steht für Peoples' Global Action. Dabei handelt es sich um ein internationales Netzwerk linker GlobalisierungskritikerInnen, das vom 31. August bis zum 4. September im holländischen Leiden zur 2. Europakonferenz eingeladen hatte.

Die Entstehungsgeschichte von PGA führt zum Aufstand der Zapatistas im südmexikanischen Chiapas 1994. Die Bewegung mit dem charismatischen Comandante Marcos als Sprecher inspirierte auf der ganzen Welt viele Menschen zu neuen Aktivitäten, die spätestens seit 1989 die "alte Linke" und ihre Aktionsformen für überholt hielten. Die Ablehnung von Hierarchien und Machtpositionen, sowie der Kampf gegen alle Unterdrückungsstrukturen gehörte zu den Essentials. Darunter verstehen die um das PGA-Netzwerk gruppierten AktivistInnen nicht nur den Kapitalismus sondern ebenso Rassismus und Patriarchat. Im Februar 1998 wurde das Netzwerk auf einem Treffen in Genf unter dem Titel "Peoples' Global Action gegen Freihandel und WTO" offiziell gegründet. Es dauerte noch mehr als 20 Monate bis nach den Aktionen von Seattle, an der PGA-AktivistInnen beteiligt waren, die Anti-WTO-Bewegung weltweit ein Begriff wurde. Von Attac war damals noch keine Rede.

Die erste größere Aktion von PGA in Europa fand gleich ein beachtliches Medienecho. Im Sommer 1999 war das Netzwerk maßgeblich an einer Karawane indischer Bauern und Bäuerinnen beteiligt, die unter dem Motto "Wir sind hier, weil Eure Politik unsere Länder zerstört" durch mehrere europäische Länder tourten und sich an den Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln beteiligten. Auch zahlreiche internationale Global Action Days wurden von PGA maßgeblich unterstützt. Sie sollten meistens parallel zu großen Events von Weltbank oder IWF die unterschiedlichsten Proteste bündeln. Nach einem kurzen Hype vor zwei Jahren ist zumindestens in Deutschland das Interesse daran merklich zurückgegangen. Das ist auch eine Folge der schwachen Position, die PGA in Europa hat.

Während sich in Asien und Indien bäuerliche Organisationen mit großer Popularität vernetzen, sind es in Europa noch immer Kleingruppen mit begrenzter Massenwirksamkeit. Dabei ist das Potenzial längst nicht ausgeschöpft. Gerade unter jüngeren GlobalisierungskritikerInnen wächst die Kritik am zahmen Agieren von Attac und den staatlichen Vereinnahmungsversuchen. Gerade jüngere Leute, die sich in den letzten beiden Jahren durch die Proteste der GlobalisierungskritikerInnen politisiert und teilweise auch radikalisiert hatten, wenden sich enttäuscht wieder ab. Das resignative Fazit von Leipziger Linken in einem Conne Island-Info steht nicht allein. "Die im letzten Jahr im Angesicht der Perspektivlosigkeit geäußerte Überlegung, auf den Zug der sich ausformenden Antiglobalisierungsbewegung aufspringen zu können, hat sich angesichts ihrer Entwicklung zur reinen Reformbewegung als haltlos erwiesen"; heißt es dort. So droht der Aufbruch von Göteborg und Genua, der sich gerade durch eine radikale Basisbewegung ausgezeichnet hatte, zu versanden. Während im holländischen Fernsehen PGA als eine linke Alternative zu Attac ins Gespräch gebracht wurde, ist die Realität noch weit davon entfernt.

Schwachpunkt Europa

Auch nach dem Leidener Europatreffen wird die Ausstrahlungskraft von PGA nicht größer. Dafür sind hauptsächlich hausgemachte Probleme verantwortlich, wie es selbst InsiderInnen bestätigen. Weil man sich kategorisch weigert, SprecherInnen zu wählen, hat sich längst eine Ingroup gebildet, die sich von Treffen zu Treffen immer wieder begegnet und sich oft auch freundschaftlich verbunden fühlt. Für Neuzugänge ist es schwer, dort Fuß zu fassen. Das konnte man in Leiden gut beobachten.

Während an den zahlreichen Arbeitsgruppen weit über 300 Menschen teilnahmen, verloren sich bei der leidigen Strukturdebatte gerade noch mal 100 Aktive in dem fensterlosen Raum der Leidener Groonenordhalle. Diese Trennung in AktivistInnen und SympathisantInnen läuft dem angestrebten hierarchiefreien Konzept eigentlich total zu wider.

Insgesamt hatte das Treffen eher den Eindruck eines Jahrmarkts der Widerstandsmöglichkeiten, obwohl es doch eigentlich zu Koordinierungszwecken einberufen wurde. Doch davon konnte höchstens bei einem Termin die Rede sein, der allerdings von Außen gesetzt wurde. Anfang November soll in Florenz ein Europäisches Sozialforum aus der Taufe gehoben werden. Dort wollen Aktive aus dem PGA-Netzwerk ihre Kritik am Lobbyismus und der Staatsnähe mancher der in Florenz anwesenden Gruppen und Nichtregierungsorganisationen öffentlich zum Ausdruck bringen. Doch die Diskussion um den "autonomen Platz" in Florenz machte die Schwierigkeiten abermals deutlich, vor denen PGA steht. Einerseits will man klare Gegenpositionen beziehen, um nicht vereinnahmt zu werden, andererseits ist eine schroffe Ablehnung des Events in Florenz auch nicht die Lösung. Schließlich beteiligen sich dort auch Gruppierungen, die durchaus eine ähnliche Kritik wie PGA haben (siehe ak 464).

In Leiden war aber auch klar, dass sich PGA mit eigenen Initiativen stärker in die linke Debatte einbringen muss. So sollen in den nächsten Monaten in allen europäischen Ländern Aktionen der GlobalisierungskritikerInnen stattfinden. Höhepunkte sollen ein Alternativer Medientag am 18. Oktober und der Tag des zivilen Ungehorsams am 20. Dezember werden. Zum vielbeschworenen heißen Herbst wird es wohl nicht reichen. Doch selbst mit kleineren Aktionen in verschiedenen Ländern und mit einem gemeinsamen Motto könnte ein Anfang gemacht werden. Erst die Zukunft wird zeigen, ob und wie die Beschlüsse von Leiden in die Praxis umgesetzt wurden und damit das Profil der globalisierungskritischen Bewegung jenseits von Attac nicht mehr mit den beiden Attributen diffus und mobilisierungsschwach klassifiziert werden braucht. Eine linke Alternative jenseits von Attac wäre jedenfalls unbedingt nötig, wenn der Aufbruch von Seattle und Genua nicht ganz verfliegen soll.

Peter Nowak

10. Differenziert und zerrissen. Jungle-World-Kongress zum Jahrestag des 11. September

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:41

Die Berliner Wochenzeitung Jungle World, die Freiburger internationalistische Zeitschrift iz3w, das MEMRI (Middle East Media Research Institute) sowie der AStA der Technischen Universität Berlin veranstalteten am Wochenende des 6. bis 8. September einen Kongress unter dem Titel "Elfter September". Aus Anlass des bevorstehenden ersten Jahrestags der Attentate von New York und Washington sollten deren Konsequenzen für die Weltpolitik und die Linke debattiert werden.

Nun ist es kein leichtes Unterfangen, über den Verlauf eines Kongresses zu berichten oder ihn zu kommentieren, wenn man selbst als Mitdiskutant auf zwei von sieben Podien gesessen hat. Der Eindruck völliger Unbefangenheit und Neutralität soll daher gar nicht erst erweckt werden.

Den Auftakt bildete am Freitagabend eine Debatte unter dem Titel "Linker Antiimperialismus nach dem 11. September - Revival oder Bankrott". Der in Hamburg lebende konkret-Autor, Kulturkritiker und antinationale Linke Günther Jacob begann die Debatte mit einer ausführlichen Diskursanalyse, in der er darlegte, welche Konsequenzen jeweils ein "Ja" oder ein "Nein" deutscher Linker zu einem möglichen Krieg gegen den Irak impliziere. Als Einstieg hatte er die Dekonstruktion eines Artikels des deutsch-jüdischen Journalisten Henryk M. Broder gewählt, der einen solchen Krieg befürwortet und der deutschen bzw. europäischen Außenpolitik u.a. "Appeasement" gegenüber dem irakischen Regime vorwirft. Jacob ließ den Vorwurf des "Appeasement" nicht gelten; er wollte diesen Begriff lieber auf die Haltung der westlichen Großmächte - und namentlich François Mitterrands - gegenüber der deutschen Wiedervereinigung 1990 bezogen wissen. Sowohl ein offizielles Ja, als auch ein offizielles Nein aus Berlin zu einem Irakkrieg könne, Günter Jacob zufolge, nur Gegenstand von Kritik sein, denn "Schröder kann nicht Recht haben" angesichts dessen, was er repräsentiere. Von Deutschland sei, anstatt einer Positionierung auf der einen oder anderen Seite, in diesem internationalen Konflikt nur zu fordern, "dass es das Maul hält".

Der konkret- und Jungle-World-Autor Joachim Rohloff kritisierte linke Reaktionen auf die Anschläge des 11. September. Ihm zufolge würden diese linken Stellungnahmen sich über den reaktionären Gehalt des Islamismus (und der Attentate) ausschweigen und sich auf eine gebetsmühlenhafte Ablehnung eines US-Krieges im Mittleren Osten beschränken. In seinem Beitrag nahm Rohloff sich eine Serie von Zitaten aus der jungen Welt vor. In jenen Passagen wird tatsächlich überwiegend einem platten (vermeintlichen) Antiimperialismus gefrönt, demzufolge zu unterstützen ist, wer immer sich gegen die USA stellt, während kein Wort über die Herrschaftsverhältnisse im Irak oder Iran verloren wird. Die Darstellung blieb jedoch insofern eingegrenzt, als Rohloff sich auf die Präsentierung dieser, zweifellos kritikwürdigen, Zitatenreihe beschränkte.

Dagegen vertrat der Autor dieses Artikels die Ansicht, Jacob und Rohloff hätten in ihrer Kritik an anderen Linken oder Deutschen zwar Recht - doch solle man neben dem falschen Denken in linken Köpfen auch stärker auf die Realität außerhalb dieser Köpfe eingehen. Neben dem dargestellten falschen Antiimperialismus solle man daher auch mal vom Imperialismus sprechen, oder sich jedenfalls fragen, inwiefern dieser Begriff heute tauglich sei zur Analyse der Wirklichkeit. Das Konzept gelte es dabei zu reaktualisieren (und vor allem nicht allein auf die USA, sondern bspw. auch auf die EU zu beziehen), aber nicht in Gänze zu verwerfen.

Der Jungle-World-Redakteur Bernd Beier schließlich stellte eine ideologiekritische Rückschau auf die so genannte Antiglobalisierungsbewegung vor. Diese beschränke ihre Kritik weitgehend auf die USA, vertrete allenfalls eine verkürzte Kapitalismuskritik und habe anlässlich der Antirassismuskonferenz von Durban (im September 2001) "die antisemitische Aufladung des Antirassismus", auf Grund der dort verabschiedeten Resolutionen gegen den Staat Israel, geduldet.

Islamismus gleich Hamas?

Am darauf folgenden Vormittag kam es zur ersten deutlicheren Konfrontation auf dem Podium. Im Rahmen des Panels über "Die islamistische Ideologie" zeigte der Hamburger Publizist Matthias Küntzel anhand der

Geschichte der ägyptischen Muslimbrüder, die er in einer geraden Linie zur palästinensischen Hamas verlängerte, den Stellenwert antisemitisch konnotierter Verschwörungstheorien im politischen Islamismus. Der iz3w-Mitarbeiter Jochen Müller, der Küntzels Darstellung weitgehend für richtig hielt, widmete sich stärker den Schnittstellen zwischen der gesellschaftlichen Realität, etwa von Kolonialismus und Unterentwicklung, und ihrer ideologischen Verarbeitung durch den Islamismus. Er fragte, wo die Wahrnehmung einer weitgehend negativen Realität vom Islamismus zum Anknüpfungspunkt für seinen reaktionären Gesellschaftsentwurf genutzt wird, "wie die Erfahrung realer Unterdrückung in eine repressive Ideologie umgesetzt wird". Ferner versuchte er zwischen verschiedenen islamistischen Strömungen zu differenzieren. Der Erfolg des Islamismus, so Müller, resultiere weitgehend auch aus einem "in der arabischen Welt verbreiteten Gefühl der Ohnmacht" gegenüber dem Westen.

Küntzel hingegen bestand darauf, der Islamismus hasse den Westen deswegen, weil dieser mit individueller Freiheit des Denkens und des Zweifels, und damit einer "Zersetzung des wahren Glaubens", identifiziert werde. Das trifft für die Begründer des Islamismus vermutlich zu. Doch ließ Küntzel sich kaum darauf ein, Ursachen für den Erfolg ihrer Ideologie in den Bevölkerungen auch im konkreten Kontakt mit dem Westen oder mit dem Staat Israel, in deren politischem Verhalten zu suchen. Jochen Müller hingegen ließ sich in die Ecke des Rechtfertigers drängen, als er, aufgefordert zu einer Begründung seiner Forderung nach Differenzierung, antwortete, es gebe eine "zur Teilnahme an Demokratie und zum Gespräch willige" Abspaltung der ägyptischen Muslimbrüder.

Näher an präzisen Realitäten entlang debattiert wurde in den folgenden Panels, in denen es um den Nahostkonflikt sowie um die Lage in Afghanistan und im Irak ging. In der ersten Runde debattierten der israelische Historiker Eyal Zisser und der Deutsche ägyptischer Herkunft Amr Hamzawy, Politikwissenschaftler in Frankfurt. Dabei kritisierte Zisser, der eher zur moderaten Linken zu zählen ist, die israelische Rechte und vor allem die US-Außenpolitik, während Hamzawy die Mechanismen zur Formung eines autoritär strukturierten "Wir-Kollektivs" in den arabischen Ländern und den starken Druck auf die dortigen Intellektuellen kritisch darlegte. Taheema Faryal vom afghanischen revolutionären Frauenverband RAWA und der irakisch-kurdische Journalist Aras Fatah schilderten zunächst die Situation in diesen Staaten. Beide zeigten sich skeptisch bis ablehnend über die Ziele der Kriege, die von westlichen Großmächten geführt wurden und werden.

Höchst problematisch hingegen erschien mir die Podiumsdiskussion zum Thema "Antiamerikanismus und Antisemitismus in Deutschland und Europa", zu der - als eine Art Stargast - der 72-jährige israelische Schriftsteller Yoram Kaniuk eingeladen worden war. Kaniuk war in der Vergangenheit u.a. Mitbegründer eines gemischten israelisch-palästinensischen Schriftstellerverbands gewesen, zählt jedoch heute zu den Skeptikern, was die Zukunft eines israelisch-palästinensischen Zusammenlebens betrifft. Stoff, um Kaniuks lange Erfahrung anzunehmen und dennoch mit ihm - auch kontrovers - zu diskutieren, hätte es zweifellos gegeben. Doch neben Bemerkungen über seine Eindrücke als Israeli in Deutschland, der in das Land der Mörder, das sein Vater bereits 1926 verlassen hatte, zurückkehrte, gab Kaniuk auch allgemeine weltpolitische Bekenntnisse wie folgendes ab: "Die Europäer wollen Saddam Hussein nicht bekämpfen. Anders die USA, die immer gegen die Tyrannen gekämpft haben: Sie haben gegen Hitler und Stalin gekämpft, gegen Franco und jetzt gegen Saddam Hussein. Wenn es darauf ankommt, kämpfen die USA für die Freiheit. Darum verlassen wir uns in dieser Frage (des Irak) auf die Amerikaner, auch wenn die Europäer nicht mitmachen."

In dieser Plattheit wurde dies nur von einem kleinen Teil der 300 Anwesenden geteilt, darunter manchen der so genannten Antideutschen, die frenetisch applaudierten und von denen einer - nach einem unflätigen Zwischenruf wegen Kaniuks Redezeit-Überschreitung - völlig unbegrenzte Redezeit für den Schriftsteller forderte. Dennoch mochte fast niemand Kaniuk widersprechen, was neben dem gebotenen Respekt vor Kaniuks Lebensweg auch an einem quasi-religiösen Verhältnis mancher deutschen Restlinken zum Vertreter des Staats Israel lag.

Günther Jacob kritisierte am folgenden Tag in der Abschlussdebatte, der Schriftsteller habe sich darum nicht ernst genommen fühlen können, "denn er war natürlich von Tel Aviv bis nach Berlin gekommen, um zu diskutieren und auch zu streiten, aber niemand wollte mit ihm streiten." Jacob seinerseits formulierte daher am Sonntag Widerspruch zu der Gleichsetzung zwischen Hitler und Stalin, welche Kaniuk vorgenommen habe. Grundsätzlich Solidarität mit Israel reklamierend, sprach Jacob sich gleichzeitig gegen den "Antikommunismus" Kaniuks aus. Dieser sei eine Folge der "tragischen" Tatsache, dass Israel sich nach seiner Gründung nicht auf die internationale Linke habe verlassen können, sondern auf die imperialistischen

USA angewiesen gewesen sei, was den Schutz Israels aber auf Dauer auch prekär mache, da er stets mit den Interessen der Vormacht vereinbar sein müsse. Das brachte Jacob empörte Nachfragen von "Antideutschen" ein, die die Verwendung des Begriffs "US-Imperialismus" anprangerten.

Eine inhaltliche Kritik vorzutragen, blieb daher dem Berliner Aktivisten und junge-Welt-Autor Peter Nowak vorbehalten, der aus der letzten Reihe zu einem Rundumschlag ansetzte. In höchst erregtem Tonfall vortragend, schlug dieser in drei Minuten einen Bogen von der Vernichtung der nordamerikanischen Indianer über den Sturz Salvador Allendes mit US-Hilfe bis hin zur Haftsituation von Mumia Abu-Jamal. Dabei konnten in dieser Form nur Platitüden herauskommen, die nur noch übertroffen wurden durch den Zwischenruf des Bahamas-Sektenpriesters Justus Wertmüller, Mumia Abu-Jamal sei ein "Antisemit".

Sympathien für den Irak-Krieg

Bei der Abschlussdiskussion am Sonntag unterbrachen Claqueure und Lärmmacher aus dem Dunstfeld der Bahamas daher Peter Nowak, als dieser sich erneut zu Wort melden wollte, woraufhin Wertmüller "Redeverbot für diesen Antizionisten" forderte. Überhaupt suchte diese Sekte den beiden letzten Konferenztagen ihren Stempel aufzudrücken, nachdem sie zuvor in einer Flugschrift gewarnt hatte : "Dieses Wochenende wird wie immer in der Jungle World das Tribunal gegen den großen Abwesenden veranstaltet und das sind die Autoren dieses Flugblatts. Sie, liebe Kongreßbesucher, werden also vom Gähnen ein schiefes Maul und rote Augen bekommen (...)" Ausdrücklich warnten die Bahamas-Leute auch vor einzelnen Referenten des Kongresses, darunter dem Autor dieses Artikels, als "bekennde(m) Kader einer offen antizionistischen trotzkistischen Partei". Und vor dem Vorsitzenden des Berliners Bündnisses gegen Antizionismus und Antisemitismus, Stefan Vogt, der der israelischen Friedensbewegung nahe steht: Vogt sei "ein ganz perfider Antizionist" sei, umso perfider, als er sich zum Gegenteil bekennt. Zwar waren die Bahamas-Claqueure und ihr Umfeld nicht sehr zahlreich - um die 30 Personen -, doch gelang es ihnen zeitweise, ein repressives intellektuelles Klima zu erzeugen.

Die Heterogenität der verbliebenen Linken machte auch die Abschlussdiskussion deutlich. Neben Günther Jacob kamen der italienische Publizist Marco Bascetta vom Il-Manifesto-Buchverlag in Rom und Thomas Uwer, einer der Irak-Spezialisten der Jungle World, zu Wort. Uwer ging von der Eingangsfeststellung einer "extremen Schwäche" der US-Politik aus und malte das Bild einer "List der Geschichte". Ohne dass dies vielleicht ihre subjektive Absicht sei, würden die USA - etwa durch die Beseitigung der irakischen Diktatur - immense Emanzipationspotenziale im gesamten Nahen Osten freisetzen, welcher "für einen Umsturz überreif" sei. Implizit lehnte Uwer seine Darstellung an die Rolle Napoleons in der europäischen Geschichte an, der - ohne dass dies seine wahre Absicht gewesen sei - die bürgerliche Revolution in die Nachbarstaaten exportiert habe.

Diese Argumentation wurde von Günther Jacob als "Wiederkehr von ML-Dogmatik, was das Argumentieren mit überreifen Situationen betrifft", und als "Mischung von ML und FAZ-Auswertung" bezeichnet. Hat die (west)deutsche Linke ihre Kinderkrankheiten noch nicht hinter sich ?

Bernhard Schmid

11. Berlusconismus und Mussolinismus

Autor: Jens Renner · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:02

In unregelmäßigen Abständen werden nicht nur in linken Blättern die Fragen diskutiert, die seit dem Wahlsieg des italienischen Rechtsblocks am 13. Mai 2001 gestellt sind: Droht ein neuer Faschismus in Italien? Wie wirkt sich die Etablierung von Berlusconis Rechtsregime auf die übrigen EU-Länder aus? Kann Italien, wie vor 80 Jahren, noch einmal zum Modell werden?

Bei der Beantwortung dieser Fragen sollte zunächst der Trugschluss vermieden werden, besonders starke Worte wären per se ein Beweis von Radikalität: Die Brandmarkung repressiver Politik als "faschistisch" kann abstumpfen und birgt zudem die Gefahr, dass der historische Faschismus verharmlost wird. Andererseits gibt es in der Linken neben dem Alarmismus auch eine verhängnisvolle Tradition des Abwartens gegenüber faschistischen Bestrebungen: So vertrat 1922 nicht nur der ultralinke Flügel des PCI um Amadeo Bordiga, sondern auch die Mehrheit der Sozialistischen Partei die Ansicht, mit dem Antritt der Regierung Mussolini hätte sich für die Linke nichts geändert - die Bedingungen für die Revolution seien sogar eher günstiger als zuvor.

In der italienischen Linken dominierten seit Mai 2001 zunächst die AlarmistInnen. Der Staatsterror von Genua im Juli desselben Jahres schien ihnen Recht zu geben. Unter dem Eindruck des dort erlebten sprach Luca Casarini, einer der Sprecher der globalisierungskritischen tute bianche, umstandslos von Italiens "faschistischer Regierung". (WoZ, 26.7.2001)

Mit einigem zeitlichen Abstand zu den blutigen Ereignissen kam der Literaturnobelpreisträger Dario Fo zu einem ähnlichen Ergebnis. Im Januar 2002 warnte er in Paris vor einem "neuen Faschismus" und zog eine Parallele zu den Jahren nach dem faschistischen "Marsch auf Rom" im Oktober 1922, der den Machtantritt Mussolinis begleitet hatte: "Mein Vater floh vor dem ersten autoritären Regime in meiner Heimat hierher nach Frankreich. Und es ist beunruhigend, von den Zeitzeugen, den Überlebenden dieser Epoche zu hören, wie sie sich heute in diese Zeit zurückversetzt fühlen, in die Jahre der beginnenden faschistischen Herrschaft." (Le Monde, 11.1.2002) Ignacio Ramonet, der Direktor von Le Monde Diplomatique, übernahm nicht nur diese Einschätzung, er warf auch die Frage auf, "inwieweit dieses ‚Modell Italien` auch in anderen Ländern Schule machen könnte." (Le Monde Diplomatique, 15.2.2002)

Paris, wo Dario Fo die zitierten Sätze sagte, wurde im Winter 2001/2002 zu einem Zentrum der Opposition gegen Berlusconi. Die Art, wie sich französische Intellektuelle und Zeitungen - Le Nouvel Observateur (27.3.2002) mit einem Dossier über "die Geburt des italienischen Intellektuellen" - in "inneritalienische Angelegenheiten" einmischten, ärgerte nicht nur die italienische Rechte. Auch regierungskritische Köpfe wie der Schriftsteller Andrea Camilleri, der Philosoph Massimo Cacciari und der Publizist Claudio Magris widersprachen den Diagnosen von einem autoritären Regime oder gar einem neuen Faschismus. Cacciari tat das allerdings mit einer wichtigen Einschränkung: "Die Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Medien ist überall Realität. Unsere Anomalie besteht darin, dass der Regierungschef das Monopol über diese Mittel zur Manipulation hat. Es ist kein Regime, aber deshalb ist es nicht weniger gefährlich." (L'Espresso, 4.4.2002) Der Philosoph Gianni Vattimo sieht die Gefahr nicht nur bei den politisch und wirtschaftlich Mächtigen. Anzeichen für einen "ewigen italienischen Faschismus" gebe es auch bei denen, die Berlusconi einen Schurken nennen und ihn dafür insgeheim oder ganz offen bewundern. Daraus spreche "die gleiche träge Gleichgültigkeit, mit denen die Italiener 1938 die faschistischen Rassegesetze hinnahmen." (ebd.)

Das ist ein gewagter Vergleich, der nicht unwidersprochen blieb. Gegen jegliche "Faschismusanalogien" bei der Analyse der amtierenden italienischen Regierung wendet sich der Politologe Gian Enrico Rusconi, Mitherausgeber der Zeitschrift Il Mulino. In seinem Aufsatz "Berlusconismo. Neuer Faschismus oder demokratischer Populismus?" (Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2002) plädiert er eindeutig für letztere Einschätzung. Der "Berlusconismus" stelle keine direkte Gefahr für die italienische Demokratie dar. Unzutreffend sei insbesondere "die Analogie zwischen Mussolinismus und Berlusconismus". Während Mussolinis Diktatur die Presse- und Meinungsfreiheit unterdrückt habe, sei der Berlusconismus "von der Zustimmung der Wähler geradezu besessen".

Alarmismus und Beschwichtigung

Richtig daran ist: Berlusconis Regierung wurde im Unterschied von der Mussolinis gewählt und kann natürlich auch wieder abgewählt werden. "Besessen" von der Zustimmung der Massen war aber auch der Faschismus, dessen Führer diesen Massen in ähnlicher Weise gegenübertrat wie der "demokratische Rechtspopulist" - diese Analogie brachte Umberto Eco in seinem berühmten Vortrag über den "Urfaschismus" schon 1995 auf den Punkt: "Da eine große Menschenmenge keinen gemeinsamen Willen besitzen kann, präsentiert sich der Führer als Deuter. Da sie ihre Delegationsmacht verloren haben, handeln die Bürger nicht mehr; sie werden lediglich zusammengerufen, um die Rolle des Volkes zu spielen. Daher ist das Volk nichts als eine theatralische Fiktion. Für ein gutes Beispiel des qualitativen Populismus bedürfen wir nicht länger der Piazza Venezia oder des Nürnberger Parteitagsgeländes. In der Zukunft erwartet uns ein TV- oder Internet-Populismus, in dem die emotionale Reaktion einer ausgewählten Gruppe von Bürgern als Stimme des Volkes dargestellt und akzeptiert werden kann." (deutsch in Die Zeit, 7.7.1995) Nun gibt es heute in Italien - neben der von oben ausgewählten Gruppe von Darstellern des "Volkes" - auch massenhafte Gegenmobilisierung von unten. Dieser offensichtliche Unterschied zum Faschismus ist allerdings noch kein Beweis für die Unbedenklichkeit des Berlusconismus: Auch der historische Faschismus brauchte Jahre, bis er jede Art von Opposition zerschlagen hatte. Ob Berlusconi das überhaupt will, ist dabei nicht entscheidend: In seiner Diktatur der Mehrheit kann Opposition durchaus geduldet werden - solange sie in der Minderheit bleibt.

Die These vom "demokratischen Rechtspopulismus

Dass die Berlusconi-Regierung die Opposition mit undemokratischen Mitteln bekämpft, will Rusconi nicht wahr haben. Zwar erwähnt er die "Massensuggestion mittels politischer Wahlshows" und die "Einschüchterungsaktionen gegen politisch aktive Einzelpersonen oder Journalisten und Moderatoren". Die Gefahr, dass sich eine "Mediendiktatur" etablieren könnte, sieht er aber nicht - und das, obwohl mittlerweile die sechs wichtigsten landesweiten Fernsehprogramme von Berlusconi oder seinen Interessenvertretern gesteuert werden. Rusconi unterschätzt auch die Bedeutung der klassischen Ideologen für die italienische neue Rechte. Diese habe ihre einstigen Vorbilder zu Gunsten eines "ziemlich allgemeinen Rückgriffs auf den Patriotismus" aufgegeben. In Wahrheit huldigte der von Rusconi als Beweis angeführte letzte Parteitag von Alleanza Nazionale gerade nicht nur "ziemlich allgemein" dem "Vaterland", er bestätigte auch die alten Leitbilder und feierte seine Idole, darunter den faschistischen Philosophen und Erziehungsminister Gentile, den Altfaschisten Giorgio Almirante und die beim neofaschistischen Straßenterror der 1970er Jahre umgekommenen Kameraden. (vgl. ak 462)

Auch von der Arbeitsteilung im Rechtsblock macht Rusconi sich offensichtlich falsche Vorstellungen. Den Anführer der offen rassistischen Lega Nord, Umberto Bossi, sieht er als "angriffslustigen ‚Wachhund` der Regierung", Berlusconi aber in der Rolle des "gemäßigten und vernünftigen Moderators". Tatsache ist, dass Berlusconi oft genug selbst den Scharfmacher gibt, z.B. bei seiner viel zitierten Tirade über den "1.400 Jahre zurück gebliebenen" Islam oder bei seinen Ausfällen gegen die kryptokommunistischen Richter und Staatsanwälte.

Dass auch Berlusconis Bäume nicht in den Himmel wachsen, mehrere seiner antidemokratischen Projekte kaum von der Stelle kommen, steht auf einem anderen Blatt. Bei aller Freude über die breite und vielfältige Oppositionsbewegung - es muss zu denken geben, dass sie weitgehend ohne internationale Unterstützung auskommen muss. Die sozialdemokratisch geführten europäischen Regierungen haben sich nach dem Desaster der EU-"Sanktionen" gegen Haiderland Österreich auf business as usual zurückgezogen. Statt sich dem italienischen Rechtsblock entgegenzustellen, wartet man in den europäischen Hauptstädten lieber ab, ob Berlusconi und Partner mit ihrem brachialen Kurs nicht doch Erfolg haben. Kritik gab es allenfalls an mutmaßlich "europafeindlichen" Tendenzen oder an einer zu verschwenderischen Ausgabenpolitik der italienischen Regierung. Deren ausländische Sympathisanten - allen voran die deutschen Christdemokraten, die noch 1994 demonstrativ Distanz zu Berlusconi hielten - suchen jetzt offen den Schulterschluss. In einem Interview der Turiner Tageszeitung La Stampa lobte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Zusammenarbeit mit Berlusconi im Rahmen der Europäischen Volkspartei, der Fraktion der konservativen Parteien im Europäischen Parlament. Unter einem Kanzler Stoiber, so Merkel weiter, werde es keinerlei "mentale Widerstände" gegen die italienische Rechtsregierung mehr geben. (taz, 6.8.2002)

Diese "Widerstände" sind allerdings auch unter Rot-Grün kaum noch wahrnehmbar. Schröder hat in der Endphase des Wahlkampfs nicht nur die gleiche rechtspopulistische und nationalistische Rhetorik aktiviert wie Berlusconi; er hat von diesem auch die Idee einer Amnestie für Steuersünder übernommen, um den Haushalt

zu sanieren. Der andere Leader der neuen europäischen Sozialdemokratie, Tony Blair, ging noch weiter. Bei seinem Italien-Besuch im Februar 2002 unterzeichnete er zusammen mit Berlusconi ein englisch-italienisches "Reform"programm. Dessen zentrale Punkte sind noch mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und die vollständige Privatisierung der öffentlichen Unternehmen. Während der italienische Unternehmerverband Confindustria das Projekt lobte und die Medien von einer "Achse" Rom-London schrieben, würgte Blair Kritik an seiner neuen Freundschaft ab: "Einige alte Unterscheidungen zwischen Links und Rechts sind heute nicht mehr gültig." (La Repubblica, 15.2.2002)

Die Linke muss wissen, was die Rechte tut

Bleiben als letzte Hoffnung also nur die italienischen Oppositionsbewegungen. Deren Mobilisierungserfolge sind in der Tat beeindruckend. Sie haben sich vom Staatsterror in Genua nicht einschüchtern lassen, schon im Herbst vergangenen Jahres die europaweit mit Abstand breitesten Proteste gegen den Krieg organisiert und im Frühjahr 2002 mit Streiks und Massendemonstrationen die Aushöhlung des Kündigungsschutzes einstweilen verhindert. Besonders bemerkenswert war, dass dabei Menschen ganz unterschiedlicher politischer Prägung gemeinsam kämpften - Verhältnisse, von denen Linke in anderen europäischen Ländern nur träumen können. Was allerdings nicht dazu verleiten sollte, die italienische "Bewegung der Bewegungen" unkritisch hochzujubeln.

Das tut z.B. der "Empire"-Autor Antonio Negri in seinem Artikel über "Italien ein Jahr nach dem Schock von Genua" in Le Monde Diplomatique, August 2002. Während er zum wiederholten Male das baldige Ende der Sozialdemokratie proklamiert, sieht er die Bewegung siegreich voranschreiten. Die Gegenseite, der regierende Rechtsblock, wird dabei nur im redaktionellen Vorspann überhaupt erwähnt. Der Sieg der Rechten habe "eine erneute gesellschaftliche Mobilisierung provoziert", heißt es dort richtig - dass die Rechten die von der "neukonstituierten" Linken beabsichtigte "Umgestaltung der Republik" nach Kräften zu verhindern suchen werden, ist Negri keine Zeile wert. Er sieht "das Netzwerk der Multitude" höchstens von der "gegenwärtigen sozialdemokratischen Führung" bedroht. Ist diese erst "kaltgestellt", kann nichts die "Bewegung der Bewegungen" mehr aufhalten. Eine gnadenlos unhistorische Betrachtungsweise! Dass die Linke möglichst genau wissen sollte, was die Rechte tut, ist eine in vielen Niederlagen erworbene Erfahrung - gerade auch in Italien.

Jens Renner

Im Rotpunktverlag (Zürich) erscheint demnächst Jens Renners Buch "Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer", ca. 250 Seiten, 19 EUR

12. "Niemand weiß, wie der Hase läuft." Interview mit einem Vertreter von Batasuna zum Verbot seiner Partei

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:42

Das Verbot von Batasuna zeichnete sich seit Monaten ab. Anfang August, nach einem ETA-Anschlag in dem spanischen Urlaubsort Santa Pola, bei dem zwei Menschen, darunter auch ein kleines Mädchen, getötet wurden, beschleunigte die spanische Regierung unter José Mari Aznar ihre Anstrengungen. Am 26. August wurde ein - rechtlich nicht unumstrittenes - auf die nächsten drei Jahre befristetes Betätigungsverbot für die baskische Partei erlassen. Zwei Tage später stürmten Polizeikräfte die ersten Batasuna-Büros.

Anders als 1997/98 ist nun eine enorme Zuspitzung des baskischen Konflikts zu befürchten.Das Interview mit Joxean Etxeberria, Ex-Parlamentarier von Batasuna im baskischen Parlament, zeigt dies deutlich. Nach dem Mord an dem baskischen Lokalpolitiker der in Madrid regierenden Partido Popular (PP), Miguel Angel Blanco, und der einige Monate später erfolgten Inhaftierung der Führung von Herri Batasuna war damals im Baskenland eine politischer Prozess in Gang gekommen, der im Pakt von Lizarra und einem Waffenstillstand von ETA mündete - womit die zunehmende Isolierung des Linksnationalismus aufgebrochen werden könnte.

Am 26. August hat der Untersuchungsrichter Baltasar Garzón eine Suspendierung aller Aktivitäten von Batasuna angeordnet. Am selben Tag hat das spanische Parlament beschlossen, vor dem Obersten Gerichtshof einen Verbotsantrag gegen die Partei zu stellen. Wart ihr von diesem Doppelschlag überrascht? Es gab ja drohende Anzeichen für ein Verbot schon zuvor, bereits im April gingen beispielsweise Zehntausende dagegen auf die Straße ...

Joxean Etxeberria: Durch die mit dem Doppelschlag verbundene faktische Aufhebung der Gewaltenteilung ging das mit dem Verbot dann doch erstaunlich flott. Mit der Beschleunigung wollte die Regierung natürlich der sich anbahnenden öffentlichen Debatte entgehen.

Dennoch: Neu ist das alles nicht, immer wieder ist es zu verschiedenen Repressionswellen gekommen. Es sei nur daran erinnert, dass schon einmal die gesamte Leitung von Herri Batasuna eingeknastet wurde. Bevor dieser Fall jedoch vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt werden konnte, brach damals die Anklage von allein in sich zusammen. Den (linksnationalistischen; Anm. ak) Jugendorganisationen wurden immer schon Betätigungsverbote ausgesprochen und den selbst organisierten baskischen Schulen wurden sowieso stets Steine in den Weg gelegt. Spätestens seit 1998 wurde aber - maßgeblich durch den Untersuchungsrichter Garzón - das Konstrukt einer Gesamt-ETA entwickelt. Dem liegt die Behauptung zu Grunde, Batasuna sei der legale Parteiapparat der Guerilla und diene der Rekrutierung, die Zeitung egin sei das zentrale Propaganda-Organ, die Herriko Tabernas (Volkskneipen) dienten der Geldwäsche und einzelne Unternehmer finanzierten das alles, also alles sei irgendwie Teil der ETA.

Wie ist jetzt die Situation für euch nach den Schließungen der Parteilokale? Stehen jetzt alle PlaktkleberInnen und KellnerInnen der Herriko Tabernas mit einem Bein im Knast?

Die Schließungen sollen Batasuna die Arbeitsräume nehmen. Doch ist das so eine Sache. Häufig sind nämlich die Batasuna-Büros in Räumen von Kulturvereinen untergebracht, die nicht Batasuna, sondern den Mitgliedern dieser Vereine gehören. Diese Strukturen sind jedoch nicht durch das Parteiverbot betroffen. Die Situation ist also für beide Seiten unklar. Sie wollen Batasuna treffen; da wir aber keine Kaderpartei sind, sondern ein Sammelbecken für verschiedene soziale Bewegungen und Interessengruppen, also Teil eines breiten sozio-kulturellen Netzwerkes sind, können sie uns in unseren Aktivitäten gar nicht isolieren. Es ist klar, dass es Batasuna nicht mehr gibt, das heißt aber nicht, dass sich die Aktiven aus ihrem politischen und sozialen Alltag verabschieden würden.

Dennoch ist noch einiges zu befürchten. Ab dem 23. September erwarten wir die Schließung von einigen Herriko Tabernas. Batasuna soll für die entstandenen Sachschäden des "kale borroka" (spontane, aber ritualisierte Straßenmilitanz von Jugendlichen, die sich meist gegen Banken und Polizeifahrzeuge richtet; Anm. ak) haftbar gemacht werden. Wir haben eine Rechnung von über 24 Mio. Euro erhalten. Geld, das wir allerdings nicht haben. Da die Herriko Tabernas angeblich ausschließlich unserer Finanzierung dienen, sollen jetzt diese Kneipen geschlossen bleiben, bis ein entsprechender Einnahmeverlust erreicht ist. Das ganze

Konstrukt ist freilich nicht nur politisch, sondern auch juristisch brüchig, weil die BesitzerInnen der Kneipen Einzelpersonen sind, nicht Batasuna.

Genauso verworren ist die Situation der politischen Vertreter: Batasuna stellte ja Leute in den Verwaltungen und auch etliche Bürgermeister. All diese Leute bleiben im Amt, erhalten weiter ihre Bezüge und kommunizieren nun in einem losen "Plenum der sozialistisch-abertzalen Funktionsträger". Allerdings dürfen sie nicht als Gruppe, sondern nur als Personen agieren.

Man sieht, dass einerseits das Verbot gar nicht wie beabsichtigt greifen kann, weil die politische Arbeit unabhängig von Batasuna weiterläuft und sie auch nie einzig abhängig von Batasuna war, andererseits greift es ganz gut, weil es tatsächlich eine enorme juristische Unklarheit schafft. Wir befinden uns in einer absolut unklaren Situation. Im Grunde genommen weiß niemand, auch die Gegenseite nicht, wie der Hase laufen wird.

Handelt es sich bei der Änderung des Parteiengesetzes um einen Angriff speziell gegen Batasunaoder handelt es sich, wie Jaibe Mentxaka, der Direktor der ebenfalls illegalisierten Zeitung egin sagte, um den "finalen Schlag gegen die gesamte abertzale Linke"?

Letzteres. Der spanische Staat hat nie eine Antwort auf den baskischen Konflikt gefunden. Die Taktik der Assimilierung durch das Zugeständnis einer Scheinautonomie ist gescheitert. Statt also den Raum für eine politische Lösung aufzumachen, wird Batasuna als Störenfried, als Gefahr für die Demokratie dargestellt. Der Angriff gilt der Idee einer eigenständigen baskischen Nation. Indem die Partei illegalisiert wird, die am vehementesten und authentischsten für dieses Ziel eintritt, soll das gesamte politische und sozio-kulturelle Projekt der abertzalen Linken ausgeschaltet werden.

Das Verbot wird mit einer angeblichen Identität von Batasuna und ETA begründet. Angesichts der Totalität der Repression erscheint es politisch logisch, sich dem Distanzierungsdruck nicht zu beugen. Aber heißt das auch, dass es tatsächlich keinerlei Kritik an einzelnen Aktionen oder Verlautbarungen der ETA gibt?

Diese Frage ist in solch einem Rahmen natürlich nicht qualifiziert zu beantworten, sie führt auch vom Kern des aktuellen Problems weg. Der bürgerliche Konsens suggeriert, ETA bedrohe die demokratische Gemeinschaft. Dem halte ich entgegen, dass ETA eine politische Antwort auf einen undemokratischen Zustand ist.

In welcher Phase befindet sich denn die baskische Unabhängigkeitsbewegung?

Die Zahl der Vereine und sozialen Gruppen, die keine politische Deckungsgleichheit besitzen, sich aber eindeutig als baskisch identifizieren, nimmt zu. Die Identifikation mit der Heimatstadt oder der Region nimmt ab zu Gunsten einer baskisch-nationalen Identifikation. Da baut sich stärker denn je ein reißfestes Netz auf, in der die Forderung nach einer baskischen Fußballnationalmannschaft oder einer genuin-baskischen Sozial- und Wirtschaftspolitik zum Beispiel für viele nicht mehr wie ein politisch subversiver Akt erscheint, sondern eine alltägliche Selbstverständlichkeit darstellt.

Welches Verständnis nationaler Souveränität liegt der Forderung nach Unabhängigkeit zu Grunde?

Die baskische Nation existiert bereits seit Tausenden von Jahren, gleichwohl handelt es sich um eine Nation ohne Staat. Wir gehen von einem universellen, unveräußerlichen Menschenrecht aus, das nationale Selbstbestimmung einschließt.

Batasuna als Teil der abertzalen Linken wirkt an der konkreten Ausgestaltung der nationalen Sache mit. Dennoch hat sich etwas verändert. Viele Jahre hindurch wurde - auch von uns - eine Vorstellung transportiert, die sich die Unabhängigkeit als Prozess nach dem "Tag der Befreiung" vorstellt. Demgegenüber warten wir jetzt nicht mehr auf den St. Nimmerleinstag, sondern organisieren die nationale Einheit, gestalten das baskische Dasein bereits konkret im Hier und Jetzt. Selbstverständlich wird an so einem Punkt der spanische Staat hellhörig, wenn sich ein eigenständiges nationales Projekt entfaltet, welchem doch politisch die dafür notwendigen Instrumente vorenthalten werden.

In gara, der Nachfolgezeitung von egin, wurde als Antwort auf die Illegalisierung zu "zivilem Ungehorsam" aufgerufen. Mein Eindruck ist, dass sich im Moment eine starke Lähmung breit macht. Abgesehen von groß angelegten Plakataktionen zeigt sich im Alltag sehr wenig Aufgeregtheit, geschweige denn Aufruhr.

Eine radikalere Antwort hat Batasuna nicht erwartet und sie passt auch nicht in die heutigen Zeiten. Vielen ist heutzutage ihr kleines Glück in einer Drei-Zimmer-Wohnung wichtiger als politische Integrität. Andererseits waren bei den Räumungen der Parteibüros viele aus der gesamten Bevölkerung solidarisch anwesend. Es ist aber gut, dass sich der Protest sozusagen dezentralisiert hat. Es wäre auch falsch, alle Kräfte jetzt für einige wenige Aktionen oder Kampagnen zu bündeln. Dies hat auch das erfolgte Verbot der ersten großen Demo am 7. September bestätigt. Aber auch hierin zeigt sich wieder die Angst der spanischen Regierung (und des baskischen Parlamentes) vor der Antwort auf die Repression. Es wird versucht, auf Zeit zu spielen und die Wogen herunterzukochen. Zum Teil geschieht dies mit völlig absurden Propagandatricks, die bürgerlich-nationalistische PNV zum Beispiel hat behauptet, dass sich Batasuna bei den Räumungen sich mit der baskischen Polizei (Ertzaintza) geprügelt hätte, während der spanischen Polizei der rote Teppich ausgerollt worden sei.

Wie ist das Verhältnis von Batasuna zu den anderen Parteien, nach der Abstimmung über das Parteienverbot im Madrider Parlament, bei der nur die PNV gegen den Antrag gestimmt hat, andere Nationalisten/Regionalisten und die linke IU sich hingegen enthielten?

Mit der konservativen PP und der sozialdemokratischen PSOE unterhalten wir kategorisch keine Beziehungen. Mit der PNV stehen wir weiterhin im Austausch. Allerdings verfolgt sie eine unklare Linie und steht zur Zeit so ein bisschen vor einer Richtungsentscheidung. Einerseits haben sie gegen das Verbot gestimmt, andererseits setzen sie es nach besten Kräften um. Sowohl auf sie als auch auf die gemäßigt-nationalistische Eusko Alkartasuna (EA) sowie die Izquierda Unida gehen wir offensiv zu und fordern sie auf, sich mit uns gemeinsam für einen politischen Lösungsprozess einzusetzen.

Die Proteste gegen das Verbot stehen unter der Parole "Faschismus Stop!", als Kampagnenemblem hat sich das kleine Müllmännchen etabliert, das ein Hakenkreuz wegschmeißt. Wie definiert ihr Faschismus? Fordert ihr ernsthaft von einem faschistischen Staat die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze ein?

Formal ist Spanien eine Demokratie, aber dies ist nur gültig, solange bestimmte Fragen nicht gestellt werden. Alle Rechtsstaatlichkeit endet abrupt bei der Forderung nach Unabhängigkeit. In der durch nichts legitimierten Verweigerung der baskischen Unabhängigkeit offenbart sich ungeschminkt ein totalitäres Moment. Natürlich wollen wir keine Deckungsgleichheit der jetzigen Situation mit dem Franquismus behaupten. Abgesehen von einigen personellen Kontinuitäten gibt es aber unübersehbar eine politische Kontinuität im Umgang mit dem Separatismus. Diese reicht allerdings weiter zurück als nur in die dreißiger Jahre und ist keine Erfindung der Rechten. Der rote Faden besteht in einer paranoiden Angst, Spaniens Einheit könne zerbrechen. Dem Ziel der Einheit wird alles untergeordnet. Im Kampf gegen den "gefährlichen Sezessionismus", wie Aznar ihn nennt, werden die totalitären Tendenzen sichtbar: Der Zentralstaat nutzt zur Verteidigung seiner Macht jedes Mittel - inklusive Todesschwadronen und Folter.

13. Marineblau in den sozialen Krieg. Die neue französische Regierung setzt auf Repression

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:03

"Marineblau muss wieder zur Modefarbe werden", hatte der Minister für kommunale Angelegenheiten, Patrick Devedjian, bereits im Mai dieses Jahres getönt - Marineblau ist die Dienstfarbe der französischen Polizei. Geht es nach dem neuen Innenminister - Pardon: "Minister für Innere Angelegenheit und Innere Sicherheit" - Nicolas Sarkozy und dem ihm beigeordneten Devedjian, dann soll diese Farbe künftig immer stärker das Straßenbild prägen.

Seit Anfang Juli unternahmen die Marineblauen in den Banlieues, den Trabantenstädten des Pariser Ballungsraums, einige spektakuläre Operationen. Etwa im Morgengrauen des 16. Juli in der Hochhaussiedlung Cité Pablo Picasso in Nanterre, wenige Kilometer westlich von Paris. 270 eingesetzte Polizisten erbeuteten immerhin 256 Gramm Haschisch. Das Ziel sei es schließlich nicht, "unmittelbare Ergebnisse zu erzielen", erklärten die Verantwortlichen für den Großeinsatz gegenüber Le Monde (24. Juli 2002). Es gehe vielmehr darum, "ein Kräfteverhältnis in einem Quartier herzustellen, das zu den schwierigsten in der Stadt zählt", und um den "psychologischen" Faktor. Aber was rechtfertigt den Einsatz der Sicherheitskräfte eigentlich, wenn keine konkreten Straftaten verfolgt werden, ja nicht einmal feststeht, dass welche vorliegen?

Nach offizieller Sprachregelung soll den "rechtsfreien Räumen" in den vor allem von Einwanderern und ihren Nachfahren bewohnten Vorstädten sowie der "Schattenökonomie" der Kampf angesagt werden. Es klingt mitunter, als bereite eine Armee sich darauf vor, eine feindliche Festung einzunehmen.

Die "Innere Sicherheit" hat für die konservative Regierung unter Jean-Pierre Raffarin höchste Priorität. Dass es ihr dabei nicht zuletzt auch darum geht, die bei den Wahlen im Frühjahr stark angewachsene Klientel der extremen Rechten auf ihre Seite zu ziehen, wird offen ausgesprochen. "Ich habe die Botschaft vom ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl empfangen", sagte etwa Justizminister Dominique Perben Ende Juli im Parlament, offenkundig von den knapp 20 Prozent der Stimmen sprechend, die am 21. April dieses Jahres für die beiden neofaschistischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret abgegeben wurden. Und er fügte hinzu: "Das war eine Botschaft der Besorgnis, der Verärgerung oder jedenfalls der Unzufriedenheit bezüglich der Fragen der Inneren Sicherheit." Und der Vorsitzende der Gesetzeskommission des Parlaments, Pascal Clément, erklärte: "Wir müssen zeigen, dass wir den Verzweiflungsruf der Franzosen verstanden haben." Jener Franzosen, die Le Pen wählten.

Von 6 Milliarden Euro zusätzlicher Mittel für Polizei und Justiz war vor den Wahlen die Rede. Daraus sind jetzt 5,6 Milliarden für die Polizei und 3,7 Milliarden für die Justiz geworden, jeweils im Zeitraum 2003 bis 2007. Von dem Geld sollen unter anderem 13.500 zusätzliche Polizisten und Gendarmen eingestellt werden - obwohl die Wirtschaftszeitung La Tribune am 28. August feststellte: "Rekord-Neueinstellungen bei Polizei und Justiz in zehn Jahren", und zwar im Rückblick auf die Dekade 1990 bis 2000. Während dieser zehn Jahre war die Zahl der Beamten des Innenministeriums um 27.700 und jener des Justizministeriums um 13.400 gestiegen.

Le Pen weist die Richtung

Die Polizei untersteht in Frankreich dem Innen-, die Gendarmerie aber dem Verteidigungsministerium. Doch beide Korps sollen jetzt, unter den Fittichen Sarkozys, einander angenähert werden. So wurden im Mai dieses Jahres aus Polizei, Gendarmerie und weiteren Exekutivorganen - der Steuerfahndung oder dem Zoll beispielsweise - die "Regionalen Eingreifgruppen" (GIR) geschaffen. Bei der leicht missratenen Großoperation in Nanterre handelt es sich um einen der ersten spektakulären Einsätze dieser neuen Sondereinheiten.

Hinzu kommen soll eine Polizei-Reserve in Zivil, die vor allem aus pensionierten Beamten bestehen soll - seit 1996 und noch bis 2005 gehen die Jahrgänge jener Polizisten in Pension, die nach den Unruhen des Mai 1968 in großer Zahl rekrutiert worden waren. "Anlässlich außergewöhnlicher Ereignisse oder Krisensituationen muss der Staat auf Reservisten zurückgreifen können, wenn die inneren Sicherheitskräfte sich als ungenügend herausstellen", heißt es in dem Gesetz zur Polizeireform, das Innenminister Sarkozy am 10. Juli vorlegte und das Ende Juli im Schnelldurchgang verabschiedet worden ist.

11.000 neue Gefängnisplätze sollen gebaut werden, dafür gibt es jetzt seit Juni ein eigenes Staatssekretariat "für die Immobilienprogramme der Justiz". Auch im Justizwesen sollen mehr als 10.000 neue Stellen entstehen. Und das alles, obwohl allgemein Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst anstehen. Deutlicher als die jetzige Regierung könnte man nicht ausdrücken, was Soziologen wie Loic Wacquant und Pierre Bourdieu den "Übergang vom Sozial- zum Strafstaat" genannt haben.

Einer der heiklen Punkte der Anfang August verabschiedeten Justizreform ist die Ausweitung der Kronzeugenregelung. Diese Bestimmung, welche die Rechte der Verteidigung vor Gericht weitgehend aushebelt, war ursprünglich in vielen westlichen Ländern im Bereich der Terrorismus- und Mafiadelikte eingeführt worden. Im Juni 2001 war eine entsprechende Kronzeugenregelung in Frankreich für jene Straftaten, auf die mehr als fünf Jahre Haft stehen, eingeführt worden. Die neue Regierung hat in ihrer Justizreform jetzt die Schwelle auf drei Jahre Haft Strafdrohung abgesenkt - damit sind die Mehrzahl der im französischen Strafgesetzbuch enthaltenen Delikte erfasst.

Dieser weitgehende Eingriff in das Recht auf Verteidigung hat auch innerhalb der liberal-konservativen Rechten erheblichen Widerspruch ausgelöst. "Seit 1789 haben selbst die autoritärsten Regime diesen Schritt nicht gewagt", kritisierte der wirtschaftsliberale Politiker und ehemalige Anwalt Claude Goasguen, Abgeordneter der neuen bürgerlichen Einheitspartei UMP. Dennoch stimmte die Rechte am Ende geschlossen für die Reform.

Geändert werden soll hingegen das "Gesetz zur Stärkung der Unschuldsvermutung", das erst am 25. Juni 2000 einstimmig verabschiedet worden war. Davor war Frankreich mehrfach durch den Europäischen Gerichtshof wegen übermäßiger Länge und Häufigkeit der Untersuchungshaft gerügt worden. Die jetzt beschlossenen Bestimmungen verleihen dem Staatsanwalt neue Vollmachten: Er kann auf dem Wege der Eilklage die Entscheidung des Untersuchungsrichters, eine Freilassung anzuordnen, blockieren.

Reservisten "lösen" soziale Konflikte

Daneben stieß es auf besonders harsche Kritik bei Menschenrechtsorganisationen, Richter- und Anwältegewerkschaften, dass Justizminister Perben 3.300 juges de proximité (etwa: bürgernahe Richter), eine Art Laienrichter auf Teilzeit, ernennen will. Es soll sich um Personen handeln, die zwar - etwa als Anwälte oder Hochschullehrer - Rechtskenntnisse, aber keine besondere Richterausbildung haben. Anders als "echte" Richter sind sie nicht unabhängig, sondern werden von der Staatsanwaltschaft ernannt, die ihrerseits an Weisungen des Justizministers gebunden ist. Diese Laienrichter, gegen deren Entscheidungen keine Berufungs- oder Revisionsinstanz vorgesehen ist, sollen für "kleinere" Rechtsstreitigkeiten im Zivil-, aber auch im Strafrecht, etwa bis zu einer Geldstrafe von 45.000 Euro oder bis zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit, zuständig sein. Und selbst im sensiblen Bereich der Jugendgerichtsbarkeit sollen sie Recht sprechen, womit die klassische Sonderstellung der Jugendrichter ein gutes Stück weit ausgehebelt wird.

Mit der traditionellen, vor allem auf Erziehung ausgerichteten Rolle der Kinder- und Jugendgerichtsbarkeit ist es ohnehin vorbei. Denn zu Perbens Justizreform gehört auch, dass Kinder und Jugendliche künftig bereits ab 13 Jahren eingesperrt werden können: Zunächst sollen sie in geschlossene Erziehungsheime verwiesen werden können, und wenn sie sich dem zu entziehen suchen, dann geht es ab ins Gefängnis. Die Jugend, vor allem die Immigrantenkids aus den Trabantenstädten, haben die Minister Sarkozy und Perben ohnehin erklärtermaßen im Visier. So sollen im Falle der "Beleidigung einer Lehrperson" SchülerInnen künftig bis zu sechs Monaten Haft drohen. Die Lehrergewerkschaften, mit Ausnahme der rechten Minderheitsgewerkschaft SNALC, haben die neue Bestimmung bereits scharf kritisiert.

Auch soll den Eltern straffällig gewordener Jugendlicher die Familienunterstützung (Kindergeld oder Familiensozialhilfe) auf Dauer gesperrt werden können. KritikerInnen monieren, dass dadurch bereits in schweren Krisenprozessen befindliche Familien noch stärker die soziale Treppe hinab gestoßen werden und eine Art familiärer Kollektiv- oder Sippenhaftung eingeführt werde. Im Wahlkampf hatten sich vor allem die beiden rechtsextremen Kandidaten Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret vehement für diese Idee stark gemacht.

Schon im Herbst will Sarkozy neue Delikte schaffen. Diese wurden bereits "symbolisch" im Vorspann zum Gesetz über die Polizeireform aufgelistet. Dieses Verfahren wurde allerdings vom Verfassungsgericht moniert, das eine solche Pseudo-Gesetzgebung im Ankündigungsverfahren nicht durchgehen lassen wollte.

Gleichzeitig aber hat das Verfassungsgericht die inhaltlichen Vorgaben der Polizei- und Justizgesetze Ende August passieren lassen.

Zu Sarkozys Katalog gehören u.a. Zwangsmaßnahmen gegen Prostituierte ausländischer Nationalität. Sie sollen systematisch aufgegriffen und des Landes verwiesen werden - obwohl Prostitution in Frankreich seit 1946 gesetzlich toleriert wird. Eine Maßnahme gegen den tatsächlich um sich greifenden Menschenhandel etwa vom Balkan ist das nicht, denn gerade die Opfer werden ja entfernt, anstatt sie vor ihren Bedrängern zu schützen, damit sie in Frankreich als Zeuginnen aussagen könnten. Sinti und Roma soll im Falle "illegalen Campierens" mit der Beschlagnahmung ihrer Fahrzeuge gedroht werden. Und den Banlieue-Jugendlichen wird es verboten, sich im Eingangsbereich von Hochhäusern zu versammeln. Letzteres hatte auch schon die Regierung Jospin in ihrem "Gesetz zur Inneren Sicherheit im Alltag" zur Straftat erhoben.

Die sozialdemokratische Opposition war im Juli und August in ihrer Haltung zu dem repressiven Gesetzespaket gespalten. Die Mehrheit der Partei stimmte zwar für die Mittelerhöhungen zu Gunsten der Polizei, aber gegen die damit verbundenen Orientierungen. Eine einflussreiche Gruppe plädierte dafür, mindestens "konstruktive Enthaltung" zu üben. Denn würde die Sozialistische Partei heute regieren, hätte sie jedenfalls einen Teil der Maßnahmen ihrerseits verabschiedet. Die linke Anwältevereinigung SAF, die beiden wichtigsten Richtergewerkschaften USM und SM oder die Liga für Menschenrechte (LDH) hingegen liefen Sturm gegen die neuen repressiven Normen. Der LDH-Vorsitzende und Anwalt Michel Tubiana sprach von Maßnahmen "des sozialen Krieges", die sich vor allem gegen die Einwandererjugend richteten.

Mit 13 Jahren ins Gefängnis

In der Gesellschaft allerdings erscheint die harte Gangart bisher eher populär zu sein oder jedenfalls keine artikulierte Opposition hervorzurufen. Der Gewerkschafter Guy Freche, Mitbegründer der linksradikalen Basisgewerkschaft SUD, selbst Banlieue-Bewohner im Pariser Nordosten, beschreibt seine Eindrücke: "Seit dem Regierungswechsel hat eine gewisse Beruhigung der Situation in manchen sozialen Brennpunkten stattgefunden. Mein Hochhaus gehört dazu. Wenn man vor dem Regierungswechsel die Polizei rief, kam sie gar nicht oder Stunden später. Jetzt ist sie in Minutenschnelle da. Und das ist eine bewusste Politik. Ein Kommissar hat es mir gegenüber offen ausgesprochen: Vor dem Regierungswechsel lautete die Devise: Wir rücken nicht aus. Auf diese Weise hat man die Situation bewusst herunterkommen lassen." Die Beruhigung der Bewohner, meint Guy Freche, sei an solchen Orten spürbar.

Die Frage ist nur, wie lange sie anhält. Denn die sozialen Verwerfungen und die Gewalt, welche Rassismus, sozialer Anschluss und die Folgen neoliberaler Politik erzeugen, verlagern sich nur. Unweigerlich werden sie sich, in anderer Form und vielleicht an anderem Ort, erneut bemerkbar machen.

Bernhard Schmid,

Paris

14. Nach fünf Jahren ist die Luft raus. Grenzcamp in Jena offenbart Grenzen des Konzepts

Autor: Fitz Burschel, Camp-Hausmeister · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:19

Schwerpunkt

Der Camp-Sommer 2002 ist vorbei, wir ziehen Bilanz. In unserem Schwerpunkt gibt es Campberichte zu Strasbourg, Jena und Hamburg. Mit Kritik wird nicht gespart: kommunikationslos, zerstritten und gesellschaftlich isoliert sei die Bewegung. Wie kann es also weiter gehen? Ein Text zum Ausbruch von Flüchtlingen aus einem Internierungslager in australischen Woomera zeigt, dass es in der antirassistischen Arbeit auch durchaus Erfolge geben kann.

Nach fünf Jahren ist die Luft raus

Grenzcamp in Jena offenbart Grenzen des Konzepts

Aus verschiedenen Gründen gab es dieses Jahr zwei kein-mensch-ist-illegal-Zeltlager, wobei das Thüringer Camp in Jena erneut auf die "inneren Grenzen" und deren Auswirkung auf das Leben von Flüchtlingen in Deutschland fokussieren sollte. "Free Movement" hieß das Motto. Einmal mehr waren Residenzpflicht und sonstige rassistische Sondergesetze für (oder eher gegen) Asylsuchende Schwerpunkte des Camps.

Insbesondere die Organisation afrikanischer Flüchtlinge The Voice Africa Forum, die einen ihrer Hauptsitze in Jena hat, war Garant dafür, dass der rassistische Alltag von Flüchtlingen, MigrantInnen und Asylsuchenden zum unmittelbaren Thema des Camps werden sollte. Unmittelbarer jedenfalls, als vielen lieb war. Denn die Residenzpflicht stellte das Camp und seine Teilnehmenden einerseits vor nicht lösbare logistische und rechtliche Probleme. Andererseits wurde sie zum Dreh- und Angelpunkt polizeilicher Provokation, wobei dies im Rahmen bewusster Konfrontation und Zuspitzung durchaus eine Funktion der Außenwirkung für die Camp-Botschaft hatte - wenn man mal von den lästigen Bußgeldbescheiden absieht, die viele Flüchtlinge wenig später in ihre Zwangsunterkünfte zugestellt bekamen.

Angepeilt und verlautbart worden war, dass - mehr als in den Vorjahren - Flüchtlinge und Asylsuchende zum Camp kommen würden. Im Vorfeld war von mehreren Hundert die Rede. Dem war dann freilich nicht so, obwohl dennoch deutlich mehr Flüchtlinge das Camp besuchten als in den Jahren zuvor. Vor allem kamen einige Dutzend AsylbewerberInnen, die sonst eigentlich noch nicht politisch organisiert oder aktiv waren. Dennoch: Im Grunde hätte eine Dauerpräsenz einer nennenswerten Anzahl von Flüchtlingen nur durch einen täglichen Shuttle von den zum Teil weit entfernten Heimen und zurück gewährleistet werden können. Denn außer der strafbewehrten Residenzpflicht disziplinieren die Behörden mit weiteren rassistischen Bestimmungen die Menschen, die sie in ihrer Gewalt haben: Wer etwa über Nacht nicht im Heim und bei den täglichen Anwesenheitskontrollen in den Asylknästen nicht anwesend ist, muss mit Nicht-Auszahlung oder Reduzierung der Sozialhilfe rechnen. Die Behörden in Thüringen sind nicht gerade für eine menschliche und kulante Haltung in diesen Fragen bekannt.

Polizeischikanen ungeahnten Ausmaßes

In den "propagandistischen" Auseinandersetzungen mit der Polizei spielte die Residenzpflicht also eine entscheidende Rolle. War in den ersten von zahllosen, ermüdenden Kooperationsgesprächen zwischen Stadtverwaltung, Polizei und Camp-Organisation noch von weitestgehender Ignorierung der Residenzpflicht die Rede, muss irgendwann eine Order höherer Stellen, vermutlich aus dem Thüringer Innenministerium, gekommen sein, die in dieser Frage die örtlich zuständigen "Ordnungskräfte" zurückpfiff. Nun hieß es auf einmal, man werde mit dem Thema sensibel umgehen, aber keine Straftaten dulden. Damit war klar, dass es - anders als zunächst mit Verweis auf das Camp in Frankfurt a.M. im Vorjahr angekündigt - rassistische Kontrollen geben würde und damit den Ärger, den es dann auch gab. Schon am ersten Tag glaubte eine BFE-Einheit (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit) ihr Mütchen ausgerechnet am The-Voice-Aktivisten Acaba Cho Lukas kühlen zu müssen. Als er sich weigerte, seine Papiere zu zeigen, nahmen ihn die Pflichteifrigen gleich mal mit, legten ihn in Handschellen, mit denen sie ihn im Polizeirevier an einen Stuhl fesselten, und hielten ihn mehrere Stunden fest. "Geh doch zurück nach Frankreich", wurde ihm von einem

dieser uniformierten Intelligenzbolzen beschieden. Kurz und gut: Die Residenzpflicht war Dauerthema auf dem Camp, allerdings nicht selbstbestimmt, wie es sich die Campgemeinde gewünscht hätte. Sie war meist zum Reagieren gezwungen, belagerte die Polizeidirektion und musste sich so das Thema mehr als einmal diktieren lassen.

Menschenrechte oder Soziale Revolution?

Ansonsten ist der Polizei ihr völlig inkonsistenter und jenseits irgendwelcher Vermittelbarkeit angesiedelter Einsatz ziemlich in die Hose gegangen. Eine Zeitung berichtete von 700 mobilisierten BeamtInnen, was gerade in der Anfangsphase des Camps ein imposantes Verhältnis von einem/einer CamperIn zu bis zu drei PolizistInnen zur Folge hatte. Überhaupt war der ganze Polizeieinsatz gänzlich überproportioniert und der für das Grenzcamp landesweit verantwortliche Polizeidirektor mehr als überfordert. Bereits im Vorfeld warnte er offen und unverblümt vor "Entglasungsaktionen", Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und - Gipfel der Frechheit - Diebstahl. Er suchte dabei so ziemlich alle Ermittlungsverfahren zusammen, die es bei den Camps davor gegeben hatte, und bündelte sie zum Schreckensszenario: Grenzcamp ante portas.

Dabei ist es wichtig, sich noch mal der Idee und der Geschichte der Grenzcamps insofern zu besinnen, als es ja fast jährlich die Debatten darüber gibt, dass es zu einem Camp von "MenschenrechtsaktivistInnen" mit symbolischen Aktionsformen verkomme, wenn es nicht konfrontativ einen Moment der Militanz transportiere und sich vielleicht sozialrevolutionärer, vielleicht autonomer Tradition entsinne. Die Zusammensetzung und der Verlauf der Camps der letzten fünf Jahre zeigen aber, dass es sich nie um homogene Aktionscamps mit klarer Stoßrichtung, sondern immer in erster Linie um nach außen gerichtete, auf Außenwirkung bedachte Versammlungen von Menschen innerhalb des antirassistischen und flüchtlingspolitischen Spektrums sehr unterschiedlicher Provenienz gehandelt hat. Es ist diese Vermittlungsebene hin zu einer verzweifelt beschworenen "liberalen Öffentlichkeit" oder zu "aufgeschlossenen" Kreisen der Bevölkerung jenseits jenes rassistischen Mainstreams, den AntirassistInnen (zu Recht) nicht müde werden zu beschwören, die stets das Wesen der Camp-Aktionen bestimmt hat.

Die Presseberichterstattung und das Abschneiden des Camps und seine AkteurInnen darin, ist immer neuralgischer Punkt eines jeden Camps. Insofern sollten auch jene, die von der Wiedergeburt der autonomen Bewegung aus dem Geist der AntiRa-Zeltlager träumen, vielleicht doch akzeptieren, dass die Grenzcamps von Anfang an - und ein wenig in der Natur der Sache begründet - tatsächlich Menschenrechts-Aktionscamps waren, die für eine antirassistische Perspektive, aber auch und ganz konkret für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen, MigrantInnen und Asylsuchenden im Lande, auf dem Weg ins Land und in der Welt eintraten und -treten. Bestes Indiz für diese These ist der ungeheuere Kosten- und Arbeitsaufwand gemessen an ihrer weitestgehenden Wirkungslosigkeit für die Campzeitung, die sich an eine zu gewinnende Bevölkerung richtete, und dass die übrigen Zeitungen zum Schluss nur noch das Lagerfeuer anheizen. Alles andere, also etwa eine militant-konfrontative Politik ohne Vermittlungsebene wäre schon aus taktischen Gründen und angesichts der Kräfteverhältnisse Unfug. (Hierzu Annäherungswerte: Insgesamt waren über die Tage sicher 600 CamperInnen in Jena, durchgehend so 200 bis 250 und an den bestbesuchten Tagen zu Wochenanfang wohl auch mal rund 400 Personen.) Im Übrigen setzte eine solche Vorgehensweise ein Höchstmaß an politischer Geschlossenheit voraus, welche schon auf Grund der Alters-, Erfahrungs- und Zielunterschiede nicht gegeben ist.

Diese Ausgangslage erlaubte es auf der Verlautbarungsebene argumentative Vorteile aus der Polizeirepression zu schlagen: Unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt, Kontrollen entgegen den Absprachen, Verhinderung oder Behinderung der viel gepriesenen "demokratischen" Grundrechte und des "zivilgesellschaftlichen Engagements", Unmöglichkeit von Absprachen mit einem Apparat, der auf Befehl und Gehorsam gründet usw. Was dann jedoch auf der Straße passierte, hat doch selbst hartgesottene Alt-CamperInnen deprimiert. Nach der massiven Kriminalisierung im Vorfeld und völlig überproportionierten "Sicherheitsmaßnahmen" waren die Camp-Demos und -Aktionen nichts anderes als Wanderkessel der übelsten Sorte. Die allgemeine Einschätzung der Verwaltungen, insbesondere der Ordnungsämter im Lande, ist grundsätzlich jeder Art politischer Kundgebung und grundlegenden Protestformen gegenüber feindlich, ablehnend und repressiv.

Neuorientierung notwendig

Von dieser allgemeinen Einschätzung muss die Stadtverwaltung in Jena ausdrücklich ausgenommen werden. Nach anfänglicher Reserve und Versuchen, das Camp zu ignorieren, zeigte sich die Verwaltung verhandlungs- und kompromissbereit und vom Bürgermeister bis zum städtischen Bauhof kooperativ und aufgeschlossen. In der Bilanz nahm der stellvertretende Bürgermeister das Camp in Schutz und kritisierte deutlich den überzogenen Polizeieinsatz. Dass die Verwaltung und auch die Polizei daran festhielten, das Camp als Dauerkundgebung zu betrachten, was sich im Auflagenbescheid niederschlug, wurde von den Camp-Rechtsanwälten als außergewöhnlich progressiv gewertet, stellte es die Zeltlager-Freunde doch unter den sehr viel weitergehenden Schutz des Versammlungsrechts.

Auch die Presseberichterstattung war in Ordnung zur Ausbeute zählen eine ganze Reihe zumindest "ausgewogener" Artikel. Dass es durchaus Leserbriefe und kritische Bemerkungen zur Kriminalisierung und Repression gab, lässt ja doch hoffen, dass noch so etwas wie Streitkultur Einzug hält in den von Betonköpfen regierten Zonen. Einer angedrohten Strafanzeige gegen den Versammlungsleiter wegen Verleumdung bzw. Beleidigung der Polizei sieht man CamperInnenseits mit Gelassenheit entgegen, und auch eine Vielzahl von Bußgeldern wegen Residenzpflicht können vorerst aus einem kleinen, aber komfortablen Überschuss beglichen werden.

Trotz des großen Polizeiaufgebots hat es auch einen ziemlich heftigen Naziangriff auf das Camp gegeben. Schon in der zweiten Nacht rotteten sich rund 20 Nazis in unmittelbarer Nähe des Camps, jedoch unbemerkt vom Riesenpolizeiaufgebot - das "ja auch zum Schutz des Camps" da gewesen sein soll - zusammen und marschierten im Dunkeln mit Flaschen und Knüppeln Richtung Camp. Es dauerte unbehaglich lange, bis eine nennenswerte Menge von Personen da war, um Gegenwehr zu leisten. Doch dann wurden die Nazis in die Flucht geschlagen, einer von ihnen gar gestellt, verprügelt und bis auf die Unterhose entkleidet. Daran hat es später doch ziemliche Kritik gegeben. Das Verprügeln sei ziemliche Männerscheiße, ebenso wie das demütigende Entkleiden.

Es gab wie immer auch inhaltliche Veranstaltungen auf dem Camp und im Rahmenprogramm, darunter auch Schmankerl wie die Buchpräsentation der Sans-Papiers-Bewegung in Frankreich, Madjiguene Cisses "Papiere für alle"; außerdem präsentierte die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) aus Berlin ihre neuen Veröffentlichungen zu Italien und der Militarisierung der EU-Außengrenzen sowie über Marokko und die EU; Norbert Cyrus von der Zentralen Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa (ZAPO) in Berlin sprach über Arbeit und Migration mit Schwerpunkt auf polnischen WanderarbeiterInnen. Aber auch Filme, Musikveranstaltungen, interessant gestaltete Plena gaben dem Camp insgesamt einen recht lebendigen Anstrich.

Auf Grund des Zeltlagercharakters blieb allerdings die intensive und konzentrierte inhaltliche Arbeit doch etwas unterbelichtet. Alles in allem muss gesagt werden, dass aus der Idee von Camps als jährlichem politischen Hauptevent im Rahmen der Kampagne kein mensch ist illegal ein wenig die Luft raus ist. Das merkt man beispielsweise am eingeschränkten Repertoire der Aktionsformen, die jährlich wieder aufgelegt werden. Nicht dass die Aktionen nicht zum Teil ziemlich gut, lustig und auch sinnvoll sind, aber selbst die Polizei hakt inzwischen die laufenden Aktionen auf einer Strichliste ab, auf der steht, was zu erwarten ist (so wurde es von den Camp-beauftragten "Deeskalationsbeamten" berichtet).

Natürlich hatte auch die Zersplitterung auf mehrere Camps ihre Wirkung: weniger Leute, mehr Erschöpfung und so etwas wie Überdruss. Insofern wird hoffentlich die bundesweite Nachbereitung aller Camps eine Neuorientierung bringen oder aber ein Ende des Camps als kmii-Aktionsform in dieser fast schon traditionellen Regelmäßigkeit.

Fitz Burschel,

Camp-Hausmeister

15. Ferienkommunismus mit Dixi-Klo. Mit dem Hamburger Land-in-Sicht-Camp fand das antirassistische Campen 2002 sein Ende

Autor: Elke Sommer-Seitenschlaeger · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:33

Mit Beginn des Land-in-Sicht-Camps am 16. August kam es zu einem tief greifenden Klimawechsel in der Hansestadt, seit nun mehr drei Wochen scheint bis auf wenige kurze Hitzegewitter "die Sonn' ohn' Unterlass". Zumindest auf dieser Ebene ist das Camp seinem Anspruch des "Ferienkommunismus" gerecht geworden. Sein Einfluss auf die politische Großwetterlage Hamburgs und darüber hinaus war allerdings gering.

Der selbst verkündete, nicht geringe Anspruch der bundesweiten Camp-Vorbereitung war es, die herrschenden Verhältnisse auf drei verschiedenen Ebenen anzugehen. Zum einen durch eine inhaltliche Aufarbeitung der "autoritären Formierung" und des Rechtspopulismus, zum zweiten durch die Entwicklung und kritische Reflexion von Aktionsformen und Interventionsmöglichkeiten gegen ihn und schließlich mit der Erörterung der eigenen organisatorischen Möglichkeiten, sich dem organisierten Ressentiment entgegenzustellen.

Zumindest der organisatorische Rahmen des Ferienkommunismus gelang. Täglich geleerte Dixi-Klos in ausreichender Zahl, ein hervorragend geführtes Café Zelt, eine unermüdliche Volxsküche und nicht zuletzt die formidable Lage am Hamburger Elbufer waren ein qualitativer Sprung zu vielen vorangegangenen Camps. Auch auf der inhaltlichen Ebene konnte sich niemand über Mangel beklagen. Der morgens meist recht schlichte Tagesplan füllte sich stets bis zum frühen Nachmittag zum Überquellen mit Veranstaltungen aller Art.

Zurecht aber wurde auf dem Abschlussplenum kritisiert, die autoritäre Formierung als thematischer Schwerpunkt sei den CamperInnen zu weit aus dem Focus gerutscht. Von der angestrebten Internationalen gegen den Rechtspopulismus, es wurde sich um die Teilnahme von AktivistInnen aus diversen europäischen Ländern bemüht, blieb am Ende neben einer Veranstaltung mit der Amsterdamer Gruppe Kafka im Vorfeld nur eine abendliche Versammlung mit Heribert Schiedel vom Wiener Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstandes. Nichtsdestotrotz kann dieser Abend, und der sich daraus ergebende Workshop, als einer der erhellendsten Momente des Camps gelten.

... scheint die Sonn' ohn' Unterlass

Stärker noch als auf dem Camp selbst war von außen keine klares Profil der Veranstaltung wahrnehmbar. Im Gegensatz zum vorjährigen Camp in Frankfurt gelang es nicht, einzelne Forderungen oder Positionen prononcierter in die Öffentlichkeit zu tragen. Dabei wollte man sich eigentlich mit einer Vielzahl von Aktionen dem Anspruch nähern, neue Interventionsformen gegen den Rechtspopulismus zu entwickeln. Es gab u.a. klassische BürgerInnen-Kontrollaktionen zum Thema "Innere Sicherheit", ein antikoloniales Schnitzeljagen, das Auto des kommandierenden Flottengenerals am Golf von Aden wurde demoliert, eine SPD-Wahlveranstaltung wurde mit Kotzgeräuschen beschallt, eine "Partitur" von Sirenen in einem Viertel aufgeführt, deren Melodie durch die Bewegung der Polizeistreifen entstand. Nur im Falle der Kontrollaktionen kam es jedoch zu einer kritischen Reflexion über ihre politische Nachhaltigkeit. Die Mehrheit der anderen Interventionen blieb entgegen des formulierten Anspruches unreflektiert. Am deutlichsten zeigte sich dies an der Vielzahl von Aktionen gegen den Einsatz von Brechmitteln. Denn so zahlreich die Aktionen waren, der selbsterhobene Anspruch, über die bloße Aktionsberichterstattung hinaus auch kritisch zu beleuchten, ob die Aktionsformen Perspektiven gegen die autoritäre Formierung aufzeigten, wurde nur selten erfüllt.

An diesem Punkt zeigte sich auch das Scheitern der angestrebten Verzahnung linksradikaler Zusammenhänge mit dem sozialen Widerstand gegen die Folgen der Schillschen Politik (Geschlossene Unterbringung, Knastausbau, Repressive Drogenpolitik, drastische Maßnahmen gegen Frauenprojekte, Hochschulpolitik). Als eine der wenigen Gruppen, die nicht dem autonomen Spektrum zuzurechnen war, hatte die "Brechmittelkampagne" den Weg über die Elbe geschafft und bot einen Workshop an, der jedoch nur von einer Hand voll Leuten besucht wurde. Bei allen übrigen Themen kann nur eine beidseitige Sprachlosigkeit von Autonomen und den Initiativen des sozialen Protestes in Hamburg attestiert werden. Überhaupt bleibt

festzuhalten, dass sich ein Großteil der Hamburger Linken der politischen Chance dieses Camps verweigerte. Damit hatte sich am Ende auch die Frage erübrigt, welche organisatorischen Strukturen gegen die autoritäre Formierung über das Camp hinaus in Stellung gebracht werden könnten.

Außenwirkung gleich Null

Meist diskutiertes Thema des Camps war letztlich nicht, wie angestrebt, die Vertreibung Ronald Barnabas Schills, sondern das ob und wie von Filmaufnahmen auf dem Camp. Unterschwellig erscheint diese allabendlich aufflackernde Debatte als die hanseatische Version der Straßburger "Dixi-Debatte" (Chemiklos ja oder nein), die auch dort jedes Plenum zu sprengen drohte. Im Kern ist es wohl in beiden Fällen eine Debatte über campinterne Hierarchien und die Fallstricke der Selbstorganisation, denen sich jeder Ferienkommunismus zu stellen hat. Dass der Streit um Hierarchien in den Plena ausgetragen wurde, verweist auf eine viel zentralere Fragestellung, der sich die autonome Linke nach diesem Camp stellen muss. Eigentlich wäre eine solche Debatte Gegenstand des allmorgendlichen Delegiertentreffens gewesen, dem zentralen Entscheidungsgremium des Camps. Doch dort trafen sich kaum ein dutzend Personen, die auch nur zum Teil Delegierte organisierter Gruppen waren. Die meisten CamperInnen waren in losen Bezugsgruppen oder alleine angereist und nahmen die Entscheidungsgremien nicht war, ja, waren nicht in der Lage eigene Interventionsimpulse zu setzen. Damit setzt sich auch auf den Grenzcamps die Tendenz zum individuellen Eventhopping durch, ohne Perspektive einen politischen Alltag jenseits individualisierter kleinst Aktionen zu entfalten. Diese Tendenz widerspricht allerdings ganz grundlegend dem Anspruch des Campens, gruppenbildende Prozesse und deren überregionale Vernetzung zu befördern und damit einer politischen Organisierung der Linken zu dienen.

Elke Sommer-Seitenschlaeger

16. Welcome to Woomera/Australia. Video dokumentiert Massenausbruch von Flüchtlingen

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Australien · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:30

Woomera ist Niemandsland. Mitten in der südaustralischen Wüste gelegen, 175 Kilometer bis zum nächsten Ort, 40 - 45 °C Hitze, keine Bäume, kein Schatten. Dort liegt das Flüchtlingslager Woomera, das größte Gefängnis seiner Art in Australien. Hinter Stacheldraht sind hier bis zu 900 Flüchtlinge teilweise mehrere Jahre eingesperrt. So lange kann es dauern, bis ihr Asylantrag - meist negativ - geprüft ist. Wer hier gelandet ist, ist ein Niemand - zumindest in den Augen der australischen Behörden. Die Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge im Lager leben, sind katastrophal. Wer ohne Papiere ist, ist ohne Rechte. Er verliert sogar das Recht vom Sicherheitspersonal mit seinem eigenen Namen angesprochen zu werden. "Wer bin ich? Ich weiß, dass ich jetzt 8-1-3 bin", sagt einer der internierten Flüchtlinge.

Dass Menschen aus dieser Festung ausbrechen können, erscheint angesichts des offensichtlichen Kräfteverhältnisses zwischen gut ausgerüstetem Sicherheitspersonal und unbewaffneten Flüchtlingen utopisch. Doch genau das ist Ostern 2002 passiert, wie eine gerade erschienene Dokumentation mit dem Titel "Holiday Camp" zeigt. Verschiedene antirassistische Gruppen hatten für das Osterwochenende zu einem Grenzcamp in der Nähe des Flüchtlingslagers aufgerufen, PressevertreterInnen und das Filmkollektiv "Drive-by Shooting" waren ebenfalls anwesend. Mit Transparenten und Rufen nähert sich am ersten Camptag ein Demonstrationszug dem Lager. Ein erster Stacheldrahtzaun, der einen Parkplatz einzäunt, wird niedergerissen. Hinter einem zweiten Metallzaun stehen die Flüchtlinge, viele sind zum Ausbruch entschlossen: mit ihren Händen biegen sie den Stacheldraht und die Gitterstäbe auseinander und zwängen sich durch das so entstehende Loch. Es herrscht Chaos und Verwirrung. PolizistInnen versuchen vergeblich die Demonstration aufzulösen und den Ausbruch zu unterbinden. 53 Menschen können entkommen, von denen allerdings bis auf 13 alle wieder eingefangen werden.

Der Freiheitswille der Flüchtlinge, die bei Ausbruch bis zu zehn Jahre Knast und eine Abschiebung nach der Haftstrafe riskieren, zeigt die Hoffnungslosigkeit der Internierten und setzte in Woomera eine Dynamik frei, mit der niemand vorher gerechnet hat. Nur wenige Flüchtlinge konnten mit Autos weggebracht werden. "Da die meisten wieder geschnappt wurden, kann man die Aktion nicht nur als Erfolg sehen", urteilt einer der Filmemacher kritisch. Dennoch zeigt Woomera, was in doppelter Hinsicht möglich sein kann: Woomera ist sowohl ein Symbol für eine entmenschlichte Flüchtlingspolitik, die in diesem Ausmaß Modellcharakter hat, zum anderen zeigt Woomera, dass diese Politik nicht mehr widerstandslos von den Flüchtlingen hingenommen wird. Im letzten Jahr hat es in verschiedenen Camps Aufstände, Hungerstreiks und Fälle von Selbstverstümmelung gegeben. In Woomera brannten im Januar diesen Jahres 15 Gebäude im Lager. Wachmannschaften und Feuerwehr mussten sich vorübergehend vor den InsassInnen zurückziehen, die brennende Stühle warfen.

Seit zehn Jahren gibt es in Australien das so genannte Manatory Detention System. 1992 brachte die australische Labour Party ein Gesetz ein, demzufolge alle Flüchtlinge, die mit dem Schiff und ohne Papiere in Australien ankommen, automatisch und ohne Verfahren für eine unbegrenzte Zeit interniert werden können. Bootsflüchtlinge aus Südostasien waren die ersten Internierten dieser Lager. Die seit 1996 regierende konservative Koalition von Premierminister John Howard verschärfte und perfektionierte das von den SozialdemokratInnen eingeführte System. Mittlerweile geht Australien dazu über die Flüchtlinge abzufangen, noch bevor sie die australische Küste erreichen. Den benachbarten Pazifikinseln wird viel Geld geboten, damit sie die Flüchtlinge aufnehmen. Im letzten Jahr sorgte der spektakuläre Fall der Tampa, eines norwegischen Transportschiffes, das über 400 "boot people" vor dem Ertrinken rettete, für Aufsehen. Die australische Regierung weigerte sich damals die Flüchtlinge aufzunehmen, nach langem hin und her wurden sie nach Nauru, eine arme Insel im Pazifik, abgeschoben.

Das Detention Center System hat seine Modellphase in Australien längst durchlaufen und wird weiter ausgebaut. Schätzungen zufolge befinden sich ca. 4.000 Flüchtlinge (davon 800 Frauen und 600 Kinder) im Knast. Sechs Flüchtlingslager sind in Australien in Betrieb, drei befinden sich im Bau. Sechs weitere Internierungsknäste liegen auf den benachbarten pazifischen Inseln. Die Camps sind privatisiert, die private Betreiberfirma ACM stellt die Sicherheitskräfte. In Woomera werden sie alle sechs Wochen ausgetauscht. So

wird zum einen der hohen psychischen Belastung der Beschäftigten Rechnung getragen, zum anderen wird damit jeglicher persönliche Kontakt zwischen Wachpersonal und Flüchtlingen verhindert. Einige europäische Regierungen haben schon ein reges Interesse an einem ähnlichen Knast-System bekundet. In Deutschland wird bereits mit dem Projekt X-Modellversuchen, den so genannten Ausreisezentren, eine vergleichbare Flüchtlingsabwehr- und Illegalisierungspolitik betrieben.

Der Film "Holiday Camp" zeigt eindrücklich, wie in den rassistischen Internierungslagern Flüchtlinge entmenschlicht werden. Zwar mehren sich in letzter Zeit die Proteste gegen diese inhumane Praxis und es gibt viele Solidarisierungsaktionen, dies lässt jedoch die weiße Mehrheitsgesellschaft und die Regierung kalt. Auch in Deutschland gibt es keinen Grund sich beruhigt zurückzulehnen: Zwar ist Woomera weit, die Ausreisezentren sind es jedoch nicht.

Nicole Vrenegor

Der Film "Holiday Camp" kann für 20 Euro bei den FilmemacherInnen bestellt werden. Kontakt: drive-by-shooting/tallstoreez productionz, Helebrankstr. 2a, 22297 Hamburg, tallstoreez@yahoo.de.

Aufführungen u.a. am 2.10., Köln, alte Feuerwache, Planet Antifa; 3.10., Leverkusen, Autonomes Zentrum; 22.10., Marburg, Café am Grün; 23.10., Leipzig, Haus und Café Steinstraße; 24.10., Neuruppin, Autonomes Zentrum; 27.10., Bremen, Cafe Lagerhaus; (Termine ohne Gewähr, jeweils 20 Uhr)

17. Narrenfreiheit ohne Grenzen. Strasbourger Noborder-Camp: kommunikationsunfähig nach allen Seiten

Autor: Susanne Lang/Florian Schneider · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:40

Zelten kann manchmal zu einer nurmehr mit einem Höchstmaß an Sarkasmus zu ertragenden Qual werden. Neun Uhr morgens, erstes Barrio-Treffen. Auf der Tagesordnung stehen illegaler Bierverkauf, selbst gemachte Marmelade und die Verfeuerung von frischem Astwerk. Frühestens zwei Stunden später, dieselben Diskussionen im Inter-Barrio, angereichert um nicht weniger substanzielle Auseinandersetzungen wie gemeinsamen Barrikadenbau und hintersinnige Leergutsammelstellen.

Sobald die Ergebnisse der vermeintlich radikal-demokratischen Willensbildung dann noch ausgiebig im größeren oder kleineren Gruppenzusammenhang ventiliert worden sind, ist der frühe Nachmittag bereits angebrochen. Höchste Zeit also für Aktionen: Im Tross von ein paar Hundert eventuell sogar Gleichgesinnten wird die Innenstadt von Strasbourg unsicher gemacht. Das heißt ebenso unvorsichtiges wie wahlloses Demolieren von allem, was die symbolische Hauptstadt Europas als Wahrzeichen ihrer politischen Bedeutungslosigkeit übrig hat: Fahnen, Flaggen, Denkmäler - ganz zu schweigen von der derzeit meistgehassten Ausgeburt von Überwachungsstaat und sozialer Kontrolle: Videokameras.

Niemand kann oder will sagen warum, schließlich hält der Drang zur belanglosen Sachbeschädigung auch nur solange vor, wie es die Polizei erlaubt. Als die Ordnungshüter zur Wochenmitte ihre lasziv zur Schau gestellte Zurückhaltung aufgeben, ist recht rasch Schluss mit lustig: Immer noch wagemutige AktivistInnen, die sich trotz Demonstrationsverbot zu schüchternen Straßentheateraktionen oder kecken Trommelkonzerten in die Strasbourger Innenstadt vorwagen, werden in den Gefangenentransportern der Riot-Polizei CRS vor die demütigende Alternative gestellt: Ab in den Knast oder heim ins Camp?

Die Abgründe, die sich in den zehn Tagen des ersten europaweiten Grenzcamps vom 19. bis 28. Juli in Strasbourg aufgetan haben, lassen tief blicken. Wie nur konnte es nach den Erfahrungen von über einem Dutzend Noborder-Camps an aller Herren Ländergrenzen zu einer derartigen Blamage in taktischer und strategischer Hinsicht, in fast allen politischen und inhaltlichen Belangen kommen.

In gewisser Hinsicht war das Noborder-Camp in Strasbourg natürlich ein unbestreitbarer Erfolg: Wie immer bei solchen Gelegenheiten kam es zu einer Unmenge an interessanten Begegnungen, wertvollem Austausch und teilweise auch spannenden Debatten. Doch es gibt noch mehr: Die Erfahrungen der zehn Tage im Zelt offenbarten eine Symptomatik der Bewegungsunfähigkeit, die bei einem auch nur halbwegs gelungenen Ablauf zwischen zwanglosem Kennenlernen, der heutzutage üblichen Netzwerkeuphorie, gewürzt mit pfiffigem Aktionismus und abschließendem Schulterklopfen sicherlich verschütt gegangen wären.

Blamabel in vielerlei Hinsicht

Mit dem Noborder-Camp in Strasbourg war vielfach die Hoffnung verbunden, nach den guten Erfahrungen mit den Camps an verschiedenen europäischen Außengrenzen im Sommer 2001 nun den qualitativen Sprung zu einer gemeinsamen europäischen Praxis zu schaffen, die es mit einem europaweit mehr und mehr vereinheitlichten Grenzregime nicht nur inhaltlich aufnehmen kann, sondern dieses gemeinsame und aus unterschiedlichen Herangehensweisen gespeiste Selbstbewusstsein auch dadurch unter Beweis stellt, dass mit dem Schengen Informationssystem (SIS) nichts weniger als eines der wichtigsten Instrumente europäischer Migrationspolitik ins Visier genommen wird.

Dass dieser Anspruch auf der Strecke blieb, ist die sicherlich größte Chance, die im Verlauf des Camps und wohl schon seiner Vorbereitungen vergeben wurde. Anstatt die Mannigfaltigkeit und Verschiedenartigkeit der angereisten TeilnehmerInnen wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, wurde das gesamte politische Potenzial der heterogenen Zusammensetzung auf dem Altar eines scheinheilig herbeigebeteten Massenkonsenses geopfert. Es kam, wie es kommen musste: In Ermangelung inhaltlicher Gemeinsamkeiten zwischen aktueller Antisemitismus- und obligatorischer Sexismus-Debatte, speziellen Essgewohnheiten und straßenmilitanten

Vorlieben wird ein solcher Konsens dann allenfalls noch über die Beschreibung oder Beschwörung der gegnerischen Repressionsmaschine erreicht.

Die Tragödie von Strasbourg bestand in einer auch auf den zweiten Blick hin erschütternden Unfähigkeit zur Kommunikation. Dabei hätte ausgerechnet das europaweite Camp mit seiner breiten Zusammensetzung die Gelegenheit geboten, Rituale selbst gewählter Handlungsunfähigkeit und als Basisdemokratie mühsam verbrämte Entscheidungsunfähigkeit nicht länger als unveränderbare Konstante politischen Aktivismus hinzunehmen, sondern in viele verschiedene, sich aber aufeinander beziehende Potenziale aufzulösen.

Wenn unter dem aktuellen Schlüsselbegriff "Multitude" mehr verstanden wird als die Menge der Anwesenden in einer sich einfach aufsummierenden Bewegung ansonsten wirrer oder hilfloser Gestikulationen, dann besteht die eigentliche Herausforderung wohl darin, die unterschiedlichen Strömungen möglichst sinnvoll und effektiv zueinander in Beziehung zu setzen. Dass diese Auseinandersetzungen nicht akademisch bleiben, sondern in Aktionen und Ad-hoc-Interventionen münden, die von Einzelnen vorbereitet, aber möglichst vielen dann getragen werden können, machte bislang den Anspruch der Noborder-Camps aus.

Zumal auf europäischer Ebene verlangt ein solcher Anspruch die ständige Entwicklung immer neuer und an veränderte Situationen laufend angepasster Organisationsmodelle. Es geht eben längst nicht mehr darum, eine gemeinsame Linie, ein geschlossenes Bild, eindimensionale Solidarität, ostentative Einigkeit oder eine insgeheim einende Subkultur auszudrücken, sondern um die tiefe Einsicht und den unbedingten Willen, die eigenen Unterschiedlichkeiten zu erkennen und flexible Zusammenhänge zu schaffen, in denen die verschiedenen Herangehensweisen sich sinnvoll und zum gegenseitigen Nutzen kurzschließen. Es geht um politische Kommunikation im besten Sinn: Vernetzung als situatives Aushandeln, das die Möglichkeit der Veränderung der eigenen Standpunkte wie der der anderen zur Grundlage nimmt und so darauf verzichtet, in den eigenen Reihen nach Gut und Böse zu fahnden, sondern stattdessen nach Grundlagen eines sinnvollen und für alle praktikablen Miteinander sucht - wohlgemerkt: auf Zeit.

Unfähigkeit zur Kommunikation

Es ist egal, ob das klägliche Scheitern nun mit dem kaum verhohlenen Hegemoniestreben einiger kleinerer oder größerer Gruppen erklärt wird, denen es mit etwas Erfahrung im Manipulieren von zufällig zu Stande kommenden Versammlungen natürlich spielend gelingt, selbst Grauen erregenden Außenseiterpositionen zur Vorherrschaft zu verhelfen, oder der Manie einer politischen Korrektheit geschuldet ist, die mitunter geradezu grotesk totalitäre Züge annahm und bestenfalls dazu geeignet ist, lähmender Ausdruck eines multilateralen Nicht-Angriffspaktes in Sachen Antisemitismus, Sexismus, Rassismus etc. zu sein. Alles in allem wurde ein ungeheures Maß an Selbstbezüglichkeit offenbar: Hin- und hergerissen zwischen Philister- und Ferienrevoluzzertum wurde so einer konstruktiven Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen von allen Seiten her der Boden entzogen.

Eine detaillierte Aufarbeitung der Aktionen des Noborder-Camps in Strasbourg dürfte zu niederschmetternden Ergebnissen führen: Vom ersten bis zum letzten Tag, von der lächerlichen Brückenblockade, bei der der größte Trumpf zur etwaigen Verteidigung des Camps zum frühest- möglichen Zeitpunkt und wohlgemerkt: ohne große Not ausgespielt wurde, bis zum kläglichen Scheitern der als Großdemonstration angekündigten Aktivitäten vor dem SIS in einem Katz-und-Maus-Spiel, bei dem die Rollen längst vergeben waren und das deswegen an beliebigen Orten mit immer gleichem Ausgang stattfinden konnte - von Anfang an erschien nur eines als ausgemacht: Für Überraschungen ist heuer allenfalls die Gegenseite gut.

Im vorletzten Sommer am Frankfurter Flughafen hatte die Souveränität noch genau darin bestanden, der Polizei die Drecksarbeit zu überlassen und den Flughafen eben nicht selbst, sondern von den vermeintlichen Hütern der Ordnung blockieren zu lassen. Dies hatte nicht nur metaphorische Bedeutung, schließlich wurde mit dem Rollentausch den Behörden ein gewaltiges Vermittlungsproblem aufgehalst, das ihnen nur den Ausweg ließ, die AktivistInnen als noch größere ChaotInnen zu dämonisieren. Doch statt als schwarzer Block, der nichts anderes im Sinn hat, als den Flughafen in Schutt und Asche zu legen, triumphierte das Noborder-Camp mit klassischen Musikkonzerten, pink-silbernem Cheerleading und Verhandlungsgeschick. Auf dieser Grundlage konnten dann viele verschiedene, differenzierte Aktionsformen ein produktives Miteinander eingehen, das mitnichten von vorneherein und im Detail geplant und abgesprochen sein muss,

solange die gemeinsame Absicht darin besteht, Handlungsspielräume systematisch zu erweitern statt einzuengen.

Dass auf dem Noborder-Camp in Strasbourg das genaue Gegenteil zum ehernen Prinzip erhoben wurde, hat sicherlich viele verschiedene Gründe. Doch für eine politische Naivität wie den dramatischen Kurswechsel, der am allerersten Abend des Camps fast klammheimlich vorgenommen wurde, gibt es keine Ausreden: Während die meisten noch mit dem Zeltaufbau beschäftigt waren oder dringend benötigte Infrastruktur einrichteten, fasste ein Gremium den kühnen Entschluss, in diesem Jahr auf die Vermittlung der Ziele und Hintergründe des Noborder-Camps völlig verzichten zu können. Die Zusammenarbeit mit Medien wurde aus ideologischen Motiven rundweg abgelehnt, und dies sollte sich nicht nur auf so genannte bürgerliche oder Mainstream-Medien beziehen, sondern logischerweise auch jede eigene Öffentlichkeitsarbeit verunmöglichen. Verhandlungen mit VertreterInnen der Stadtverwaltung oder Polizei galten plötzlich als ebenso verpönt wie der Besuch von JournalistInnen, egal ob von indymedia oder Lokalzeitung.

Selbstreferenzielles In-die-Falle-Laufen

Wenn der bloße Vermittlungsversuch der eigenen Inhalte schon als Opportunismus abgetan wird, verschiebt sich notwendigerweise auch der von außen wahrgenommene Gesamtcharakter der Veranstaltung: Statt um Bewegungsfreiheit schien es nurmehr um Narrenfreiheit zu gehen. Wer hier warum und wie gekleidet auf die Straße ging, weswegen wann welche Aktionsformen gewählt wurden, was Geschichte und Hintergrund, Vorstellungen und Ziele des Camps waren, wurde nonchalant verschwiegen. So blieb der Presse natürlich nichts anderes, als sich auf die Statements von Bürgermeisterin und Einsatzleitung zu konzentrieren. AnwohnerInnen und Passanten wurden mit der Interpretation unfreiwillig dadaistischer Parolen wie "Freedom is illegal" allein gelassen. Wer es nicht für nötig erachtet, Außenstehenden zumindest die Chance einzuräumen, das Getane nachzuvollziehen und sich eine eigene Meinung darüber zu bilden, handelt nicht nur fahrlässig und verantwortungslos, sondern vor allem eitel: Was vorgibt, militant zu sein, degeneriert zu schalem Expressionismus, bei dem es von vorneherein nur darum geht, der eigenen Andersartigkeit, selbst gefühlter Radikalität und plumper Identitätssuche zu möglichst schroffem Ausdruck zu verhelfen.

Ohne Vermittlung keine Verbreiterung

Überhaupt war erstaunlich, wie der starke Zuspruch aus Kreisen der authentischen Globalisierungsgegner Versatzstücken eines neo-romantisch motivierten Anti-Kapitalismus auf die Tagesordnung verhalf: Von der kategorischen Ablehnung von jedwedem Zahlungsmittel als Inbegriff des Bösen bis zur eigens für Plenarsitzungen entwickelten Zeichensprache, in der sich Debattierende nicht mehr ins Wort fallen, sondern wie Börsenmakler Handsignale geben - was in den zehn Tagen von Strasbourg vorherrschte, war eine hermetische Kultur der Unmittelbarkeit, die jede Form von künstlicher oder technologisch unterstützter Vermittlung als hinderlich für die natürliche Selbstentfaltung zu empfinden scheint.

Wichtiger als sich vorzustellen, kennen zu lernen und gegenseitig zu verstehen, war die Übersetzung des Gesagten in drei bis sieben Sprachen. Und je weniger dann tatsächlich kommuniziert wurde, desto größer wurde die heimliche Sehnsucht nach Repression und dem endlich wieder einenden Gefühl, als Opfer eines alle Themen und Kontinente umfassenden Komplottes namens Globalisierung auf der richtigen Seite der Unterdrückung zu stehen.

Susanne Lang/

Florian Schneider

18. Netzwerke statt Gettos. Von den Erfahrungen in Strasbourg lernen

Autor: el desaparecido · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:44

Das Noborder-Camp in Strasbourg war eine Gelegenheit für AntikapitalistInnen, AntirassistInnen, selbstorganisierte MigrantInnen, sans papiers und Gruppen aus den französischen Banlieues sich zu treffen. Auf dem Camp gab es verschiedene positive Versuche, in soziale Dynamiken einzugreifen, wie den Kampf um Bewegungsfreiheit, die Situation in den französischen Banlieues oder den Streik von MigrantInnen gegen Arcade.

Der Kampf für Bewegungsfreiheit ist bereits seit einigen Jahren Thema von Gruppen selbstorganisierter MigrantInnen/Flüchtlinge wie The Voice und von antirassistischen Gruppen in Deutschland. Trotz kontinuierlicher Arbeit und einiger erstaunlich guter Mobilisierungen wie die Karawanen für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und die Aktionstage gegen die "Residenzpflicht " in Berlin im Mai 2001 ist es ihnen nicht gelungen, MigrantInnen und größere Bereiche der Gesellschaft in den Kampf einzubeziehen. Das Camp in Strasbourg hat dazu beigetragen, dem Kampf für Bewegungsfreiheit innerhalb des Netzwerks (1) internationale Beachtung zu geben. Um jedoch ein größeres gesellschaftliches Echo zu haben, war die Aktion vor dem Europäischen Gerichtshof - wie das Camp generell - nicht sichtbar genug.

Die Arbeit in den Vororten (Banlieues) und mit MIB (Mouvement de l'Immigration et des Banlieues) war sehr inspirierend. Sie machte eine Situation sichtbar, die außerhalb von Frankreich unbekannt war. Der politische Diskurs von MIB und die Art, ein fortgesetztes koloniales Unterdrückungsverhältnis des französischen Staates gegenüber den Banlieues, den migrantischen Communities und den "jeunes issus de l'immigration" zu verurteilen, wird sich hoffentlich auch außerhalb Frankreichs verbreiten. Der Kontakt zwischen "AktivistInnen" und MIB/MigrantInnen war fruchtbar, braucht aber eine Menge Verbesserungen.

Die Aktion gegen ACCOR - ihr Büro wurde demoliert - war ein Protest dagegen, dass ACCOR Geld mit Abschiebungen verdient. Es war auch eine der wenigen Aktionen, die sich direkt auf einen Kampf von MigrantInnen zu beziehen versuchte: Den derzeitigen Streik von MigrantInnen gegen ihre Ausbeutung durch die Reinigungsfirma Arcade, die hauptsächlich in ACCOR-Hotels aktiv ist. Die Auswertung dieser Aktion als Form der Intervention und Solidarität bedarf eines Feedbacks der streikenden MigrantInnen.

Ein weiterer Erfolg des Camps war die Verknüpfung antikapitalistischer Kämpfe mit Kämpfen gegen Grenzregimes und soziale Kontrolle. Dies bedeutete, dass antinationale und anti-staatliche Kritik innerhalb des politischen "Anti-Globalisierungs"-Diskurses gestärkt wurde. "No Border" ließ die meisten Gruppen wie ATTAC, Neo-KeynesianistInnen und Gruppen, die soziale Veränderungen durch staatliche Reformen oder Global Governance herbeizuführen versuchen, außen vor. Zu Beginn des Camps bezeichneten die Medien die Noborder-TeilnehmerInnen als Anti-Globalisierungs-AktivistInnen für Bewegungsfreiheit und gegen das Grenzregime. Für ATTAC wurde das problematisch, sowohl wegen des staatsfeindlichen Diskurses als auch wegen der entstandenen Sachschäden. Letztlich distanzierte sich die Führung der ATTAC-Gruppe Strasbourg öffentlich von allem, das irgendetwas mit Noborder und dem Camp zu tun hat. Anti-kapitalistische Kämpfe und Kämpfe gegen das Grenzregime sind voneinander abhängig. Es geht darum, nationalistische und etatistische Tendenzen auszuschließen. Es ist jedoch unsinnig, grundsätzlich in ATTAC ein Feindbild zu erkennen und den Kontakt abzubrechen.

Angst vor einem zweiten Genua

Anders als bei Gegengipfeln war das Noborder-Camp eine Mobilisierung, die Ort, Zeitpunkt und Inhalte der Mobilisierung unabhängig vom Zeitplan der Regierenden selbst aussuchte. Es gab kein klar definiertes Angriffsziel wie einen G8- oder WTO-Gipfel, obwohl viele versuchten, ein solches gemeinsames Ziel im SIS, dem Schengen Information System, zu verkünden, und entsprechend mobilisierten. Dies bedeutete, dass die kollektive Identität oder das, was die Leute im Camp vereinen sollte, mehr mit unserer eigenen Stärke zu tun hatte und weniger mit der Tatsache, einen gemeinsamen Gegner zu haben.

Die Gegengipfelmobilisierungen der letzten Jahre kreisten stark um eine psychosoziale Massendynamik, die die Unzufriedenheit und den Hass der Leute auf die "bösen Multis, wie Monsanto, McDonalds oder Institutionen (WTO, IMF, Banken...) projizierte. Die Gegengipfel trugen sicherlich zu einer Politisierung bei. Wenn aber politische Analysen oberflächlich bleiben, dann können diese Dynamiken gefährlich werden. Die Bewegung kann dann leicht von autoritären Gruppen manipuliert werden. Emanzipatorische, soziale Bewegungen sollten sich darauf konzentrieren, eine Kultur zu entwickeln, die Menschen auf Grund gemeinsamer Werte, Respekt und Vielfalt vereint anstatt auf Grund von gemeinsamen GegnerInnen. Viele Leute im Strasbourger Noborder-Camp neigten hingegen zu dem Versuch, die Situation eines klar definierten Feindes (Polizeirepression) zu reproduzieren, indem sie das Konfliktniveau erhöhten, um ihre eigene Identität ("Wir gegen das Böse") bestätigt zu sehen.

Dieselbe Logik zeigte sich auch in der Tendenz, ein patriarchales Muster zu reproduzieren. Das Camp selbst war der Ort für Reproduktionsarbeit (Kinderbetreuung, Kochen, Bauen, etc.) und außerhalb war der Ort für die wichtige Arbeit, für die man Muskeln und Testoteron benötigt im Kampf um die Rettung der Welt vor dem Bösen. Cathy Levine, eine feministische Aktivistin in den 70er Jahren, schrieb: "Männer neigen dazu, zu organisieren, wie sie ficken - ein Riesenansturm, und dann ‚bam, slam, thank you, ma'am`, sozusagen. Wir Frauen sollten unsere Bewegung aufbauen, wie wir Liebe machen - allmählich, mit dauerhafter Aufmerksamkeit, grenzenloser Dauer - und natürlich mehreren Orgasmen."

Das Camp erhöhte das Konfrontationsniveau gleich von Anfang an sehr schnell, was zu einer Situation führte, die stark vom Umgang mit Repression und der Kriminalisierung des gesamten Camps geprägt war. Folgt man Cathys Logik, war es so, dass das Camp "zu früh kam", anstatt eine Vielzahl von Orgasmen während der letzten Aktionen am Ende der Woche zu haben. Spaß beiseite, es ist klar, dass die emanzipatorischen Netzwerke den Ansturm einer Aneinanderreihung einzelner Gegengipfel überwinden und anhaltende Strukturen und Ansätze entwickeln müssen. Die Tatsache, das das Strasbourger Noborder-Camp Datum, Ort und politischen Rahmen autonom entschied, verweist auf positive Entwicklungen.

Grenzcamps dürfen keine Banlieues sein

Die Verhandlungen um den Platz für das Camp gestalteten sich einfacher als von den französischen AktivistInnen erwartet, was zeigt, dass eine internationale Mobilisierung eine starke politische Macht darstellen kann. Bei den Demonstrationen setzte die französische Polizei so genannte "flash balls" (neuartige Gummigeschosse) ein, die erstmals in Europa bei dieser Art von Protesten benutzt wurden. Ein Aktivist, der von einem Geschoss getroffen wurde, erlitt eine Beinverletzung und musste im Krankenhaus behandelt werden. Es ist richtig, dass soziale Bewegungen sich nicht der Einschüchterung hingeben und offensiv bleiben sollten. Die Erfahrungen aus Göteborg und Genua machen deutlich, dass das Risiko einer Razzia des Camps real war. Viele, die in Genua die Räumung der Diaz-Schule miterlebt hatten, fürchteten eine Wiederholung eines solchen Szenarios. Nach der Konfrontation mit der Polizei am Mittwoch verließen viele Leute das Camp, aber ungefähr die gleiche Anzahl von Menschen reiste zum Wochenende an, so dass die Zahl der TeilnehmerInnen konstant bei etwa 2000 blieb.

Der Mangel an öffentlicher Unterstützung und die geringe Präsenz in den Medien trugen nicht zur Sicherheit des Camps bei. Ebenso zeigte sich ein Mangel an Zusammenhalt zwischen den CampteilnehmerInnen. Diejenigen, die militante Taktiken benutzen und das Konfrontationsniveau erhöhen, sollten die Situation sorgfältig prüfen. Diese Taktiken sollten nur angewendet werden, wenn es genug Unterstützung von Leuten gibt, die bereit sind, die folgende Repression zu tragen und abzufedern. Eine Erhöhung des Konfrontationsniveaus sollte auch immer abgestimmt werden mit denjenigen, die einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, im Fall des Strasbourger Camps waren das Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und Kinder. Die Strasbourger Kollektive hatten vorher betont, sie wollten "Hit-and- Run"-Situationen möglichst vermeiden und sich auf eine lokale Arbeit mit der Banlieuebevölkerung konzentrieren. Dies wurde von den Angereisten nicht berücksichtigt.

Einer der wichtigsten Schritte beim Umgang mit Repression ist die Erhöhung der öffentlichen Unterstützung und Sichtbarkeit. Allerdings war auf dem Camp die Fähigkeit der Kommunikation nach außen extrem gering, sowohl durch offizielle Medien als in der Öffentlichkeit. Das Camp war politisch und geographisch isoliert, wodurch es sich selbst zu einer weiteren Banlieue machte. Der NoborderZone-Bus, der täglich in der Innenstadt war, und die Karawane der Banlieues waren exzellente Ansätze, jedoch lange nicht ausreichend.

Der Zugang zu Medien war bereits in den Monaten der Vorbereitung ein erkennbares Problem. Man schaffte es nicht außerhalb des eigenen Gettos zu kommunizieren. So gab es keine vorab aufgebaute Mediengruppe oder -infrastruktur und kaum Vorbereitung seitens der lokalen Gruppen. Obwohl es auf dem Camp eine Menge "Medienphobie" gab, sollte die Enttäuschung nicht einfach auf die Medienscheuen projiziert werden. Sogar unabhängige und alternative MedienaktivistInnen hatten bei ihrer Arbeit während des Camps eine harte Zeit. Die Tendenz der Netzwerke, ein Getto zu bilden, und die Unfähigkeit zur Außenwirkung sind ein ernsthaftes Defizit, das auf allen Ebenen anzugehen ist.

Die Netzwerke sollten aufpassen, dass der Aktivismus des Typs "Black Block" nicht die Frucht der Bilder wird, die die Medien (und auch die eigenen Medien der Bewegung) produzieren, die mehr mit ästhetischem Appeal und oberflächlicher politischer Aufmerksamkeit zu tun haben als mit den realen Kämpfen und der Vermittlung einer politischen Message. Wenn die Netzwerke Außenstehende nicht erreichen und wir keine neuen sozialen Beziehungen aufbauen, dann ist alles, was wir tun, letztlich nur eine Mode.

Unfähigkeit zur Außenwirkung

Aus ganz Europa kamen Leute mit unterschiedlichen Erwartungen, unterschiedlichen politischen Kulturen und Praxen zum Noborder-Camp. Das Camp war nicht in der Lage, die verschiedenen Erwartungen an Aktionen, Selbstorganisation und lokaler Außenwirkung erfolgreich in Einklang zu bringen. Die Mischung aus selbstorganisiertem Aktionscamp und einer Art Mini-Konferenz war schwierig auszubalancieren. Es fehlten klarer definierte und geteilte Ziele, mehr Zusammenhalt unter den TeilnehmerInnen und mehr gegenseitiges Vertrauen. In Strasbourg war das Camp mit auseinander gehenden Erwartungen überfrachtet.

Alles in allem führte aber der in Strasbourg erfahrene "Zusammenstoß" zu positiven Entwicklungen innerhalb der emanzipatorischen Netzwerke. Nun muss es darum gehen, zu überlegen, wie die lokale Graswurzelarbeit verbessert werden kann. Wichtig ist es, dass die verschiedenen Kenntnisse und Fähigkeiten miteinander geteilt werden. Die Erfahrungen der Gegengipfel, Camps und lokalen Tätigkeiten müssen ausgewertet werden, um als Bewegung in Zukunft besser in reale soziale Dynamiken eingreifen zu können.

el desaparecido

Anmerkung:

1) Der im folgenden Text benutzte Ausdruck "Netzwerke" (bzw. emanzipatorische Netzwerke) ist unklar. Wir alle unterliegen dem gleichen Unterdrückungsverhältnis. Gemeint ist damit ein linkes, libertäres Spektrum. Das Netzwerk umfasst anti-autoritäre Menschen, die die PGA-"Hallmarks" unterstützen, und sympathisierende Gruppen und Einzelpersonen.

19. War das etwa Haschisch? Die dänische Linke bereitet sich auf den EU-Gipfel in Kopenhagen vor

Autor: K. Blomqvist · Rubrik: Dänemark; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:29

Am 10. Juni bekam eine WG im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro unangemeldeten Besuch. Polizisten stürmten die Wohnung. Kurz darauf wurden Sprengstoffexperten bestellt - es hieß, man habe in der Wohnung "elektrische Kreisläufe" gefunden. Gleichzeitig fanden in einigen anderen Wohnungen Durchsuchungen statt, neun Menschen wurden vorläufig festgenommen. Die Begründung für die Razzia war, dass die linke Szene mit Haschisch handele. Mit dem Verkauf würde der Widerstand gegen den EU-Gipfel finanziert, der vom 12.-13. Dezember in Kopenhagen stattfindet.

Bomben, Dealer, Autonome - macht zusammen eine Nachricht, die besonders der konservativen Presse gefällt, die sich bereits seit Monaten um die Diffamierung des linken Widerstandes gegen die EU-Konferenzen bemüht. An dem Unterhaltungswert der Nachricht ändert sich auch dadurch nichts, dass die Polizei später einräumen musste, dass es sich bei der Menge des beschlagnahmten Stoffes um ganze 1,5 Gramm und bei den "elektrischen Kreisläufen" um ein Haushaltsgerät gehandelt habe.

Im Vorfeld des Gipfels hat das dänische Parlament die Strafen für das Delikt der Aufforderung zur Störung der öffentlichen Ordnung von einem halben Jahr auf eineinhalb Jahre herauf gesetzt. Vor einigen Wochen präsentierte die Kopenhagener Polizei neue Käfige, die in den Parkkellern von Polizeistationen untergebracht werden und zur Unterbringung bei Massenverhaftungen dienen sollen. Das selbst gebastelte Schreckensszenario wird durch die Furcht vor den "deutschen Krawallmachern" (Jyllands Posten) komplettiert, was gleichzeitig der Legitimation einer, bereits in Göteborg und zuletzt während der Weltbankkonferenz in Oslo praktizierten, Abweisung von DemonstrantInnen an den innereuropäischen Grenzen dient.

Die Propaganda von Polizei und Rechtspresse hat zwei Funktionen: Erstens soll die Bewegung gegen die EU-Präsidentschaft Dänemarks gespalten werden, indem zwischen "guten" und wer die "bösen" GipfelgegnerInnen unterschieden wird. Die angesprochenen Organisationen laufen zum Teil in diese Falle, indem sie immer wieder ihre Distanz zu "gewalttätigen Aktionen" zu betonen. Zweitens soll von den Inhalten des Protestes abgelenkt werden. Die Erfahrungen der letzten Protestaktionen bestätigen das: Die Berichterstattung über die Proteste von Sevilla und Oslo war in der skandinavischen Presse eher marginal. Die syndikalistische schwedische Zeitschrift Arbetaren kommentierte dies mit der lakonischen Überschrift "Keine Gewalt - keine Presse".

Dabei sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Aktionen gar nicht so schlecht. Der Widerstand gegen die EU-Politik ist in den skandinavischen Ländern zwar widersprüchlich, aber lebendig. Nach der Amtsübernahme der rechtsliberal-konservativen Regierung sind die sozialen Bewegungen in Dänemark stärker geworden. Erst vor wenigen Tagen protestierten über 40.000 SchülerInnen in Kopenhagen gegen Kürzungen im Bildungsbereich. Ebenfalls in den vergangenen Wochen haben in Dänemark zahlreiche Ministerkonferenzen stattgefunden, die von Protestaktionen begleitet wurden.

Am 12.7. demonstrierten ca. 1000 GewerkschafterInnen gegen das Treffen der EU-Arbeitsminister in Kolding. Schwerpunkt dieser Aktion war der Protest gegen Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten. Vierzehn Tage später protestierten rund 400 Menschen gegen das Treffen der EU-Umweltminister in Sönderborg. Dort wurde u.a. eine nachhaltige Entwicklung der Ökonomie, ein Stopp der Atomwirtschaft sowie eine andere Verkehrspolitik gefordert. Bei dem Treffen der EU-Außenminister am 31. August in Helsingör demonstrierten 500 Menschen gegen die Abschottung der europäischen Grenzen.

Die Bewegung gegen die EU-Präsidentschaft in Dänemark ist sehr heterogen. ATTAC Dänemark ist dafür ein gutes Beispiel. Die Organisation entstand Anfang 2001. Die erste Konferenz von ATTAC Dänemark wurde von der linksliberalen Tageszeitung Information veranstaltet. Die proeuropäische Gruppe Ny Europa, einige Menschenrechtsorganisationen sowie große Teile der parlamentarischen Linken stützten das Projekt. Einige Mitglieder der damaligen sozialliberalen Koalition äußerten sich wohlwollend über das Projekt, selbst der damalige sozialdemokratische Regierungschef fand ein paar nette Worte. Das Parlament ging sogar so weit, eine folgenlose Erklärung über die Notwendigkeit der Besteuerung von Spekulationsgewinnen zu

verabschieden. Der dezentrale Aufbau von ATTAC führte dann aber dazu, dass sich die Politprofis aus der linksliberalen Szene abwandten. Nun begann sich auch die öffentliche Resonanz zu verändern und ATTAC wurde zunehmend als "marxistische Kaderorganisation" und als "gewaltbereit" bezeichnet. Während der erste Vorwurf immerhin noch eine innerorganisatorische Auseinandersetzung reflektiert -(die mit der deutschen Linksruck verbundene Partei der Internationalen Sozialisten machte ATTAC zu einem ihrer organisatorischen Schwerpunkte) ist der Vorwurf der "Gewaltbereitschaft" an den Haaren herbeigezogen.

Neben ATTAC existiert seit Ende 2001 die Gruppe Globale Rødder (Globale Wurzeln). Diese Gruppe machte im November letzten Jahres erstmals auf sich aufmerksam, als sie die ausgemusterte Fähre Sjælland im Kopenhagener Hafen besetzte und forderte, mit dieser zum WTO-Gipfel nach Qatar gefahren zu werden. Globale Rødder orientiert sich an den Aktionsformen der Tute Bianche und bereitet sich anlässlich des Gipfels im Dezember auf "gewaltfreie Aktionen des zivilen Ungehorsams" vor. Anders als die meisten anderen Gruppen, die an der Stop Volden (=Stoppt die Gewalt)-Koordination der Anti-EU-Gruppen teilnehmen, hat sich Globale Rødder eindeutig für eine Behinderung des Gipfels ausgesprochen. Andererseits hat die Gruppe eine Anti-Israel-Kampagne organisiert, die mit Forderungen wie "Boykottiert Israel!" und "Global Intifada!" mindestens als ausgesprochen reduziert zu bezeichnen ist. Ähnliches gilt für die politischen Erklärungen der Gruppe, die mitunter zwar sehr poetisch verfasst, inhaltlich aber eher vage sind.

ATTAC und Globale Rødder sind diejenigen Gruppen, die sich explizit um eine Kampagne gegen den EU-Gipfel bemühen. Dabei werden sie von einem Bündnis unterstützt, dass von linken Gewerkschaften bis zu Kinderschutzorganisationen erstreckt. Die tendenzielle Spaltung der (dänischen) Linken ist nicht nur durch die Propaganda der Medien bedingt, sondern auch durch die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Ausgangspunkte ihrer AktivistInnen.

K. Blomqvist

Infos zu den Protesten gegen den EU-Gipfel unter: www.kopenhagen2002.de

20. Erleichterung in Brüssel. Das Ende der österreichischen Rechtsregierung und die Erweiterung der EU

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Österreich; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:34

Am 10. September trat Wiens populärer sozialdemokratischer Bürgermeister vor das TV-Mikrofon und bedankte sich bei Jörg Haider für die Zerschlagung der rechts-konservativen FPÖ-ÖVP-Regierung. Auch der ihn interviewende ORF-Journalist konnte sein ironisches Lächeln nicht bändigen und versuchte, aus dem Bild zu gehen.

Österreichs liberale, sozialdemokratische und grüne Öffentlichkeit ist erleichtert. Nach zweieinhalb Jahren rechts-rechter Koalitionsregierung musste Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) am 9. September das Handtuch werfen. Die FPÖ-Basis hatte zwei Tage zuvor ihrer Parteichefin, Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, einen Tiefschlag versetzt. Sie entschloss sich daraufhin gemeinsam mit Finanzminister Karl-Heinz Grasser und FP-Fraktionschef Peter Westenthaler zum Rücktritt. Seitdem ist Österreichs Innenpolitik in Aufruhr.

Die Wochen vor den Rücktritten der FPÖ-Regierungsspitze, die dann auch das Aus der Koalition provoziert haben, waren von harten Auseinandersetzungen innerhalb der FPÖ geprägt. Anders als in einer Reihe von bürgerlichen Medien berichtet wird, ging es dabei nur am Rande um einen Machtkampf des Jörg Haider, der in Kärnten als Landeshauptmann (dem Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes vergleichbar) über relativ großen politischen Spielraum verfügt und mittlerweile wieder die Parteispitze übernehmen will. Ausgelöst wurde die Krise in der FPÖ durch einen radikalen Schwenk der wichtigsten FPÖ-Minister. Sie hatten sich im Laufe der zweieinhalb Jahre von der Programmatik der Freiheitlichen entfernt. Der FPÖ-Machtkampf war im Kern ein Richtungsstreit: Neoliberalismus plus militärische Aufrüstung oder Rechtspopulismus plus Steuerzuckerl - auf diese Formel kann die Spannung gebracht werden, die zwischen der immer neoliberaler agierenden FPÖ-Spitze in der Regierung und der Parteibasis an den Biertischen entstanden war.

In dieser Situation setzte Jörg Haider, auch aus wahltaktischen Überlegungen, auf die ideologische Karte. Mit einer von Brüssel vorgegebenen Regierungsbilanz aus Sparpaketen und sozialen Einschnitten konnte er sich den Stimmenverlust bei den kommenden Wahlen unschwer ausrechnen, umso mehr, als FPÖ-WählerInnen, anders als die ÖVP-UnterstützerInnen, auch aus Arbeiterbezirken kommen. Hinter den 27%, die die FPÖ bei den letzten Nationalratswahlen einfahren konnte, stehen zu einem nicht geringen Teil Modernisierungsverlierer aus der Arbeiterschaft, dem Gewerbe und dem Beamtenstand. Folgerichtig forderte der Altparteiobmann die Einlösung eines Wahlversprechens der FPÖ: eine Steuerreform. Obwohl niemand genau wusste, wie eine solche auszusehen habe, sollte - laut Haider - der "kleine Mann" davon profitieren.

Die Koalitionsregierung inklusive ihrer FPÖ-Ministerriege reagierte darauf rasch und schaltete auf Maastricht: Geld sei keines da, umso weniger, als es nun gelte, den Hochwasseropfern zu helfen, also könne man die Steuerreform - versprochen oder nicht - 2003 nicht durchführen. Haider ließ sich davon nicht beeindrucken und mutierte schnell zum Verfechter des noch kurz zuvor geschmähten keynesianischen Wirtschaftsmodells eines Deficit spending. Ein paar Millionen Schulden, so zitierte er den legendären SPÖ-Kanzler Bruno Kreisky, seien ihm lieber als gebrochene sozialpolitische Versprechen.

Die sich daraufhin überstürzenden Ereignisse sind bekannt. Ein von Haider einberufenes Treffen rebellischer FPÖ-Funktionäre konnte vom Kärntner Landeshauptmann nicht gezügelt werden, die Mehrheit der Parteitagsdelegierten in der FPÖ blieben bei ihrer Linie: Steuerreform und parteiinterne Abstimmung zur EU-Erweiterung. Diese zweite, außenpolitische Forderung nahm dann Wolfgang Schüssel zum Anlass, die Koalition aufzukündigen. Im Sinne der "Staatsraison", so tönte es aus liberalen und konservativen Blättern, war dies eine richtige Entscheidung, ansonsten wären bei den bevorstehenden Osterweiterungsgesprächen riskante Zwischenrufer zu befürchten gewesen.

Die FPÖ steht aus revanchistischen und wohlstandschauvinistischen Gründen der Erweiterung der EU skeptisch bis ablehnend gegenüber, ihre tschechenfeindliche Haltung hat sie zudem am AKW Temelin

aufgehängt. Das grenznahe tschechische AKW produziert Störfall nach Störfall, die Bevölkerung im Norden Österreichs ist darob beunruhigt. Und die in den Benes-Dekreten des Jahres 1945 legitimierte Enteignung und Vertreibung von 2,5 Mio. Deutschen aus der Tschechoslowakei will die FPÖ auch nicht akzeptieren. Prag solle Temelin schließen und die Dekrete aufheben, ansonsten behalte man sich ein Veto in Sachen EU-Beitritt vor. So rechts und stammtischmäßig die Motive der FPÖ für ihre sprunghafte EU-Erweiterungsskepsis sind, so unerträglich ist auf der anderen Seite die zur Absicherung der Brüsseler Expansionspolitik völlig homogenisierte Position von Rot-Schwarz-Grün, die in allen auflagenstarken Medien widerhallt. Kritik an Brüssel findet in der Linken überhaupt nicht statt. Die Monopolstellung in Sachen EU-Politik wussten die Freiheitlichen zu nutzen.

Eine kritische Einschätzung der Ereignisse in Österreich muss zweigeteilt erfolgen. Zum ersten überwiegt die Freude, endlich nach zweieinhalb Jahren den reaktionären Mief und die rülpsenden Töne aus den Ministerien vertreiben zu können. Auch Schadenfreude darf sein, darüber, dass sich die Koalitionsregierung ins eigene Bein geschossen hat. Die vage Erwartung, demnächst könnte ein sozialdemokratischer Kanzler auf dem Ballhausplatz einziehen, unterstützt von grünen Ministern, dämpft indes die linke Freude bereits wieder; denn einerseits hatte Österreich während 30 Jahren sozialdemokratische Kanzler, und andererseits weiß man auch in Wien, was Rot-Grün in Deutschland in nur wenigen Jahren alles angerichtet hat.

Zum Zweifel an der Freude kommen weitere ungute Gefühle. Denn nicht die Ausländer- oder die Gewerkschaftsfeindlichkeit der FPÖ war es, die den ÖVP-Kanzler die Koalition beenden ließ, im Gegenteil: Damit wurde zweieinhalb Jahre unter Schüssels Schutz Politik gemacht. Als einziges Argument für die Beendigung des rechts-rechten Regierungsexperiments nennt die ÖVP die Europapolitik; der störungsfreien EU-Erweiterung ordnet der Bürgerblock alles andere unter, auch auf die Gefahr hin, die - ohnehin geringe - politische Macht auf nationaler Ebene zu verlieren. Eine solche Vorgehensweise läuft auf ein Verbot von Kritik am neoliberalen EU-Großraumprojekt hinaus. Linke in Sozialdemokratie und Grünen wurden bereits vor Jahren nach diesem Gesichtspunkt aus allen Funktionen vertrieben, nun passiert dies auch auf der Rechten. Und da darf auch einem Linken, trotz aller Freude am Scheitern der FPÖ, im Angesicht der keine Debatte tolerierenden Rationalität des EU-Imperiums ein bisschen angst und bange werden.

Hannes Hofbauer

21. Massaker in Masar. Dokumentarfilmer Jamie Doran warnt vor Vertuschung

Autor: Interview: Harald Neuber · Rubrik: Afghanistan; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:24

Ein Interview mit dem britischen Dokumentarfilmer und ehemaligen BBC-Mitarbeiter Jamie Doran, der mit der Veröffentlichung seines Bildmaterials Mitte Juni die Massaker an Kriegsgefangenen in Afghanistan an die Öffentlichkeit brachte.

ak: Mitte vergangener Woche erklärte die afghanische Menschenrechtskommission, die mutmaßlichen Massaker im Norden des Landes zu untersuchen. Welche Erwartungen haben Sie in eine solche Untersuchung?

Doran: Ich habe ernsthafte Zweifel am Erfolg eines solchen Vorhabens. Die afghanischen Behörden werden weder die Zeit noch die Mittel haben, um eine adäquate Untersuchung der Kriegsverbrechen durchzuführen. Die Nachforschungen würden mindestens eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen und enorme Kosten verursachen. Und denken Sie an die Folgekosten. Es geht hier ja nicht nur um das eigene Personal. Es müssten auch Fremdkräfte engagiert werden, die Zeugen vernehmen und Aussagen dokumentieren. Forensische Spezialisten sind nötig. Dann die Lagerräume für 1.000 bis 3.000 Leichen, Labore, Grabungsgerät, Sicherheitskräfte. Es müsste ein Programm zum Schutz der Zeugen entwickelt werden. All das wird die afghanische Regierung kaum bewältigen können.

Unter welchen Voraussetzungen geben Sie der Untersuchung eine Chance?

Eine Kooperation mit den Vereinten Nationen ist unabdingbar. Den Vorsitz des UN-Sicherheitsrates haben derzeit die USA inne. Wenn Washington, wie erklärt, tatsächlich an einer umfassenden und unabhängigen Untersuchung interessiert ist, dann sollte der Sicherheitsrat grünes Licht für die Freigabe der nötigen finanziellen Mittel geben.

In Ihrem Dokumentarfilm kommen verschiedene Zeugen zu Wort, die eine mögliche Verantwortung des Generals der Vereinigten Islamischen Front (Nordallianz), Abdul Rashid Dostum, ansprechen. Wäre in Anbetracht des politischen Einflusses dieses Mannes, der in der Regierung von Hamid Karsai sitzt, eine unabhängige Untersuchung überhaupt denkbar?

Es gibt wenig Zweifel daran, dass Dostum unterstehende Männer in den Verbrechen verwickelt sind. Und ich halte es für unwahrscheinlich, dass unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Afghanistan sinnvolle Ermittlungen möglich sind. Alle Zeugen, die ich interviewt habe, wären aber zu Aussagen im Rahmen einer künftigen unabhängigen und internationalen Untersuchung bereit.

Sie haben die Rolle der USA angesprochen. Auch US-Soldaten sollen nach Zeugenaussagen für Kriegsverbrechen an den gefangenen Taliban nahe Masar-i-Sharif im Dezember verantwortlich sein.

Was die Untersuchung nicht vereinfachen wird. Zeugen haben bestätigt, dass US-Soldaten über mehrere Tage hinweg an Übergriffen auf Gefangene beteiligt waren. Die Vorwürfe wären nicht nur nach internationalem Recht, sondern auch nach US-Militärrecht zu ahnden. Dazu zählt grausame Behandlung von Kriegsgefangenen, Verantwortung der Kommandierenden für Massenmord, aber auch die Vertuschung solcher Kriegsverbrechen.

Wer sollte die Untersuchungen also leiten?

Nur eine unabhängige internationale Institution könnte eine solche Aufgabe übernehmen. Nur unter direkter Beteiligung oder Schirmherrschaft der Vereinten Nationen kann ermittelt werden, wer in Afghanistan und, wahrscheinlich, den USA für die Kriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen ist.

Interview: Harald Neuber

22. "Ausgeräuchert". Kriegsgefangene in Afghanistan getötet. Was wusste die US-Regierung?

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Afghanistan; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:25

Als im vergangenen November die afghanische Nordallianz mit Unterstützung der US-Luftwaffe und Bodenkommandos der Special Forces zum Sturz auf das Taliban-Regime ansetzte, ist es zu Massenmorden an gefangenen Taliban gekommen. Das berichten Menschenrechtsorganisationen, JournalistInnen und ZeugInnen in Afghanistan. Unklar ist, inwiefern die US-Streitkräfte an den Kriegsverbrechen beteiligt waren.

Das wahrscheinlich schwerwiegendste Kriegsverbrechen hat sich den Berichten zufolge nach der Eroberung der Stadt Kondus zugetragen. In diesen Ort im Norden Afghanistans zogen sich Tausende Taliban zurück, nachdem sie durch die Bombardierung der US-Luftwaffe und die Offensive der Truppen der Nordallianz im Verlauf des November in die militärische Defensive geraten waren. Aber auch Kondus wurde nach tagelangen US-Luftbombardements von Truppen des Nordallianz-Generals Abdul Rashid Dostum erobert. Dabei gerieten Tausende Taliban in Gefangenschaft.

John Heffernan von der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Physicians for Human Rights (PHR), der im Januar und Februar mit einem Team Untersuchungen vor Ort durchgeführt hat, berichtet: "Es war von Anfang an bekannt, dass beim Fall von Kundus bis zu 8.000 Männer gefangen genommen wurden. Bekannt war auch, dass über 3.000 von ihnen nach Sherbergan gebracht wurden, andere wurden in weitere Lager gebracht. Zugleich zeichnete sich aber ab, dass eine ungeheuer große Gruppe dieser Gefangenen plötzlich vom Erdboden verschwunden war. Kurz vor unserer ersten Grabung im Januar erzählte uns ein Augenzeuge von LKW-Transporten in die Wüste und angeforderten Bulldozern. Und tatsächlich: Als wir an der Grabungsstelle ankamen, sahen wir frische Bulldozerspuren und Erdaufschüttungen. An dieser Stelle stießen wir auf die Leichen." Weitere Untersuchungen unter UN-Aufsicht im Mai ergaben laut Heffernan, dass es sich bei den Leichen um Menschen handelte, die erstickt waren. (1)

Während die PHR, der 1997 zusammen mit anderen Gruppen der Friedensnobelpreis zugesprochen wurde, weitere Untersuchungen der Massengräber fordern, haben JournalistInnen versucht, den Gang der Ereignisse zu rekonstruieren. Insbesondere die Recherchen des irischen Dokumentarfilmers und ehemaligen BBC-Mitarbeiters Jamie Doran haben zur Aufklärung beigetragen. Doran drehte zwischen November und April im Norden Afghanistans. Unabhängig voneinander interviewte er eine Reihe von Zeugen, deren Aussagen übereinstimmen. Demnach wurden nach dem Fall von Kundus zwischen 1.000 und 3.000 gefangene Taliban von Truppen der Nordallianz hingerichtet.

Über 3.000 Gefangene verschwunden

Der Hergang der Ereignisse scheint weitgehend geklärt. Die 8.000 bei Kundus gefangenen Taliban wurden zunächst in die nahe gelegene Festung Kaala-e-Dschangi überführt. 470 wurden dort eingesperrt. Die weiteren etwa 7.500 Gefangenen sollten in das weiter entfernte Gefängnis von Shebergan überführt werde.

Von den 470 Gefangenen in der Festung Kaala-e-Dschangi überlebten nur 86. Die restlichen fanden den Tod, als sie einen Aufstand wagten, der von Truppen der Nordallianz mit Unterstützung der US-Luftwaffe sowie amerikanischen und britischen Spezialkräften am Boden niedergeschlagen wurde.

Aber auch von den 7.500 Gefangenen, die nach Shebergan verlegt werden sollten, überlebten viele nicht. Denn in Shebergan kamen nur etwa 3.000 Gefangene an. Den von Doran festgehaltenen Zeugenaussagen zufolge begannen Nordallianzkämpfer damit, die Stahlcontainer zu beschießen, in die die Gefangenen zum Transport eingepfercht worden waren. Um die Toten zu verbergen, wurde daher ein Teil des Transportes in die Wüste geschickt. Dort fand den Aussagen folgend bei Dasht-e-Leili ein Massaker statt, bei dem diejenigen Gefangenen erschossen wurden, die nicht bereits in den Containern umgekommen waren. "Die Nummer derer, die dieses Schicksal erleiden mussten, wurde von den Zeugen mit 1.500 angegeben, ich halte die Zahl von 3.000 aber für wahrscheinlicher", sagt Doran. (2) Noch bleiben viele Details im Unklaren, dass allerdings ein Massaker in den beschriebenen Größenordnungen stattgefunden hat, scheint mittlerweile unbestreitbar.

Wie die Vorfälle den Weg in die westlichen Medien gefunden haben, offenbart viel über deren Arbeitsweise im Krieg. Es waren nicht die großen öffentlichen oder privaten Fernsehanstalten, die mit Millionenetats aus dem Kriegsgebiet berichteten, die auf die Massaker hinwiesen, sondern es war ein Filmemacher mit einer kleinen Produktionsfirma im Hintergrund. Erst nach der Veröffentlichung der Berichte von PHR und insbesondere, nachdem Doran mit Unterstützung der PDS-Bundestagsfraktion Mitte Juni sein Filmmaterial JournalistInnen zugänglich machte, mehren sich die Presseveröffentlichungen. Der Spiegel und Die Zeit haben eigene Reporter in das Gebiet bei Masar-i-Sharif gesandt, die Dorans Berichte weitgehend bestätigen. (3)

In den USA wurden die Ereignisse zunächst nur von nicht kommerziellen Alternativmedien verbreitet. Das änderte sich erst, als die Ereignisse nicht mehr zu ignorieren waren und sich offizielle Stellen wie die Vereinten Nationen in Afghanistan damit zu beschäftigen begannen. Am 26. August machte die auflagenstarke Newsweek die Massaker dann zum Aufmacher unter dem Titel "Der Todeskonvoi von Afganistan. Zeugenberichte und Untersuchungen von Massengräbern deuten auf Kriegsverbrechen" (4)

Newsweek stellt im Untertitel die spannende Frage: "Haben die Vereinigten Staaten Verantwortung für die Grässlichkeiten ihrer Alliierten?" Das Pentagon verneint diese Frage bisher vehement. "Unsere Jungs waren nicht vor Ort und wussten nichts davon, falls tatsächlich so etwas passiert ist", erklärte ein Pentagon-Sprecher Newsweek. Das Magazin stellt aber fest, dass durchaus Angehörige der Special Forces in der Region am Boden operierten. Allerdings legt Newsweek nahe, dass sie nicht an den Massakern beteiligt waren oder davon wussten. "Nichts, was Newsweek in Erfahrung brachte, deutet darauf hin, dass amerikanische Truppen größeres Wissen von den Morden hatten, Zeugen waren, als die Gefangenen in die unventilierten Container gesteckt wurden, oder, dass sie in der Lage gewesen wären, das zu verhindern."

Licence to kill nicht nur Rhetorik?

Das sieht Doran allerdings anderes. Von ihm interviewte Zeugen sprechen über die Beteiligung von US-Soldaten an Misshandlungen der Gefangenen und davon, dass US-Soldaten am Ort des Geschehens waren. Gleichzeitig deuten auch die öffentlichen Statements führender US-Politiker im November und Dezember an, dass es eine Licence to kill gab. In der dehumanisierenden Sprache von US-Präsident George W. Bush und seinem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld wurde den Taliban die in den Genfer Konventionen kodifizierten Rechte als Kriegsgefangenen abgesprochen; sie wurden als Freiwild, das "gejagt und ausgeräuchert" werden sollte, zum Abschuss freigegeben.

Die Washington Post schrieb am 23. November - ziemlich genau zu dem Zeitpunkt, als die Massaker stattfanden -, dass sich im Mittleren Osten große Besorgnis zeige, weil Rumsfelds Kommentare als "grünes Licht der USA zur Tötung der sogenannten arabischen Afghanen" verstanden wurden. (5) Aber nicht nur Kriegsgefangene wurden augenscheinlich liquidiert. Nach einer Studie von Professor Marc Herold von der University of New Hampshire liegt die Zahl der bei US-Bombardements getöteten ZivilistInnen in Afghanistan bisher bei weit über 3.000 Menschen. Das läge daran, dass die US-Luftwaffe nicht sonderlich viel Rücksicht auf zivile Opfer nehme, meint Herold. (6)

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) Physicians for Human Rights: Preliminary Assessment of Alleged Mass Gravesites in the Area of Masar-i-Sharif, Afghanistan: January 16-21 and February 7-14.www.phrusa.org/research/afghanistan/report_graves.html

Interview von Harald Neuber mit John Heffernan, in: telepolis.de (28.6.2002)

2) Harald Neuber: Das Massaker, das nicht sein darf, in: telepolis.de (20.6.2002)

3) Dokumentarfilmer berichtet von Massakern auf US-Befehl, in: SPIEGEL ONLINE (12.6.2002)

Massaker-Vorwurf gegen US-Truppen. Europa-Parlament startet Untersuchung, in: SPIEGEL ONLINE (25.6.2002)

Giuliana Sgrena/ Ulrich Ladurner: Masar-i-Scharif. Während des Afghanistan-Feldzugs gab es in Masar-i-Scharif ein Massaker. Zeugen sagen, US-Soldaten hätten daran mitgewirkt. Ein Beweis ist das noch nicht. Eine Spurensuche, in: Die Zeit 27/2002 (27.6.2002)

Claus Christian Malzahn: Die Todeswüste des Generals, in: Der Spiegel 32/2002 (5.8.2002)

4) The Death Convoy of Afghanistan. Witness reports and the probing of a mass grave point to war crimes. Does the United States have any responsibility for the atrocities of its allies?, in: Newsweek (26.8.2002)

5) zit. nach: Kate Randall: Newsweek exposé of war crimes in Afghanistan whitewashes US role. www.wsws.org (4.9.2002)

6) Marc Herold: Counting the dead. Attempts to hide the number of Afghan civilians killed by US bombs are an affront to justice, in: The Guardian (8.8.2002)

23. "UN = Milosevic". Albanische Nationalisten und Vereinte Nationen im Zwist

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:39

Die Stimmung im Kosovo ist schlecht. Für die zentralen politischen Fragen im UN-Protektorat zeichnen sich schon länger keine Perspektiven ab. Die lang ersehnte Unabhängigkeit ist nicht in Sicht, die Übergriffe albanischer Nationalisten auf ethnische Minderheiten gehen weiter und in der Wirtschaft blüht hauptsächlich das Verbrechen. Jetzt kommt es auch noch zur Konfrontation zwischen albanischen Parteien und den Institutionen der "internationalen Gemeinschaft", die die Provinz kontrolliert. Drei Jahre nach dem Einmarsch der KFOR Truppen werden aus bejubelten Befreiern auf einmal Besatzer.

Milosevic" ist auf Schildern zu lesen. UN-Polizisten in Kampfuniform säumten die Aufzüge, die in auch an anderen Orten im Kosovo stattfanden. Dabei kam es immer wieder zu Straßenschlachten, bei denen UN-Polizisten und KFOR Soldaten Tränengas gegen Steine werfende Kosovo-Albaner einsetzten.

Ausgebrochen ist das Zerwürfnis an Verhaftungen ehemaliger UCK-Funktionäre, die bis heute zentrale Figuren der politischen Landschaft im Kosovo sind. Die UN-Polizei wirft den Kämpfern vor, in den Jahren von 1998 bis 2001 für Mord und Totschlag an albanischen Opponenten der militanten Nationalisten verantwortlich zu sein.

Bei den Verhaftungen beschränkt sich die UN-Verwaltung nicht auf kleine Fische. Im August schnappten sich die UN-Polizisten mit Rrustem Mustafa alias "Kommandant Remi" einen der gefürchtetesten ehemaligen UCK-Kämpfer. Remi soll fünf albanische Kritiker der UCK unrechtmäßig verhaftet, gefoltert und ermordet haben. Gleichzeitig wurde Ramush Haradinaj, der Chef der Zukunftsallianz für Kosova (AAK), der zweit größten UCK Nachfolgepartei, angeklagt. Allerdings nur wegen der vergleichsweise minderen Straftat der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Bereits Mitte Juni war sein Bruder, Daut Haradinaj, ebenfalls ein ehemaliger UCK-Kämpfer, zusammen mit fünf weiteren Milizionären verhaftet worden. Auch sie werden beschuldigt, nach dem Einmarsch der KFOR albanische Kritiker der UCK gekidnappt und ermordet zu haben.

Mit "Remi" und Haradinaj setzten die internationalen UN-Polizisten populäre UCK-Leute aus der ersten Reihe fest. Aber die Verhaftungswelle läuft - weniger spektakulär - schon seit einem halben Jahr. Bei einer Razzia am 6. Juli verhaftete die UN-Polizei insgesamt elf ehemalige UCK-Mitglieder. Das Crime-Team soll am 20. August vergangenen Jahres den albanischen Familienvater Hamza Hajra, seine Frau und drei ihrer Töchter erschossen haben. Die Familie war unter den UCK-Leuten verhasst und an ihrem Wohnort von der Bevölkerung isoliert, weil Hamza Hajra bis zum Frühjahr 1999 den Posten des Polizeichef von Vitina bekleidete, eine klassischer "Kollaborateur" also in den Augen der gewalttätigen Sezessionisten. Bereits im Januar fand die erste Razzia statt. Damals waren drei hohe UCK-Offiziere, darunter enge Vertraute von ex-UCK-Boss Hasim Thaci, verhaftet worden. Auch ihnen wird vorgeworfen in den Jahren vor 1999 albanische Kritiker der UCK umgebracht zu haben.

Morde an albanischen Kritikern

Der Chef der UN-Verwaltung, Michael Steiner, ist ungemein stolz auf die Verhaftungen. Sie seien ein wichtiger Schritt zur Herstellung von Rechtsstaatlichkeit, betont der auf den Balkan abgeschobene ehemalige Kanzlerberater aus Deutschland. "Zero tolerance für Kriminalität ist mein Motto", warnte Steiner seine Schutzbefohlenen in einer Fernsehsendung zur Feier des dritten Jahrestages des Einmarsches der KFOR-Truppe Anfang Juli. Doch Steiners Lob des Rechtsstaates ist fadenscheinig. Denn genauer betrachtet ist das Vorgehen der UN-Polizei und der UN-Justiz sehr einseitig. Die Verhafteten werden nur wegen Übergriffen und Morden an albanischen Kritikern der UCK angeklagt. Die Vertreibung von SerbInnen und Roma aus Kosovo nach dem Einmarsch der KFOR und der Machtübernahme durch die UCK an vielen Orten bleibt dagegen bis heute weitgehend unbestraft. Das gilt auch für die Morde an mehreren hundert der Vertriebenen.

Selbst einer der maßgeblichen Stichwortgeber für die "internationale Gemeinschaft" auf dem Balkan, die International Crisis Group (ICG), kommt nicht umhin, auf diesen eklatanten Mangel hinzuweisen. In einem

neuen Report stellt sie fest, dass nach dem Einmarsch der KFOR etwa 235.000 SerbInnen vor Attacken der albanischen Nationalisten aus Kosovo flüchten mussten. Dabei kam es zu zahlreichen Morden, die bis heute straflos bleiben. "Das Justizsystem war nicht fähig die Täter zu finden und zu bestrafen. Die zwei schlimmsten Attacken gegen Kosovo-Serben wurden nie aufgeklärt. Am 23. Juli 1999 wurden in Gracko, einem kleinen Dorf südlich von Pristina, 14 serbische Bauern mit AK 47 niedergeschossen als sie beim Ernten waren. (...) Am 16. Februar 2001 wurde ein von der KFOR eskortierter Konvoi ziviler Busse von Nis nach Gracanica attackiert. Elf (Serben) wurden getötet and 40 verletzt." Im zweiten Fall verhaftete die KFOR zwar vier Verdächtige, ließ sie aber wegen Mangel an Beweisen wieder laufen.

Angesichts der Unfähigkeit der 50.000 KFOR-Soldaten und mehreren tausend internationalen UN-Polizisten gegen die Übergriffe albanischer Nationalisten auf die ethnischen Minderheiten des Kosovos vorzugehen, wundert es nicht, dass diese fortgesetzt stattfinden. Offensichtlich wollen die albanischen Nationalisten nicht nur die verbliebenen wenigen Tausend Angehörige von Minderheiten aus ihren Gettos vertreiben, sondern auch die Rückkehr von Flüchtlingen ausschließen.

Im Hintergrund der Verhaftungen von ehemaligen UCK-Kadern steht also wohl ein taktisches Vorgehen. Angesichts des weitgehend Konsens in der albanischen Gesellschaft, das die ethnischen Säuberungen an SerbInnen und Roma legitim seien, muss die UN-Verwaltung die Morde an albanischen Opponenten der UCK zum Aufhänger ihrer Kampagne machen. Diese Übergriffe finden in der albanischen Gesellschaft nur bei einer lautstarken Minderheit Beifall.

UCK-Helden im Visier der UN

Der Grund für das polizeiliche Vorgehen dürfte dabei allerdings nicht nur im Bestreben der UN-Verwaltung liegen, für Rechtsstaatlichkeit zu sorgen. Vielmehr scheint es Steiner und seiner Protektoratsverwaltung um die Ausschaltung einer bestimmten Gruppe des kosovo-albanischen Establishments zu gehen. Denn so gut wie alle Verhafteten haben eines gemeinsam. Es handelt sich fast ausnahmslos nicht nur um ehemalige UCK-Kämpfer, sondern auch um Mitglieder der UCK-Nachfolgeorganisation Kosovo Protection Corps (KPC). Das KPC sollte nach der offiziellen Demobilisierung der UCK im Herbst 1999 als Auffangbecken für die arbeitslos gewordenen Kämpfer dienen. Mit finanzieller Unterstützung der UNMIK sollte aus der KPC eine Zivilschutzorganisationen vergleichbar dem Technischen Hilfswerk werden, heiß es von Seiten der UNMIK damals. Im Selbstverständnis der meisten KPC Mitglieder stellte die mehrere tausend Mitglieder umfassende Truppe aber eher den Kern der künftigen Armee eines unabhängigen Kosovo dar.

Die Vehemenz der Auseinandersetzungen darf daher nicht überraschen. Für die albanischen Nationalisten stellen die Verhaftungen der UCK-Kader einen Angriff auf die Legitimität des bewaffneten Kampfes gegen die jugoslawische Armee, die nicht-albanische Bevölkerung des Kosovo und albanische "Kollaborateure" dar. Die von allen albanischen politischen Kräften angestrebte unabhängige Republik "Kosova" gründet auf den in der Provinz pathetisch gepflegten Mythos vom gerechten bewaffneten Kampf, der durch die Verhaftungen nun beschmutzt wird.

Unabhängigkeit vorerst ausgeschlossen

Die Organisatoren der Proteste, der Verband der Kriegsinvaliden, der Verband der Kriegsveteranen und der Verband der Familien der Märtyrer erklären, die UNMIK versuche, "Kosova an die serbisch-slawischen Besatzer zurückzugeben." Der Vorsitzende des Verbandes der Kriegsinvaliden, Oberst Sadik Halitjaha, rief vor den Demonstranten: "Es hat den Anschein, als setzten die Internationalen in Kosova die Praxis der serbischen Verbrecher fort, alle UCK-Kämpfer hinter Gitter zu bringen".

Auch Kosova-Ministerpräsident Bajram Rexhepi, der früher selbst Kommandant der UCK war, beklagt, die Verhaftungen dienten allein der Kriminalisierung des Befreiungskampfes der UCK. "Die Regierung Kosovas betrachtet diese Personen, die auf Grund von Anschuldigungen im Zusammenhang mit der Periode des Krieges angeklagt sind, als politische Gefangene und als Geiseln des politischen Prozesses", giftet er in Richtung UNMIK und KFOR.

Rexhepi beteuert, auch er sei für einen Kampf gegen die grassierende Kriminalität. Aber die Verhaftungen richteten sich nicht gegen die Mafia, sondern gegen die Befürworter der Unabhängigkeit des Kosovo. Rexhepi warnt: "Alle, die meinen, dass mit diesen Festnahmen die Disziplinierung der führenden Persönlichkeiten des

Krieges für die Befreiung Kosovas, die sich heute mit aller Energie für die Demokratisierung und die Unabhängigkeit Kosovas einsetzen, erreicht werden kann, täuschen sich. Ich möchte betonen und den kosovarischen Bürgern garantieren, dass für mich, solange ich Premierminister Kosovas bin, keine andere Lösung als die Unabhängigkeit Kosovas in Frage kommt", erklärt der Ministerpräsident.

Ganz so falsch ist die Argumentation der ex-UCKler nicht. Denn die "internationale Gemeinschaft" scheint sich - zumindest vorläufig - tatsächlich gegen die Unabhängigkeit Kosovos entschieden zu haben. Bereits in der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates wurde nach der Vertreibung der serbisch-jugoslawischen Staatsorgane durch NATO und UCK aus dem Kosovo im Frühjahr 1999 zur Enttäuschung der albanischen Nationalisten die Unabhängigkeit nicht festgeschrieben. Statt dessen wurde die zwei Millionen EinwohnerInnen zählende Provinz weiter als Teil Serbiens beziehungsweise Jugoslawiens definiert, der bis zu einer in Aussicht gestellten endgültigen Lösung weitgehende Autonomierechte zu stünden.

Bei der Entscheidung gegen die sofortige Unabhängigkeit hat im UN-Sicherheitsrat, dem zahlreiche Länder angehören, die selbst mit Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen zu kämpfen haben wie Russland, die Angst vor einem weiteren Staatszerfall auf dem Balkan eine Rolle gespielt. Hätten die albanischen Nationalisten der UCK ihr Ziel erreicht, hätte man schlecht serbischen und kroatischen Nationalisten in Bosnien-Herzegovina die Sezession verweigern können. Außerdem stand auch damals bereits die Angst vor einem Zerfall Mazedoniens auf der Tagesordnung.

So kommt es, dass auch die im Frühjahr unter der Aufsicht der Europäischen Union ausgearbeiteten Entwürfe für eine neue Verfassung für den Jugoslawien-Nachfolgestaat "Serbien und Montenegro" keine Veränderung territorialer Grenzen vorsehen. Die neue Verfassung ist zwar noch nicht beschlossen, aber eines steht fest. Gegen den erbitterten Widerstand montenegrinischer Nationalisten wird Montenegro nicht als unabhängiger Staat definiert und auch für Kosovo ist die Unabhängigkeit nicht vorgesehen.

In diesem Licht betrachtet wundert es nicht, wenn die UN-Verwaltung im Kosovo gegen die vehementesten Verfechter der Unabhängigkeit vorgeht. Denn im KPC wird nicht nur von einer künftigen "Republik Kosova" geredet, sondern für sie gekämpft. Und mehr als das: Zentrale Figuren der KPC waren am Aufbau des mazedonischen Ablegers der UCK beteiligt, der vergangenes Jahr das Nachbarland beinahe in einen blutigen Krieg gestürzt hat. So begleitete der Generalstabchef der mazedonischen UCK, Gezim Ostremi, zuvor die selbe Position im KPC. Sein Nachfolger im KPC, der verhaftete Daut Haradinaj, unterhielt ebenfalls enge Beziehungen zur mazedonischen UCK, die von Basen im Kosovo aus operierte.

Bereits im Sommer vergangenen Jahres setzte das US-Außenministerium sowohl Ostremi als auch Haradinaj auf eine Terroristenliste und verbot den beiden immer noch von der UN-Verwaltung im Kosovo bezahlten Nationalisten die Einreise in die USA. Offensichtlich ist der "internationalen Gemeinschaft" im Kosovo etwas aus dem Ruder gelaufen, was jetzt wieder eingefangen werden muss.

Boris Kanzleiter

24. Kolumbien: Laboratorium des Neoliberalismus. Internationales Forum 10. und 11. Oktober 2002

Internationales Forum, Brüssel, 10. und 11. Oktober 2002

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:35

Der soziale Konflikt und die Ausbreitung des Paramilitarismus in Kolumbien sind im Verlauf der kürzlich abgebrochenen Versuche, zu einem Friedensabkommen zu gelangen, nicht gelöst oder gestoppt worden. Es ist vielmehr sehr wahrscheinlich, dass die Wahl vom 26. Mai, die eine Regierung der extremen Rechten hervorbrachte, die aktuelle Situation, die schon jetzt für eine große Mehrheit der kolumbianischen Zivilbevölkerung sehr prekär ist, noch verschärft. Die neue Regierung hat angekündigt, unzählige Zivilisten zu bewaffnen, den Ausnahmezustand wieder herzustellen sowie die finanziellen Mittel und den Einfluss der Armee zu erweitern.

Die ersten Opfer dieses seit mehr als 50 Jahren andauernden Konfliktes sind die indigenen Kommunen und die Bauern des Landes. Mehr als zwei Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer, die meisten von ihnen Bauern mit weniger als 20 Hektar Landbesitz, wurden gezwungen, ihr Land zu verlassen und sich in die Städte oder andere Regionen des Landes zu begeben. Ebenso wurden Gewerkschafter Opfer systematischer Morde: 157 Gewerkschaftsfunktionäre wurden im Jahr 2001 umgebracht. Seit Beginn des Jahres 2002 ist in Kolumbien jeden zweiten Tag ein Gewerkschaftsfunktionär ermordet worden.

Das internationale Forum "Kolumbien: Laboratorium des Neoliberalismus" am kommenden 10. und 11. Oktober in Brüssel hat zum Ziel, die Problematik der bäuerlichen und indigenen Kommunen ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken, ihre Schwäche und ihren Kampf für den Erhalt eigener Formen alternativer Entwicklung zu diskutieren, sowie die Eliminierung von Gewerkschaftern öffentlich zu machen, die sich in friedlicher Weise den Privatisierungsprogrammen und der Ausweitung des neoliberalen Wirtschaftsmodells entgegenstellen.

Unter anderen werden dabei sein: José Bové, Samuel Ruiz, James Petras, Wilson Borja, Hector Mondragon, Tatiana Roa ...

Die verschiedenen Aktivitäten des internationalen Forums werden am 10. und 11. Oktober in Brüssel stattfinden. Dazu werden gehören: eine Gesprächsrunde und ein Film über die Aktionen von Coca Cola in Kolumbien, verschiedene runde Tische zum aktuellen Geschehen in Kolumbien und in der Region, zum Aufbau von Alternativen für die gewerkschaftlichen, indigenen und bäuerlichen Bewegungen. Die verschiedenen europäischen Unterstützungs-Gruppen solcher Alternativen werden auch vor Ort sein.

Infos und Kontakte: www.kolumbienkampagne.de kolumbien-odyssee@gmx.net, in Belgien: Anne VEREECKEN, CBC, Van Elewyckstraat 35, 1050 Brüssel, Tel & Fax : 32-2/648-51-18, misioncol@skynet.be

Organisation: Europäische Coca Cola-Kampagne, Belgische Koordination für Kolumbien (CBC)

Im August/September ist Edgar Paez, 2. Vorsitzender der SINALTRAINAL, in Deutschland auf Rundreise. Er spricht zur Situation in Kolumbien und Repression gegen GewerkschafterInnen. Siehe Kalender Seite 35.

25. Eine Million Spitzel. Neue Rechtsregierung in Kolumbien verschärft Konflikt

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:28

Dass sich in Kolumbien mit der Amtsübernahme durch den neuen Präsidenten Alvaro Uribe Vélez einiges geändert hat, ist nicht mehr zu übersehen. Nach der Berufung mehrerer als rechtsradikal zu bezeichnenden Generäle ins Oberkommando der Streitkräfte und der Aufstellung von 16.000 so genannten Bauern-Soldaten, die ihren Wehrdienst in den Heimatdörfern ableisten sollen, hat Uribe Vélez bereits das nächste Großprojekt in Angriff genommen. 150.000 zivile Informanten will er für die Armee allein in der Umgebung der Straße Bogotá-Medellín anwerben, um die wichtigste Verkehrsader des Landes vor Guerilla-Angriffen zu schützen. Insgesamt sollen eine Million Armeespitzel in den Dienst genommen werden.

Internationale Nichtregierungsorganisationen (NGO) und die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, haben Uribe Vélez' Vorhaben scharf kritisiert, weil es die Zivilbevölkerung noch tiefer in den bewaffneten Konflikt als bisher verwickeln dürfte. Es liegt auf der Hand, dass sich die Dorfgemeinschaften zwischen den Bürgerkriegsparteien entscheiden werden müssen und sich damit auch in Kriegsakteure verwandeln. Möglicherweise entspricht aber genau das dem Kalkül von Uribe Vélez.

Die "Kriegführung geringer Intensität", wie sie US-Militärstrategen nach den Niederlagen in Kuba und Vietnam entwickelten, geht davon aus, dass man die Aufstandsbekämpfung in die Bevölkerung hineintragen müsse. Durch Verflechtungen zwischen Militärs und Zivilbevölkerung werde jene Logik durchbrochen, die es der Guerilla ermögliche, sich als Vertreterin von Volksinteressen zu präsentieren, und ein Keil zwischen Rebellen und Zivilisten getrieben.

Legalisierung der Todesschwadrone?

Tatsächlich sind in allen wichtigen Bürgerkriegskonflikten der vergangenen Jahrzehnte zivilmilitärische Gruppen aufgebaut worden - sei es nun unter dem Namen ‚Nationalmilizen` wie im Lateinamerika der 60er Jahre, als türkische ‚Dorfschützer`, peruanische ‚Rondas Campesinas` oder Paramilitärs wie heute in Kolumbien.

Für die soziale Opposition Kolumbiens bedeutet diese quasi-militärische Mobilmachung der Bevölkerung eine deutliche Verschärfung der Lage. Fast täglich werden mittlerweile GewerkschafterInnen umgebracht, die als systemkritisch gelten.

Besonders brisant ist in diesem Zusammenhang der Mord an dem Nahrungsmittelgewerkschafter Adolfo de Jesús Múnera López, der am 31. August vor dem Haus seiner Mutter in Barranquilla von Todesschwadronen erschossen wurde. Múnera López war Vizepräsident des Gewerkschaftsdachverbandes CUT in der Atlantik-Region und führender Funktionär der Gewerkschaft SINALTRAINAL, die zur Zeit eine internationale Menschenrechtskampagne gegen Coca Cola durchführt und zu einem Tribunal am 10. Oktober in Brüssel mobilisiert.

Der Mord an Múnera López zeigt auf, wie eng der Terror in Kolumbien mit ökonomischen Interessen verwoben ist. Der Gewerkschafter flüchtete 1997, als Mitglieder der kolumbianischen Armee in sein Haus in Barranquilla einbrachen, aus Sicherheitsgründen in eine andere Stadt. Coca Cola nutzte die Gelegenheit, um sich des Gewerkschafters zu entledigen, und kündigte den Arbeitsvertrag. Vor Gericht bekam Múnera allerdings bereits in der ersten Instanz Recht. Auch das von Coca Cola angestrengte Revisionsverfahren wurde am 22. August dieses Jahres abschlägig entschieden. Nach diesem Urteil hätte Múnera bei Coca Cola bleiben und seine Gewerkschaftsarbeit fortsetzen können. Erst der Mord hat nun für klare Verhältnisse gesorgt.

Terror gegen Coca-Cola- Gewerkschafter

Die Lage für die SINALTRAINAL-Kollegen ist umso aussichtsloser, als offensichtlich auch eine politische Kampagne gegen die Gewerkschaft geführt wird. So haben in internationalen Gewerkschaftskreisen gestreute Gerüchte, wonach SINALTRAINAL mit der Guerilla zusammenarbeite, dazu geführt, dass der US-amerikanische Dachverband AFL-CIO fünf Tage vor dem Meinungstribunal im Juli in Atlanta seine Unterstützung für die kolumbianischen Coca Cola-KollegInnen zurückzog. Auch die deutsche Gewerkschaft

Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) ist auf Distanz gegangen und will nun wissen, "wie sich die SINALTRAINAL finanziert". Dabei ist allgemein bekannt, dass sämtliche von der kolumbianischen Justiz angestrengten Prozesse gegen die kolumbianische Gewerkschaft eingestellt werden mussten. Nicht einmal mit Hilfe so genannter "anonymer Zeugen", einem besonders perfiden Instrument der Terrorismusgesetzgebung, ließen sich Verurteilungen durchsetzen.

Dass vermehrt Gerüchte über die kämpferischsten kolumbianischen Gewerkschaften USO (Erdöl) und SINALTRAINAL auftauchen, dürfte kein Zufall sein. Die kolumbianische Rechte arbeitet seit längerem systematisch daran, politische GegnerInnen zu diskreditieren und die internationale Öffentlichkeit mit eigenen NGOs in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sogar im linken kolumbianischen Gewerkschaftsdachverband CUT gibt es mittlerweile von Paramilitärs kontrollierte Einzelgewerkschaften, die die Mordwelle gegen soziale AktivistInnen international zu verharmlosen versuchen.

Die schlimmste Eskalation dürfte der Opposition allerdings noch bevorstehen. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass die Uribe-Regierung demnächst Verhandlungen mit den paramilitärischen Gruppen von Carlos Castano aufnehmen wird. Bereits seit einigen Monaten führt der erzreaktionäre Bogotaner Kardinal Pedro Rubiano, der auch schon mal protestierende Kleinbauern von Polizei-Einheiten aus seinen Kirchen räumen lässt, Sondierungsgespräche mit den Todesschwadronen. Die Paramilitärs haben sich vor diesem Hintergrund Ende Juli medienwirksam aufgelöst und nun unter dem Oberkommando von Carlos Castano wiedervereinigt. Ausgeschlossen wurde nur eine winzige, in Ostkolumbien agierende Gruppe, die den venezolanischen Industriellen Richard Boulton entführt hatte.

Mit diesem Manöver wollen sich die Todesschwadronen offensichtlich als geläutert präsentieren: keine Entführungen und kein Drogenhandel mehr, heißt es in der Wiedervereinigungserklärung. Die paramilitärischen Drogenbarone, die im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte Milliarden mit Kokainhandel und Landraub verdient haben, wollen ihren Besitz legalisieren.

Die Uribe-Regierung hat durchblicken lassen, dass sie dies zulassen wird. Offensichtlich soll zwischen den "guten" Autodefensas Campesinas (Bauernselbstverteidigungen) von Castano und "bösen" Paramilitärs unterschieden werden. Der Beitritt Kolumbiens zum Internationalen Strafgerichtshof wurde bereits so modifiziert, dass Kriegsverbrechen in den kommenden sieben Jahren straffrei bleiben werden. Offiziell rechtfertigt die Uribe-Administration dies mit einer möglichen Amnestie für Guerilla und Paramilitärs, doch ein Friedensschluss mit FARC und ELN ist zur Zeit so unvorstellbar, dass letztlich nur Armee-Angehörige und Paramilitärs davon profitieren werden. Eine 20 Jahre währende Politik der Massaker wird dann ungesühnt bleiben.

Raul Zelik

26. Land, Lohn und ländliche Entwicklung. Landkonflikte und Kaffeekrise in Guatemala

Autor: Stefanie Kron · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:05

Die aktuelle Kaffeekrise hat zu einer Zuspitzung der Landkonflikte in Guatemala geführt. Schon tauchen bewaffnete paramilitärische Gruppen auf, die gewaltsam gegen die sozialen Proteste der Kleinbauern- und Landlosenbewegung vorgehen. Deren Ziel ist eine Agrarreform, die an die Wurzeln der feudalen und rassistischen Ordnung im Lande geht.

Seit Anfang des Jahres versucht die guatemaltekische Kleinbauern- und Landlosenbewegung mit inzwischen rund 100 Landbesetzungen in verschiedenen Teilen Guatemalas, Straßenblockaden, Protestmärschen, Streiks und Besetzungen von Büros des staatlichen Landfonds Fontierras drei simplen Forderungen Nachdruck zu verleihen: Angesichts einer Million landloser KleinbäuerInnen (Campesinos) sowie weiterer zwei Millionen, die vom Ertrag ihrer kleinen, steinigen Äcker ebenfalls kaum überleben können, fordert sie Land, Lohn und den Beginn einer staatlichen Politik zur ländlichen Entwicklung.

Die ultrarechte Regierung der Republikanischen Front Guatemalas (FRG) sowie die Agraroligarchie reagierten auf die Kampagne der LandaktivistInnen bisher vor allem mit der Kriminalisierung der Bewegung, gewaltsamen Räumungen und Festnahmen. Am sechsten August reichte die Landwirtschaftskammer (Camara del Agro) bei der Staatsanwaltschaft Anzeigen gegen sechs SprecherInnen der im Kleinbauernverband (CNOC) zusammengeschlossenen Basisorganisationen ein. Der Vorwurf lautet "Aufstachelung zur widerrechtlichen Aneignung von Privatbesitz."

Simple Forderungen, die ins Mark zielen

Der Landbesitz ist in Guatemala seit der spanischen Eroberung Kristallisationspunkt aller Auseinandersetzungen um Macht und Herrschaft. Die Ausrichtung der guatemaltekischen Wirtschaft auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten, vor allem Kaffee, ein extrem von Schwankungen auf dem Weltmarkt abhängiges Modell, hat intern dazu geführt, dass Land nicht nur die zentrale Akkumulationsachse darstellt, sondern auch eine soziale Ordnung prägt, die man bis heute als feudal und rassistisch bezeichnen kann. Letzteres ist besonders offensichtlich in den ländlichen Gebieten, wo mehr als 65 Prozent der Bevölkerung lebt, davon die absolute Mehrheit indigener Herkunft, und die Armutsrate sich der 90-Prozent-Marke nähert.

Der exportorientierten Agrarstruktur entspricht die extrem ungleiche Verteilung des Landbesitzes in wenige gigantische Ländereien (Latifundien) von guter Qualität und zahlreiche winzige Stücke Land (Minifundien), die häufig eigentlich für die Landwirtschaft ungeeignet sind. Einer Studie der CNOC und des NGO-Zusammenschlusses Congecoop zufolge weist Guatemala die größte Konzentration von Landbesitz in Lateinamerika auf. 96 Prozent der guatemaltekischen Bauern besitzt oder bearbeitet insgesamt 20 Prozent des Landes und (über)lebt zumindest teilweise von der Subsistenzwirtschaft, während zwei Prozent der Landwirte 70 Prozent des Landes kontrolliert und für den Export produziert.

Verheerende soziale Folgen der Agrarkrise

Konkreter Auslöser für die derzeitige offensive Kampagne der Campesino-Bewegung ist die durch den Fall des Kaffeepreises auf dem Weltmarkt - um 65 Prozent in den letzten fünf Jahren - ausgelöste wirtschaftliche und soziale Krise, die selbst vom Generaldirektor der Internationalen Kaffeeorganisation (OIC), Nestor Osorio, als "die schlimmste der Geschichte" bezeichnet wird. Im Fall von Guatemala, dessen Hauptexportprodukt traditionell der Kaffee ist, verringerten sich die Deviseneinnahmen durch den Fall der Weltmarktpreise im vergangenen Jahr um 230 Millionen US-$ im Vergleich zum Vorjahr. Für dieses Jahr nimmt man an, dass der Verlust sich auf insgesamt 430 Millionen US-Dollar summieren wird. In den letzten Jahren wurde auf insgesamt 976 Kaffeeplantagen die Produktion auf Grund der Krise eingestellt, die Ländereien liegen brach. Fast 250 von ihnen sind bereits von den Banken beschlagnahmt worden, weil ihre Besitzer die Hypotheken nicht mehr zahlen konnten, andere sind an Fontierras verkauft worden.

Doch viel drastischer sind die sozialen Folgen der Kaffeekrise. Allein im letzten Jahr wurden 65.000 KaffeearbeiterInnen entlassen, weitere 82.000 wurden gar nicht erst wie sonst üblich zeitweise für die

Kaffee-Ernte angestellt. Für dieses Jahr rechnet man allein im Kaffeesektor mit etwa 225.000 Arbeitslosen. In traditionellen Kaffeeanbaugebieten, wie im Tucuru-Tal im Department Alta Verapaz, kam es im vergangenen Jahr bereits zu Hungersnöten.

Die überwiegende Mehrheit der ArbeiterInnen wurde ohne die im Arbeitsrecht vorgeschriebenen Entschädigungszahlungen entlassen. In den meisten Fällen schuldet der Besitzer der betreffenden Kaffeeplantage seinen ArbeiterInnen zudem die Löhne mehrerer Monate oder sogar Jahre, die meist sowieso weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, ganz abgesehen von den ebenfalls gesetzlich festgelegten Sozialleistungen. Für diejenigen ArbeiterInnen und deren Familien, die oft seit Jahrzehnten auf den Kaffeeplantagen lebten und dort nicht selten statt eines Teils des Lohnes ein kleines Stück Land für die Selbstversorgung erhalten haben, bedeutet die Entlassung, dass sie obdachlos werden. Aber auch den temporären WanderarbeiterInnen, die ein eigenes Stück Land besitzen und nur zur Ernte auf den Kaffeeplantagen arbeiteten, entzieht die Kaffeekrise die Lebensgrundlage. Denn die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft auf kargen Böden muss in den meisten Fällen durch zusätzliche Einkommensquellen "finanziert" werden.

Die sozialen Folgen der Kaffeekrise zeigen aber auch, dass 40 Jahre zunächst reformistisch-paternalistischer und seit den 80er Jahren im Kontext der Strukturanpassungsprogramme strikt nach den Gesetzen des Marktes orientierter staatlicher Landvergabepolitik für Kleinbauern, aus der Perspektive von Organisationen wie Cnoc lediglich "zur Reproduktion der sozialen und ökonomischen Widersprüche des Agrarexportmodells geführt haben". Die von den USA finanzierten Kolonialisierungsprojekte der 60er und 70er Jahre in bis dato unbesiedelten, für die Landwirtschaft aber nur begrenzt geeigneten Urwaldregionen im staatlichen Besitz hatten antikommunistischen Charakter. Sie sollten verhindern, dass sich der soziale Druck in eine Politisierung und Radikalisierung hunderttausender verarmter oder landloser indigener Campesinos aus dem Hochland verwandelt, die traditionelle Struktur der Besitzverhältnisse jedoch unangetastet lassen. Abgesehen davon, dass von den Kolonialisierungsprogrammen nur ein winziger Anteil der Landsuchenden profitierte, entwickelte sich das für die Durchführung und Administration dieser Programme zuständige "Institut zur Transformation des Agrarsektors" (Inta) in einen korrupten und paternalistischen Kontrollapparat. Um von den Inta-Programmen begünstigt zu werden, musste man nachweislich "der landwirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen und einem Haushalt mit Kindern vorstehen", was sowohl allein stehende Personen als auch verheiratete oder in Partnerschaft lebende Frauen, deren landwirtschaftliche Arbeit im Arbeitsgesetz als Hilfe gewertet wird, ausschloss. Inta schrieb den Campesinos nicht nur vor, wie sie zu produzieren und sich zu organisieren hatten, es verzögerte die Aushändigung von Eigentumstiteln oder verweigerte sie ganz. Während der Aufstandsbekämpfungsprogramme Anfang der 80er Jahre verkaufte das Institut auch Land von Flüchtlingen ein zweites Mal an neue SiedlerInnen oder überließ es gleich dem Militär und lokalen Großgrundbesitzern.

Abgelöst wurden diese Programme 1997 durch die Gründung von Fontierras, eines im Teilabkommen zu Agrarfragen der ein Jahr zuvor unterzeichneten Friedensverträge vorgesehenen Landfonds. Konzipiert von der Weltbank und der damaligen neoliberalen Regierung der Partei des Nationalen Fortschritts (Pan), ist Fontierras vielleicht der größte Kompromiss, den die guatemaltekische Guerilla bei den Friedensverhandlungen machen musste. Fontierras soll das Agrarproblem über die Gesetze des Marktes lösen. Der Fonds richtet sich vor allem an private Landbesitzer, denn das Angebot an staatlichen Ländereien hat sich weitgehend erschöpft. Auf Grund der Tatsache, dass die Nachfrage jedoch weitaus größer ist als das Angebot, hat sich Land zu einem Spekulationsobjekt entwickelt, mit Hilfe dessen viele überschuldete Kaffeeplantagenbesitzer ihre finanziellen Probleme lösen und sogar Gewinn aus der Kaffeekrise schlagen. Ende Juni machte die guatemaltekische Tageszeitung El periodico beispielsweise öffentlich, dass Fontierras auf diese Weise einem Finanzier des Wahlkampfes der Regierungspartei FRG half, seine mit Hypotheken belasteten Ländereien loszuwerden und daran noch zu verdienen. Den Preis für die überbewerteten, oft infrastrukturell schlecht angeschlossenen Ländereien von schlechter Qualität, zahlen die Armen, die landsuchenden Campesinos. Viele sind bereits dramatisch verschuldet und gezwungen, das Land wieder zu verkaufen.

Landvergabe nach Maßgabe der Märkte

Dass das Kaffee-Exportmodell als zentrale Nervenbahn der guatemaltekischen Ökonomie an seine Grenzen gekommen ist, darin sind sich inzwischen auch die reaktionäre Camara del Agro und die Assoziation

guatemaltekischer Kaffee-Exporteure (Anacafe) einig. Doch wie die Krise zu bewältigen ist, da gehen die Meinungen weit auseinander. Anacafe hat gegenüber der Regierung bereits die Einrichtung einer Treuhandschaft zur staatlichen Subventionierung der großen Agrarproduzenten durchgesetzt. Zur finanziellen Ausstattung des Fonds erhöhte die Regierung die Staatsverschuldung um 100 Millionen US-Dollar. Gerechtfertigt wurde diese Maßnahme mit der Notwendigkeit, den Kaffeesektor bei der Diversifizierung und Verbesserung der Qualität ihrer Anbauprodukte zu unterstützen. Bis zum vergangenen Mai wurden jedoch 98 Prozent der von der Treuhand bislang ausgeschütteten 26 Millionen US-Dollar zur Umstrukturierung der Schulden der Kaffee-Exporteure verwendet, was bedeutet, dass die Ländereien weiterhin brachliegen. Maßnahmen und Mittel zur Unterstützung und zum Schutz der entlassenen ArbeiterInnen wurden bei der Gründung der Treuhandschaft nicht berücksichtigt. Die Treuhandschaft knüpft die Bewilligung von Subventionen für die Agrarexportproduzenten nicht an die Bedingung, dass diese zuerst den finanziellen Verpflichtungen gegenüber ihren ArbeiterInnen nachkommen. Stattdessen fordern Anacafe-Präsident Fernando Montenegro und Roberto Castaneda, der Chef der Camara del Agro, von der Regierung vor allem ein härteres Vorgehen gegen die LandbesetzerInnen und einen "Rechtsstaat, der den Schutz des Privateigentums gewährleistet". (Montenegro)

Schutz des Privateigentums oder Enteignung

Cnoc-Sprecher Daniel Pascual argumtentiert hingegen, dass es sich bei den meisten Besetzungen um kommunale oder private Ländereien handele, "die sich während des internen bewaffneten Konfliktes von Großgrundbesitzern widerrechtlich angeeignet wurden". In anderen Fällen von Landbesetzungen geht es um Arbeitskonflikte. Die ebenfalls in Cnoc vertretene nationale Koordination von Indigenas und Campesinos (Conic), die vor allem in der traditionellen Kaffeeregion Alta Verpaz eine starke Basis hat, vertritt die Position, dass viele der besetzten Landgüter auf Grund der über Jahre und manchmal Jahrzehnte angehäuften Lohnschulden und anderer nicht gezahlter Leistungen bereits faktisch in den Besitz der Campesinos und Plantagenarbeiter übergegangen sei.

Deshalb bringt Cnoc auch ein Thema auf die Tagesordnung, das weit über die Forderung nach Umsetzung der Friedensverträge hinausgeht und seit dem von der CIA unterstützten Sturz des linksdemokratischen Präsidenten, Jacobo Arbenz 1954, in Guatemala als Synonym für Kommunismus gilt: eine Agrarreform. Nachdem der Regierungsprecher Byron Barrerera am 1. Juli verkündet hatte, dass man die von der Kleinbauernbewegung geforderte "nachhaltige Lösung des Agrarproblems" der nächsten Regierung überlassen und sich auf die Umsetzung eines "Notplans" beschränken werde, kündigte Daniel Pascual weitere Protestaktionen an und erklärte: "Die einzige Form, die Krise zu lösen, ist eine integrale Landreform, die Enteignungen von brachliegendem Großgrundbesitz mit einschließt. Dafür muss die Verfassung geändert werden, die das Privateigentum schützt und Enteignungen ohne Entschädigungen nur im Kriegsfall erlaubt."

Stefanie Kron

27. In den Südphilippinen kidnappt die Abu Sayyaf weiter

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:08

Seit zwei Jahren hat es die in den Südphilippinen operierende Gruppe der Abu Sayyaf (Vater des Scharfrichters) wiederholt geschafft, für Schlagzeilen zu sorgen. Nun haben Ende August Abu-Sayyaf-Mitglieder in Patikul auf der Insel Jolo erneut zugeschlagen. Laut Aussagen von Brigadegeneral Romeo Tolentino, dem Befehlshaber der in Sulu stationierten 104. Armeebrigade, nahmen sie sechs philippinische Geiseln gefangen, von denen bereits zwei enthauptet wurden. Unverzüglich orderte der für die gesamte Region zuständige Oberbefehlshaber des Südkommandos, Generalleutnant Ernesto Carolina, zwei Bataillone nach Patikul. Seit Anfang September sind dort mittlerweile etwa 4.000 Regierungssoldaten im Einsatz, um die restlichen Geiseln sowie drei bereits im Juni gekidnappte indonesische Seeleute zu befreien.

Die Inseln Basilan und Jolo sind der "Wilde Osten" der Philippinen. Und sie bleiben es, solange die von der Zentralregierung in Manila notorisch vernachlässigte oder durch Militärpräsenz gebeutelte Armutsregion in Entwicklungsresistenz verharrt. Im Januar hatte Washington die Region Basilan nach Afghanistan offiziell zur "zweiten Front gegen den weltweiten Terror" erklärt und entsandte allein dorthin knapp 1.300 GIs, von denen noch immer ein Kontingent mit "Infrastrukturmaßnahmen" vor Ort betraut ist. Offiziell zog das Gros der GIs Ende Juli ab. Admiral Thomas Fargo, Chef des in Hawaii ansässigen U.S. Pacific Command, würdigte seine tapferen Soldaten und lobte sie, mitgeholfen zu haben, dass die "Abu-Sayyaf-Terroristen jetzt in Auflösung begriffen und auf der Flucht sind, unfähig, Geld aufzutreiben, und ihnen keine Zeit mehr bleibt, zu essen, sich auszuruhen und Nachschub zu verschaffen." Doch offensichtlich unterschätzen sowohl die Politiker als auch die Militärstrategen in Manila und Washington noch immer, dass auf Basilan lediglich eine von mehreren Fraktionen der Abu Sayyaf operiert. Und selbst wenn es Philippinisch-US-amerikanischen "Antiterror"-Einheiten jemals gelänge, die Abu Sayyaf militärisch zu schlagen, würde dies keineswegs das Ende solcher Gruppierung bedeuten. Wie ein Hydrakopf würden ähnliche trübe Truppen nachwachsen und die Region dauerhaft destabilisieren.

Ein zusätzliches Armutszeugnis für das philippinische Militär ist die bevorstehende Einsetzung eines Kriegsgerichts, das hochrangigen Militärs den Prozess machen soll. Drei Offizieren wird vorgeworfen, der Abu Sayyaf im Sommer letzten Jahres auf Basilan Rückzugsmöglichkeiten verschafft und dafür im Gegenzug Schmier- bzw. erpresste Lösegelder kassiert zu haben. Das Pikante an der Sache: Die Vorwürfe gegen die drei Militäroffiziere sind wiederholt von mehreren Personen seit einem Jahr erhoben worden, so dass bereits am 10. September 2001 hochrangige Militärs erwogen hatten, wegen dieser unrühmlichen Affäre zu demissionieren. Doch das wurde einen Tag später, mit den Ereignissen in New York und Washington, buchstäblich Schall und Rauch. Seitdem waren - und sind - die Militärs im "Antiterrorkampf" dringlicher denn je gefragt. Stellt sich erneut die Frage, was eigentlich "Terror" ist und ihn auszeichnet.

Rainer Werning

28. Philippinen/USA: Arbeitsteilige "Aufstandsbekämpfung". "Kommunistische Terroristen" im Fadenkreuz der Militärstrategen

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:07

Eine auffällige Konstante philippinischer Politik ist seit der Unabhängigkeit des Inselstaates im Jahr 1946 die mehr oder minder intensiv praktizierte "Counterinsurgency" (Aufstandsbekämpfung). Zunächst zielte sie auf die Zerstörung der einst starken Hukbalahap-Bewegung, die sich zu Beginn der 40er Jahre gegen die damalige japanische Besatzung formiert hatte. Seit Ende der 60er Jahre gerieten dann die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) und ihr bewaffneter Arm, die Neue Volksarmee (NPA), ins Visier staatlicher Sicherheitskräfte. Nach dem 11. September 2001 eskaliert die "Counterinsurgency" erneut - diesmal mit Hilfe US-amerikanischer Spezialeinheiten. Irak-Kriegsgeschrei hin, Somalia-Interventionsgerede her - es sind die Philippinen, wo Washington zu Beginn dieses Jahres offiziell die "zweite Front gegen den weltweiten Terror" eröffnete und sie jetzt ausweitet.

Wenn das so weitergeht", befürchtet Joel Virador, Mitglied der Menschenrechtsorganisation Karapatan im südlichen Mindanao, "wird sich die Lage der Menschenrechte verschlimmern - im Namen des so genannten Krieges gegen der Terror". Seitdem die Philippinen aktiv in den Kampf gegen Osama bin Ladens al-Qaida-Netzwerk einbezogen sind, sagt Virador, häufen sich landesweit die Fälle, da Leute ohne Haftbefehl hinter Gefängnismauern verschwinden. Nicht nur im Süden des Inselstaates - auf Mindanao, Basilan und Jolo -, sondern auch in der Hauptstadt Manila und Umgebung wurden Menschen unter dem Verdacht, "Terroristen" zu unterstützen, festgenommen. Karapatan hat allein seit dem Amtsantritt von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo im Januar 2001 125 Gewaltakte, darunter 50 mit tödlichem Ausgang, dokumentiert und 2.600 Fälle untersucht, in denen Mitglieder politischer oder Bürgerrechtsorganisationen drangsaliert wurden. Die im Parlament vertretene linke Partei Bayan Muna (Das Volk zuerst) musste seitdem 23 getötete Führer und Mitglieder beklagen, die von Sicherheitskräften oder paramilitärischen Verbänden umgebracht wurden.

Zwar wurde im Februar 1986 das langjährige diktatorische Regime von Ferdinand E. Marcos gestürzt. Doch sein Schatten ist allgegenwärtig. Anstatt strukturelle Probleme anzugehen, eine gerechte Landverteilung umzusetzen und die Massenarmut wirksam zu bekämpfen, setzten sämtliche Nachfolger im Präsidentenpalast Malacanang auf die "Befriedung" von sozialen Protesten und politischem Dissens. Präsidentin Corazon C. Aquino (1986-92) schwadronierte, sie werde "das Schwert aus der Scheide ziehen", um "die Subversion unerbittlich zu bekämpfen". Ihr Nachfolger, Ex-General Fidel V. Ramos (1992-98), versuchte sich als Architekt verschiedener "Counterinsurgency"-Programme wie "Oplan Lambat Bitag", dem "Operationsplan Netzfalle", und sein Nachfolger Joseph E. Estrada (1998-2001) verkündete gar den "totalen Krieg" gegen "die moslemischen Rebellen und Kommunisten".

Die Estrada-Nachfolgerin Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo hat nun auch noch der von der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) geführten Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) "den allumfassenden, unerbittlichen Krieg" erklärt. Gleichzeitig versicherte Arroyos Berater im Friedensprozess, Ex-General Eduardo Ermita, es werde mit der kommunistischen Dachorganisation der National Democratic Front of the Philippines (NDFP) - ihr gehören u.a. die CPP und NPA an - eine umfassende Friedensregelung gefunden werden. Tatsache aber ist, dass diese Verhandlungen längst gescheitert sind, allenfalls hinter den Kulissen sogenannte "back channel"-Kontakte bestehen. Die bereits 1998 zwischen beiden Seiten mühsam ausgehandelten Abkommen über die Respektierung der Menschenrechte und Anerkennung internationaler Menschenrechtsnormen sowie Immunitätsgarantien für die Unterhändler bilateraler Gespräche, die 2001 als rechtsverbindlich erklärt wurden, sind Makulatur.

Arroyos Kriegserklärung vom 5. August erfolgte nicht zufällig. Einen Tag zuvor hatte US-Außenminister Colin Powell - mit Manila als letzter Etappe - seinen "Antiterror"-Tour durch Südostasien beendet. Kaum nach Washington zurückgekehrt, setzte das U.S. State Department die CPP-NPA am 9. August auf Platz 34 ihrer Liste der "Foreign Terrorist Organizations" (FTO). Das wiederum veranlasste Manila, seinen Terrorismus-Vorwurf zu erweitern: Dem Kampf gegen die "moslemischen Rebellen" der Abu Sayyaf im Süden

soll nun im Norden das letzte Gefecht gegen die CPP-NPA folgen. Die im Süden für Unabhängigkeit eintretende Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) befürchtet nun, als nächste Organisation auf die FTO-Liste des State Department gesetzt zu werden. Dies jedenfalls äußerte namens des Zentralkomitees der Front Muhammad Ameen, einer der Sekretäre des MILF-Vorsitzenden Hashim Salamat. Immerhin unterhält die MILF enge Kontakte zur NDFP und kooperiert mit NPA-Einheiten in taktischen Fragen. Zusammen genommen bilden die unter Waffen stehenden Kader der MILF und NPA militärisch noch immer eine außergewöhnliche Kraft, die nur in einem verlustreichen Auszehrungskrieg zu schwächen, kaum aber zu besiegen wäre. Die Regierung beziffert die Stärke der jeweiligen Verbände auf zirka 12.500 Mann.

Am 10. August, einen Tag nachdem US-Außenminister Colin Powell die CPP-NPA auf die FTO-Liste seines Ministeriums setzen ließ, reiste der frühere philippinische Generalstabschef und jetzige Verteidigungsminister Angelo T. Reyes nach Washington. In den dortigen Gesprächen mit seinem Kollegen Donald H. Rumsfeld ging es um dreierlei: die Modernisierung der eigenen Streitkräfte (AFP); Verbesserung deren Image in der Öffentlichkeit und um eine langfristige bilaterale Militärkooperation.

Bereits im vergangenen Jahr sind 55 Mio. US-Dollar an sofortiger Militärhilfe zugesagt worden, die nunmehr aufgestockt werden dürfte. Was die Imagepflege betrifft, so soll mit der US-amerikanischen PR-Agentur Rhoads and Weber-Shandwick eine Firma verpflichtet werden, die innerhalb der nächsten zwei Jahre aktive Lobbyarbeit für die AFP betreibt. Zuletzt ging es in Washington um die Ausgestaltung des Mutual Logistics Support Agreement (MLSA), das nach dem Wegfall der US-Militärstützpunkte vor einem Jahrzehnt u.a. den verstärkten Einsatz von U.S. Special Operations Forces (SOFs) auf den Inseln im Rahmen koordinierter "Counterterrorism"-Aktionen vorsieht. Waren US-Truppen gerade ein halbes Jahr lang im Kampf gegen die auf Kidnapping und Lösegelderpressung "spezialisierte" Abu Sayyaf im Süden des Landes im Einsatz, soll ab Oktober neuerlich ein Kontingent US-amerikanischer GIs in die Philippinen entsandt werden - diesmal allerdings auf die nördliche Hauptinsel Luzon.

Fast zeitgleich mit dem Besuch des philippinischen Verteidigungsministers in den USA setzte Washington diplomatisch und politisch Hebel in Bewegung, um seinerseits den Druck auf die NDFP zu erhöhen. Im Visier haben Powell und Rumsfeld nunmehr deren im niederländischen Utrecht lebende Exilführung - allen voran José Maria Sison. Der 63-jährige Sison, heute politischer Chefberater der NDFP, war Ende Dezember 1968 einer der Gründungsmitglieder der CPP und ihr erster Vorsitzender. Nach langjähriger Haft im Frühjahr 1986 von der damaligen Präsidentin Aquino auf freien Fuß gesetzt, exilierte er mit seiner Familie ins Ausland, da er zuhause um sein Leben fürchten musste. Mehrere seiner Vertrauten und enge Freunde wurden von den philippinischen Sicherheitskräften erschossen. In einem langwierigen Verfahren ersuchte Sison in den Niederlanden politisches Asyl. Philippinische Geheimdienste gehen davon aus, Sison sei unter dem Namen Armando Liwanag noch immer Vorsitzender der CPP. Sein Konto sowie die Konten der NDFP will Washington gesperrt wissen und hat eine entsprechende Note den niederländischen Behörden zugeleitet. Ende August erklärte Sison in einem Interview mit einem philippinischen Radiosender, sein aktuelles Vermögen betrage gerade mal 1.245,46 Euro. Der Nationale Sicherheitsberater von Präsidentin Arroyo, Roilo Golez, schätzt die von der NDFP zwischen 1999 und 2001 akquirierten Gelder auf jährlich zirka 100 Millionen Pesos (etwa zwei Millionen Euro).

Das niederländische Außenministerium scheint dem Druck aus Washington nachzugeben, nunmehr auf die Konten der NDFP zuzugreifen. Sein Sprecher Frank De Bruin hat mittlerweile erklärt, Den Haag werde einer solchen Bitte aus den USA entsprechen, zumal der UN-Sicherheitsrat im vergangenen Jahr mit der verabschiedeten Resolution 1373 sämtliche UN-Mitgliedstaaten verpflichtet habe, Konten von "terroristischen Organisationen" einzufrieren. Möglicherweise sieht sich Den Haag in Zugzwang. Ende August hat Donald Rumsfeld damit gedroht, SOFs in Geheimaktionen einzusetzen, um "Terroristen", wo immer sie sich aufhalten, aufzuspüren und ihrer habhaft zu werden.

Rainer Werning

29. Hitlers Volk von Denunzianten. Robert Gellatelys Studie "Hingeschaut und weggesehen"

Autor: Alexander Neumann · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:18

Spätestens seit Daniel Goldhagens Buch über "Hitlers willige Vollstrecker" kreist die historische Debatte in der breiten Öffentlichkeit um die Frage, inwieweit die deutsche Bevölkerung zwischen 1933 und 1945 die ideologischen Positionen der NS-Führung teilte und damit wesentlich zur Durchsetzung der rassistischen und imperialen Ziele beitrug. In seinem neuen Buch behandelt nun auch der US-amerikanische Historiker Robert Gellately dieses Thema.

Gellately hatte sich bisher vor allem mit der Rolle der Gestapo im Terrorapparat des "Dritten Reiches" beschäftigt. In seinem neuen Buch wird durch den deutschen Titel "Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk" ein umfassender Anspruch aufgebaut, den die Darstellung jedoch nicht einlösen kann. Vielmehr liefert der Autor eine Übersicht über den Unterdrückungsapparat, den das NS-Regime ab 1933 systematisch aufbaute und der mit zunehmender Dauer immer mehr politische und "rassische" Gegner erfasste. Gellately bietet hier dem Fachpublikum keine neuen Erkenntnisse, sondern fasst lediglich den Forschungsstand zusammen: Zahlreiche Repressionsmaßnahmen gegen soziale Randgruppen und die zunehmende Diskriminierung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung wurden von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung wohlwollend betrachtet und mit Zustimmung honoriert.

Private Spitzeldienste für die Gestapo

Als problematisch erweist sich in Gellatelys Analyse vor allem die Wahl der Methode. Anhand von zeitgenössischen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln über die Konzentrationslager, die die Bevölkerung von den Erfolgen des Regimes bei der "Verbrechensbekämpfung" in Kenntnis setzen sollten, leitet er eine generelle Zustimmung zu den Aktivitäten der Gestapo und anderer Polizeistellen ab. Dieses Vorgehen ist jedoch zweifelhaft, denn aus bloßer Kenntnis folgt keineswegs zwangsläufig ein zustimmendes Verhalten. Dieses kann zwar in vielen Fällen angenommen werden - zumal die "arische" Bevölkerung von der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung auch finanziell profitiert, z.B. durch die "Arisierungsgewinne". Auf Grund der schwierigen Quellenlage liegen zur Frage der Akzeptanz der Konzentrationslager in der Bevölkerung jedoch immer noch keine überzeugenden Studien vor.

Auch wenn es nicht seine eigentliche Intention ist, demontiert Gellately jedoch mit überzeugenden Argumenten den nach 1945 aufgebauten Mythos, die deutsche Bevölkerung hätte von den Maßnahmen gegen "rassisch" und politisch Verfolgte nicht gewusst. Im Gegenteil wird deutlich, dass die politische Führung um Hitler bewusst - nicht zuletzt auch aus Abschreckungsgründen - die Bevölkerung darüber informierte, so dass niemand die Augen vor der Realität verschließen konnte.

Ein weiteres Problem von Gellatelys Analyse ist seine Beschränkung auf die Arbeit der Gestapo, die er anhand von bisher kaum beachteten Gestapo-Akten aus drei Städten untersucht. Er konzentriert sich dabei auf die Zusammenarbeit der Bevölkerung mit diesen Dienststellen und vor allem auf die für bestimmte Delikte erfolgten Denunziationen, die beim größten Teil der Strafverfolgungsmaßnahmen den Ausgangspunkt bildeten. Nun stellt sich jedoch auch hier die Frage, inwieweit Denunziationen als Zeichen für die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum NS-Staat angesehen werden können.

Gellately scheint sich selbst seiner Sache nicht ganz sicher zu sein. Zum einen stellt er die These auf, dass sich das NS-Regime der Bevölkerung zur Durchsetzung seiner Ziele bedient hat, indem die unzureichende personelle Ausstattung der Gestapo durch das Spitzelwesen der BürgerInnen wettgemacht wurde. Zum anderen weist Gellately aber darauf hin, dass bereits die Gestapo-Stellen feststellten, dass eine sehr große Anzahl der Anzeigen aus der Bevölkerung auf privaten Streitereien und Feindseligkeiten beruhten, die andere Delikte vorschoben, um eine Verurteilung beispielsweise des streitsüchtigen Nachbarn, der beneideten Tante oder des ehebrechenden Mannes zu erreichen. In einer Vielzahl der Fälle sieht es also eher umgekehrt aus als Gellately vermutet: Die deutsche Bevölkerung "instrumentalisierte" die Gestapo für private Zwecke, z.B. um sich zu bereichern oder unliebsame Konkurrenz auszuschalten.

Dass sich die Denunziationen auch gegen jüdische Menschen oder gegen ZwangsarbeiterInnen richteten, muss nicht extra erwähnt werden, zeigt aber nur bedingt die generelle Zustimmung zur Politik gegen diese beiden Gruppen. Hierfür wären wiederum andere Quellen und andere Fragestellungen heranzuziehen, zum Beispiel wer von den "Arisierungen" und der "Zwangsarbeit" am meistens profitierte und aus diesem Grund die Repressionsmaßnahmen befürwortete.

Die Beschränkung auf die Denunziationen, die ein typisches Verhaltensmuster in allen Diktaturen und beileibe kein Spezifikum des "Dritten Reiches" sind, reicht zur Beantwortung der Frage nach der Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur Politik des NS-Regime nicht aus, zumal die Repräsentativität des vorgelegten Aktenmaterials nicht bewiesen ist. Die von Gellately häufig verwendeten Pauschalisierungen müssten nach unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aufgeschlüsselt werden, da deren Zustimmung zum Regime eben nicht dieselbe war.

Nutzung der Gestapo für private Zwecke

Diese methodischen Mängel schmälern die Leistung des Buches zwar im Hinblick auf die intendierte Absicht, das Verhältnis zwischen Bevölkerung und NS-Staat umfassend darzustellen. Dennoch darf ihr genereller Wert nicht unterschätzt werden, denn bei "Hingeschaut und weggesehen" handelt es sich um eine sehr gut lesbare Darstellung des Repressionsapparates der Gestapo, der in vielen Fällen auf die Zuträgerdienste der deutschen Bevölkerung angewiesen war. Gellately zeichnet dabei ein eindrucksvolles Bild, inwieweit egoistisches Verhalten der Bevölkerung mit den Zielen des Terrorapparates übereinstimmte und zu seiner Stabilität beitrug, auch wenn die Motive durchaus unterschiedlich waren.

Dieses Bild einer Gesellschaft, in der sich die Bevölkerung gegenseitig bespitzelte und die sich zudem vom Populismus des Regimes beeindrucken ließ, entschuldigt nichts, sondern zeigt vielmehr in bedrückender Weise die "Normalität" und ihre vernichtenden Auswirkungen.

Alexander Neumann

Robert Gellately: Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart/München, 480 Seiten, 29,90 EUR

30. Naher Osten - Ferner Westen. Der Israel/Palästina-Konflikt und die Linke in der BRD

Rubrik: Israel / Palästina; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:22

Wir sind eine Gruppe von Leuten aus verschiedenen Teilen der radikalen Linken. Die meisten ordnen sich dem autonomen Spektrum zu: Einige sind aus dem Umfeld der Roten Flora, dem Anti-AKW-Widerstand oder arbeiten bei anderen Projekten der sozialpolitischen Linken mit, andere sind seit einiger Zeit nicht mehr in festen Gruppen aktiv, sondern beteiligen sich aus ihrem privaten Umfeld heraus an wechselnden politischen Mobilisierungen. Einige von uns waren schon während der ersten Intifada oder auch schon davor an den Auseinandersetzungen zum Israel/Palästina-Konflikt beteiligt. Einig sind wir uns in der Unzufriedenheit über die momentane innerlinke Diskussion zum Nahostkonflikt, die die Auseinandersetzung oft zu Glaubens- und Bekenntnisstandpunkten hat verkommen lassen und die sich in identitären Frontlinien von "pro-israelisch" und "pro-palästinensisch" bewegt. Wir wollen mit diesem Papier eine Diskussion anregen, die diese Denkstrukturen durchbricht, und wollen einen Begriff von Solidarität entwickeln, der Bestandteil unserer Auseinandersetzung um eine gesellschaftliche Utopie ist.

I. Die israelische Linke unter antideutschem Beschuss

In der Forderung nach einer unbedingten Solidarität (1) mit dem Staat Israel findet ein solcher Beschuss als paternalistische und bevormundende Reaktion durch die antideutsche Linke statt. Denn die vermeintlichen Freunde Israels halten nichts von einer israelischen Friedensbewegung, die den Zionismus kritisiert, einen Staat Palästina anerkennen möchte und in Frieden und Ausgleich mit den PalästinenserInnen leben möchte.

In einem Flugblatt (2), das im Eingangsbereich der Roten Flora während einer Podiumsveranstaltung mit drei jüdischen Israelis aus der Friedensbewegung verbreitet wurde, wurde beklagt, dass die Veranstaltungsreihe lediglich darstelle, was in den eigenen antizionistischen Kram passen würde, "natürlich auch den unvermeidlichen Uri Avnery, der sich nicht zu schade ist, im Zentralorgan des deutschen Antisemitismus, der Jungen Welt" zu schreiben. Mal abgesehen von der Unverfrorenheit, als Antideutsche Linke die jüdischen VertreterInnen aus Israel über ihre Kollaboration mit dem Antisemitismus aufklären zu wollen, ist vor allem das Zitat über Uri Avnery (3) entlarvend.

Uri Avnery und andere jüdische Kritike-rInnen israelischer Machtpolitik werden in Antideutschen Publikationen als Abweichler an der jüdischen Sache, die dem Antisemitismus das Wort reden sollen, denunziert. Eigener Antisemitismus wird bei Antideutschen hierbei nicht mehr wahrgenommen und wird schon durch die eigene politische Positionsbekundung ausgeschlossen. Wer gegen Antisemitismus ist, kann vor dieser Logik kein Antisemit sein. Gegen Antisemitismus zu sein wird so lediglich zur Frage des Wollens, des Bekenntnisses gemacht und damit aus der historischen, gesellschaftlichen Dialektik gelöst. Es gibt aber keine einfachen Antworten, wir selbst sind Teil des Problems. Ein Ausflug in die kritische Auseinandersetzung mit Sexismus und Rassismus wäre da angebracht. Wurde dort doch schon lange erkannt - zumindest in autonomen Zusammenhängen -, dass die Verneinung eigener Eingebundenheit in Unterdrückungsverhältnisse nur zu deren Fortbestand beiträgt.

Wer den Nahost-Konflikt für einseitige Parteinahme missbraucht, um sich vom Nationalsozialismus der Väter und Mütter reinzuwaschen, trägt zum Fortbestand des Konfliktes bei. Über einen äußeren Feind, von dem sich abgegrenzt wird und den es zu bekämpfen gilt, werden eigene Antisemitismen nicht hinterfragt, sondern verleugnet. Wer seine Identität über den Konflikt bestimmt, für den würde die Beendigung des Konfliktes die eigene Zuordnung zur "guten Seite" infrage stellen. In einer solchen Weltsicht braucht die Antideutsche Linke paradoxerweise den Konflikt, die SelbstmordattentäterInnen, die toten PalästineserInnen und Israelis zur Aufrechterhaltung der eigenen politischen Identität.

II. Antisemitismus in der Linken - zwischen "Anti-Zionismus" und "Solidarität mit Israel"

Im innerlinken Streit um Antisemitismus wird vielfach mit den Waffen der Zitatensammlung, Dokumenten der radikalen Linken und Interpretationen der politischen Praxis argumentiert. Das sieht gut aus, wirkt schlüssig und wissenschaftlich, ist aber oft nur ein oberflächliches Zitieren, das einer genaueren Analyse aus dem Weg geht. So bestimmt das gewünschte Ergebnis - die Abgrenzung, die eigene Identität - die Mittel, die für den

Beweis herangezogen werden. Aber im Feld der politischen Positionierung ist es wichtig, die Subjektivität der politischen Herleitungsmechanismen - die eigene historische, gesellschaftliche Prägung - im Bewusstsein zu halten, und sicher auch, dass die Sichtweise der Realität stets durch die eigene gesellschaftliche Utopie geprägt ist.

Ein von dem jeweiligen historischen und politischen Kontext losgelöstes Zitieren macht es z.B. erst möglich, aus einer politisch sicher problematischen, aber unserer Meinung nach nicht per se antisemitischen Boykottforderung israelischer Waren (4) ein "Kauft nicht bei Juden" zu basteln, das direkt am Nationalsozialismus und Holocaust anknüpft. So entstehen Diskurse, die in ihrer Wirkung dem Holocaust die Unvergleichbarkeit, die Singularität entreißen, um ihn zur politischen Herleitung für konkrete politische Ziele einzusetzen.

Wir halten es für einen verheerenden Umgang, wenn der sehr ernste Begriff des Antisemitismus nicht mehr zum Aufdecken von Gewalt, Herrschaftsstrukturen und Unterdrückungsverhältnissen verwendet, sondern zur Durchsetzung der eigenen politischen Position auf anderem Terrain leichtfertig eingesetzt wird. Wer z.B. eine antisemitische Internationale von der Roten Flora bis zur extremen Rechten zeichnet, der zerredet politische Begriffe bis zur Unkenntlichkeit. (5)

Wir teilen die Einschätzung, dass es Antisemitismus auch in der Linken gab und gibt und dies Genauigkeit bei der politischen Intervention und Sensibilität gegenüber eigenem Antisemitismus erfordert. Wir kritisieren aber eine Sichtweise, die aus der Auseinandersetzung um linken Antisemitismus wahlweise die Notwendigkeit zur uneingeschränkten Parteilichkeit mit dem Staat Israel oder eine politische Neutralitätsposition ableitet, die eine Nichtauseinandersetzung mit dem Konflikt meint. Antisemitismus äußert sich für uns unter anderem in einer Sichtweise auf den Nahostkonflikt, die Israel lediglich als Konstrukt imperialistischer Interessen und als Bollwerk des Kapitalismus im arabischen Raum wahrnimmt. Denn ein solcher Blick blendet die antisemitische Geschichte in Europa und den Holocaust aus und reduziert Israel zu einem Handlanger des Kapitalismus.

Ausdruck des Antisemitismus ist für uns auch eine Schreibweise von manchen antiimperialistischen Palästinasolidaritätsgruppen, die in den achtziger Jahren Israel in Anführungsstriche gesetzt haben, um diesen Staat als illegitimes Gebilde darzustellen, das kein Existenzrecht besitzt. Am schwerwiegendsten sind für uns jedoch Anschläge, die den israelischen Staat treffen sollten und jüdische Einrichtungen in Deutschland zum Ziel hatten. Hier wird nicht mehr zwischen der jüdischen Bevölkerung hier und dem Staat Israel dort differenziert. Hier wird eine völkische Zuordnung hergestellt, die in ihrem Antisemitismus an Weltverschwörungstheorien anknüpft.

Ein völlig anderes Beispiel für einen unzulässigen Umgang mit dem Konflikt sind Vergleiche vom deutschen Nationalsozialismus mit der israelischen Besatzung. Solche Vergleiche verbieten sich ohne Wenn und Aber, denn sie negieren die Einmaligkeit der industriellen Vernichtung und geplanten Ermordung aller Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus.

Eine genaue Auseinandersetzung vermissen wir in der Diskussion um Zionismus und Antisemitismus. Wer die zentralen Schriften der jüdischen Nationalbewegung studiert (6), kommt nicht umhin zu bemerken, dass die Theorie des Zionismus von einem völkischen Nationalismus geprägt ist. Ein Widerspruch gegen diese politischen Werte ist geradezu zwingend. Kritik am Zionismus halten wir deshalb nicht per se für antisemitisch. Wenn sich eine solche Kritik allerdings in Begriffen wie "Antizionismus" verfestigt und dieser dann als Kampfbegriff im politischen Reisegepäck mitgeführt wird, dann bietet diese Verkürzung Andockmöglichkeiten für antisemitische Propaganda. Eine generelle Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus lehnen wir aber ab, da auch dies eine Verkürzung herstellt, die wir für unzulässig halten. Wer die Kritik am Zionismus als Antisemitismus übersetzt, der verdrängt nicht zuletzt auch die antizionistischen europäischen JüdInnen der Jahrhundertwende und die heutige antizionistische israelische Linke aus dem Bewusstsein.

III. Relativierung des Holocaust als ideologische Munition

Die Entwicklung der letzten zehn Jahre ist die ungebrochen fortschreitende Relativierung des Holocaust als Munition für KriegsbefürworterInnen aller Seiten. Mal kreuzt Saddam Hussein als Hitler auf, mal ein Bin Laden und wahlweise Arafat und Sharon. Vor lauter Hitlers und drohendem Holocaust in der Welt verschwindet die Realität der industriellen Vernichtung von Menschen im Nationalsozialismus hinter den Interessen derer, die diese Vergleiche für ihre politischen Interessen funktionalisieren. Nicht nur amerikanische Präsidenten,

deutsche Parteisprecher, orthodoxe JüdInnen oder fundamentalisitische Muslime bemühen sich um diese Vergleiche, nein, auch die personifizierte Kritik an der "deutschen Identität" - die Antideutschen - sind in diesem vielstimmigen Chor dabei, wenn der "Koran" mit "Mein Kampf" verglichen und ein neues drohendes Auschwitz an die Wand gemalt wird.

Moshe Zuckermann (7) spricht in diesem Zusammenhang von einer Ideologisierung und Instrumentalisierung des Andenkens. Im Zentrum steht nicht das Gedenken an die Opfer und die Aufklärung über den Holocaust, sondern das politische Einsetzen dieses Begriffes in der deutschen und israelischen Außenpolitik. In Deutschland personifiziert Joschka Fischer diesen Ansatz, wenn er Auschwitz, deutsche Auslandseinsätze, den "Kampf gegen den Terror" und "Solidarität mit Israel" verknüpft. Die Abwicklung deutscher Geschichte, die neue Rolle Deutschlands und militärische Interventionen in der Welt werden über Relativierung, die Aufhebung der historischen Unvergleichbarkeit des Holocaust begründet und durch konstruierte Parallelen zu heutigen Ereignissen legitimiert.

Eine Relativierung zum politischen Gebrauch findet nach Moshe Zuckermann jedoch auch in Israel statt, allerdings unter völlig anderen Vorzeichen. Moshe Zuckermann zitiert hierzu unter anderem den palästinensischen Knesset-Abgeordneten Azmi Bishra (8), der darauf hinweist, dass der Holocaust instrumentalisiert werde, um die israelische Besatzung zu legitimieren, und obgleich sich das verheerende Verbrechen in Europa zugetragen habe, habe die "Wiedergutmachung" in Palästina stattgefunden.

Eine zentrale Streitfrage zum Holocaust ist neben der Frage um das "richtige" Andenken an die Opfer und der Frage nach den TäterInnen auch immer wieder die nach den daraus zu ziehenden Lehren. Diese Frage berührt das linke Wertesystems eines und einer jeden Einzelnen. Im Bewusstsein unserer Verantwortung zur deutschen Geschichte ziehen wir weder den Schluss, dass eine kritische Auseinandersetzung mit Israel unmöglich wäre, noch dass eine unhinterfragte Parteiergreifung für Israel notwendig oder gerechtfertigt ist.

Eine Lehre aus dem Holocaust ist, wie Felicia Langer (9) schreibt: "angesichts jeglichen Unrechts und Verbrechens nicht zu schweigen, sondern alle Formen von Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen und die Würde und Rechte der Menschen, wer auch immer sie sein mögen, zu verteidigen." Dem schließen wir uns an und wollen noch hinzufügen: und uns mit jeglichen Herrschaftsverhältnissen in den verschiedensten Ausprägungen und komplexen Vernetzungen wie Nationalismus, Patriarchat, Sexismus, soziale Normierungen und Kategorisierungen (wie z.B. nach Geschlecht, nach Fähigkeiten und Erscheinungen), wie Kapitalismus und Imperialismus, Neoliberalismus, kapitalistische Globalisierung und weiteren auseinander zu setzen und sie zu bekämpfen - und zwar nicht nach dogmatischen und fundamentalistischen Rezepten, sondern stets in seiner gesellschaftlichen Widersprüchlichkeit.

Es geht uns nicht darum, die Legitimation und Eroberung von Macht zu unterstützen, sondern um deren Auflösung. Und Solidarität heißt für uns immer auch das Aufbrechen von inneren und äußeren Herrschaftsverhältnissen. Dazu ist es notwendig - stets und immer wieder neu -, eigene Begriffe von Recht und Legitimität, von Gewalt und Widerstand zu entwickeln.

Hieraus folgern wir unter anderem auch unser Verständnis für das Bestreben der jüdischen Bevölkerung nach einem sicheren Staat und der palästinensischen Bevölkerung nach einem eigenen und sicheren Staat. Hieraus folgert aber auch unsere Kritik an der israelischen Besetzung des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und Ostjerusalems und an der Errichtung von Siedlungen auf palästinensischem Gebiet. Und wir folgern daraus nicht zuletzt unsere Kritik an den ideologischen Wurzeln dieser Besetzung und unser Bemühen um eine Zusammenarbeit mit linken, progressiven Kräften in Israel und Palästina.

IV. Der Zionismus - ein jüdisches Selbstbestimmungsmodell zwischen Kolonialismus und Befreiungsnationalismus

In Denkstrukturen, die auf der Suche nach einer universellen Wahrheit sind, schließt sich Denken in Widersprüchen und Komplexität aus. Es wurde in der Vergangenheit zwar viel an Identitätspolitik und Freund/Feind-Denken kritisiert, doch immer noch scheint es manchen linken Bewegungen nicht möglich zu sein, sich von vereinnahmender und vereinfachender Parteinahme zu lösen. Und so scheint diesen heute auch eine Kritik am Zionismus als unmöglich, da sie das Existenzrecht Israels angreifen würde und aus diesem Kontext heraus antisemitisch sei. Historisch betrachtet war die zionistische Siedlungspolitik ein Unrecht. (10)

Aus der konkreten Bedrohung durch den europäischen Antisemitismus erwuchs bei vielen JüdInnen seit Anfang des 19. Jahrhunderts der Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung. Aus dieser Stimmung heraus wurde Ende des 19. Jahrhunderts Palästina als das "Land ohne Volk für das Volk ohne Land" betrachtet. Entsprach der zweite Teil noch der Realität vieler JüdInnen, so war der erste schlichtweg koloniales Wunschdenken. Dieses Denken war dabei beileibe keine zionistische Besonderheit. Es entsprach vielmehr der europäischen Auffassung um die Jahrhundertwende, dass der Kolonialismus ein notwendiger Schritt sei, um den Völkern Asiens und Afrikas die "Errungenschaften der Zivilisation" näher zu bringen und die "brachliegenden" Ländereien und Rohstoffe zu erschließen. Die positiven (und negativen) Elemente eines Befreiungsnationalismus wurden im Zionismus mit den destruktiven Elementen des europäischen Kolonialismus verknüpft. Eine der Schlüsselfiguren der zionistischen Bewegung, Theodor Herzel, formulierte dies ganz im Sinne der europäischen Nationalstaaten: "Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen." (11)

Ein westliches Verständnis von Zivilisation, das noch heute aktuell ist, wie es zum Beispiel im "Kampf der Zivilisation gegen den Terror", in den Berichten über Afghanistan oder den Irak - wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen - nach wie vor aufscheint. Jedoch war der Zionismus kein einheitliches, schon gar nicht gesamtjüdisches Konzept. Weite Teile der JüdInnen lehnten einen jüdischen Nationalismus ab. Auch innerhalb der zionistischen Bewegung gab es unterschiedliche Strömungen. Auf Anregung von Arthur Ruppin (12) wurde z.B. 1926 der British Shalom Bund gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die jüdisch-arabischen Beziehungen zu erforschen und das Verhältnis beider Gruppen zu verbessern.

Ausdrücklich lehnte Ruppin während des 16. zionistischen Kongresses 1929 in Zürich jedweden hegemonialen Herrschaftsanspruch der Juden in Palästina ab: "Wir sollten uns freihalten von dem Irrtum, der ein Jahrhundert hindurch Europa beherrschte und zu der Katastrophe des Weltkrieges führte, dass in einem Staat nur eine Nationalität herrschen kann ... Wir wollen den Chauvinismus, den wir bei anderen Völkern hassen, auch bei uns bekämpfen." (13) Zeitweise befürworteten zwar auch Personen wie David Ben Gurion (14) oder Chaim Weizmann (15) eine binationale Variante (ein Staat, zwei Völker), durchsetzen konnten sich solche Konzepte jedoch nicht.

Für große Teile der JüdInnen wurden diese Fragen spätestens mit Beginn des Nationalsozialismus in Deutschland ne-bensächlich. Die Pogromstimmung und anlaufende Massenvernichtung stärkte das Nationalgefühl, und gegen den Widerstand der britischen Besatzungsmacht wurde die Einwanderung nach Israel forciert. Um eine sofortige mögliche Zufluchtsstätte vor der Vernichtung zu schaffen, war Palästina eine der wenigen Möglichkeiten.

Eine friedliche Koexistenz mit dem arabischen Bevölkerungsteil schien vor diesem Hintergrund nicht mehr möglich, und sämtliche Stimmen, die dies einforderten, verloren in der zionistischen Bewegung an Einfluss. Die Konsequenz bedeutete, dass die PalästinenserInnen zu den Leidtragenden einer Entwicklung wurden, die sie nicht zu verantworten hatten, denn der europäische Antisemitismus der Neuzeit ist die Ursache der zionistischen Bestrebungen gewesen. Der deutsche Antisemitismus hat diesen durch die angestrebte Endlösung zu einer Frage des Überlebens werden lassen.

Als Fazit bleibt für uns stehen, dass die Vertreibung der PalästinenserInnen ein Unrecht war, das durch den Holocaust zwar nachvollziehbar, aber als Ideologie und Praxis dennoch nicht als legitim betrachtet werden kann. Dies darf dennoch den heutigen Staat Israel nicht in Frage stellen. Denn es gilt für alle in Israel und Palästina, aus der Logik der Aufrechnung, des Opferzählens und des Anmeldens von Ansprüchen aus historischen Ereignissen auszubrechen und Verständigung zu suchen; die wahrscheinlich einzige Chance für einen gerechten Frieden, der nicht Totenstille meint.

Die Verbrechen Deutschlands und Europas werden durch dieses Ausbrechen aus der Logik der Aufrechnung im Nahostkonflikt keineswegs entschuldet. Die Parole "Kein Vergeben, kein Vergessen" behält seine Gültigkeit. Die Erinnerung an den Holocaust und der Kampf gegen Antisemitismus und Faschismus behalten ihre Aktualität.

V. Nationalstaaten als Voraussetzung zur Überwindung des Nationalismus

Die Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt ist nach wie vor ein politisches und persönliches Minenfeld. Die komplexe eigene Verwobenheit mit diesem Thema durch die deutsche Geschichte und eigenen

Antisemitismus, Antiislamismus oder Rassismus macht eine Positionierung schwer. Zudem ist es kaum möglich, eine "richtige" Seite einzunehmen. Wer es versucht, wird meist lediglich zum Protagonisten einer unbedingten Parteinahme mit den nationalen Strömungen in Israel oder in Palästina.

Diese unbedingten Parteinahmen reproduzieren lediglich die dogmatisch/fundamentalistischen Strömungen des dortigen Konflikts - klammern die Widersprüche und kritischen Ansätze aus und tragen so lediglich zu einer diskursiven Eskalation des Konfliktes bei.

Als Vorschlag für eine Lösung des Konflikts hat Uri Avnery als Sprecher der israelischen Friedensorganisation "Gusch Shalom" für diese 80 Thesen (16) in der israelischen Tageszeitung Ha`aretz veröffentlicht. Dort heißt es u.a.: "Mit einem neuen Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart muss das neue Friedenslager einen Friedensplan erarbeiten, der auf folgenden Grundlagen beruht:

- Neben Israel wird ein unabhängiger und freier Palästinastaat gegründet.

- Die ‚Grüne Linie`(17) wird die Grenze zwischen den beiden Staaten. Mit Zustimmung beider Seiten ist ein begrenzter Gebietsaustausch möglich.

- Die israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinastaates werden geräumt.

- Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird nach einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Regelung für die Bewegung von Personen und Gütern offen sein.

- Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten - West-Jerusalem die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas (...)

- Israel wird prinzipiell das Recht der Palästinenser auf Rückkehr als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das auf gerechten, fairen und praktischen Erwägungen beruht und die Rückkehr auf das Gebiet des Staates Palästina, auf das Gebiet des Staates Israel und Entschädigungen einschließt. (18)

- Die Wasservorkommen werden gemeinsam kontrolliert und in einem gleichberechtigten und fairen Abkommen zugeteilt.

- Die Sicherheit beider Staaten wird in einem beidseitigen Abkommen garantiert, das die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels wie Palästinas berücksichtigt.

- Israel und Palästina werden mit andern Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine Nahost-Gemeinschaft nach dem Modell der Europäischen Union zu errichten."

Diese Vorschläge bieten für uns einen Anknüpfungspunkt für die weitere Diskussion innerhalb der BRD-Linken zum Israel/Palästina-Konflikt. Die israelische Regierung ist für uns die derzeit entscheidende Kriegspartei, die einer Friedenslösung im Wege steht. Mit dem nach wie vor betriebenen Aufbau von neuen Siedlungen (19) und mit staatlich legitimierten Militäraktionen, die mittels Todeslisten vermeintliche und tatsächliche Attentäter und Führungspersonen der verschiedenen Strömungen des palästinensischen Widerstandes ermorden, durch den Einmarsch in Flüchtlingslager und durch Massenverhaftungen der Zivilbevölkerung eskaliert diese Politik den Konflikt und macht den Konflikt zum Krieg. Auf der anderen Seite dieser Gewaltspirale stehen menschenverachtende Selbstmordattentate von PalästinenserInnen auf die jüdische Zivilbevölkerung, die für uns ebenfalls Verbrechen sind und die eine Friedenslösung immer schwieriger erscheinen lassen.

Der israelische Friedensblock "Gusch Shalom" erklärte hierzu am 18.6.2002 nach einem neuen schweren Selbstmordanschlag: "Heute wurden weitere 19 Menschen auf dem sinnlosen Altar der andauernden Okkupation in der West Bank und dem Gaza Streifen geopfert. Das Besatzerregime, welches seit 35 Jahren andauert - fast zwei Drittel der gesamten israelischen Geschichte -, ist der fruchtbare Boden aus Hass und Verzweiflung, auf welchem die Selbstmordattentäter gedeihen. Die andauernde Verweigerung von Grundrechten für die Bevölkerung der besetzten Gebiete, insgesamt dreieinhalb Millionen Menschen, treibt einige dieser Menschen zu abscheulichen Taten, dem beliebigen Töten von israelischen Zivilisten. Diese verurteilenswerten Taten spielen direkt in die Hände Sharons und der extremen Rechten. Bei aller Abscheulichkeit der Attentate, es ist sinnlos, diese mit militärischen Einsätzen beenden zu wollen, weder mit Bomben aus der Luft, noch mit Invasionen ... Nur eine Beendung der Besatzung durch politische

Entscheidungen, welche die Wünsche der Palästinenser berücksichtigen, können das Phänomen der Selbstmordattentate an der Wurzel bekämpfen und den jungen Palästinensern, aus deren Reihen die Attentäter angeworben werden, neue Hoffnung bringen." (20)

Die Bilder des bombardierten dicht besiedelten Wohngebietes in Gaza-Stadt (21) sind ein Beispiel dafür, dass ein Kampf gegen SelbstmordattentäterInnen keine militärische Intervention legitimieren kann. Eine Friedenslösung wird nur über eine Abkehr der israelischen Politik der Stärke und Vergeltung führen.

Die israelische und palästinensische Linke, gemeinsame Organisationen wie "Gush Shalom", das "Komitee gegen Häuserzerstörungen" oder das "Alternativ Information Center" sind für uns ein positiver Bezugspunkt im Nahostkonflikt. Für die Linke hier gilt es, Kontakte zur undogmatischen palästinensischen und israelischen Linken und Friedensbewegung aufzubauen und diese zu unterstützen, deutsche Interessen im Konflikt anzugreifen und eine Diskussion über Möglichkeiten der Kritik und Solidarität zu entwickeln. Wichtig ist auch, linke israelische und palästinensische WissenschaftlerInnen, Kulturschaffende aus Theater, Film, Medien, Literatur und Bildung wahrzunehmen, die auch die Sichtweise der jeweils "Anderen" einbeziehen und ein kritisches Verhältnis zu Vergangenheit und Gegenwart entwickeln. (22) Unterstützung und die Verbreitung von deren Projekten sind ein mögliches Beispiel für praktische Solidarität im Nahostkonflikt.

Eine Zusammenarbeit mit antisemitischen oder antiarabischen Gruppen lehnen wir ab. Das heißt z.B., wir werden nicht mit Organisationen, die Hamas, Dshihad al-Islami oder den Al Aksa Brigaden nahe stehen, auf die Straße gehen, um Israel zu kritisieren. Die durch den Holocaust geprägte Geschichte Deutschlands macht besondere Verantwortung und Wachsamkeit gegenüber Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz erforderlich. Wir halten es aber gerade deshalb für notwendig, eigene Aktionsformen zu entwickeln, um den politischen Druck der undogmatischen linken Bewegungen in Israel und Palästina gegen die israelische Besatzung zu unterstützen. Für diesen Prozess ist es notwendig, eigene politische Standpunkte gegen die israelische Besatzung zu entwickeln und diese öffentlich zu vertreten. Für die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Menschen sind für uns von zentraler Bedeutung:

- Anerkennung des israelischen Staates,

- die Schaffung und Anerkennung eines palästinensischen Staates,

- die Anerkennung des Widerstandsrechtes der PalästinenserInnen gegen die Besatzung,

- die Verurteilung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Israel und Palästina,

- die Verurteilung von Rassismus, Antiislamismus und Antisemitismus.

Wir denken nicht, dass eine gemeinsame Friedenslösung relevanter, gesellschaftlicher Strömungen in Israel und Palästina der alleinige Schlüssel zur Beendigung des Konfliktes wäre.

Zu viele regionale und globale Interessen spielen auf diesem Terrain eine Rolle. Die Entschlüsselung der vielfältigen Interessen bleibt eine Aufgabe für die weitere Auseinandersetzung. Uns geht es mit diesem Text darum, eine Perspektive aufzuzeigen, die Ausgangspunkte erklärt und politische Ziele formuliert, und die eine solche Auseinandersetzung möglich machen soll.

Es ist notwendig, den Konflikt und mögliche Lösungen in ihrem historischen, gesellschaftlichen Kontext und sich selbst als Teil des Problems zu begreifen. Dies bedeutet, Position zu beziehen gegen fundamentalistische und dogmatische Bevormundung, gegen Besserwisserei und Überheblichkeit und gegen intellektuellen Kolonialismus, der Israelis und PalästinenserInnen sagen will, wo es lang geht.

Eine wichtige Voraussetzung für die Zusammenarbeit hier in der BRD ist, dass es um die Menschen in Israel und Palästina geht und nicht um eine deutsche Geschichtsabwicklung und Vergangenheitsbewältigung á la Bahamas-Redaktion, Jürgen Möllemann oder Joschka Fischer. Keine Kritik an Unrecht hat Vergleiche nötig. Sie verwirren in der Regel den Blick und erleichtern es, von den eigentlichen Interessen abzulenken.

VI. Israel und Palästina - das Ende differenter Lebensentwürfe?

Dürfen Deutsche Israel kritisieren? Können JüdInnen rassistisch sein? Sind unterdrückte PalästinenserInnen im Widerstand antisemitisch? Jede vereinfachende Antwort auf solche Fragen trägt den Geschmack der Heuchelei und Funktionalisierung für eigene Interessen in sich. Kritik ist Voraussetzung für Solidarität und

gemeinsame Entwicklung. Ohne solche kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Politik wird die deutsche Linke ihren Antisemitismus nicht überwinden, da sie sich fortwährend eine jüdische Identität als Projektion der Shoa konstruiert. Wer aber nicht den Menschen sieht, sondern nur die ihm zugeschriebene Rolle, die er zu erfüllen hat, reproduziert so den Antisemitismus, den er angeblich zu bekämpfen sucht.

Deutlich drückt sich dieses Verhältnis darin aus, wenn heute Kapitalismuskritik pauschal mit Antiamerikanismus und daraus folgernd mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Hier lebt der "ewige Jude" fort, der angeblich als Vorstandsvorsitzender und Geldverleiher die Wirtschaft kontrollieren und nach der Weltmacht streben soll. Sicherlich gibt es auch politische Strömungen, die solche Bilder aufgreifen. (23) Der Rückschluss aber, Kritik an internationalen Konzernen, an Neoliberalismus und kapitalistischer Globalisierung greife diese Sichtweise per se auf, befreit das Denken nicht von antisemitischen Konstrukten, sondern lässt gerade diese als Abbildung weiter durchscheinen.

Seit Anfang der neunziger Jahre wird verstärkt um Begriffe wie Gender, Geschlechterkategorisierung, Queer oder überhaupt um die Rolle gesellschaftlicher Kategorisierung für Herrschaft diskutiert. Bei diesen Begriffen geht es in erster Linie darum, aus bipolaren Denkkonzepten auszubrechen. Es werden Ansätze von Subjektivität gesucht, ohne in eine Identitätsfalle zu geraten. Es gibt nicht nur zwei Seiten einer Sache, sondern den Blick hinter diese konstruierten Zuordnungen.

Der Diskurs um die oben genannten Begriffe findet sein Ende und seine Konterkarierung im Nahostkonflikt, wenn sich in Zuordnungen wie "die Juden" und "die Palästinenser" als einheitliche Kollektive versucht wird. Eigene Erfahrungen, Widersprüche und Utopien kommen nicht mehr vor, stattdessen werden Theorien abstrakt konstruiert und gegeneinander gestellt.

Wer schreibt denn noch über die Werte, Ängste und Hoffnungen von israelischen und palästinensischen Jugendlichen, Transsexuellen, Schwulen/Lesben oder undogmatischen Linken. In der derzeitigen Diskussion tauchen diese auseinander strebenden Lebensentwürfe nicht mehr auf.

Auf die eine Seite wird Auschwitz gestellt - auf die andere Sabra und Schatila (24), dazwischen Juden und Araber nur noch als Objekte ihrer ethnischen und religiösen Geschichte. Funktionalisiert als Opfer, Kriegshelden und Märtyrer. Eingesetzt als Schachfiguren auf dem Schlachtfeld ideologischer Hegemonialbestrebungen. Eine Wahl scheint es vor diesem Hintergrund nicht zu geben, nur das Leben, Kämpfen und Sterben als Angehörige(r) des jüdischen oder palästinensischen Kollektivs. Wir wollen sie aber nicht aufgeben, die Solidarität mit unseren GefährtInnen, die an den Wahrheiten, den aufgezwängten Rollen und der Gegebenheit der politischen Verhältnisse zweifeln und sie zu verändern suchen.

Wir wollen festhalten an der Solidarität mit denen, die diese Verhältnisse stören, die ausbrechen, die sich möglicherweise verirren, die Spuren in eine bessere Zukunft legen. An ihnen orientiert sich unser politisches Verhältnis, unser Wunsch nach Kommunikation und unser hedonistisches Bedürfnis nach Lebensfreude und Befreiung.

Hamburg, August 2002

Kontakt: mail: nofw@gmx.de. Postfach: nofw c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Anmerkungen:

1) "Die unparteiische Art, Partei zu ergreifen" Flugblatt von "Einige Kommunisten und Kommunistinnen" (2002).

2) ebenda

3) Uri Avnery wurde 1923 in Beckum/Westfalen geboren. 1933 wanderte er mit seiner Familie nach Palästina aus. Er kämpfte 1948 auf Seiten Israels im Krieg, war mehrfach Mitglied der Knesset und gründete 1992 gemeinsam mit anderen die Gruppe "Gusch Shalom" (israelischer Friedensblock).

4) Wir beziehen uns dabei auf die Kampagne, die Mitte der 80er-Jahre von linksradikalen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen in Anlehnung an den Südafrika-Boykott gestartet wurde und die ihren umstrittensten Ausdruck in einem Wandbild an der Hamburger Hafenstraße fand.

5) Dieser Vergleich tauchte in "Der Anschlag und die Linken", einem antideutschen Flugblatt zu einer Veranstaltung, die im Hamburger Kölibri am 17.4.2002 stattfinden sollte, auf. Solche Schulterschlüsse werden aber auch von der Bahamas und auf antideutschen Plakaten vertreten.

6) z.B: "Autoemanzipation" von Leon Pinsker (1882); "Israels Heilung" von Isaak Rülf (1883); "Der Judenstaat" von Theodor Herzl (1895); "Revisionismus" von Richard Lichtheim (1931); "Reden und Aufsätze (1906-36)" von Chaim Weizmann.

7) vgl. Moshe Zuckermann: "Zweierlei Holocaust - Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands" (1998), Nachwort ab S.165.

8) ebenda S.173); nach Azmi Bishra, "Die Araber und der Holocaust" in Zmanim, Nr. 55 (1995), S. 54-71 (hebräisch).

9) Felicia Langer, "Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser" (2001). F. Langer, in Polen geborene Jüdin, als Kind mit der Familie vor den Nazis geflohen, nach dem Krieg nach Israel ausgewandert. Mehr als 20 Jahre Rechtsanwältin von PalästinenserInnen. Seit 1990 lebt sie in der BRD.

10) s. Anm. 17, Thesen von Uri Avnery.

11) Theodor Herzel: "Der Judenstaat" (1895).

12) Arthur Ruppin (geb. 1867 in Deutschland) war Soziologe und leitete ab 1908 das Eretz Israel Büro der Zionistischen Organisation in Jaffa, das für Landerwerb und den Aufbau von Siedlungen verantwortlich war. Ab 1926 lehrte Ruppin Soziologie der Juden an der Hebräischen Universität. Er half bei der Ansiedlung deutscher Einwanderer während des Aufstiegs des Nationalsozialismus. Er starb 1943 in Jerusalem.

13) Stenografisches Protokoll des Kongresses - zitiert nach "Zionismus - Texte zu seiner Entwicklung" von Julius H. Schoeps (1983).

14) David Ben Gurion; geboren 1886 als D. Grün, gestorben 1973, israelischer Politiker polnischer Herkunft; Mitgründer und Führer der Mapai (1930-65); 1948-53 erster Ministerpräsident und Verteidigungsminister, 1955-63 wieder Ministerpräsident.

15) Chaim Weizmann (1874-1952), israelischer Politiker; geb. in Weißrussland, 1918 leitete die zionistische Palästina-Kommission, 1920-30 und 1935-46 Präsident der Zionistischen Weltorganisation, 1948-49 Präsident des provisorischen Staatsrats, von Februar 1949 bis zu seinem Tode 1952 erster Staatspräsident Israels.

16) "Israel und Palästina: 80 Thesen für ein neues Friedenslager. Ein Entwurf der israelischen Friedensorganisation "Gusch Shalom"", www.friedensratschlag.de

17) Grenze von 1967 (vor dem 6-Tage-Krieg).

18) "Das Recht auf Rückkehr", Uri Avnery, aus: "Israel, die Palästinenser und wir", Marxistische Blätter (Juli/August 2001).

19) Während 1991 (z. Zt. des Oslo-Vertrags) etwa 90.000 israelische SiedlerInnen auf palästinensischem Territorium lebten, waren es im Jahr 2000 schon über 200.000.

20) Presseerklärung von Gush Schalom vom 18.6.02 (übersetzt aus dem Englischen); Kontakt: www.gush-shalom.org.

21) Bei einem israelischen Raketenanschlag am 25.7.02 auf Salah Schehada, den Militärchef der Hamas in Gaza, sterben insgesamt 15 ZivilistInnen und über 100 wurden verletzt. Von Israels Premierminister Ariel Sharon wurde die Ermordung von Schehada dennoch als "großer Erfolg" bezeichnet.

22) Z.B. Ilan Pappe, Dozent für Politikwissenschaft an der Haifa University u. Akademischer Direktor des Research Institute for Peace (Friedensforschungs-Institut) in Givat Haviva. Von ihm stammen zahlreiche Veröffentlichungen. Er hat die Theorie einer postzionistischen Gesellschaft in Israel mitentwickelt und ist einer der führenden new historians, die die herrschende israelische Geschichtsschreibung kritisieren. Unter anderem deshalb droht Pappe jetzt auf Betreiben der Universitätsleitung von Haifa die Entlassung und das Ende seiner akademischen Karriere.

23) Bekanntestes Beispiel aus der BRD dürfte der ehemalige linksradikale Horst Mahler sein, der heute als Funktionär der rechtsextremen NPD ein solches Bild entwirft.

24) Zwei palästinensische Flüchtlingslager im Libanon, in denen 1982 mit Billigung des damaligen Verteidigungsministers und jetzigen israelischen Regierungschef Ariel Sharon Massaker durch libanesische christliche Milizen stattfanden.

"Solidarität mit Israel heißt nicht automatische Affirmation

ihrer Regierungs- bzw. Militärpolitik. Es gibt Zeiten, in denen der radikale

Protest gegen die israelische Politik sich als tiefste

Solidaritätsbekundung mit Israelis und Palästinensern in diesem

ihrem unseligen Konflikt erweisen mag. Eine solche Zeit ist die

gegenwärtige." Moshe Zuckermann

31. Geschichten vom Trüffelschwein. Bundesrepublik: Droht ein neuer Faschismus?

Autor: Michael Steffen · Rubrik: KB und AK; Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:06

Dieser Tage legt Michael Steffen im Verlag Assoziation A eine Geschichte des Kommunistischen Bundes vor. Nachgezeichnet werden die unterschiedlichen Phasen der 20-jährigen Geschichte des KB im Kontext der Entwicklungslinien der Neuen Linken nach 1968: die Gründung des KB 1971 in Hamburg im Zeichen eines marxistisch-leninistischen Selbstverständnisses. Die bis 1975 zu datierende Phase einer ML-Politik im engeren Sinne, das Primat der Betriebsarbeit und des Internationalismus. Die Umorientierung auf die Politikfelder der neuen sozialen Bewegungen und der Versuch der radikalisierende Einflussnahme, der auch eine Unterstützung des Gründungsprozesses der Grünen mit einschloss. Die Spaltung des KB 1979 im Spagat zwischen ML-Anspruch und Praxis in der alternativen Bewegung. Die Marginalisierung des KB in den 80er Jahren und schließlich seine Fraktionierung und Auflösung 1991 in der mit den weltpolitischen Ereignissen von 1989/91 einsetzenden Krise der gesamten radikalen Linken der BRD.

Wir veröffentlichen als Vorabdruck einen Ausschnitt aus dem 2. Kapitel, der leicht redaktionell bearbeitet und gekürzt wurde. Verzichtet wurde zudem auf den umfangreichen Anmerkungsapparat.

In seiner Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft begriff der KB die "Möglichkeit eines neuen Faschismus als aktuelle Gefahr" und maß dem Kampf gegen den "von oben" forcierten Prozess der "Faschisierung" in strategischer und taktischer Hinsicht einen zentralen Stellenwert bei. Diese Position muss auch unter dem Gesichtspunkt des "Abgrenzungszwangs" gegenüber dem KBW (bzw. dessen Vorgängerzirkeln) verstanden werden. Der konkurrierende ML-Bund veröffentlichte bis 1976 kein wichtiges Dokument, in dem nicht der "Aufschwung der Arbeiterklasse" und die "Linkswendung der Massen" behauptet wurde, und stellte damit nach Ansicht des KB das "aktuelle Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in Westdeutschland" auf den Kopf. Der KB dagegen riet, solche "Illusionen" an der Wirklichkeit zu messen: "Wir stehen heute nicht mitten in einem revolutionären Aufschwung, sondern immer noch am Anfang eines harten Wegs".

Faschisierungsthese als Programmersatz

Die Faschismusfrage, die Frage also, was Faschismus historisch sei und wie die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik aktuell eingeschätzt werden müsse, stand spätestens seit den Ereignissen, die sich mit dem 2. Juni 1967 in Westberlin verbinden (Erschießung von Benno Ohnesorg), im Zentrum aller linken Debatten. Mit diesem Datum war für die linksradikale Opposition im Prinzip evident, dass das "postfaschistische System in der BRD" zu einem "präfaschistischen" geworden ist (wie es in einer Erklärung des SDS nach dem 2. Juni hieß). Hatte schon der SDS versäumt, eine konkrete Faschismusanalyse zu leisten, so blieb auch in der ML-Bewegung ein ahistorischer Begriff von Faschismus vorherrschend.

Mit seiner spezifischen Faschisierungsthese griff der Hamburger Bund unmittelbar in die "strategische Auseinandersetzung der Nach-Apo-Zeit" ein. Sie wurde im Frühjahr 1972 in drei aufeinander folgenden, ohne Autorennennung veröffentlichten Artikeln im AK dargelegt, die keinen ausgesprochen programmatischen Anspruch erhoben, sondern als "Diskussionsbeitrag" zur Faschismusfrage angelegt waren, innerhalb der Organisation aber auf keinerlei Widerspruch stießen. (Das mag daran gelegen haben, dass die Faschisierungsthese schon in den Debatten der beiden Gründerzirkel Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) und Kommunistischer Arbeiterbund (KAB) des KB vorgebildet und als Essential akzeptiert worden war, wofür insbesondere die Wahrnehmung der ersten Großfahndung nach Mitgliedern der RAF mit der Erschießung Petra Schelms im Juli 1971 in Hamburg eine wesentliche Rolle gespielt hat.) Die Faschisierungsthese des KB entwickelte sich zum wichtigsten "ideologischen Kristallisationspunkt" nach innen und diente nach außen als Markenzeichen und bedeutendes Unterscheidungsmerkmal zu anderen Gruppen der radikalen Linken. Sie war das Essential der konzeptionellen Grundausrichtung des KB und fungierte quasi als dessen informelles Programm, so dass anfangs weder ihre immanente Logik noch ihr Wahrheitsgehalt zur Debatte standen. Für ihre Richtigkeit sprach zum einen die Interpretation der sozialliberalen Regierungspolitik als imperialistisch und repressiv ("Modell Deutschland"), zum anderen die Wahrnehmung der oppositionellen

Unionsparteien als neonazistisch verstrickt ("Braunzone"). Bundeskanzler Helmut Schmidt als "Oberlehrer und Feldwebel Europas" und Franz-Josef Strauß (CSU) als "Führer des Rechtskartells" wurden nicht nur vom KB, sondern von der gesamten radikalen Linken als im Grunde austauschbare zentrale Hassobjekte bekämpft. Speziell in der zweiten Hälfte der 70er Jahre konzentrierte sich der KB vor allem darauf, den "Faschisierungsprozess" anhand phänomenologischer Beispiele zu belegen, was im Ansatz der 1974 gegründeten Antifakommission, in der Zuarbeit zum Russell-Tribunal (1977/78) sowie in zahlreichen Publikationen des Bundes seinen Ausdruck fand.

Faschismustheoretische Abgrenzungen KB/KBW

Die Positionierung des KB in der Faschismusfrage erfolgte vor allem in strikter Abgrenzung zum KBW (bzw. zu dessen Vorgängerzirkeln). Während die Polemik einem zeitgleich im akademischen Marxismus ausgetragenen Disput zu folgen schien, haben die beiden Kontrahenten hierauf allerdings nie explizit Bezug genommen. Zwei Punkte waren es vor allem, mit denen sich der Hamburger Bund in seiner Fragment gebliebenen "Faschismustheorie" von den Ansätzen des konkurrierenden ML-Bundes abzugrenzen suchte.

Konsens herrschte bei der Definition des Faschismus als "terroristischer Diktatur der Bourgeoisie" zum Zwecke der Systemsicherung. Damit knüpfte der KB an Positionen des KAB an, der sich gegen die von Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Komintern von 1935 vorgetragenen Thesen abgegrenzte (Revisionismusvorwurf), gleichzeitig aber bestimmte Elemente dieses Ansatzes in seine eigene Konzeption integriert hatte. Faschismus war hier als "offene, terroristische Diktatur" begriffen worden, nicht jedoch im Sinne von Dimitroff der "reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, sondern der "Kapitalistenklasse" schlechthin, womit aber gleichfalls zwischen parlamentarisch verfassten und faschistischen Regimen bürgerlicher Herrschaft unterschieden werden sollte.

Umstritten war zwischen KB und KBW erstens die Frage nach dem Zeitpunkt und den Umständen des Machtantritts des Faschismus. Erfolgt dieser relativ früh im Zuge eines Prozesses der Faschisierung und als Ausdruck eines Aktes "präventiver Konterrevolution" (KB) oder zeitlich später als konkrete und letzte Reaktion auf eine systembedrohende Krise, was auch den Begriff der Faschisierung in seiner Stringenz als fragwürdig erscheinen lassen würde (KBW)? Hiermit eng verbunden war die Frage nach der Rolle der Bourgeoisie im faschistischen Transformationsprozess. Handelte sie nach dem Verständnis des KB "offensiv", "bewusst", "planmäßig", "ohne Zwang" (Vorwärtsschreiten in den Faschismus) oder "defensiv", "reaktiv", "gezwungenermaßen" (Zurückweichen in den Faschismus), wie vom KBW behauptet? Die zweite Differenz bestand in der Einschätzung der Bedeutung kleinbürgerlicher Massenbewegungen, wie sie historisch in Italien und Deutschland Basis faschistischer Regime waren. Während der KB einen "Faschismus ohne Massenbewegung" für möglich hielt, galt diese im Faschismusverständnis des KBW als konstitutiv. Der KBW sah eine solche Massenbewegung in der Transformationsdynamik als autonome, vorwärts treibende Kraft an, in der Konzeption des KB war sie dort, wo sie auftritt, lediglich Ausdruck der politisch-ideologischen Einflussnahme und des "Willens der Bourgeoisie".

Faschisierung von Staat und Gesellschaft

"Faschisierung" war für den KB definiert als ein von Seiten der Bourgeoisie (Kapital, Parteien) "bewusst" forcierter Prozess des "Herankommens" an den Faschismus, mit dem sich diese schon in Zeiten relativer gesellschaftlicher Stabilität präventiv auf die Bewältigung einer "kommenden Krise" und die Abwehr der hiermit verbundenen "kommenden Kämpfe" der Arbeiterklasse und "anderer betroffener Teile des Volkes" vorbereite. Im Lichte dieser These interpretierte der Hamburger Bund unterschiedliche Phänomene ökonomischer, politischer und ideologischer Art als Ausdruck einer "Faschisierung von Staat und Gesellschaft" der Bundesrepublik. Mit dem Terminus selbst bezog sich der KB explizit auf Dimitroff, der davon ausgegangen war, "dass vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern".

Kommende Krise, kommende Kämpfe

Die Faschismusprognose des KB für die Bundesrepublik war krisentheoretisch fundiert. Wie andere Gruppen der Linken auch erkannte der Bund in den kapitalistischen Metropolen den Beginn eines sich "relativ rasch verschärfenden Krisenzyklus". Zum einen schien das Voranschreiten antikolonialer bzw. antiimperialistischer

Befreiungsbewegungen in der Peripherie des Weltsystems den politischen und ökonomischen Spielraum der metropolitanen Mächte einzuengen. Zum anderen wurde erwartet, dass der auf Grund dieser globalen Entwicklung sich noch verschärfende innerimperialistische Konkurrenzkampf zu krisenhaften Rückwirkungen auch in den Zentren des Kapitals führen werde.

Der KB sah eine solche Einschätzung auch in Lenins Imperialismustheorie fundiert und sprach von einem ökonomisch vermittelten "gesteigerten Drang" imperialistischer Systeme "zur Reaktion nach innen und zur Aggression nach außen", wobei er den Faschismus allerdings nicht als adäquaten politischen Überbau, sondern als Ausnahmeregime begriff. "Der extremste Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion ist der Faschismus." Bürgerliche Systeme im Zeitalter des Imperialismus würden sich keineswegs "immer und unter allen Umständen" oder gar "gradlinig in Richtung auf Abbau demokratischer Rechte, in Richtung Unterdrückung" entwickeln. Für das Verständnis der Situation in der Bundesrepublik allerdings sei ein historisches Argument entscheidend, nämlich die "besondere Aggressivität" des deutschen Imperialismus, der nach zwei gescheiterten Versuchen erneut zur Weltmacht greife und die hiermit verbundenen Kosten auf die Massen abzuwälzen versuche.

Als Folge dieses Szenarios prognostizierte der KB die "Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik mit einer Verschärfung der Klassenkämpfe". In den Septemberstreiks von 1969 erblickte er die ersten Vorboten einer solchen Entwicklung. Die "kommenden Kämpfe" in der Folge der "kommenden Krise" verstand der Hamburger Bund als die Conditio sine qua non seiner Faschismuserwartung. "Die Frage der faschistischen Gefahr entscheidet sich für uns an der Einschätzung der kommenden Klassenkämpfe. Unter der Voraussetzung, dass diese Klassenkämpfe keinen qualitativen Sprung erleben (ein solcher Sprung war u. E. der französische Mai 1968!) und die Kontrolle der sozialdemokratischen und revisionistischen Parteizentralen über die Arbeiterklasse relativ stabil bleibt, scheint die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie einigermaßen wahrscheinlich. Wenn wir dagegen von der faschistischen Gefahr reden, so deshalb, weil wir von einer raschen Verschärfung der Widersprüche ausgehen, die in durchaus absehbarer Zeit umfangreiche Klassenkämpfe auslösen wird."

Ausbeuter haben Angst

Zwar teilte der KB mit dieser Position die in der radikalen Linken Anfang der 70er Jahre übliche Annahme einer raschen Krisenverschärfung und "Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche", sah anders als die konkurrierenden ML-Fraktionen, deren Konzeptionen durch Begriffe wie "revolutionärer Aufschwung", "Haupttendenz Revolution", "Linkswendung der Massen" und "Arbeiteroffensive" gekennzeichnet waren, die Arbeiterklassen in den "meisten imperialistischen Staaten" nicht auf dem "Vormarsch, sondern in der Defensive". Obwohl das bundesdeutsche Proletariat seit den Septemberstreiks 1969 "wieder in Bewegung geraten" sei, gingen die Kämpfe noch nicht über das schon während der 50er Jahre erreichte Niveau hinaus.

Während der KBW den "rapiden Ausbau des staatlichen Gewaltapparates" und den "Abbau der demokratischen Rechte des Volkes" als Reaktion des Staates auf den "Aufschwung der Arbeiterklasse und des Volkes" interpretierte, sah der KB die Situation von der "Offensive der Bourgeoisie" geprägt, die in ihrer Angst, "dass es mit ihrer Ausbeuterordnung in gar nicht ferner Zeit zu Ende sein könnte", zu Maßnahmen greife, "die in keinem realen Verhältnis zum aktuellen Stand der Klassenkämpfe stehen und die eindeutig vorbeugenden Charakter haben". Die westdeutsche Bourgeoisie sehe einer Zeit entgegen, wo es ihr "weniger als heute" gelingen wird, das Proletariat "ruhig" zu halten und den "Fortbestand der kapitalistischen Ausbeutung" zu garantieren. Die Politik der Faschisierung sei auf die Niederhaltung "kommender Kämpfe" ausgerichtet und treffe auf Grund der "jetzigen Schwäche der Arbeiterklasse" und der Tatsache, dass die "kommunistische Bewegung erst in ihren winzigen Anfängen" stecke, kaum auf Gegenwehr. Dieser Präventionsgedanke stand im Zentrum der Faschisierungsthese.

Akteure der Faschisierung

Als Akteure des Faschisierungsprozesses wurden die "führenden Kreise des Großkapitals" gesehen sowie die politischen Parteien, insofern sie sich deren Interessen zu Eigen machten. Dementsprechend hatte sich der Kampf gegen die Faschisierung nicht in erster Linie gegen die NPD und "andere rechtsradikale und faschistische Gruppierungen" zu richten ("ohne diesen Kampf vernachlässigen zu wollen"), sondern müsse ins Zentrum des politischen Systems zielen. Die Unionsparteien in ihren systematischen neonazistischen

Verstrickungen ("Braunzone") und die Sozialdemokratie "als gegenwärtige Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse" galten dem KB als Hauptprotagonisten der Faschisierung. In Bezug auf die Rolle der SPD wollte der KB allerdings keine Sozialfaschismusthese vertreten. Diese Partei treibe die Faschisierung voran, um der Kapitalistenklasse dienlich zu sein, "nicht weil die Sozialdemokraten Faschisten" sind. Der SPD seien in diesem Prozess ohnehin enge Grenzen gesetzt. Dort, wo sich ihre Rolle nicht mehr mit dem Image der "Arbeiterpartei" vereinbaren lasse, müsse sie abtreten und einer "noch reaktionäreren" Kraft Platz machen: der Union mit "Männern wie Strauß und Co." und deren "ganz offen faschistischer Gefolgschaft". Den christlichen Parteien wurde eine "klare faschistische Tendenz" zugesprochen, die sich zwar "gegenwärtig" in Latenz befinde, sich aber unter anderen Umständen voll entfalten könnte.

Entsprechend der voluntaristischen Konstruktion von "der Bourgeoisie als bewusst handelnder Klasse" sah der KB mit dem Prozess der Faschisierung Phänomene verbunden, die er als "Angriff" auf die "demokratischen Rechte" und die "wirtschaftliche Lage" des "arbeitenden Volkes" verstand, mit dem die Kapitalistenklasse versuche, die Krisenlasten auf die Massen abzuwälzen und gleichzeitig den erwarteten "spontanen Ausbrüchen des Klassenkampfs" zuvorzukommen. Ein solcher "Angriff" erfolge auf mehreren Ebenen. Ökonomisch führe er zu sinkenden Löhnen, Entlassungen und einer größeren "Arbeitshetze", in sozialer Hinsicht zu steigenden Preisen, Mieten und Steuern sowie fehlenden Kindergartenplätzen und unzureichend ausgestatteten Schulen, Universitäten und Krankenhäusern. In seiner "empirischen" Beweisführung zum Beleg der Faschisierungsthese verwies der Hamburger Bund immer wieder auf politisch-ideologische Maßnahmen des Staates und ihre Resonanz im gesellschaftlichen Raum. Mit dem Abbau politischer Rechte (KPD-Verbot, Notstandsgesetze, Berufsverbote), der ideologischen Einflussnahme auf breite Bevölkerungsschichten ("Krisenkampagnen der Bourgeoisie"), dem Ausbau seiner Gewaltpotenziale (Aufrüstung von Polizei, BGS und Bundeswehr) und der Repression, zunächst gegen die marginale linksradikale Opposition ("Kommunistenjagd" gegen die K-Gruppen, "Todesschusspraxis" gegen vermeintliche bzw. tatsächliche Mitglieder der RAF), schaffe der Staat sich "schon heute" Bedingungen, die er im Übergang zum Faschismus für die "totale Unterdrückung jeder demokratischen, antikapitalistischen Regung mit den Mitteln der Demagogie und des Terrors" nutzen könnte.

Auch wenn die Existenz einer faschistischen Massenbewegung im Faschismusbegriff des KB gar nicht konstitutiv war, verwies der Bund mit seiner Parole von der "Faschisierung von Staat und Gesellschaft" über die institutionelle Ebene hinaus auf die Bedeutung des Handelns der Bourgeoisie in Hinblick auf seine gesellschaftlichen Wirkungen. Das Großkapital könne sich nicht damit zufrieden geben, "einfach nur seinen Staatsapparat auszubauen, die Polizei zu verstärken, die demokratischen Rechte abzubauen". Es versuche gleichzeitig hiermit, "in der Bevölkerung eine Stimmung für diese Maßnahmen zu schaffen". Die "faschistische Verhetzung" gehe nicht nur von einigen "unbedeutenden Gruppen" des neonazistischen Lagers aus, sondern bilde einen "Bestandteil der allgemeinen bürgerlichen Politik", deren Ziel es sei, "30 Jahre nach dem Ende des Faschismus", den breiten "Massen" wieder faschistisches "Gedankengut" nahe zu bringen.

Als potenzielle Massenbasis des "neuen Faschismus" begriff der KB die Mittelschichten, und hier vor allem die Klientel der Unionsparteien, die "über Ausländerhass und nationale Überheblichkeit, Hetze gegen Minderheiten, Antikommunismus, Klerikalismus" mobilisierbar sei. Der Erfolg einer solchen staatlichen Propaganda, die innerhalb dieser Bevölkerungskreise auf besonders fruchtbaren Boden falle, war für den KB mit Dimitroff ökonomisch vermittelt und Ausdruck der Krisenanfälligkeit und der Deklassierungsangst "kleinbürgerlicher" Schichten (sozialpsychologische Kriterien wurden nicht ins Feld geführt). Obwohl der KB zum damaligen Zeitpunkt explizit "gegenwärtig" nicht von der Existenz einer faschistischen Massenbewegung ausging, erkannte er einen systematischen Prozess, in dem die Bourgeoisie mit Indoktrination und Ideologisierung bestrebt sei, "den reaktionären Radikalisierungsprozess innerhalb der Mittelklassen voranzutreiben", um den gegebenenfalls zu vollziehenden Übergang in den Faschismus auf breiterer Basis und "bruchloser" vollziehen zu können.

Exempel Italien

Die italienische Entwicklung seit den späten 60er Jahren ist als wesentliche Erfahrung in die Faschisierungsthese des KB eingeflossen. Was in Westberlin zu Zeiten der studentischen Bewegung symbolische Politik geblieben war, im Pariser Mai 1968 kurzzeitig Form angenommen hatte, war in Italien 1968/69 deutlich hervorgetreten: Eine an Breite und Militanz im Westeuropa jener Jahre einmalige antikapitalistische Massenbewegung, in der proletarische Kräfte eine besondere Rolle spielten. Auf dem

Höhepunkt der Bewegung, dem "heißen Herbst" von 1969, den Fabrikbesetzungen und militanten Demonstrationen, ereignete sich das, was die radikale Linke als "strage di stato", als "Staatsmassaker" bezeichnete. In Mailand, einem Zentrum der oppositionellen Bewegung, detonierte in einer Bank eine Bombe, die 16 zufällig anwesende Menschen, größtenteils Bauern, tötete und zahlreiche weitere schwer verletzte. Die Regierung lastete dieses Verbrechen den "Anarchisten" an und nutzte es, um massiv gegen die gesamte Linke vorgehen zu können. Später stellte sich heraus, dass die Urheber des Massakers bei den Neofaschisten zu suchen waren und "Hintermänner und Drahtzieher bis in höchste Regierungskreise" gehabt hatten. Ähnliche Attentate forderten während der gesamten 70er Jahre weitere Tote, bis hin zum schwersten Anschlag im August 1980 im Bahnhof des kommunistisch verwalteten Bologna, wo 85 Menschen starben, ohne dass bis heute die Täter ermittelt, geschweige denn zur Rechenschaft gezogen worden wären.

Für den KB, der zeitweilig eng mit der spontaneistisch-militanten Gruppe Lotta Continua zusammenarbeitete, war Italien das wesentliche Exempel für seine Faschisierungsthese. Das Land galt "unter den bürgerlich-demokratischen Ländern" als dasjenige, "in dem ein neuer Faschismus am nächsten ist". Hier trete die "kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos" am klarsten hervor, weil die Arbeiterbewegung hier "gegenwärtig am breitesten entwickelt" sei. Eine solcher Verlauf des "Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat" wurde aber "prinzipiell" für alle anderen Länder Westeuropas erwartet. Im Zentrum der italienischen Erfahrung stand für den KB die "Unterstützung und Deckung faschistischer Banden" durch Teile des Staatsapparates mit dem Ziel, die erstarkende Arbeiterbewegung wieder in die "Defensive" zu drängen. Dem voluntaristischen Charakter der Thesen des KB entsprach seine Warnung vor einem geradlinigen Übergang des "faschistischen Terrors auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Republik zur umfassenden faschistischen Diktatur" ohne Berücksichtigung (potenzieller) Gegenkräfte. (...)

Von der schrittweisen zur beschleunigten Faschisierung: Und dann?

Hinsichtlich der Frage, in welchem Tempo sich der Faschisierungsprozess in der Bundesrepublik vollziehe und wann der Übergang von parlamentarischen Formen bürgerlicher Herrschaft zu terroristischen vonstatten gehen werde, blieben die Aussagen des KB weitgehend widersprüchlich. Die Problematik des Terminus der "Faschisierung" besteht generell in seiner inhaltlichen Unschärfe. Die Grenzziehung zwischen fundamental unterschiedlichen Formen bürgerlicher Herrschaft, die mit der Dimitroffschen Faschismusformel gewonnen war, wurde so in der Agitation des KB immer wieder verwischt. Auch wenn der Bund davor warnte, "Faschismus" und "Faschisierung" gleichzusetzen und "willkürlich" alle möglichen "reaktionären Maßnahmen" der Kapitalistenklasse als "faschistisch" zu charakterisieren, vermittelte sich bei der Lektüre seiner Zeitungen in den 70er Jahren teilweise der Eindruck, der Faschisierungsprozess sei bereits an sein Ende gekommen. Tatsächlich macht die Verwendung des Begriffs nur Sinn in der Beschreibung einer gesellschaftlichen Entwicklung des unmittelbaren Übergangs von parlamentarisch-demokratischen Formen bürgerlicher Herrschaft zu terroristischen. Er sah keine "unmittelbar bevorstehende Machtergreifung des Faschismus" in der Bundesrepublik. Die Faschisierung vollziehe sich "schrittweise", die Kapitalistenklasse bemühe sich, "allmählich" das Klima für Unterdrückungsmaßnahmen vorzubereiten. Den Widerspruch einer Faschisierungsthese ohne unmittelbare Faschismuserwartung versuchte der KB agitatorisch zu lösen. Indem er anhand bestimmter politischer Entwicklungen (z. B. die Wahl Helmut Schmidts zum Bundeskanzler, 1974) qualitative Sprünge im Tempo des Herankommens an den Faschismus behauptete, schien es ihm gerechtfertigt, von einer "beschleunigten und verschärften Faschisierung von Staat und Gesellschaft" zu sprechen (zunächst als Möglichkeit angesichts der versuchten Regierungsübernahme der Union, Misstrauensvotum 1972). Organisationsintern soll mitunter das Bonmot von einer "galoppierenden" Faschisierung die Runde gemacht haben, mit dem der Zwang zu einer ständigen Steigerung der "Unheilserwartung" ironisiert wurde.

Widersprüchlich waren auch die Aussagen des Bundes über den zeitlichen Verlauf und Endpunkt der Transformation. Einerseits begriff der KB "Faschismus" historisch gesehen als eine "präventive, vorbeugende Maßnahme" der Bourgeoisie, ohne dass sie sich in einer "akuten Zwangslage" befinden müsse. Somit wurde der Endpunkt des Faschisierungsprozesses relativ früh angesetzt. Andererseits erklärte der Hamburger Bund auf der Grundlage seiner Krisentheorie und in Erwartung zunehmender Klassenkämpfe das grundlegende Scheitern der bürgerlichen Formierung (Verlust der "Kontrolle der sozialdemokratischen und revisionistischen Parteizentralen über die Arbeiterklasse") als die entscheidende Umbruchsituation. Hieraus lässt sich

schließen, dass die Etablierung eines faschistischen Regimes in der Bundesrepublik erst zu einem relativ späten Zeitpunkt erwartet wurde, nämlich dann, wenn der Staat genötigt gewesen wäre, auf einen Hegemoniegewinn sozialistischer Kräfte zu reagieren.

Seit Mitte der 80er Jahren bemühte sich der KB um eine kritische Aufarbeitung seiner Faschisierungsthese. In der im Vorfeld des 1. KB-Kongresses 1978 geführten Debatte war die Doktrin erstmals von Teilen der Organisation kritisch hinterfragt, dann aber per Resolution als "im Wesentlichen richtig" bekräftigt worden. Mit dem Antritt der liberal-konservativen Regierung (1982) erlebte die Faschisierungsthese einen neuen Aufschwung. 1985, mit der Veröffentlichung einer vierteiligen AK-Artikelfolge, erfolgte ein Revisionsversuch, der intern umstritten blieb und Gegenkräfte mobilisierte ("Frankfurter Linie"). Letztlich überspannte die Faschisierungsthese des KB seine Geschichte von den 70er bis zu den 90er Jahren. Noch im Auflösungsprozess des KB 1990/91 gewann der Denkansatz neue Wirksamkeit: So beschwor die "antideutsche" Fraktion angesichts des "Anschlusses" der DDR an die Bundesrepublik die Gefahr eines "Vierten Reiches".

Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Verlag Assoziation A, Hamburg/ Berlin 2002, ca. 420 Seiten, 21 Euro.

Das Buch kann über die Verlagsadresse, analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Tel./Fax: (040) 40170174/5,

E-Mail: vertrieb@akweb.de, bestellt werden.

32. Aggressive Vehemenz. Zum Antisemitismusstreit in der SoZ

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:01

Zum zweiten Mal seit 1997 wird in der Sozialistischen Zeitung (SoZ) über Antisemitismus gestritten. Ging es vor fünf Jahren um die Kritik am Zionismus und die Bewertung einer Gegenveranstaltung zu dessen 100-jährigem Jubiläum, so sind es diesmal ausgerechnet Möllemanns antisemitische Attacken, die zu einer heftigen Kontroverse geführt haben.

Ausgelöst wurde der Streit durch Cristoph Jünke, den verantwortlichen Redakteur der SoZ. In der Juni-Ausgabe veröffentlichte Jünke einen Kommentar mit dem Titel "Die Antisemitismusfalle. Karsli, Möllemann und der Zustand der Republik". Das "qualitativ Neue" am Fall Karsli-Möllemann, schrieb er, sei "die aggressive Vehemenz und politische Einmütigkeit, mit der nicht nur Karsli und Möllemann, sondern gleich deren ganze Partei zur Unperson der Republik erklärt wurde. Karsli ein bundesdeutscher Outlaw und Möllemann allein gegen alle, die FDP nicht mal mehr regierungsfähig - kurios, aber wahr." Verantwortlich für die Ausgrenzung sei "die in Deutschland notorische Große Koalition", die "moralische Tabus" ausspreche. Für Jünke ist Möllemann die "Zielscheibe der Hetzjagd", von Michel Friedmann "in die Ecke gedrängt", bis auch die Altliberale Hildegard Hamm-Brücher über ihn "herfiel" und wie viele andere dazu beitrug, dass "massive Pogromstimmungen" gegen Möllemann freigesetzt wurden.

Warum das alles? Weil Möllemann mit seiner Israel-Kritik "vollkommen Recht" hat und sich damit der "massiven Verdrängungsleistung" der breiten Mehrheit widersetzt, schreibt Jünke. Dass Möllemanns angebliche Israel-Kritik eine faschistoide Gewaltfantasie enthält, mit der er Selbstmordattentate gegen jüdisch-israelische ZivilistInnen de facto rechtfertigt, verschweigt er - Möllemann hatte auf seine Ausbildung zum Fallschirmjäger verwiesen und ein persönliches Bekenntnis zum Widerstand "auch im Lande des Aggressors" abgelegt. Jünke dagegen sieht Möllemann von Michel Friedmann und Paul Spiegel so provoziert, dass er "mit antisemitischen Klischees zu spielen" begann. Womit die "Diskussion um die Sache" endgültig verdrängt war. Diese "Sache" ist für Jünke nicht der Antisemitismus, sondern der israelische Krieg gegen die PalästinenserInnen: "Dieser Krieg ... wird aber nicht nur grausam, sondern auch ungleich geführt - nicht um das Existenzrecht Israels, sondern um das der Palästinenser." Es stimmt, dass das Existenzrecht Israels - trotz des Terrors palästinensischer Selbstmordattentäter - nicht akut bedroht ist. Die Behauptung aber, dass "das Existenzrecht der Palästinenser" - wohlgemerkt: der Palästinenser, nicht das eines palästinensischen Staates - auf dem Spiele stehe, ist eine Ungeheuerlichkeit. Damit nähert sich Jünke der These des portugiesischen Schriftstellers José Saramago und des linken US-Soziologen James Petras, die von einem "Genozid" am palästinensischen Volk schwadronieren.

Wenn Linke dümmer sind als Rechte ...

Nach teils vehementen Protesten von LeserInnen veröffentlichte die SoZ-Redaktion in der August-Ausgabe eine weitgehend kommuniquéhafte Redaktionserklärung "Zu Möllemann und Antisemitismus". Neben der formalen Klarstellung, dass Jünkes Position nicht "die Mehrheitsmeinung der Redaktion" wiedergebe, rückt die Redaktion nur in einem Punkt von Jünke ab: Möllemann als Opfer einer "Pogromstimmung" zu sehen sei falsch, die Wortwahl "völlig unangemessen".

Deutlicher auf Distanz gehen in der selben Ausgabe Jünkes Redaktionsgenossin Angela Klein und der ehemalige SoZ-Redakteur und jetzige PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf - allerdings ohne die direkte Konfrontation mit ihrem Kontrahenten zu suchen. Dass ihre Beiträge die "Mehrheitsmeinung" der Redaktion wiedergeben, erscheint zweifelhaft. Im Umfeld der Redaktion gibt es für Jünkes Position durchaus Sympathien, wie die vier Extra-Seiten in der September-SoZ belegen. Da erscheinen Hans-Jochen Vogels "Antisemitismusdebatten als Ersatz für Antikapitalismus- und Sozialismusdebatten", während Ex-Redakteur Manuel Kellner Winfried Wolfs (diskussionsbedürftige) These von einer Haiderisierung der FDP als "Halluzination" geißelt und offen für Jünke Partei ergreift; da beruft sich Michael Gilcher ganz unbefangen auf Norman Finkelstein, der mit seinem Buch "Holocaust Industry" zum jüdischen Kronzeugen in der Entschädigungsdebatte wurde (vgl. ak 449), und Urs Diethelm weiß ganz genau, dass "die Bourgeoisie" für

den Antisemitismus verantwortlich ist; letzterer könne erst durch die Beseitigung des Kapitalismus verschwinden, womit die Aufgabe der Linken in aller Klarheit und Einfalt definiert ist: das "emanzipatorische Projekt" der Oktoberrevolution fortzusetzen. Es lebe die Revolution! Der Kampf gegen den Antisemitismus (im SoZ-Statut ausdrücklich gefordert) lenkt da eindeutig vom "Hauptfeind" ab.

Kritische Stimmen gibt es auf den vier Debattenseiten natürlich auch. Insbesondere ak-Autor Bernhard Schmid bringt es auf den Punkt: "Wenn Linke dümmer sind als Rechte, dann ist das ein Problem - für die politische Linke." Ob Christoph Jünke die Anspielung versteht? Wahrscheinlich nicht. Er hat zwar inzwischen die "unglückliche Verwendung des Begriffes ‚Pogromstimmung`" bedauert, ansonsten aber nichts zurückgenommen. In seiner Selbstgerechtigkeit ist ihm auch entgangen, dass er ein grandioses Eigentor geschossen hat: Mit seinem Lob für den "Israel-Kritiker" Möllemann wollte er die SoZ gegen die antideutschen Bellizisten in Stellung bringen, die - wegen der angeblich tödlichen Bedrohung Israels - auch die nächsten Feldzüge im "Krieg gegen den Terror" bejubeln werden. Diese Ausrichtung der Parteireihen ist gründlich misslungen. Redaktion und Anhängerschaft der SoZ sind gespalten, derweil strahlen die antideutschen Krieger gegen den "Dschihadismus" vor Schadenfreude: Ein schöneres Geschenk als Jünkes Möllemann-Kommentar haben sie schon lange nicht mehr bekommen.

Js.

Wer in der vorstehenden Polemik die "eigene Position" des Autors zum Fall Karsli-Möllemann-Westerwelle vermisst, sei verwiesen auf die Artikel "Scharfmacher. Mainstream-Antisemitismus in Wahlkampfzeiten" (ak 462) und "Antisemitismus als politisches Projekt. Möllemann, Westerwelle und ihre Vorgänger" (ak 463).

33. Erziehung im Käfig. Hamburg führt Freiheitsentzug für Minderjährige als pädagogische Maßnahme ein

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:10

"Auf kriminelles Verhalten von Minderjährigen wird in Hamburg künftig zügig, konsequent und mit der gebotenen Härte reagiert." So beginnt eine Pressemitteilung der Hamburger Behörde für Soziales und Familie (BSF) vom 2. Juli 2002. (1) Die Behörde kündigt damit den lange erwarteten Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe an - die Wiedereinführung der geschlossenen Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche.

Geschlossene Heime, das ist ein anderes Wort für pädagogisch verbrämten Freiheitsentzug für Kinder und Jugendliche: Herausnahme aus familiären und sonstigen gewohnten sozialen Bezügen, Zwangsunterbringung in kasernen- und knastartigen Verwahranstalten mit vergitterten Fenstern und Stahltüren. Streng reglementierter Alltag mit "Rund-um-Betreuung" sprich Überwachung, ausgeklügelte Systeme von Belohnung und Strafe. "Bambule" - der Film und das Buch von Ulrike Meinhof beschreiben in nach wie vor gültiger Weise die "Erziehung im Käfig" - für ein "Leben im Käfig".

Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) von 1990 können Kinder und Jugendliche in seltenen Ausnahmefällen und nur für kurze Zeit bei Sorge um das "Kindeswohl" "in Obhut genommen" werden. Ein Freiheitsentzug als pädagogische Maßnahe oder gar "zum Schutz der Gesellschaft" wird im KJHG kategorisch ausgeschlossen. Insofern findet in diesem Gesetz auch eine langjährige Reformdiskussion über die Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe ihren (vorläufigen) Abschluss. In Hamburg waren schon 1981 im Zuge der Heimreform 20 "Amtsheime" abgeschafft worden.

Die jetzt geplante Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung dreht alle Entwicklungen und Diskussionen in der Kinder- und Jugendhilfe zurück. Der Primat von Law and Order, der die gesamte Sozialpolitik des neuen Rechtssenats in Hamburg durchzieht, kommt in diesen Plänen auf den Punkt: Die Orientierungen an Hilfe, unterstützender Betreuung, solidarischer Parteinahme und Integration wird in der Kinder- und Jugendhilfe wie auch in anderen Bereichen ersetzt durch den Gedanken der Stigmatisierung, der Strafe und der Kriminalprävention.

Die Wiedereinführung der geschlossenen Heime erfolgt nicht aus dem Nichts. Sie ist das Ergebnis einer langen, medial enorm aufgeheizten Debatte um "Jugendkriminalität" und "unfähige SozialarbeiterInnen" mit "nichts als pädagogischen Erlebnisreisen im Kopf ". Anfang der 90er Jahre machten in Hamburg die "Crash-Kids" vom Hauptbahnhof Medien-Furore, minderjährige AutoknackerInnen, die bei ihren haarsträubenden Spritztouren sich und andere in höchstem Maße gefährdeten. Bereits damals gab es den Ruf nach der harten Hand. Doch im Unterschied zu heute reagierte die Politik mit integrativen, niedrigschwelligen sozialpädagogischen Maßnahmen.

Feindbild Jugendliche

"Kriminelle Jugendliche" wurden fortan immer wieder in die Schlagzeilen gehievt: Graffiti-SprayerInnen, "Türken-Gangs", Abziehereien unter Jugendlichen, Gewalt an den Schulen etc. Als 1998 Jugendliche aus einer offenen Jugendwohnung einen Geschäftsmann überfallen und umgebracht hatten, forderte die CDU das erste Mal wieder die Rückkehr zu geschlossenen Heimen. Bei ihrem jetzigen Koalitionspartnern von der Schill-Partei stieß sie dabei auf mehr als offene Ohren. Neben der "Ausländerkriminalität" waren die "kriminellen Jugendlichen", die angeblich ganze Stadtteile terrorisierten, das bevorzugte Hassobjekt im Wahlkampf der Rechtspopulisten. "Strafunwillige Jugendrichter" und "verblendete 68er-Reformpädagogen" bekamen dabei gleich mit ihr Fett ab.

Mit der geschlossenen Unterbringung setzt der neue Senat eines seiner zentralen Wahlversprechen um. Einen Monat nach der offiziellen Ankündigung gelangte ein erstes Behördenkonzept an die Öffentlichkeit. Danach sollen insgesamt 90 Plätze in der geschlossenen Unterbringung eingerichtet werden. (Im Bundesgebiet insgesamt gibt es z.Z. ca. 130 Plätze, die aber in aller Regel nicht genutzt werden.) 50 Plätze für Jugendliche über 14 Jahren, 25 Plätze für Kinder unter 14 Jahren und noch einmal 15 Plätze für minderjährige unbegleitete

Flüchtlinge. Für sie wird ein regelrechtes Abschiebelager konzipiert. Mit 220 - 250 EUR pro Tag und Platz sind die Betriebskosten der geschlossenen Unterbringung extrem hoch. Das Geld soll - ebenso wie die notwendigen Investitionsmittel - aus dem Etat der Hilfen zur Erziehung kommen, also aus den Mitteln, auf die Kinder und Jugendliche nach dem KJHG einen einklagbaren Rechtsanspruch haben und aus dem Familienhilfe, Jugendwohnungen und ambulante Betreuungsmaßnahmen finanziert werden.

Explizit geht es dem Senat um "befristet freiheitsentziehende Maßnahmen". Ein Jahr lang sollen Jugendliche weggesperrt werden, Kinder "bei Bedarf" auch länger. In der ersten Phase der geschlossenen Unterbringung existieren "strikt geschlossene Aufnahmegruppen". Es gibt keinerlei unbegleiteten Ausgang, und jede Bewegung auf dem Heimgelände geschieht unter Aufsicht. Nur durch Wohlverhalten können in den Stufen 2 und 3 persönliche Freiheiten erworben werden. Immer droht die "Rückversetzung" in Phase 1 als Sanktionsinstrument. Die Einrichtungen sollen "fluchtsicher" hergerichtet werden. Gesicherte Fenster und Türen gehören genauso selbstverständlich dazu wie eine deutlich "grenzsetzende Betreuung", "verbindliche Regeln und konsequente Reaktion bei Zuwiderhandeln", "strukturierter Tagesablauf" und "Übernahme von Pflichten in der Einrichtung". Außerdem, so heißt es in den Erläuterungen zum Senatskonzept, "kommt den sportlichen Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu"; Law-and-Order-Pädagogik mit Turnvater Jahn.

Zur Schlüsselinstitution werden die neu geschaffenen sogenannten "Familieninterventionsteams" (FIT). Sie werden aus MitarbeiterInnen des Jugendamtes und der Polizei gebildet und operieren im gesamten Stadtgebiet als zentrale "Task Force". Damit wird die Polizei zum direkten Akteur in der Kinder- und Jugendhilfe gemacht, ein Novum, das jeder Fachdiskussion widerspricht. Bei den FIT-Teams sollen alle Informationen, die in der Schule, bei der Polizei oder bei den bezirklichen Sozialdienststellen über den/die Jugendliche(n) vorliegen, gebündelt werden. Diese "schnelle Eingreiftruppe" (Stellungnahme der Sozialpolitischen Opposition) sucht die Familien "auffälliger" Kinder und Jugendlicher "unverzüglich (d.h. innerhalb von fünf Werktagen nach der Meldung durch die Polizei" (Senatskonzept) auf und soll mit ihnen verbindliche Maßnahmekataloge besprechen. Dabei kontrolliert das FIT auch, ob Eltern sich an Absprachen halten und ob sie die Maßnahmen aktiv unterstützen. Es ist ein erklärtes Prinzip des Senatskonzeptes, "die Eltern verstärkt in die Pflicht zu nehmen". Sollten sich die Eltern "nicht kooperativ" verhalten (was immer das sein mag), können und sollen die FIT-Teams selbstständig und unverzüglich die Einweisung in die geschlossene Unterbringung beantragen. Sie sollen dabei auf den Entzug des Sorgerechts und die Bestellung eines Zwangsvormundes hinwirken.

Kinderknast und "schnelle Eingreiftruppe"

Ursprünglich war die Einführung der geschlossenen Unterbringung für den 1. Oktober geplant. Inzwischen ist der 1. Dezember als Startschuss für die neuen Kinderknäste bekannt gegeben worden. Außerdem soll das Programm mit zunächst 25 Plätzen anlaufen. Hinter diesen Verzögerungen stehen weniger inhaltliche Kontroversen, sondern eher ökonomische und organisatorische Überlegungen. Gegenüber dem Landesjugendhilfeausschuss drückte es ein Behördenvertreter so aus: "Es geht nicht darum, ob die geschlossene Unterbringung eingeführt wird, sondern nur noch darum, wie sie eingeführt wird."

Die Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung stößt auf die einhellige Kritik der Fachöffentlichkeit aus Wissenschaft, Einrichtungen und Trägern. Weder fachlich noch juristisch seien die Senatspläne akzeptabel. Der beabsichtigte Eingriff in das elterliche Sorgerecht ist rechtlich genauso umstritten wie die lange Dauer des Freiheitsentzuges. Immer wieder wird auch die faktische Instrumentalisierung der Kinder- und Jugendhilfe als Mittel der Jugendstrafjustiz kritisch hervorgehoben. Inzwischen haben über 50 Einrichtungen eine Stellungnahme unterschrieben, die auch als Anzeige veröffentlicht worden ist.

Doch auf der Ebene der parlamentarischen Politik hat die geballte Fachkritik bisher keine nennenswerten Spuren hinterlassen. Der Senat ist entschlossen, den (vermeintlichen) Volkswillen zu exekutieren. Ihn interessiert die Position von "SozialpädagogInnen mit falsch verstandenem Liberalismus" nicht. Für die oppositionelle Sozialdemokratie verkündet deren jugendpolitischer Sprecher Thomas Böwer, mit der SPD könne man jederzeit vernünftig über geschlossene Unterbringung reden. Nur die geplanten 90 Plätze seien maßlos und übertrieben. Dies ist bereits seit längerem Mehrheitsmeinung in der SPD. Schließlich hatte auch der rot-grüne Senat für "jugendliche Intensivtäter" Maßnahmen der "Intensivbetreuung" entworfen. Die Grünen lehnen die geschlossene Unterbringung zwar ab, aber hauptsächlich deswegen, weil sie zu teuer ist.

Ansonsten gehen auch sie davon aus, dass es Kinder und Jugendliche gibt, "vor denen man die Gesellschaft schützen muss." Dafür suchen die Grünen "intelligente Lösungen".

Emanzipatorische und fortschrittliche Positionen in der Kinder- und Jugendhilfepolitik wie in der Sozialpolitik allgemein sind gesellschaftlich inzwischen marginalisiert. Der Zusammenhang von Disziplin, Pflicht und Law-and-Order ist nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe die neue ideologische Leitlinie. Eine Orientierung, die ganz den sozialen Normalitätsfantasien des neuen Senats entspricht. (2) Dass dabei meilenweit an den konkreten Fakten vorbei agiert wird, spielt überhaupt keine Rolle. Die Diskussion um "Jugendkriminalität" hat eigentlich klar gemacht, wie uneindeutig, widersprüchlich und diffus die einschlägigen Statistiken sind. Einer Politik, der es in erster Linie auf die Symbolik der (sozialen) Normalität ankommt, ist es jedoch egal, ob sie mit Kanonen auf Spatzen schießt. Ihr ist auch egal, wie viel Leiden und Gewalterfahrungen sich hinter der "Auffälligkeit" von Kindern und Jugendlichen verbergen, ganz zu schweigen von der gesellschaftlich akzeptierten Gewalt und Erniedrigung, die ihnen tagtäglich vorgelebt wird.

Die Opposition gegen die geschlossene Unterbringung erfordert den Entwurf einer anderen sozialen Fantasie. Doch heute sollen genau die Träger, die früher für fortschrittliche Ansätze in der Sozialpolitik gestanden haben, die Maßnahmen der Reaktion umsetzen. (3) Ansonsten drohen Kürzungen, Schließungen und Entlassungen. Sich in einer solchen Situation zu widersetzen, ist angesichts der existenziellen Auswirkungen sicher nicht einfach. Allerdings gibt es keine wirkliche Alternative, wenn nicht massenhaft gebrochene und unglaubwürdig gewordene Personen produziert werden sollen. Es gibt heute keine Möglichkeit "mitzumachen", ohne das Gesicht zu verlieren.

Hilflose Fachöffentlichkeit

Innerhalb von drei Wochen haben bisher ca. 500 Einzelpersonen die Erklärung "Geschlossene Heime? Wir sagen NEIN!" unterschrieben. Im Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung, in dessen Regie die geschlossene Unterbringung zunächst umgesetzt werden soll, bereitet der Personalrat kollektive Versetzungsanträge vor, an anderen Stellen wird über Streik- und Boykottmaßnahmen diskutiert. Allerdings: Einrichtungen, in denen kollektiv, auf Betriebsversammlungen o.Ä., über den sozialpolitischen Angriff und eine gemeinsame Umgehensweise diskutiert wird, sind bisher die Ausnahmen.

dk

Anmerkungen:

1) Die offiziellen Verlautbarungen und Konzepte des Senats wie auch Stellungnahmen und Aktivitäten gegen die geschlossene Unterbringung finden sich auf der sozialpolitischen Website www.lichter-der-grossstadt.de

2) Vgl. Gruppe Blauer Montag: "Revolution der Kleinbürger", in ak 464

3) Wolfgang Lerche, Geschäftsführer des Landesbetriebs Erziehung und Berufsbildung, hat noch 1995 entschieden gegen die geschlossene Unterbringung Position bezogen. Heute soll und will er sie umsetzen.

34. "Innovation" ohne Rücksicht auf die Betroffenen. Sozialhilfe-Initiativen zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission

Autor: Frank Jäger · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:11

Neben den allgemeinen Jubelarien über die Vorschläge der Hartz-Kommission gibt es bisher lediglich einige kritische Stimmen aus dem Lager der Gewerkschaftslinken und der kritischen Wissenschaft. Gänzlich ungehört bleibt in der veröffentlichten Meinung die Stimme der Betroffenen - der Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen. Wir veröffentlichen des halb an dieser Stelle eine Presseerklärung, die die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen am 7. September herausgegeben hat.

Die Hartz-Vorschläge versprechen eine Halbierung der Erwerbslosenzahlen bis zum Jahr 2005. Für die Wirksamkeit der angepeilten Maßnahmen gibt es aber keinerlei wissenschaftliche Belege. Die strukturelle Erwerbslosigkeit soll mit Hilfe einer Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes, einer Modernisierung der zuständigen Behörden, der Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen sowie durch Leistungskürzungen und eine verschärfte Zumutbarkeit bekämpft werden. Bei einer Lücke von 5-6 Millionen existenzsichernden Arbeitsplätzen greift dieser Erklärungsansatz zu kurz!

Die BAG-SHI sieht vor allem in der Heraufsetzung der Geringfügigkeitsgrenze, der geplanten Ausweitung von Kombilohnprogrammen und anderen Lohnzuschüssen, der Vergrößerung des Sektors der Leiharbeit und der weiteren Legalisierung von Scheinselbstständigkeit eine staatlich geförderte Expansion des bereits vorhandenen Niedriglohnsektors. Dabei üben die Billigjobs nicht nur einen immensen Druck auf die (noch) tariflichen Löhne der meisten Beschäftigten aus, auch die Sozialhilfe als staatlich definiertes Existenzminimum gerät über das Lohnabstandsgebot zunehmend unter Druck. Lohndumping führt zwangsläufig zu Leistungsdumping und muss daher wirksam verhindert werden!

Eine Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien und die Absenkung von Leistungen für Erwerbslose lehnt die BAG-SHI ebenfalls kategorisch ab. Auch hier besteht die Gefahr, dass sich Kürzungen in einem Bereich der sozialen Sicherung früher oder später negativ auf das gesamte Niveau sozialstaatlicher Leistungen, insbesondere auf die Höhe der Regelsätze auswirken. Da die Höhe der Sozialhilfe gemessen an den allgemeinen Preissteigerungen und den veränderten Konsumbedürfnissen bereits stark ins Hintertreffen geraten ist, würde dies zu einer nicht hinnehmbaren Verschlechterung der Situation von Betroffenen führen. Menschen, die heute von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, würden unter das absolute Existenzminimum gedrückt. Ein Zustand, der sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen die Grundgedanken des Bundessozialhilfegesetzes verstößt.

Bei der Einführung einer "familienorientierten Quickvermittlung" scheint es sich, oberflächlich betrachtet, um eine Verbesserung für Familien mit Kindern und allein Erziehende und ein Beitrag zur Reduzierung von Kinderarmut zu handeln. Aber gerade diese "Innovation" wirft bei uns einige kritische Fragen auf:

- Wie steht es mit der Bereitstellung der benötigten Kinderbetreuungsplätze, wenn Mittel dafür lediglich gebündelt, jedoch keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden?

- Werden allein Erziehende in Zukunft überhaupt noch die Wahl zwischen Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit haben?

- Stehen die nötigen Teilzeitstellen zur Verfügung, die Betroffenen ein Einkommen zum Auskommen jenseits der Sozialhilfe sichern?

- Wenn durch ein spezielles Bonussystem Anreize für ArbeitsvermittlerInnen geschaffen werden sollen, gezielt Familienmütter und -väter sowie allein Erziehende zu vermitteln, welche Vorkehrungen werden getroffen, dass diese Zielgruppe nicht einer erhöhten Zumutbarkeit ausgesetzt ist?

Mit der vorgeschlagenen Wiedereinführung von "Mini-Jobs" und eines so genannten "Dienstmädchenprivilegs" werden Arbeitsbeziehungen reaktiviert, die weder mit den Prinzipien des Gender-Mainstreaming zu vereinbaren sind, noch mit unseren Bild von einer menschenwürdigen Arbeit in einer demokratischen

Gesellschaft. Der Weg in die Dienstbotengesellschaft verschärft die soziale Spaltung und führt zur weiteren Verbreitung von Armut trotz Arbeit. Die Tatsache, dass gerade den VertreterInnen von Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden die Teilnahme an der Hartz-Kommission diesem erlesenen Kreis von "Profis der Nation" verwehrt wurde, ist ein weiterer Beleg dafür, dass diese Spaltungstendenzen von der Politik bereits gebilligt werden und eine Partizipation aller sozialen Gruppen an der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht erwünscht ist.

Die Einführung einer Chipkarte für LeistungsbezieherInnen und die zentrale Erfassung von persönlichen Daten (inklusive der Ergebnisse von "Profiling" und den vorhandenen Arbeitsbescheinigungen) im so genannten "Trust Center" unter privatwirtschaftlicher Organisation verstoßen gegen die informelle Selbstbestimmung der Betroffenen. Hier entsteht ein zentrales Datenarchiv, das nicht mehr den Kontrollmechanismen einer demokratischen Gesellschaft unterworfen ist. Die lückenlose Überwachung der Erwerbsverläufe von BürgerInnen, mit dem Ziel einer optimierten passgenauen Vermittlung, schafft keine existenzsichernden Arbeitsplätze. Vielmehr besteht die Gefahr, dass mit einer Kombination von Kontrolle und verschärfter Zumutbarkeit Menschen in prekäre Beschäftigung oder aus dem Leistungsbezug und somit auch aus der Erwerbslosenstatistik herausgedrängt werden. Wir lehnen diesen Weg in die gläserne und zunehmend repressive Erwerbsgesellschaft ab!

Viele der ... Hartz-Vorschläge zielen auf eine "Verschlankung" staatlicher Behörden, die Kürzung von Lohnersatzleistungen und die von den Arbeitgebern geforderte Deregulierung bei gleichzeitiger Senkung des Lohnniveaus ab. Arbeit um jeden Preis wird zur alleinigen Maxime der Arbeitsmarktpolitik. Die Individuen selbst werden für ihre prekäre Situation verantwortlich gemacht. Es ist abzusehen, dass vor allem die Erwerbslosen die Zeche für die wundersame Halbierung der Massenarbeitslosigkeit zahlen müssen.

Das Maßnahmenpaket "moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" soll einen fundamentalen Wandel der Arbeitsbeziehungen und sozialen Sicherungssysteme einleiten. Die Art und Weise, wie ein zentral eingesetztes korporatistisches Gremium die Willensbildung bei einem derart wichtigen Thema beherrscht, verstößt gegen grundlegende demokratische Prinzipien. In der Öffentlichkeit soll der Eindruck entstehen, es gäbe keine ernst zu nehmende Alternative zu dem vorgelegten Konzept. Indem alle kritischen Stimmen aus dem Kreis der "Profis der Nation" verbannt werden, wird die offene Diskussion in der pluralistischen Gesellschaft unterbunden. Die politische Arena wird von der transparenten parlamentarischen Bühne in die geheimen, demokratisch nicht legitimierten Kabinette zurückverlegt. Allein durch die öffentliche Inszenierung von Aktionismus und Reformbedarf soll die Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern erschlichen werden. Wir lehnen diese Art von Politikdurchsetzung durch die Hintertüre ab!

Die BAG-SHI fordert eine demokratische Kontrolle und Mitbestimmung der sozialen Institutionen durch die Gesellschaft und die Betroffenen sowie eine öffentliche Diskussion wichtiger sozialer Fragen. Gerade als Organisation von Betroffenen werden wir an unserer kritischen Position festhalten, Verschlechterungen für Erwerbslose und BezieherInnen von Sozialhilfe nicht hinnehmen und eine gleichberechtigte Beteiligung an der Debatte um die Gestaltung der sozialen Welt immer wieder einfordern.

Frank Jäger

Geschäftsführung der BAG-SHI

BAG-SHI - Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V., Moselstr. 25, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069 272208 98, Fax: 069 272208 97, http:// www.BAG-SHI.de, E-Mail: BAGSHIFrankfurt@aol.com

35. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:27

Erwerbslose benehmen sich "ungebührlich"

Gewerkschaften und Erwerbslose - ein mehr als trauriges Kapitel der organisierten ArbeiterInnenbewegung. Innerhalb der Gewerkschaften fristen Erwerbslosenorganisationen ein Schattendasein, gerade mal geduldet, meist ignoriert, nie für voll genommen, oft genug einem fast feindseligen Misstrauen ausgesetzt. Solange gewerkschaftliche Erwerbslosengruppen sich schiedlich-friedlich in Gewerkschaftskampagnen einspannen lassen (etwa anlässlich der Erwerbslosenproteste gegen die Regierung Kohl), ist alles in Ordnung, aber wehe, wenn sie selbstständig den Mund aufmachen und womöglich der SPD oder rot-grünen Regierungen ans Bein pinkeln.

Die Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) ist so ein aufmüpfiger Verein. Zur Zeit prangert die GALIDA die verschiedenen Spielarten des staatlich organisierten Niedriglohnsektors an: staatliche Billiglohn-Jobs, Vermittlung der Arbeitsämter in Lohndumping-Verhältnisse (siehe auch den Beitrag in dieser ak-Ausgabe), das "Job-Aqtiv-Gesetz" oder die Vorschläge der Hartz-Kommission. In Darmstadt wie im Bund hat es die GALIDA dabei mit rot-grünen Regierungen zu tun. Dabei tritt die GALIDA auch wenig "kooperativ" auf. Sie stellt Strafanzeige gegen Leiharbeitsfirmen und das Arbeitsamt, stört Veranstaltungen der Industrie- und Handelskammer (auch eine mit Arbeitsminister Walter Riester), besetzt am Weltspartag eine Filiale der Deutschen Bank oder schmeißt dem "Wirtschaftsweisen" Prof. Bernd Rürup beim 1. Mai-Empfang des DGB eine Torte ins Gesicht. "Mit der GALIDA ist keine Zusammenarbeit möglich, weil den Mitarbeitern die erforderliche Seriosität fehlt", sagt der örtliche Arbeitsamtdirektor. Er spricht damit offenbar auch dem DGB aus der Seele. Seit 1998 durfte die GALIDA Versammlungsräume im Gewerkschaftshaus nutzen. Damit ist jetzt Schluss. Begründung: Die GALIDA nimmt Pressetermine wahr, ohne sie mit den Gewerkschaftsfunktionären abzusprechen.

(Frankfurter Rundschau)

Deutsch-deutsche Arbeitsmigrantinnen

Zwischen 1997 und 2000 haben ca. 140.000 Menschen Thüringen gen Westen verlassen. 60% davon waren Personen unter 25 Jahren und von denen wiederum zwei Drittel Frauen. Dies waren die Ergebnisse einer DGB-Studie aus dem letzten Jahr. Eine ebenfalls vom DGB in Auftrag gegebene Folgeuntersuchung bestätigt den Trend zur Frauenwanderung: In den letzten zehn Jahren ist die Zahl erwerbstätiger Frauen in Thüringen um 100.000 gesunken. Die Frauenerwerbsquote ist damit auf 58,6% gesunken und hat damit fast den Bundesdurchschnitt (57,7%) erreicht. Zwei Fünftel der erwerbslosen Frauen suchen bereits seit eineinhalb Jahren und länger einen Job.

Die Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsprozess ist allerdings die einzige Form der Ost-West-Angleichung. In Bezug auf Bezahlung liegen die thüringischen Frauen deutlich hinter den Alt-Bundesländern zurück, jedoch auch der Abstand zu den anderen Ost-Ländern steigt. Der Niedriglohnsektor ist für erwerbstätige Frauen in Thüringen längst bittere Realität, trotz eines deutlich gestiegenen Qualifikationsniveaus gerade unter jüngeren Frauen. Durchschnittlich 1.652 Euro im Monat haben thüringische Frauen im letzten Jahr brutto verdient. Im Bundesvergleich war das die deutlich letzte Stelle. Der Abstand zu den anderen ostdeutschen Ländern betrug im Durchschnitt 122 Euro, der zum Westen 673 Euro. Im Vergleich zu den West-Männern haben die Frauen in Thüringen im Durchschnitt sogar 1.305 Euro weniger verdient. In den letzten vier Jahren ist damit die Kluft zwischen Ost und West erheblich breiter geworden.

Zwei Drittel der GeringverdienerInnen in Thüringen (zwischen 511 und 716 Euro netto) sind Frauen. Umgekehrt beträgt der Anteil der Frauen unter den BezieherInnen von Einkommen zwischen 1.000 und 2.045 Euro netto nur 25%. Dieser Befund Frauen in Billigjobs und am unteren Ende der Verdienstskala deckt sich ebenfalls mit dem Bundestrend.

(wwww.labournet.de)

Papierlose I

Seit ein paar Monaten machen die "Sans Papiers" in Frankreich wieder von sich reden. Mit Hungerstreiks, Besetzungen und Demonstrationen kämpfen sie für die vereinheitlichende Forderung: "Papiere für alle!" Ende August haben sie die Kirche von Saint Denis im Norden von Paris besetzt. Der dortige Bischof hatte zwar zur Beendigung dieser Aktion aufgefordert, den Illegalisierten aber weiterhin seine moralische Unterstützung zugesagt. Daraufhin kam es am 1. und 2. September in Paris zu Massendemonstrationen. Während es auf nationaler Ebene lange ruhig blieb, haben sich die neuen Kämpfe eher allmählich und dezentral angekündigt, etwa mit Hungerstreiks in Lyon und Lille.

(taz)

Papierlose II

Mehr als 40 Jahre nach den berühmten "Civil Rights"-Kampagnen in den Südstaaten der USA bereiten BürgerechtlerInnen erneut "Freedom Rides" vor. Der Startschuss soll ein zentraler Massenmarsch auf Washington sein. Diesmal geht es jedoch nicht um den Bürgerrechtsstatus der Afro-AmerikanerInnen, sondern um die Rechte von Millionen ArbeitsmigrantInnen, die in den USA ohne gültige Papiere leben und arbeiten.

Die Idee der "Freedom Rides" für die Rechte der Illegalisierten steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11.9.2001. Damals sind auch alle 43 ArbeiterInnen des "Window of the World"-Restaurants im World Trade Center ermordet worden. Einige ihrer Verwandten hatten sich damals aus Angst vor Ärger mit den Einwanderungsbehörden nicht getraut, Hilfe anzufordern. Unter den AktivistInnen des "Freedom Ride" sind folglich auch etliche Verwandte von ArbeitsmigrantInnen, die am 11.9.2001 umgekommen sind.

Der 11.9. hatte landesweit die Aufmerksamkeit auch auf die Situation der Papierlosen in den USA gerichtet. Gleichzeit sind allerdings vorerst mit der Anti-Terror-Hysterie in den USA sämtliche Versuche gestoppt worden, die Lage illegalisierter ArbeitsmigrantInnen in den USA zu verbessern. Der jetzt geplante "Freedom Ride" hat denn auch den Zweck, an die Kampagnen und Aktivitäten von vor dem 11.9. anzuknüpfen.

(The Guardian)

Hollywood auf dem Lande

Hollywood-Stars sind immer wieder für eine Überraschung gut. Marlon Brando, Barbra Steisand, Warren Beatty, Robert Redford und Jack Nicholson sind einige der SchauspielerInnen, die sich Ende August für die gewerkschaftlichen Rechte der kalifornischen LandarbeiterInnen eingesetzt haben. Mehr als 40 Berühmtheiten hatten in ganzseitigen Zeitungsanzeigen den Gouverneur von Kalifornien, Gray Davis, aufgefordert, ein Gesetz zu unterschreiben, das es LandarbeiterInnen erleichtern soll, sich in Arbeitskonflikten von einer Gewerkschaft vertreten zu lassen. In 482 landwirtschaftlichen Betrieben haben die ArbeiterInnen für die Vertretung durch die United Farm Workers (UFW) gestimmt; bis heute allerdings haben nur 185 Unternehmer Verträge mit der UFW abgeschlossen. In einem Fall stammt das Votum der LandarbeiterInnen bereits aus dem Jahr 1975, ohne dass sich der Unternehmer bis heute darum geschert hätte.

Hollywood unterstützt damit einen Massenmarsch der UFW über 150 Meilen von Merced nach Sacramento, der Hauptstadt des Bundesstaates. Über zehn Tage waren die LandarbeiterInnen unterwegs, um den nötigen Druck auf den Gouverneur zu entwickeln. Davis ist Demokrat, und nahezu alle demokratischen Abgeordneten haben sich für das Gesetz zur Erleichterung der gewerkschaftlichen Interessensvertretung ausgesprochen. Davis wurde in seinem Wahlkampf aber auch mit mehr als 1 Mio. US-Dollar durch das Agro-Business unterstützt, ein Umstand, der sein Zögern bei der Unterschrift erklärt.

(www.labournet.de)

Wilde Katholen

Die größte Gewerkschaft des Ford-Werkes im belgischen Genk ist die katholische Gewerkschaft ACV. Die Vertrauensleute von ACV bei Ford bilden auch den Kern einer Betriebsgruppe, die seit Jahren gegen die Umstrukturierungen bei Ford kämpft. Im letzten Herbst hatte es in Genk eine Reihe wilder Streiks gegen die Erhöhung des Arbeitsdrucks in der Nachtschicht gegeben. Nachdem die Nachtschichtler eines Morgens aus

dem Schlaf geklingelt wurden, um den Empfang eines Warnschreibens der Geschäftsleitung zu quittieren, haben sie in der folgenden Nacht den Spieß umgedreht: Aus einer erneuten Arbeitsniederlegung heraus ist eine große Gruppe vor das Haus des Betriebsleiters gezogen mit der Parole "Wer uns nicht schlafen lässt, den lassen wir auch nicht schlafen." Die Militanz der ArbeiterInnen in Genk hat dazu geführt, dass bis heute weder eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit noch eine Ausdehnung der Zeitarbeitsverträge noch ein Vertrag über einen vierjährigen Arbeitsfrieden durchgesetzt werden konnten.

Jetzt plant Ford eine europaweite große Umstrukturierung mit dem Ziel, die Produktivität zu erhöhen und gegebenenfalls Produktionsstandorte zu schließen. 1.400 KollegInnen soll im nächsten Jahr gekündigt werden. Besonders Genk ist im Visier der Konzernzentrale; schließlich handele es sich hier um den Standort mit der "niedrigsten Produktivität von allen in ganz Europa". Mit ähnlichen Argumenten ist das Ford-Werk in Dagenham, England, dichtgemacht und eine ebenfalls sehr kämpferische Belegschaft entlassen worden.

In Genk geht es zunächst einmal gegen Ventura Adriano. Er ist seit Jahren Betriebsrat und Vertrauensmann. U.a. wegen seiner Rolle bei den wilden Streiks im letzten Jahr soll er nun unter fadenscheinigen Umständen fristlos gekündigt werden: Er soll während der Arbeit Wein getrunken haben.

(www.labournet.de)

36. Trotz Kritik: Riester setzt Hartz-Vorschläge in die Tat um

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:12

Am 16. August hat die Hartz-Kommission ihre mit Spannung erwarteten Vorschläge zur "Reform" der Arbeitsvermittlung vorgelegt. Bisher haben es nur wenige kritische Stimmen gewagt, am Lack der "Profis der Nation" (Selbstbezeichnung der Hartz-Kommission) zu kratzen. Um so erstaunlicher mutet da die Skepsis des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) an. Immerhin handelt es sich dabei um das offizielle Forschungsinstitut der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit.

Die Nürnberger WissenschaftlerInnen bezweifeln als erstes die vollmundigen Versprechen der Hartz-Kommission. "Allenfalls einen Beschäftigungseffekt in der Größenordnung von 120.000 Personen" können sie ausmachen, deutlich weniger als die angekündigte Reduzierung der Erwerbslosenzahlen um 2 Mio. (Frankfurter Rundschau, 5.9.2002). Der Hartz-Bericht erwecke "den falschen Eindruck", es gäbe eine beachtliche Zahl offener Stellen, die bloß darauf warten, besetzt zu werden.

Die Kritik aus Nürnberg setzt auch an zahlreichen Details der Hartz-Pläne an. So werfen die WissenschaftlerInnen der Kommission vor, sie habe mögliche Verdrängungs-, Substitutions- und Mitnahmeeffekte zu wenig berücksichtigt. So lange es ein "globales Defizit an Arbeitsplätzen" gebe, werde auch die "neue Zumutbarkeit" und der erhöhte Zwang zu Mobilität die Zahl der Erwerbslosen nicht wesentlich reduzieren. Das IAB warnt auch davor, die Arbeitsmarktpolitik vorrangig an den kurzfristigen Wünschen der Unternehmen auszurichten anstatt an mittelfristigen Analysen des Qualifikationsbedarfs.

Konkret ist es dem IAB unklar, wie Erwerbslose denn den geforderten Nachweis der Eigenbemühungen bei der Job-Suche überhaupt führen sollen. In Bezug auf die Förderung Älterer geht das IAB davon aus, dass Mitnahmeeffekte nicht zu vermeiden sein werden. Im übrigen sei die beabsichtigte Vorruhestandsregelung "der falsche Weg". Damit komme es erfahrungsgemäß sehr schnell zur "Freisetzung von Beschäftigten auf Kosten der Sozialkassen". Auch von einer Herabsetzung der Altersgrenze für befristete Jobs erwartet das Institut keine Beschäftigungseffekte.

Auch bei den geplanten Personal-Service-Agenturen (PSA) sparen die Nürnberger ForscherInnen nicht mit Kritik. Der großflächige Einsatz von Leiharbeit bringe hohe Verwaltungskosten mit sich. Darüber hinaus sei ein "Drehtüreffekt" zu erwarten, wenn Arbeitnehmer nach einem Leiharbeitseinsatz nicht von der PSA weiter beschäftigt, sondern erwerbslos werden. Eine Unterschreitung der branchenüblichen Löhne bei der PSA führe außerdem zu Demotivierung und Stigmatisierung von PSA-Beschäftigten.

Die vielbeschworenen "Ich-AGs" sind in den Augen des Instituts in erster Linie ein teurer und aufwendiger Bluff. Die beabsichtigten Fördermaßnahmen sind kostspieliger als die bereits jetzt bestehenden Instrumente, ohne dass irgendeine seriöse Abschätzung darüber existiert, in welchem Umfang tatsächlich Schwarzarbeit durch Selbstständigkeit ersetzt werden würde.

Während also die Kritik inzwischen selbst das eigene Lager erreicht, drückt die Politik auf's Tempo. Die Bundesregierung will vollendete Tatsachen schaffen. Bundesarbeitsminister Riester verkündet stolz: "Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge ist in vollem Gange". Bis zum Jahresende sollen bereist 50 Personal-Service-Agenturen eingerichtet werden. Ebenfalls noch in diesem Jahr soll der sogenannten "Job-Floater" starten, eine Anleihe zur Finanzierung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Mittelständlern. Ein Ausschuss von StaatssekretärInnen aus fünf Ministerien prüfe, so Riester, die notwendigen "Änderungen einer Vielzahl von Gesetzen", die "mit Hochdruck vorangetrieben" würden.

dk

37. Nach peinlich kommt gruselig

Autor: dk · Rubrik: SPD; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:20

Wahlkampfstatements sind peinlich. Manche sind darüber hinaus schrecklich entlarvend. So behauptete die SPD im letzten Hamburger Bürgerschaftswahlkampf "Bei uns dürfen Jugendliche alles. Nur nicht arbeitslos werden". Unverhohlener ist jugendlichen Arbeitslosen seltener gedroht worden. Im jetzigen Bundestagswahlkampf plakatiert die Partei des Demokratischen Sozialismus "Die Arbeit soll das Land regieren". Ob so viel unverholener Peinlichkeit packt die geneigte Wählerin das blanke Entsetzen. Die PDS traditionssozialistisch-dummerhaft als "Partei der Arbeit"? Oder gar ganz stramm-orthodox als "Partei der Arbeiterklasse"?. Blöder hätte auch die hinterletzte Sekte ihre Parolen nicht in die Welt schwallen können.

Richtig ärgerlich wird es aber auf der inhaltlichen Ebene. Wer oder was ist denn "die Arbeit"? Um welche Arbeit soll's denn bitte schön gehen? Da hätten wir von Linken doch gerne präzisere Aussagen: Existenzsichernde Arbeit zum Beispiel oder vernünftige und sinnvolle Arbeit zu Löhnen, von denen Mann und Frau leben kann. Aber nein, die Damen und Herren vom Sozialismus wollen "die Arbeit" an der Macht sehen. Dabei ist sie das doch längst, ganz real existierend nämlich als Niedriglohnsektoren, Arbeitspflicht, "Hilfen zur Arbeit", "Fördern und fordern", "Aktivierung", gemeinützige Arbeit oder schlicht als Überstunden und entgrenzte Arbeit. Alle reden von "der Arbeit", CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne und jetzt auch die PDS. Ein "Bündnis für Arbeit", das einen zutiefst erschaudern lässt. Wer heute unqualifiziert "die Arbeit" beschwört, hat auf Forderungen und Ansprüche an die Arbeit längst verzichtet. "Die Arbeit an die Macht" ist heute eine schlichtweg reaktionäre Parole.

Aber zu dem Ärger über so viel politische Dummheit kommt noch der Grusel über das, was die PDS möglicherweise als soziale Fantasie meint. Wenn "Arbeit" regieren soll, wo bleibt das Leben? Da dachte man immer, das Reich der Freiheit beginnt dort, wo das Reich der Notwendigkeit aufhört. Folglich kämpfte man für ein Zurückdrängen der (notwendigen) Arbeit, für mehr Freizeit, mehr Lebensqualität, mehr Muße, gegen die Ausplünderung von Kraft, Energie und Fantasie durch den kapitalistischen Arbeitsprozess. Jenseits aller Utopie bemühen sich heute Betriebsräte und GewerkschafterInnen ganz konkret darum, der entgrenzten Arbeit in den modernen Angestelltenverhältnissen wieder ein reguliertes Maß zu geben. Und da kommt die PDS daher und will, dass die Arbeit das Land regiert. Verdammt, das tut sie schon! Und wie! Freiheit, Emanzipation, gesellschaftlicher Fortschritt ist etwas anderes. Das hieße, den "Terror der Ökonomie" (Viviane Forrester) brechen. Das hieße, "die Arbeit" von ihrem Thron zu stoßen.

dk

38. Süchtig nach Arbeit. Arbeitssucht und Arbeitsgesellschaft - zwei Seiten einer Medaille

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:09

Tod wegen Überarbeitung - in Japan so häufig, dass es dafür ein eigenes Wort gibt: Karoshi. Wir kennen den "Workoholic", den "Arbeitssüchtigen" (die Analogie zum Alcoholic ist kein Zufall), doch nur selten wird die Arbeitssucht ernsthaft als das diskutiert, was sie ist: eine Sucht. Wolfgang Krischke, Psychologe in Bremen, weist darauf hin, dass Arbeitssucht weder in der medizinischen Fachwelt oder nach den Kategorien der Krankenkassen als eigenständige Sucht erfasst wird. Und das, obwohl sie alle Symptome eines klassischen Suchtverhaltens mit sich bringt.

Krischkes Statement ist in dem von Holger Heide herausgegeben Sammelband "Massenphänomen Arbeitssucht" erschienen. Das Buch präsentiert den Großteil der Referate, die Ende August 2001 während des internationalen Work-Shops "Arbeitssucht in der Arbeitsgesellschaft", organisiert vom Institut für sozialökonomische Handlungsforschung der Universität Bremen, gehalten wurden. Sowohl unter internationaler wie auch unter interdisziplinärer Perspektive nähern sich MedizinerInnen, PsychologInnen, ÖkonomInnen, SozialwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen den "historischen Hintergründe(n) und (der) aktuelle(n) Entwicklung einer neuen Volkskrankheit" (Untertitel).

Im ersten Teil wird versucht, die Zusammenhänge zwischen Arbeitssucht und moderner Arbeitsgesellschaft in allgemeiner Form darzustellen. Während Sabine Wolf Arbeitssucht unter dem Geschlechteraspekt beschreibt, gibt Karl Heinz Roth einen kurzen, allgemeinen (und deswegen äußerst oberflächlichen) Überblick über die Entstehung der modernen Arbeitsgesellschaft aus der Perspektive des Wallerstein'schen Weltsystemansatzes.

Der umfangreichste Beitrag in diesem Teil stammt von Holger Heide. Heide bemüht die psychoanalytische Trauma-Forschung, um die Entstehung von Arbeitssucht zu beschreiben. In seiner Sicht ist die Durchsetzung der kapitalistischen Zeit- und Arbeitsdisziplin im 18. Jahrhundert für das Proletariat verbunden mit der Erfahrung einer vernichtenden Niederlage. Die Flucht in die Überidentifikation mit der Arbeit ist danach eine Form, jenes kollektive Trauma zu verarbeiten. Dass die Durchsetzung des modernen Fabriksystems ein unerhört gewaltsamer Akt gewesen ist, ist unstrittig. Doch ob die Ergebnisse der Erforschung individueller Traumata ohne weiteres zur Behauptung eines kollektiven und zu dem noch über Generationen hinweg wirksamen Traumas verlängert werden können, ist mehr als zweifelhaft.

Im zweiten Teil des Buches - gleichzeitig sein konkretester und stärkster Teil - geht es um Arbeitssucht im Zusammenhang mit den neuen Formen einer sogenannten postfordistischen Arbeitsorganisation. Hier knüpft das Buch an die momentanen gewerkschaftlichen Debatten um Selbstständigkeit, Arbeitszeitkontrolle, Vertrauensarbeitszeit, entgrenztes Arbeiten und den "Unternehmer im eigenen Kopf" an. (1) Lothar Peter und Stephan Meins arbeiten die Brüche und Widersprüche in der Entwicklung der neuen Angestelltenarbeit heraus. Sie beschreiben, dass der Übergang von extern disziplinierenden Kontrolltechniken in Betrieben und Büros hin zur selbstbestimmten Unterwerfung in Gestalt des individuellen "Arbeitskraftunternehmers" keine bruchlose Entwicklung ist. In der Betriebsrealität stehen heute meist Formen des alten tayloristischen Kommandos neben Formen der indirekten Kontrolle.

In beiden Aufsätzen wird herausgehoben, dass Arbeitssucht, d.h. die suchtmäßige Entgrenzung der Arbeit, wohl zu einem Massenphänomen geworden ist, jedoch relativ eng an die "autonome" und "selbstbestimmte" anspruchsvolle neue Angestelltenarbeit gebunden ist. In ihren Augen ist Arbeitssucht in erster Linie ein Phänomen des "flexiblen Menschen" und von daher nicht ohne weiteres als gängiges ArbeiterInnenverhalten zu bewerten.

In seinem kurzen Abriss zur selbstständigen Arbeit in Italien beschreibt Sergio Bologna, dass die neue Selbstständigkeit durchaus auch ein Reflex von ArbeiterInnen auf die ökonomischen und politischen Säuberungswellen in den italienischen Großbetrieben ab 1980 war. Teils aus der Not heraus, teils als erklärte Absage an die fordistische Großfabrik waren es zu Beginn durchaus gerade die FabrikaktivistInnen der 60er und 70er Jahre, die den Weg in die Selbstständigkeit gegangen sind. Roderich Wahsner und Sul-Dol Kang mit ihren Untersuchungen zur japanischen bzw. koreanischen Gewerkschaftsbewegung schließen diesen Teil ab.

Im dritten und letzten Teil stehen Umgangsweisen mit dem Phänomen Arbeitssucht im Mittelpunkt. Es geht darum, ob und wie Arbeitssucht als Berufskrankheit geltend gemacht werden kann (Oliver Tieste) sowie um die Erfahrungen mit der Arbeitszeitinitiative "Arbeit ohne Ende? - meine Zeit ist mein Leben" der IG Metall (Peter Stutz). Elvira Behnken beschäftigt sich mit Arbeitssuchtprävention am Arbeitsplatz und Claus Oellerking mit Selbsthilfegruppen für Arbeitssucht.

In einer gesellschaftlichen Situation, wo Arbeit ins Unerträgliche ideologisch aufgewertet ist und wo gleichzeitig immer härter und intensiver gearbeitet wird, ist es bitter notwendig, darauf hinzuweisen, dass Arbeit krank macht. Insofern ist die Beschäftigung mit Arbeitssucht überfällig. Der kleine Bremer Atlantik-Verlag, bisher eher bekannt für linke Literatur aus und zu den USA, hat mit "Massenphänomen Arbeitssucht" eine Pionierarbeit vollbracht. Wie alle Pionierarbeiten ist dieses Buch nicht ohne Schwächen. Das betrifft in erster Linie einige Beiträge. Doch auch die Gesamtkonzeption muss sich einige Fragen gefallen lassen. So spannend der Versuch einer interdisziplinären Gesamtschau auch ist, so besteht doch auch die Gefahr eines eher beliebigen Nebeneinanders. Dennoch ist die Mehrdimensionalität das besonders Spannende an diesem Buch. "Massenphänomen Arbeitssucht" enthält eine Menge äußerst lesenswerter Beiträge und ist ein wichtiger erster Schritt, das Thema Arbeitssucht auch für Linke diskutierbar zu machen.

dk

Anmerkung:

1) vgl. Klaus Pickshaus u.a. (Hg.): "Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik", Hamburg 2001

Holger Heide (Hg.): "Massenphänomen Arbeitssucht. Historische Hintergründe und aktuelle Entwicklung einer neuen Volkskrankheit", Atlantik Verlag Bremen 2002, 15 EUR

39. Arbeitsämter betreiben Lohndumping. Eine Recherche des Frankfurter Arbeitslosenzentrums beim Arbeitsamt

Eine Recherche des Frankfurter Arbeitslosenzentrums beim Arbeitsamt Frankfurt

Autor: Harald Rein, FALZ · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:13

Am 15. Juli 2002 erstattete die Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt (Galida) Anzeige gegen zwei Zeitarbeitsfirmen wegen des Verdachts des Lohnwuchers (siehe Kasten, ak). Gleichzeitig erhob sie eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Direktor des Arbeitsamtes Darmstadt wegen der ungeprüften Weitergabe dieser Stellenangebote an Arbeitslose. Diese Aktivitäten veranlassten uns Anfang August 2002, in Frankfurt/M. ebenfalls eine kleine Recherche im Stelleninformationssystem (SIS) durchzuführen. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es fanden sich Stellenangebote, die bis 1997 zurück reichten, somit schon längst überholt waren. Vom 12. August 1997 datierte ein Arbeitsangebot als Erntehelfer für die Gurken- und Tomatenernte, vom 5. Dezember 2000 eines als Landarbeitshelfer für Pflanzenproduktion, vom 14. Mai 2001 eines als Erntehelfer für Gemüse usw.

2. Es fanden sich Stellenangebote, die ... als sittenwidrig zu bezeichnen sind. Besonders bei den Erntearbeitern bzw. den Saisonarbeitern fanden sich solche Arbeitsangebote. Etwa der Saisonarbeiter, der für 5,28 EUR die Stunde als vollzeitarbeitender Helfer in einem landwirtschaftlichen Betrieb in Büttelborn gesucht wurde. Für den gleichen Stundenlohn suchte ein landwirtschaftlicher Betrieb in Heusenstamm mehrere Landarbeitshelfer und in Griesheim mehrere Erntehelfer für die Obst- und Gemüseverarbeitung.

3. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Stellenangebote mit dem Zusatz "nach Vereinbarung", d.h. die genaue Vergütung erfährt der Arbeitslose erst dann, wenn er in Kontakt mit der jeweiligen Firma tritt. Diese Praxis ist rechtlich zu beanstanden. Es ist zu vermuten, dass ... insbesondere Zeitarbeitsfirmen zu Wucherlöhnen Arbeitslose einstellen bzw. vermitteln.

Ein rechtskräftiges Urteil des Arbeitsgerichtes Bremen hat den von einer Verleihfirma einer Lager- und Produktionshelferin angebotenen Stundenlohn in Höhe von 11,50 DM brutto für lohnwucherisch niedrig erklärt. Auch vom Sozialgericht Berlin wurde einem Arbeiter Recht gegeben, da der angebotene Bruttostundenlohn von 11 DM für Hilfsarbeiten in einem Berliner Industrieunternehmen "gegen die guten Sitten verstößt". Nach 36 SGB III darf das Arbeitsamt nicht vermitteln, "wenn ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis begründet werden soll, das gegen ein Gesetz oder die guten Sitten verstößt". Doch wie will das einzelne Arbeitsamt feststellen, ob dies zutrifft oder nicht, wenn die Mehrzahl der Arbeitgeber in der Rubrik Gehalt/Lohn nur "nach Vereinbarung" eintragen?

Im 3. Runderlass der Bundesanstalt für Arbeit zur Leiharbeit vom 14.7.2000 heißt es: "Stellenangebote müssen ... eine konkrete Mindestvergütung (ohne Auslösung, Fahrtkosten etc.) beinhalten." Dies wird in der Mehrzahl der Fälle weder in Frankfurt noch in Darmstadt (und vermutlich auch in anderen Arbeitsämtern) umgesetzt. Wucherlöhnen sind so Tür und Tor geöffnet. Auf eine entsprechende Dienstaufsichtsbeschwerde der Darmstädter Initiative reagierte der zuständige Arbeitsamtsdirektor mit folgenden Aussagen: "Bei der Stellenentgegennahme wird regelmäßig die Frage abgeklärt, ob die Entgelte der tarifrechtlichen Regelung - sofern eine solche anzuwenden ist - bzw. der Ortsüblichkeit entsprechen. Wird dieses von den Arbeitgebern bestätigt, erfolgt eine Aufnahme des Stellenangebotes...". D.h. das Arbeitsamt verlässt sich ausschließlich auf mündliche Aussagen von Arbeitgebern! Und was den eigenen "Runderlass" betrifft, so meint der Arbeitsamtsdirektor: "Auf die Einhaltung dieser Weisung seitens Außenstehender kann kein Anspruch erhoben werden." (...)

4. Außerdem fanden sich Stellenangebote, bei denen es sich um 315 EUR (630,- DM)-Jobs handelte, die als Teilzeitangebote bezeichnet wurden. Diese Stellen unterliegen nicht der allgemein üblichen Sozialversicherungspflicht. Ob es rechtlich gestattet ist, solcherart Nebenbeschäftigungen im

Stelleninformationssystem als Teilzeitbeschäftigungen anzubieten, scheint mehr als zweifelhaft. Ein neuer Leistungsanspruch oder gar eine berufliche Perspektive dürfte sich daraus nicht ergeben.

Es lässt sich insgesamt feststellen, dass sich bereits bei einer stichprobenhaften Auswahl von Stellenangeboten aus dem SIS veraltete Angebote, nichtsozialversicherungspflichtige Angebote, sittenwidrige Lohnhöhen und fehlende Kontrollbereitschaft des Arbeitsamtes finden lassen. Wenn sich das Arbeitsamt nicht dem Vorwurf aussetzen will, es "beteilige sich an der Ausnutzung der wirtschaftlich schwächeren Lage der Arbeitssuchenden durch Verstärkung ihrer Zwangssituation" (aus der Urteilsbegründung des Sozialgerichtes Berlin), muss es jetzt handeln: Generelle Überprüfung aller Arbeitgeberangebote auf Sittenwidrigkeit! Grundsätzliche Überprüfung des Stelleninformationssystems nach nichtzumutbaren Arbeitsangeboten.

Harald Rein, FALZ

aus: BAG-E-Info, 9/2002

40. Sittenwidrige Vermittlungspraxis. Pressemitteilung der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:14

Nach einer am 12. Juli im Stellen-Informations-Service (SIS) des Arbeitsamts Darmstadt durchgeführten Recherche der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) und der Stadtverordnetenfraktion OS/3, vermittelt das Amt Arbeitslose in nicht existenzsichernde, juristisch gesehen "sittenwidrige" Arbeitsverhältnisse.

Die Löhne der vom Arbeitsamt angebotenen Arbeitsstellen, insbesondere im Bereich Leiharbeit, unterschreiten in vielen Fällen die Grenze zur Sittenwidrigkeit. Sittenwidrig und damit unzulässig ist nach der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte und auch des Bundesgerichtshofes (Urteil vom 27. April 1997) ein Arbeitsverhältnis dann, wenn die Lohnhöhe ein Drittel unter dem vergleichbaren Tarif liegt. Die Arbeitsverwaltung ist nach dem Gesetz verpflichtet (§36 Abs. 1 SGB III), jedes Arbeitsangebot von Arbeitgebern auf Sittenwidrigkeit zu überprüfen, vor allem was die Lohnhöhe betrifft. Nach GALIDA-Recherchen wird diese Überprüfung unterlassen, und der größte Teil der Stellenangebote enthält überhaupt keine Angabe zur Lohnhöhe. Spitzenreiter beim Lohndumping sind die sog. Zeitarbeitsfirmen. Hier liegen die gezahlten Löhne (4 - 5,50 Euro) so weit unter Tarif, dass sie nicht nur gegen die "guten Sitten" verstoßen, sondern möglicherweise den Straftatbestand des Lohnwuchers nach 291 StGB erfüllen.

Aus diesem Grund hat die GALIDA am 15. Juli 2002 die Staatsanwaltschaft Darmstadt eingeschaltet. Zwei Zeitarbeitsfirmen wurden exemplarisch wegen des Verdachtes des Lohnwuchers gemäß 291 StGB (vormals 302a) angezeigt.

41. Zwischen Hippie und Pipi. Die Entstehung der Festivalkultur in Deutschland

Autor: DJ Tommy · Rubrik: Kultur; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:26

Was bringt Menschen dazu, ein oder mehrere Wochenenden im Sommer stundenlang im Auto zu sitzen, für Eintrittskarten bis zu 150 Euro hinzulegen, um dann zu überhöhten Preisen schlecht gezapftes Bier zu trinken oder auf das selbstmitgebrachte, mittlerweile lauwarme Bier aus der Dose zurückzugreifen? Höhepunkt ist dann der Blick auf die Bühne aus einer Entfernung, aus der die AkteurInnen kaum mehr zu erkennen sind. Ein zweifelhafter Genuss ist es, ein Wochenende entweder im Matsch oder in der prallen Sonne Schlange stehend vor stinkenden Dixi-Klos zuzubringen. Gründe, sich von einer derartigen Veranstaltung fern zu halten, gibt es genug. Trotzdem sind es jeden Sommer mehr als eine Millionen BesucherInnen, die Pop- und Rockfestivals allein in Deutschland anlocken.

Der Umsatz, der auf diesen Veranstaltungen gemacht wird, ist noch schwerer zu berechnen als die genaue BesucherInnenzahl. Dabei machen die Eintrittspreise nur einen Bruchteil des Gesamtumsatzes aus. Die Palette der Angebote reicht vom Merchandise der auftretenden Bands über Fressstände bis hin zu Schmuck- und Didgeridooständen, die einem eine Hippieherrlichkeit vorgaukeln, als wäre Woodstock gerade im Vorjahr über die Bühne gegangen.

Selbstverständlich geht es den meisten der Angereisten um die Musik oder um IHRE Band. Dabei ist die Mischung aus Kultur und Kommerz für die einen eine Selbstverständlichkeit, für die anderen eine Gratwanderung. Das gilt sicher auch für Konzerte, die in einer Halle als Abendveranstaltung stattfinden. Auf dem Festival, beim Campen, beim Feiern kommt noch ein anderes Element hinzu, das sicherlich einen seiner Ursprünge in der Wandervogelromantik "aus grauer Städte Mauern" hat, obwohl so ein Wochenende oft eher eine Persiflage auf eine solche Romantik ist.

Woodstock ist das Waldeck der USA

Um den Erfolg und die Entstehung der Festivals verstehen zu können, führt in Deutschland der Weg zur Burg Waldeck nach Rheinland-Pfalz. Diese Burg war schon in den zwanziger Jahren von der Jugendbewegung entdeckt worden; vor allem der Nerother Wandervogel hatte sich dort dem Aufbau einer Jugendburg verschrieben. Ein großer Teil der Jugendbewegten, denen die Burg eine zweite Heimat geworden war, flüchtete vor den NationalsozialistInnen ins Ausland. Robert Oelbermann, eine der Hauptfiguren auf der Waldeck in den zwanziger Jahren, wurde 1941 im KZ Dachau ermordet. Den Überlebenden war nach 1945 klar, dass sie nicht an der Idee einer Jugendburg weiterarbeiten konnten. Die neue Kultur baute zwar auf der Tradition auf, entwickelte sie aber entschieden weiter. Das überlieferte Liedgut wurde kritisch hinterfragt; neue Einflüsse aus der amerikanischen StudentInnen-, Folk- und Bürgerrechtsbewegung flossen ein. Daneben standen verschüttete oder diskriminierte deutsche Traditionen im Mittelpunkt: die jiddische Kulturwelt mit den Liedern der vernichteten Ostjuden und -jüdinnen, die Lieder der deutschen DemokratInnen aus der gescheiterten Revolution von 1848, die Lieder der LandstreicherInnen, BerberInnen und Fahrenden.

1964 fand zum ersten Mal das Waldeck Festival Chanson Folklore International statt. Obwohl das Festival 1969 bereits das letzte Mal stattfand, war damit der Startschuss zu einer Festivalkultur in Deutschland gegeben. Wenn wir heute die Line up der Waldeck Festivals mit Degenhardt, Mey und Wader vor dem Hintergrund ihrer antikapitalistischen Attitüde betrachten, fällt es vielleicht schwer, darin den Ursprung eines mit Reklame zugepflasterten "Rock am Ring" zu erkennen. Für den Erfolg der Festivals war es zunächst wichtig, dass die "Exis", die Jugendlichen aus gutbürgerlichem Hause, die sich den französischen ExistenzialistInnen Jean-Paul Sartre, Albert Camus etc. verschrieben hatten, mit den "Halbstarken" proletarischen Jugendlichen zusammenkommen.

Um dieser Fusion auf die Spur zu kommen, müssen wir uns in das Jahr 1965 auf das Newport Folk Festival begeben. Am 25. Juli 1965, drei Monate nachdem die ersten US-Bodentruppen in Vietnam gelandet waren und zwei Wochen bevor US-Präsident Johnson die Kriegsdienstverweigerung unter Strafe stellte, stöpselte Bob Dylan seine Gitarre - ausgerechnet auf dem größten und renommiertesten Folk Festival der USA - in einen elektrischen Verstärker ein und erntete Pfiffe. Der Folk-Sänger Pete Seeger soll nicht mehr als ein verächtliches "Verräter" für ihn übrig gehabt haben. Schon damals war der Vorwurf, die Rock-MusikerInnen

seien verroht, korrupt und Kapitalistenknechte. Für die "Halbstarken"-RockfreundInnen galt die Folkszene, nicht nur in den USA, als naiv und rückwärts gewandt. Doch Bands wie Buffalo Springfield (mit Neil Young und Stephen Stills), Lovin' Spoonfull oder die Byrds machten sich etwa zeitgleich auf den wohl ersten Cross over-Weg der populären Musikstile. Für die Anbindung an die Antikriegsbewegung sorgten MusikerInnen wie Country Joe McDonald and the fish (fish im übrigen nach dem Mao-Spruch, dass ein Revolutionär im Volke schwimmen müsse wie ein Fisch im Wasser), der die Verbindung zum "free speech movement" in Kalifornien herstellte. Diese Überwindung fest gefügter Stilgrenzen war sicher ein Ausdruck der beginnenden Auflösung einfacher Zuordnung von sozialen Schichten zu bestimmten Jugendszenen.

Die eigentliche Mutter der heutigen Festivals war dann allerdings das Monterey Pop Festival 1967. Veranstaltet vom The Mamas and the Papas-Mitglied John Phillips spielten dort in Kalifornien vor etwa 50.000 ZuhörerInnen Jimi Hendrix, Otis Redding, The Who, Ravi Shankar, Janis Joplin, Blood, Sweat & Tears, Jefferson Airplane, The Byrds und viele andere. Das Festival erbrachte einen Profit von 430.000 US-Dollar und regte den CBS-Direktor Clive Davis an, die Programmpolitik seiner Firma auf Rock umzustellen.

Woodstock war bis 1969 so etwas wie die Burg Waldeck der USA. Schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts hatte dieser Ort KünstlerInnen angezogen, die sich dort austauschten, zum Teil dort lebten, wie in den Sechzigern zum Beispiel Bob Dylan und Joan Baez. Auch Folk Festivals fanden dort schon eine ganze Weile statt. Während auf der Waldeck 1969 dass letzte Festival ganz im alten Stil über die Bühne ging, organisierten Michael Lang und Artie Kornfeld 500.000 US-Dollar als Grundstock zu dem wohl berühmtesten aller Festivals. Nur Bob Dylan spielte nicht, obwohl die 400.000 BesucherInnen dies erwartet hatten - nicht umsonst war Woodstock als "Dylan County" bekannt. Er hatte - so das Gerücht - einen Exklusivvertrag mit den VeranstalterInnen vom Isle of Wight Festival, wo er vierzehn Tage später zum ersten Mal nach seinem 66er Motorradunfall öffentlich auftrat.

Bob Dylan "verrät" den Folk

Woodstock ist ein Mythos, weil gerade das passierte, was die Eventkultur ausmacht: Kommerz und Revolte, Konsum und Subkultur konnten gleichzeitig scheinbar widerspruchslos - zumindest für ein verlängertes Wochenende - miteinander auskommen. "Es gibt nichts Richtiges im Falschen" wurde für tot erklärt, und es hat schon etwas Symbolisches, dass der Verfasser dieser Feststellung, Theodor W. Adorno, fünf Tage vor dem Beginn des Festivals in der Schweiz verstorben war.

Country Joe Mc Donald schrie in Woodstock sein "I-Feel-Like-I'm-Fixin'-To-Die" heraus, das nicht nur das bis heute so beliebte "Fuck" in der Pop-Musik hoffähig machte, sondern er schuf mit diesem Lied eine Hymne, die Pazifismus und Festivals in den Augen und Ohren vieler zum Synonym werden ließ. Gleichzeitig war er derjenige, der festivalerfahren mit dem Wohnmobil angereist war und dort im Kühlschrank die Bänder, aus denen später der Woodstock-Film werden sollte, für die Rowdys aufbewahrte, die diese erst herausrückten, nachdem sie ihren Lohn bekommen hatten, den ihnen die Festivalleitung nicht auszahlen wollte. Organisationspannen und miserable Hygiene sind bis heute wegweisend für einige Festivals. So gibt es im Web eine Seite, wo Bizarre-Nie-Wieder! gefordert wird (www.noize.cc). Abzocke, mangelnde Hygiene, stundenlange Wartezeiten, brutale Security waren aber schon seit Woodstock die Reizworte. Dennoch war klar, dass die Festivals weitergingen. Warner Brothers haben bis heute nicht weniger als 35 Millionen US-Dollar an den Woodstock-Rechten verdient. Eine ganze Dienstleistungsbranche von PA-Verleihern bis Security-Firmen leben zu einem guten Teil von Festivals.

Es gibt aber auch Vorteile, die Festivals gegenüber Konzerten haben. Man kann Bands entdecken, die man sonst nicht kennen lernen würde, oder es besteht die Möglichkeit, verschiedene Bands zu sehen, bei denen der Eintrittspreis für das Konzert einer Band schon fast so hoch ist wie für das ganze Festival. Und es bleibt doch weiterhin ein Hauch von Ausbruch. Ich habe einen Zwanzigjährigen vor Augen, der auf dem Umsonst und Draußen in Vlotho mitten in der Nacht (völlig dicht) auf einem Audi A6 herumtanzt, wobei seine Freude ihn davon abzuhalten versuchen. Morgens dann das heulende Elend: Der Wagen gehörte Vati, und mit den eingebeulten Blech musste er sich schon einiges einfallen lassen. Vielleicht sind diese Umsonst und Draußen Festivals aber auch noch die kreativsten und authentischsten Festivals. So waren es z.B. die OrganisatorInnen von Umsonst und Draußen in Stemmwede, die die Idee hatten jedem und jedem/r AutofahrerIn Müllsäcke (für getrennten Abfall versteht sich) gegen Geld aufzudrücken, das Geld wurde bei Abgabe des vollen Müllsacks zurückgegeben.

Die Umsonst und Draußen Festivals, die sich mittlerweile auch bundesweit vernetzen, haben zum großen Teil einen Hauch der Folkfestivals bewahrt. Das gilt natürlich kaum mehr für so Riesenevents wie Rheinkultur, das in diesem Jahr wieder 200.000 Leute anlockte. Obwohl auch dort kein kommerzieller Veranstalter, sondern eine MusikerInnen-Initiative mit ca. 500 Mitgliedern dahinter steht. Trotz der SponsorInnen von Coca Cola bis Drum hat das mehr mit Selbstausbeutung als mit Antikapitalismus zu tun.

Burn Dixi-Klo, Burn!

Auch in Stemmwede, wo das Umsonst und Draußen Festival dieses Jahr zum 26. Mal stattfand, ist es einigen BesucherInnen zu kommerziell geworden. Doch könnte dieses Festival nicht stattfinden, wenn nicht ca. 200 Leute ehrenamtlich drei Tage oder mehr malochen. 20.000 ZuschauerInnen waren auf dem Festival, das ohne Absperrung vor der Bühne auskommt, auf dem immer wieder Bands spielen, die ein Jahr später auf MTV zu sehen sind und auf dem die Security nicht wie eine Mischung aus Oliver Kahn und Moses Pelham daherkommt.

Bemerkenswert ist auch der auf diesen Festivals zur Schau getragene Antifaschismus und Antirassismus, der die Oberhoheit über die T-Shirt-Aufdrucke mit Che Guevara teilen muss. Bei BesucherInnenzahlen, die in die Zehntausende gehen, ist allerdings bei den VeranstalterInnen das Konzept Gegenkultur häufig dem Konzept "alternatives Schützenfest" gewichen. Bezeichnenderweise findet Umsonst und Draußen Stemmwede auf einem Schützenplatz statt.

Doch jedes dieser Umsonst und Draußen Festivals unterscheidet sich noch von den rein kommerziellen, wie zum Beispiel Bizarre Festival (ein Drei-Tage-Ticket kostete in diesem Jahr 89,50 Euro). Auf dem Bizarre richtet sich der "romantisierende" Blick und die Rebellion nun gegen die VeranstalterInnen: Zum zweiten Mal brannte dort am Sonntag nach dem Konzert ein großes Feuer, bei dem z.B. die verhassten Klos mit dran glauben mussten. Der Veranstalter, die Concert Cooperation Bonn, einer der größten Veranstalter in Deutschland, heult und wehklagt wegen dieser RandaliererInnen, und die durch Werbung gesponserte Musikzeitschrift Intro machte auf ihrer Webseite eine Umfrage: "Was kann man gegen Randalierer auf Festivals tun?"

Die Widersprüche zwischen Kommerz und Kultur, zwischen Gewinn und Revolte, zwischen einem gesitteten Fest und Ausbruch werden zwischen den Festivals deutlich. Doch werden sie sie nicht als Widerspruch erfahren. Die unzähligen brasilianischen Fahnen, die mich in diesem Jahr auf den Festivals erfreut haben, können nicht über die Deutschlandfahnen beim Rock am Ring und auf dem Bizarre Festival hinwegtäuschen. Die AntiRa -Parolen, die sich selbst Tabakfirmen zu eigen machen, werden unglaubwürdig, wenn die wenigen Nicht-Deutschen hauptsächlich hinter den Verkaufsständen arbeiten. Der Sexismus, der mal unterschwellig, mal offen daherkommt, scheint in der Regel unwidersprochen dazuzugehören, auch wenn er auf der Bühne thematisiert wird.

Die Differenzierung wird notwendigerweise weitergehen. Festivals wie das Umsonst und Draußen in Vlotho, wo die Mehrheit der Festivalteilnehmerinnen am Samstag zur Demo gegen das rechtsradikale Collegium Humanum mit auf die Straße gehen, oder das Robodock 5, das vom 19. - 21.9. in Amsterdam auf einem besetzten Gelände stattfindet, sind ein Weg. Dabei geht es nicht darum, Richtiges im Falschen zu entdecken, sondern Elemente zu stärken, die der Macht der Unterordnung unter den Verwertungszwang etwas entgegensetzen und die kulturelle Räume wieder zur Antizipation gesellschaftlicher Entwicklungen werden lassen. Festivals insbesondere mit dem Konzept Umsonst und Draußen sind da ein Ansatz. Jedoch ist es notwendig, die Widersprüche deutlicher zu machen, genauso, wie es notwendig ist, das romantische Erbe immer wieder von braunen Einflüssen zu befreien.

DJ Tommy

42. Good Morning Aztlán. Los Lobos und Peter Gabriel legen neue Alben vor

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:31

Mit La Bamba machten sich Los Lobos Ende der 80er Jahre berühmt. Doch jenseits solcher Partyhits gelten die Wölfe aus Los Angeles als Meister der Verbindung traditioneller mexikanischer Musik mit dem Rock 'n' Roll und Blues. Los Lobos machen seit fast 30 Jahren Musik und das ohne jeden personellen Wechsel, wenn man davon absieht, dass 1980 Jeff Berlin hinzukam.

Auf ihrem neuen Album, dem dreizehnten, geht es äußerst abwechslungsreich und virtuos zu. Good Morning Aztlán heißt das mit 12 Songs ausgestattete Meisterwerk. Von deftigen Rock'n'Roll-Nummern, Blues, Tex-Mex bis hin zu karibischen Sounds ist alles dabei. Herausragend ist ganz sicher der Titelsong des Albums, mit dem Los Lobos auf ihre Wurzeln verweisen: Aus Aztlán kommend wanderte ein Nomandenstamm vor vielen hundert Jahren in die Ebene von Anahuac, wo sie ihrem Gott Huitzilopochtli folgend eine Stadt gründen sollten. 1325 wird - nach europäischer Zeitrechnung - die Stadt, die von den Azteken später Tenochtitlan genannt wird, gegründet. Heute sagen wir Mexiko City zu ihr. Aztlán ist die Gegend von Los Angeles. Bis zum mexikanisch-amerikanischen Krieg Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte der heutige Südwesten der USA noch zu Mexiko.

Als Los Lobos in den 70er Jahren begannen, waren ihre Auftrittsorte Hochzeiten und Familienfeiern im von mexikanischen EinwandererInnen bewohnten East Los Angeles. Geprägt waren sie von dem, was sich in den 60er Jahren unter dem Begriff "Chicano-Power" herausgebildet hatte. Eine Rückbesinnung der Mexican Americans auf ihren indigenen Ursprung.

Mit Tony y Maria stellen Los Lobos einen Zusammenhang zu dem 1984 veröffentlichten Song A Matter of Time (vom Album How will the wolves survive) her. Damals ging es um den Aufbruch einer kleinen Familie von Mexiko in die USA, voller Hoffnungen, dass es dort besser sein würde, dass sie einen Platz finden würden, an dem sie fröhlich leben könnten. Sechzehn Jahre später ist für Tony und Maria davon nichts geblieben. 150 Meilen von Mexiko bis L.A. sind nicht sonderlich weit, aber es liegen Welten zwischen diesen Orten, stellen Los Lobos fest. Tony wäscht Teller, Maria putzt. Der Traum, den sie hatten, ist ausgeträumt.

Peter Gabriel legt nach fast zehn Jahren sein lange erwartetes Studioalbum unter dem Titel UP vor. Das weckt hohe Erwartungen, die auf den ersten Blick nicht unbedingt erfüllt werden. Beim US-amerikanischen Rolling Stone fällt die Platte sogar glatt durch. Das mag daran liegen, dass es Songs der Marke Sledgehammer oder Solisburry Hill auf dem Album nicht gibt. Doch beim dritten oder vierten Mal spürt man, dass der Real-World-Chef ein eher stilles Kunstwerk vorgelegt hat. Die erste Single-Auskopplung Barry Williams Show erinnert entfernt an Gabriels Klassiker Games without Frontiers und befasst sich mit dem täglichen Wahnsinn der Realty-TV-Shows.

Allerdings dreht der Kollege offenbar immer mehr ab. Auf seiner Homepage betreibt Gabriel einen Full Moon Club, in dem sich Fans jeweils bei Vollmond einen Soundschnipsel der neuen Platte anhören können. Ganz der Real World Idee verhaftet, dabei esoterisch beseelt, will Gabriel eine Fluss-Serie starten: Das Album soll an verschiedene Gruppen in der ganzen Welt verschickt werden, die die Vorlage des Meisters bearbeiten sollen, um dann UP the Amazon oder UP the Elbe oder UP the Ganges daraus zu machen. Mal sehen.

DSe, rock-links.de

Los Lobos, Good Morning Aztlán, WEA, www.loslobos.org

Peter Gabriel, UP, Virgin, www.petergabriel.com

43. Das Pussy Imperium schlägt zurück. Die Fiesen Diven setzen auf Frontfrauen, Glamour und Glitzer

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak465/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:17

Pussy Empire heißt das Label, das Catharina Boutari im letzten Jahr gegründet hat. Im letzten Herbst veröffentlichte sie darauf den ersten Sampler der Fiesen Diven (Faster Tussicat! Kill! Kill!), einem Zusammenschluss von fünf sogenannten Frontfrauen und ihren jeweiligen Projekten. Und jetzt legt Boutari mit ihrer Band Uh Baby Uh ihre erste CD auf diesem neuen Label vor.

The big C from venus versus the triple J from mars heißt die CD. Ein einfaches Buchstabenrätsel, in dem sich Catharina zur Abgesandten der Liebesgöttin erklärt, während ihre drei Musiker Jürgen Sosnowki, Jacob Kiersch und Jan Rubach zum Vorab-Kommando des kriegerischen roten Planeten abgestempelt werden. Das ist nicht nur ein sehr klassisches Rollenbild, sondern macht auch klar, dass es sich bei dem Projekt der Fiesen Diven nicht unbedingt um ein feministisches Projekt handelt und es auch nicht vor allem darum geht, Frauen als Musikerinnen und Künstlerinnen zu promoten. Diven meint tatsächlich nicht mehr, als das einigermaßen schräge, schrille, etwas verruchte und mit ein wenig Sex garnierte Frontfrauen sich selbst als Inszenierung darbieten, um im Dschungel unendlich vieler Bands, die einen Platz im Musikmarkt anvisieren, die Aufmerksamkeit auf das eigene Schaffen zu lenken. Die Zusammenarbeit als Fiese Diven macht es den beteiligten Bands z.B. möglich, eine abendfüllende Show auf die Bühne zu stellen. Rund dreieinhalb Stunden dauert das und dabei geben sie sich auf der Bühne das Mikrofon gegenseitig in die Hand. Im Hamburger Logo ist im Sommer gerade die zweite Diven-Woche gelaufen, zu der zahlreiche Bands mit Frontfrauen aus dem gesamten Bundesgebiet geladen waren und die eine Woche lang das Programm füllten.

Die Fiesen Diven sind: Lilith Milk, musikalisch als englisch sprachiger Elektro Pop einordbar, die etwas Chansonnette klingende und selbst als Seelenpop titulierte Klara Fall (die im letzten Jahr vierte des Rio Reiser Songwettbewerbs waren), die rockig daher kommende La Vache Frontrale und eben die power-poptönende Uh Baby Uh. Ausgestiegen ist vor kurzem Violetta Superstar, die die Abteilung New Wave Punk Pop abdeckte.

Im letzten Herbst präsentierten sich die Diven im deutschen Rolling Stone. Da ging es zwar nicht die Bohne um die Musik der Frauen, aber immerhin durften sie sich in einer Mischung aus Bravo-Girl und Brigitte modisch vorstellen und zeigen, wie schrill und divenhaft sie sind. Neben der "Kleinigkeit", dass ihre Musik ausgerechnet in einer Musikzeitung keine sonderliche Rolle spielte, wirkte der auf vier Seiten mit vielen Fotos gestreckte Artikel doch eher bemüht. Und irgendwie haben die Diven auch recht, denn angesichts der Flut von Bands und Musikern ist es derart schwer geworden, sich irgendwie in diesem Dschungel bemerkbar zu machen, dass es vielleicht eben solcher Umwege bedarf. Spätestens solche Artikel machen aber auch klar, dass die Fiesen Diven vor allem auf den Effekt, weniger auf den Inhalt setzen.

Auch Uh Baby Uh fährt diesen Kurs. Die vier Songs von Uh Baby Uh, die auf dem Sampler Tussycat im letzten Herbst veröffentlicht wurden, finden sich nun auf der neuen CD wieder. Neun weitere Songs kommen hinzu und außerdem die Spoken Words von Catherina Boutaris aus Ägypten stammenden Vater. Es Al Al Bak (Frage dein Herz) ist der Opener der neuen CD und löst ein wenig die Hoffnung aus, dass Uh Baby Uh die eigene Musik mit arabischen Einflüssen und Elementen anreichern würden. Aber das ist leider nicht der Fall. Der selbst als Power-Pop bezeichnete Sound von Uh Baby kommt reichlich mainstreamig daher und ist in jedem Fall Delta-Radio-gängig. Dabei sagt die in Österreich von einer deutschen Mutter geborene Boutari selbst, dass sie stolz darauf sei, von unterschiedlichen Kulturen geprägt zu sein. Schade nur, dass es lediglich zu dem Gedicht reichte und das ganze Produkt ansonsten voll und ganz in englisch gehalten ist. Musikalisch ist das ganze einigermaßen abwechslungsreich und Melodie orientiert. Mal trashig (When girls get trouble) oder an 4NonBlondes erinnernd (My Generation), rotzig (Cheap Chicks & Big Thrills) oder melancholisch (The Big sleep).

Die Präsentation liegt irgendwo zwischen RiotGirl und Kosmopolitian, alle Ecken und Kanten fehlen. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird im Beipackzettel zur CD ausdrücklich festgestellt, dass der Song Aeroplanes /New York City Big Sky absolut gar nichts mit "vergangenen politischen Ereignissen" zu tun habe. Eine Verwechslung, die allerdings nur schwer möglich gewesen wäre, denn es ist offenkundig, dass es hier um den Verlust einer innigen Liebschaft in der Stadt der Städte und nicht um den Verlust von zwei Türmen geht,

die den Blick auf den Big Sky verstellt hätten. Und der schleppende, leidende Sound der Gitarren als auch der Umstand, dass der Song immerhin 10 Minuten lang ist, machen klar, dass es eine harte persönliche Zeit war.

Im Waschzettel wird von "gutem Songwriting" gesprochen. Das ausdrücklich als "eindrucksvolles Zeugnis" erwähnte Eating Black Skies ist zwar ein schöner Song, getragen und intensiv vom Sound her, aber Songwriting? Auf nur wenig mehr als drei Minuten wird der knappe Text nahezu zwei Mal durchgesungen. Bilder zwischen Rampenlicht und Einsamkeit (ausgerechnet wieder der November muss dafür herhalten), klasse gesungen, aber von Tiefgang keine Spur.

Phasenweise ist Uh Baby Uh partytauglich, live sind sie das in jedem Fall. Doch ansonsten ist die Platte das, was der Sound im wesentlichen auch ist: Mainstream und eben nicht sehr herausragend. Die Texte orientieren sich mehr am Effekt und sind eher als stimmliche Abrundung eines ansonsten hübschen und in der Tat als Pop-Power-Rock zu bezeichnenden Sounds geeignet.

DSe, rock-links.de

Uh Baby Uh, The big C from venus versus the triple J from mars, Pussy Empire, September 2002

44. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak465/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:04

Das Ende der DDR

Je näher die Bundestagswahl rückt, desto mehr häufen sich in der Presse Betrachtungen über die "ostdeutsche Mentalität", speziell die Vorliebe ehemaliger DDR-BürgerInnen für die PDS. Dabei wird in den allermeisten Fällen eine Quelle vernachlässigt, die über eine besondere Spielart ostdeutschen Denkens allmonatlich zuverlässig Auskunft gibt: die Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS. In Heft 8/2002 findet sich u.a. ein Aufsatz über die Frage "Warum scheiterte die DDR?" Sein Autor, der 80-jährige Rechtsanwalt Friedrich Wolff aus Berlin, macht vor allem äußere Ursachen für den Zusammenbruch der DDR verantwortlich: die Stärke ihrer Feinde, die Kader-Verluste während des Nationalsozialismus, der aus dem Moskauer Exil importierte "Geist der KPdSU". Dieser Import wurde dann zu einer "inneren Ursache" der Niederlage - die Allmacht des Generalsekretärs und die Dominanz der "Dilettanten aus dem Parteiapparat" markieren für Wolff den Hauptmangel des von der Sowjetunion übernommenen Sozialismusmodells: das "Demokratiedefizit". Aber auch ohne Parteienpluralismus, Gewaltenteilung und Pressefreiheit bleibt die DDR für den Autor eine historische Errungenschaft, "ein Staat ohne Kapitalisten" und ein "Friedensstaat", der auf die Abschottung seiner Westgrenze nicht verzichten konnte: "Wer sich für die Mauer entschuldigt, der entschuldigt sich für den Erhalt des Friedens." So will Wolff "diese DDR trotz aller ihrer Schwächen in Ehren halten wie die Französische Revolution, die Pariser Kommune und die Oktoberrevolution" - was denn wohl doch ein bisschen zu viel der Ehre ist.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS Heft 89/2002. Kleine Alexanderstr. 28, Karl-Liebknecht-Haus, Zimmer 210, 10178 Berlin, Fon. 030/24009295, Fax. 030/2411046. 38 Seiten, 1 EUR plus Porto

Rudolf Heß und die autonome Antifa

Rudolf Heß, der "Stellvertreter des Führers", der bis zu seinem Selbstmord 1987 im Gefängnis Berlin-Spandau saß, bleibt für die Nazi-Szene ein Märtyrer. Er sei nach 46 Jahren Haft "von den Alliierten ermordet" worden, behaupten die Nazis unverdrossen. Seit 1988 versuchen sie alljährlich, sich zu Rudolf-Heß-Gedenkmärschen zusammenzurotten. In einer Broschüre der reihe antifaschistischer texte beschreiben die Herausgeber Patrick O'Hara und Daniel Schlüter diese braunen Aktivitäten. In dem Kapitel "Die Dekonstruktion eines Mythos" zeichnen sie die Biografie des Kriegsverbrechers Heß nach, der wegen seines geheimen Fluges nach England im Mai 1941 bis heute auch außerhalb der Nazi-Szene als "Friedensflieger" verklärt wird. Besondere Aufmerksamkeit widmen die Autoren den Gegenmobilisierungen der antifaschistischen Bewegung. So gab es seit 1990 mal mehr, mal weniger gelungene Aktionen mit dem Ziel, den Aufmarsch zum Gedenken an den bis zuletzt überzeugten Nationalsozialisten zu verhindern. Die intensive Reisetätigkeit der Antifa-Gruppen wurde auch schon an anderer Stelle problematisiert; die Autoren erinnern an den selbstironischen Slogan "Antifa heißt Busfahren" (der auch die Überschrift eines kritischen Artikels in ak 419 abgab). In der Broschüre wird die Politik der Konfrontation mit den Nazis nicht etwa verurteilt. Kritisiert wird aber ein antifaschistischer Alarmismus im Sinne "andauernder ‚Gefechtsbereitschaft` gegen einen fortwährend ‚an Boden gewinnenden Gegner`". Die Autoren stellen auch wichtige Fragen, die in der Antifa-Bewegung bislang ungeklärt sind, z.B. "welche Relevanz organisiertem Neonazismus grundsätzlich und aktuell für den Vollzug bürgerlicher Herrschaft zukommt" und wie die Antifa von einer "reinen Bekämpfungsstrategie" wegkommen kann. Eine nicht nur für organisierte AntifaschistInnen anregende Lektüre. Positiv fällt auf, dass der in vielen linken Strategiepapieren übliche Jargon weitgehend vermieden wurde.

Patrick O'Hara und Daniel Schlüter: Der Mythos stirbt zuletzt. rat - reihe antifaschistischer texte. Juli 2002. Bestellungen nur gegen Vorkasse (Scheine, Briefmarken) an rat c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, 56 Seiten, 3 EUR plus 1 EUR Versand

Rechtspopulismus in Europa

Die Erfolgswelle des Rechtspopulismus in Europa ist Schwerpunktthema der September-Ausgabe der Zeitschrift marxistische Erneuerung Z. Gerd Wiegels Einstiegsbeitrag "Populismus als Erfolgsrezept" behandelt "Form und Inhalt einer erneuerten Rechten" und stellt die Frage, inwieweit eine erneuerte extreme

Rechte auch in Deutschland Erfolge organisieren kann wie in anderen westeuropäischen Ländern. Dabei wird deutlich, dass "Rechtspopulismus" weder vom Rechtsextremismus noch vom Populismus der "neuen Mitte" eindeutig abgrenzbar ist. Im Unterschied etwa zur NPD, die weiterhin ihre "antikapitalistische" Agitation betreibt, haben die modernisierten Parteien der extremen Rechten allesamt ein Bekenntnis zum Neoliberalismus abgelegt. Treu geblieben sind sie dem Nationalismus, der allerdings unterschiedlich begründet wird: als aggressiver Standortnationalismus und als "traditioneller Abwehrnationalismus" gegen Zuwanderer und andere, die als nicht zugehörig bekämpft werden. In Abgrenzung zur politischen Klasse der "Altparteien" versucht der Rechtspopulismus, sich zum Sprachrohr von "denen da unten" zu machen bei gleichzeitiger Zustimmung zur neoliberalen Standortpolitik. Die mangelnde Kohärenz dieser Position weist dem rechtspopulistischen Führer und "starken Mann" eine besondere Aufgabe zu. "Die charismatische Persönlichkeit", schreibt Gerd Wiegel, "hat für den Rechtspopulismus die Funktion, die gegensätzlichen und teilweise widersprüchlichen Positionen zu überdecken." Dass es in Deutschland eine solche Führungspersönlichkeit bislang nicht gibt, ist ein wichtiger Aspekt der deutschen Sonderrolle. Diese muss nicht von Dauer sein. Nicht nur bei der Möllemann-Westerwelle-FDP sieht Wiegel Versuche, rechtspopulistische Argumentationsmuster aufzunehmen. Sein Aufsatz endet mit der Feststellung: "Die Angleichung und Entleerung der Politik, die tendenzielle Aufgabe eigener Gestaltungsansprüche und der bloße Nachvollzug kapitalistischer Logik lässt die Frage des politischen Stils beim Werben um Zustimmung immer wichtiger werden. Hier liegt das zukünftige Potenzial des Rechtspopulismus."

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 51, September 2002, Postfach 500936, 60397 Frankfurt/Main, Fon. und Fax. 069/53054406, redaktion@zme-net.de, 222 Seiten, 9,50 EUR

RZ literarisch

Die Entdeckung der "Revolutionären Zellen" (RZ) als literarisches Sujet ist Renate Klöppel zu verdanken. Nicht ohne Reiz verbindet sie in ihrem Roman "Der Pass" die Beschreibung einer Trekkingtour nach Nepal mit der Auseinandersetzung über die Aktivität im bundesrepublikanischen militanten Kampf der 1970er Jahre. Eine mühsame, kräftezehrende Pass-Überquerung wird da zur literarischen Metapher für die quälende Beschäftigung mit der verdrängten Vergangenheit als RZ-Militante, die auch deshalb so schmerzhaft ist, weil sie mit dem Tod einer Genossin verbunden ist. Die 48-jährige Anne trifft in Nepal, wohin sie nach beruflichen und persönlichen Rückschlägen mit einer Reisegruppe gekommen ist, den ihr bis dahin unbekannten Vater der Tochter ihrer toten Freundin und Genossin Madeleine. Mit jeder Etappe, mit jedem Höhenmeter sieht sich Anna stärker mit ihren Erinnerungen an damals konfrontiert. Bestechend an dem Roman ist die Authentizität, die unprätentiöse Schilderung der Umstände, die damals Menschen das Mittel des militanten Kampfes wählen ließen, weil sie verstanden haben, "dass man sich wehren muss, wenn man nicht untergehen will". Angesichts dieser bestechenden, quasi autobiografischen Form kann man auch über einen Mangel hinweg sehen: Auch in diesem Buch hat man es wieder mit einer Protagonistin zu tun hat, die "hineingerutscht" ist. Dass so oft in dieser Art über das Thema geschrieben wird, muss wohl an den besonderen deutschen Verhältnissen liegen. Gleichwohl ist das Buch nicht denunziatorisch. Es zeigt auf seine Art einfach die Zerrissenheit der Verhältnisse und die Widersprüchlichkeit der Menschen, die sich darin bewegen. Wer das Buch gelesen hat und sich für einige Dinge weiter interessiert, der sollte die Materialsammlung "Früchte des Zorns", Edition ID-Archiv, zur Hand nehmen und unter Seite 646 nachschlagen.

Renate Klöppel: Der Pass. Roman, Rotbuch Verlag, Hamburg 2002, 214 Seiten, 19,90 EUR

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak465/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:21

Bilder aus Sarajevo

Vom 14. September bis zum 20. Oktober zeigt die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) die Ausstellung "Sarajevo Selbstporträt 1991 - 1999"), in der Bilder aus Sarajevo von neun bosnischen FotografInnen zu sehen sind. Die Bilder der bosnischen KünstlerInnen spiegeln sehr subjektive Eindrücke aus Bosnien wider, indem sie sowohl von der Unmöglichkeit eines normalen Lebens als auch von der Notwendigkeit eines Alltags unter Bedrohung von Heckenschützen erzählen. Im Rahmen der Ausstellung findet am 24. September der Vortrag von Thomas Deichmann "Krieg mit Bildern" statt, in dem er über den propagandistischen Einsatz der Bilder im Bosnien- und Kosovo-Krieg referiert.

Berlin, 14. September bis 20. Oktober, Kunstraum Kreuzberg/Bethanien, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin, der Vortrag, 24.9., 19 Uhr, ebenfalls dort

Never Coca Cola

Seit 1990 haben Todesschwadrone in Kolumbien etwa 120 Übergriffe auf GewerkschafterInnen verübt, darunter sieben Morde. Ziel ist es, die Gewerkschaft der NahrungsmittelarbeiterInnen SINALTRAINAL zu zerstören. Im Rahmen einer internationalen Kampagne versuchen die GewerkschafterInnen auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Edgar Paez von SINALTRAINAL tourt aus diesem Grund in den nächsten Wochen durch Deutschland. Die deutsche Gewerkschaft NGG (Nahrung, Genuss und Gaststätten) hat eine Unterstützung der Rundreise abgelehnt. Dafür gibt es in den verschiedenen Städten unterschiedliche internationalistische und antirassistische Gruppen, die die Rundreise mitorganisieren.

Berlin, 20.9., 19 Uhr, Kato am Schlesischen Tor; Norderstedt, 21.9., 16 Uhr, Infoarchiv, Waldstr. 41; Hamburg, 22.9., 19.30 Uhr, B5, Brigittenstr. 5; Bremen, 23.9., 20 Uhr, VA-Saal Überseemuseum, Bahnhofsplatz 13; Celle, 24.9., Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f; Nürnberg, 25.9., Kulturzentrum Desi; Bonn, 27.9., 20 Uhr, Kult 41, Hohenstadenring 41; Dortmund, 29.9., 15 Uhr, Taranta Babu, Humboldtstr. 44; Wuppertal-Elberfeld, 30.9., 19 Uhr, Alte Feuerwache, Gathe 6

Antisemitismus gestern und heute

Die Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus / Antifaschismus führt im September und Oktober eine Veranstaltungsreihe zum Thema "Antisemitismus gestern und heute" durch, die u.a. vom DGB-Bildungswerk und ver.di unterstützt wird. Am 23.9. referiert Dr. Lutz Hoffmann über den "Antisemitismus als Baugerüst des deutschen Volkes", indem er erläutert, wie die deutsche Nationenbildung aufs Engste mit antisemitischen Vorstellungen verknüpft ist. Am 10.10. geht es um "Antisemitismus in der alten und neuen BRD", Referent ist Rainer Bakony. Am 16.10. gibt es einen "Vortrag zum Antisemitismus in der DDR", der letzte Vortrag am 30.10. beschäftigt sich mit "Antisemitismus in der Linken".

Erfurt, 23.9., 10.10, 16.10., 30.10., jeweils 19 Uhr, Kleine Synagoge, An der Stadtmünze 4

Anti-GATS-Kampagne

Unter dem Titel "Unsere Welt ist keine Ware" findet am 28. und 29. September ein Seminar mit Dr. Martin Khor vom Third World Network, Malaysia, in Stuttgart statt. MitveranstalterInnen sind Hermann Garritzmann und die Globalisierungskritikerin Prof. Claudia von Werlhof. Diskutiert werden soll, wie Alternativen zur konzernorientierten Globalisierung aussehen könnten. Sind die derzeit prägenden "Bretton-Woods"-Institutionen - Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfond und Weltbank - reformierbar oder müssen sie abgeschafft werden? Zu dem Seminar laden u.a. das Forum 3 Stuttgart, ATTAC-Stuttgart, die Initiative Colibri und das Netzwerk Weltweite Projekte ein.

Stuttgart, 28.-29.09., Samstag von 9.30 bis 17 Uhr, Sonntag von 9.30 bis 13 Uhr, Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70188 Stuttgart, Info und Anmeldung: Carol Bergin, Tel./Fax: 0701/52517, Carol.Bergin@t-online.de oder www.unsere-welt-ist-keine-ware.de

Zweierlei Holocaust

Der israelische Historiker Moshe Zuckermann problematisiert in seinem Buch "Zweierlei Holocaust" die unterschiedlichen Bedeutungen des Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands. In den rituellen Beschwörungen des Holocaust sieht Zuckermann eine Rechtfertigungsstrategie für politische Interessen und eine Simplifizierung des Besonderen, die die eigentliche Erinnerung an die Shoah verdrängt hat. Die gegenläufigen Tendenzen in den Diskursen über den Holocaust im "Land der Opfer" und im "Land der Täter" und die Möglichkeiten für eine Erinnerung frei von Instrumentalisierungen sind an diesem Abend Gegenstand der Diskussion.

Essen, 1.10., 20 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Kaffeekrise in Nicaragua

Der Weltmarktpreis für Rohkaffee sank in den letzten Jahren um die Hälfte. Dieser Preisverfall gefährdet die Existenz von LandarbeiterInnen und Kaffeebauern und -bäuerinnen. Über die Ursachen und Auswirkungen der Kaffeekrise in Nicaragua wird Fatima Ismael von der Vereinigung der Kaffeekooperativen (SOPPEXCCA) berichten. SOPPEXCCA arbeitet im Rahmen des "alternativen und fairen Handels" schon seit Jahren mit verschiedenen Importeuren und Kaffeehandelsorganisationen zusammen.

Hamburg, 8.10., 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32, www.el-rojito.de

Gegen Buch Masse

Im Rahmen der diesjährigen Frankfurter Buchmesse organisiert der Frankfurter Infoladen eine Veranstaltungsreihe Gegen Buch Masse, in der er linken AutorInnen und Verlagen ein Forum für kritische Gedanken bietet. Vorgestellt werden so unterschiedliche Bücher wie z.B. "Turbulenzen", in dem es um den Widerstand gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafen, geht (9.10., Café ExZess), "Va banque" über die Theorie, Geschichte und Praxis des Bankraubs (9.10., Dritte Welt Haus), "Was bewegt die Globalisierungskritiker?" (9.10., Café KOZ) oder die Veranstaltung "Braune Schwestern. Rechte Frauen zwischen Propaganda und Identität" (10.10., ausschließlich für Frauen, Café ExZess)

Frankfurt/Main, 9.-18.10., Café ExZess, Leipziger Str. 91, Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Café KOZ, Unigelände/Mensa, die anderen Veranstaltungsorte und -zeiten sind beim Infoladen zu erfragen, Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt/M., Tel.: 069/ 774670, infoladen@gmx.de

46. AUTORINNENBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak465/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:23

Deutsches Weltbild

Betr.: Leserbrief "Einseitiges Weltbild", ak 464

Die von A.A. zitierte Internetseite von "österreichischen Neonazis" verweist auf den Bericht einer Delegation, die von der Antiimperialistischen Koordination Österreich (aik, Wien) organisiert wurde und im März in den Irak reiste. Das war eine andere Delegation als die Inspectors of Peace, die ich im April begleitete. Bei der aik in Wien, wo ich nachfragte, ist man übrigens der Meinung, dass es sich bei den Machern der besagten Internetseite nicht um österreichische Neonazis handele, sondern um welche aus Deutschland. Was sie natürlich nicht besser oder schlechter macht.

Wenn A.A. aus Köln meint, in meinem Bericht über die Bedeutung von Arbeitsplätzen bei Baumaßnahmen im Irak hätten die "Autobahnen" gefehlt, sagt das vor allem etwas über sein/ihr Weltbild. Nämlich den Irak mit Hitler-Deutschland gleichzusetzen oder zumindest zu vergleichen. Ein sehr deutsches Weltbild. Die Welt lässt sich nicht durch die "deutsche Brille" verstehen, noch weniger erklären. Egal, ob die Brille anti-deutsch, rechts oder sonst wie gefärbt ist. Die Länder der Welt haben ihre eigene Entwicklung, eine eigene Geschichte.

Das zeigt mir noch einmal, wie wichtig Berichte über das Leben der Menschen (nicht nur) im Irak sind, die hier in den meisten Medien nicht vorkommen. Über die Gräueltaten des irakischen Regimes mangelt es hier wahrlich nicht an Informationen. Aber was wissen wir über den Alltag der Menschen im Irak? Darum geht es mir bei der journalistischen Arbeit, ich mache keinen "Meinungsjournalismus". Darum kommentiere ich auch die Aussage des irakischen Künstlers über Saddam Hussein nicht. Es ist nicht meine Aufgabe. Es geht darum, diese Menschen selber sprechen zu lassen. Sie haben ein Recht darauf.

Ein Embargo sei "für die Menschen unangenehm bis tödlich" schreibt A.A. Angesichts von 1,5 Millionen Menschen, die infolge des 12-jährigen Embargos gestorben sind, angesichts von 6.000 Kindern, die jeden (!) Monat vor dem 5. Lebensjahr sterben, weil sie nicht ausreichend medizinisch versorgt werden können, angesichts von der inzwischen 2. Generation, die verkrüppelt an Leib und Seele aufwächst: was, werte/r A.A., haben Sie eigentlich für ein Weltbild?

Karin Leukefeld

47. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak465/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:46

Redaktionen linker Zeitungen müssen damit leben, dass ihre LeserInnen ihnen vor allem dann die Meinung sagen, wenn sie sich über einen Artikel so richtig geärgert haben. Lob ist selten, kommt aber doch vor. So versüßte uns ein Leser seine Abo-Kündigung wegen akuten Geldmangels mit einem uneingeschränkten Lob für unsere "mitfühlende, penibel genau recherchierte" Nahost-Berichterstattung. Andere LeserInnen verbinden positive Kritiken gern mit einem Aber: solide Artikel, lesenswert und unbedingt zitierfähig - aber doch häufig sperrig und anstrengend zu lesen. Könnte man nicht, auch in diesen finsteren Zeiten, etwas lockerer und mit mehr Humor an die Analyse der Weltlage herangehen? Eine ak-Autorin schickte uns als Zugabe zu ihren Artikeln sogar einen richtig witzigen Witz: George W. Bush besucht die Queen und will von ihr wissen, woran man eine gute Regierung erkennen könne ... Wir haben sehr gelacht, können den Witz aber unmöglich hier wiedergeben - natürlich ist er politisch inkorrekt, reproduziert er doch das Vorurteil, Bush und sein Vize Cheney seien nur mit mäßiger Intelligenz ausgestattet. Was würden unsere LeserInnen dazu sagen? Während die einen sich über "platten Antiamerikanismus" erregen würden, könnten die anderen die "krasse Verharmlosung" US-amerikanischer Politik kritisieren, die auch mit zwei mutmaßlichen Deppen an der Spitze mörderische Konsequenzen hat.

Es bleibt also dabei: keine Witze in ak - höchstens unfreiwillige Komik durch verunglückte Formulierungen und schiefe Bilder. Ernst gemeint war übrigens auch Martin Salinas Aufruf in ak 464, Stoiber zu wählen. Diejenigen, die das als "ak-Position" missverstanden haben, seien auf die Wahlartikel in der vorliegenden Ausgabe hingewiesen. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass die Warnung vor möglichen Nebenwirkungen einer Stimmabgabe zu Gunsten der PDS in der Redaktion zwar gehört, aber nicht beherzigt wird. Ob das der PDS nützt und was wir und andere Linke mit unserem natürlich hundertprozentig oppositionell und antimilitaristisch motivierten Votum unter Umständen (Tolerierung?) anrichten, wird in den folgenden Ausgaben zu bilanzieren sein. Dass der 22. September (ebenso wie der 11.) nicht der Tag sein wird, der "alles ändert", steht heute schon fest.

ak-Redaktion

48. Quelldatei blick465.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak465/blick465.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:blick465

Der 11.9. aus konspirologischer Sicht Seite 4

Wer PDS wählt, wählt Schröder Seite 7

Naher Osten - Ferner Westen Seite 24

Interview zum Verbot von Batasuna Seite 11

Frankreichs Regierung im sozialen Krieg Seite 12

Albanische Nationalisten im Streit mit den UN Seite 19

Zuspitzung in Kolumbien Seite 20

Landkonflikte in Guatemala Seite 21

Zur Geschichte des Kommunistischen Bundes Seite 26

Hamburg: Erziehung im Käfig Seite 29

Riester setzt Hartz-Vorschläge in die Tat um Seite 31

Süchtig nach Arbeit Seite 32

Festivalkultur in Deutschland Seite 33

49. Ausgecamp(f)t?

CD-Datei: daten/aksuche/ak465/camp.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:465:camp

Jedes Jahr das gleiche Ritual: Im Hochsommer packen AntirassistInnen, AntikapitalistInnen, selbstorganisierte MigrantInnen und Flüchtlinge ihre Koffer. Bewaffnet mit Zelten, Schlafsäcken und Proviant geht es dann an die innereuropäischen Grenzen, um mit vielfältigen Aktionen auf die EU-Abschottungspolitik aufmerksam zu machen. Grenzcamps heißen diese "Events", die mittlerweile zu festen Bestandteilen der antirassistischen Bewegung geworden sind.

Verschiedene Orte und Grenzen sind seit 1998, dem Jahr, in dem das kein-mensch-ist-illegal-Grenzcamp zum ersten Mal in Rothenburg stattfand, besucht worden. Zittau (1999), Forst (2000), Frankfurt (2001) und Jena (2002) sind weitere Stationen des kmii-Camps, dazu kommen noch eine Vielzahl von internationalen Camps.

Nun, wo der Sommer definitiv vorbei ist, wird es höchste Zeit, Bilanz zu ziehen. "Unsere Absicht ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern ihr wo immer möglich Einhalt gebieten", schrieben die OrganisatorInnen im Aufruf zum Rothenburger Camp 1998. Was bleibt - vier Jahre später - von dem hohen Anspruch übrig?

Schon im Vorfeld gab es in Deutschland zähe Diskussionen und viel Zoff. Die Antwort auf die harmlose Frage "Wo fährst du denn hin?" geriet - je nach Szenezugehörigkeit - zu einer Art Glaubensbekenntnis. Wir haben verschiedene Eindrücke von CampteilnehmerInnen gesammelt und zu einem Schwerpunkt zusammengestellt. Zwei Texte, die sich mit dem Strasbourg-Camp beschäftigen, kommen zu sehr konträren Ergebnissen. Dazu gibt es noch Analysen zu Jena und Hamburg. Bei aller Unterschiedlichkeit der Berichte ähnelt sich jedoch die an den Camps geäußerte Kritik: kommunikationslos, isoliert und ohne jede Außenwirkung sei die Bewegung. Alles in allem also kein Grund zur Freude.

Bei aller Katerstimmung kann es nicht darum gehen, die Institution Camp wegen Belanglosigkeit zu schließen, vielmehr muss nach neuen Aktions- und vor allem Kommunikationsmöglichkeiten gesucht werden. Ein wenig Optimismus kann auch nicht schaden. "Wir wissen, der Kampf gegen die Grenzen ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe", hieß es im Aufruf zum ersten Antirassistischen Grenzcamp. Die Utopie bleibt, auch wenn sich die Wege dahin ändern.

Unser Schwerpunkt auf den Seiten 13-16